

Internetgestützte Unionsbürgerschaft in Europa

- Vorschläge der Vermittlung -

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
im Fachbereich Geistes- und Kulturwissenschaften
der Bergischen Universität Wuppertal

vorgelegt von

Hanna Helene Kuhlmann

aus Frankfurt am Main

Wuppertal, im Juni 2008

Diese Dissertation kann wie folgt zitiert werden:

urn:nbn:de:hbz:468-20090612

[<http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn%3Anbn%3Ade%3Ahbz%3A468-20090612>]

I. Inhaltsverzeichnis

II. Abbildungsverzeichnis	3
1. Einleitung	5
1.1 Problematisierung	10
1.2 Vorgehensweise und Fragestellung	13
2. Die Grundzüge einer europäischen Bürgerschaft und ihre Annahme durch die europäischen Bevölkerungen	16
2.1 Bürgerschaft in Europa	18
2.1.1 (Staats-)Bürgerschaft als nationales Konzept	22
2.1.2 Die europäische Bürgerschaft	25
2.2 Die Chance bürgerschaftlicher Praxis in einer partizipatorischen Demokratie	30
2.2.1 Deliberative Demokratie als Bestandteil partizipativer Demokratietheorie	33
2.2.2 Partizipation und politisches Interesse	35
2.2.3 Anforderungen der deliberativen Demokratie an Regierende und Bevölkerung	45
2.3 Die Aneignung der Unionsbürgerschaft durch die europäischen Bevölkerungen	50
2.3.1 Eine Frage der Identität	52
2.3.2 Wie ist die Unionsbürgerschaft von den europäischen Bürger erfahrbar?	57
2.4 Die deutsche Bevölkerung als Teil einer europäischen Zivilgesellschaft	63
2.4.1 Partizipation und politisches Interesse	64
2.4.2 Die Wahrnehmung europäischer Politik seitens der deutschen Bevölkerung unter der Prämisse sich erweiternder bürgerschaftlicher Identifikation	68
2.4.3 Zusammenfassung zur deutschen Bevölkerung und europäischer Identifikation	72
2.5 Zusammenfassung zur europäischen Bürgerschaft und deren Wahrnehmung	74
3. Politische Kommunikation zur Schaffung politischer Öffentlichkeit als Teil partizipatorischer Demokratie in der Europäischen Union	78
3.1 Die Funktion politischer Öffentlichkeit	80
3.1.1 Politische Öffentlichkeit im demokratisch-historischen Umriss	83
3.1.2 Politische Öffentlichkeit in der Postmoderne	88
3.1.3 Politische Öffentlichkeit und öffentliche Meinung	91
3.1.4 Politische Kommunikation als Mittel zur Schaffung politischer Öffentlichkeit	94
3.2 Politische Kommunikation der europäischen Institutionen	98
3.2.1 Die Kommunikationspolitik der EU und ihre (neugesteckten) Ziele	100

3.2.2. Die Sprachbarrieren als Herausforderung der europäischen Kommunikationspolitik	106
3.2.3 Die Wahrnehmung des Kommunikationsdefizits aus der Sicht der deutschen Bürgerinnen und Bürger	111
3.3 Schlussbetrachtung zur politischen Kommunikation der Europäischen Union	113
4. Das Internet als Mittel politischer Kommunikation in der Europäischen Union?	117
4.1 Grundzüge des Internets unter der Prämisse politisch-demokratischen Nutzens	119
4.1.1 Kommunikationsräume des Internets	122
4.1.2 Die Möglichkeiten des Internets zur Ausbildung europäischer Öffentlichkeit gegenüber anderen Medien	127
4.1.3 Die Reziprozität des Internets als Mittel zur Schaffung politischer Öffentlichkeit innerhalb der EU?	131
4.2 Die Förderung europäischer Öffentlichkeit durch das Internet	137
4.2.1 Die politische Kommunikation der EU im Internet	139
4.2.2 Ansätze europäisch-politischer Plattformen für bürgerschaftliche Information und Partizipation in Deutschland – ein Überblick	144
4.2.3 Die Nutzung des Internets durch die deutschen Bürgerinnen und Bürger unter politisch-partizipativen Aspekten	150
4.3. Zusammenfassung zum Internet als Medium politischer Kommunikation der EU	160
5. Ist eine Vermittlung der europäischen Bürgerschaft durch europapolitische Kommunikation im Internet möglich?	164
5.1 Die Grundlagen der kommunikativen Vermittlung von Unionsbürgerschaft	169
5.2 Die Schaffung unionsbürgerschaftlicher Partizipationsräume im Internet	173
5.3 Schlußfolgerungen zur Vermittlung europäischer Bürgerschaft	177
6. Ausblick	181
III. Literaturverzeichnis	183

II. Abbildungsverzeichnis

1. Die vier Positionen zu EU-Demokratiedefizit nach Armin Schäfer	32
2. Drei Modelle der Partizipation	37
3. Typologie aus politischem Interesse und politischer Partizipation	40
4. Das normative und instrumentelle Partizipationsverständnis im Vergleich	45
5. Arbeitsteilung zwischen Bürger und Verwaltung	46
6. Einbindung in europäische Angelegenheiten	62
7. Nationale Identität und europäische Identität Jugendlicher in Prozent	71
8. Europäische Öffentlichkeiten	91
9. Ebenen und Arenen der Kommunikation	123
10. Kommunikationsformen im Internet	124
11. Das Internet im politischen Prozess	126
13. Internetnutzung nach Bildung	153
14. Internetnutzer in Deutschland nach Geschlecht 2007 (in %)	153
15. Genutzte Online-Inhalte (2005–2007)	155

1. Einleitung

Als Deutschland im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernahm, war eines der Ziele das Entgegenwirken gegen die Furcht der deutschen Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen des gigantischen Regierungsapparates der EU¹, vor Arbeitslosigkeit und dem Verlust sozialer Errungenschaften. Zu unüberschaubar war das System geworden, in welchem die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union nicht einmal mehr die eigenen Wege politischer Partizipation nachvollziehen konnten.

Das politische System der Europäischen Union wird gemeinhin als ein System ‚sui generis‘, ganz eigener Art, charakterisiert. Zu unüberschaubar, komplex und aus sich selbst heraus gewachsen präsentiert es sich nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern², sondern auch betrachtenden Experten sowie den europapolitischen Akteuren selbst. Gleichzeitig schreitet der europäische Integrationsprozess stetig fort, so daß das einst internationale Regime heutzutage ganz selbstverständlich direkte politische Herrschaft über die Mitgliedsstaaten ausübt. Dieser Prozess wurde von dem sogenannten permissiven Konsens in der Bevölkerung/den Bevölkerungen der Nationalstaaten begünstigt.³ Die damit bezeichnete politische Passivität der Bevölkerungen steht zu den heutigen Bestrebungen aktiver Einbindung nicht nur im Kontrast, sondern deutet gleichzeitig auch die Langwierigkeit heutiger Bestrebungen um aktive Partizipation an.

Durch Implementation von bürgerlichen Rechten, Pflichten und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die europäischen Völker sollte dieser wenig informierten, aus einem Mangel an Durchsetzungsmöglichkeiten entstandenen Nachgiebigkeit abgeholfen werden. Diese Idee wurde als ein früh benanntes und etappenweise zu erreichendes Ziel entgültig mit dem ‚Vertrag über eine Verfassung für Europa‘, unterzeichnet am 29. Oktober 2004 in Rom, als seitens der europäischen Völker zu ratifizierende Grundlage europäischen Regierens umgesetzt.

Die Verfassung, wenn nicht bereits die Mobilisierung der Bürger im Zuge des verfassungsgebenden Prozesses selbst, sollte aus Staatsbürgern der europäischen Mitgliedsstaaten europäische Bürger machen⁴ und ihnen politische Partizipations- sowie Entscheidungsmöglichkeiten jenseits des passiven ‚Politikkonsums‘ offerieren. Die Verfassung selbst, das wurde, wenn auch nicht bewußt, angestrebt, würde als Pathosformel gewirkt haben,

¹ Im Folgenden schließt die Bezeichnung ‚Europäische Union‘ bzw. die Abkürzung ‚EU‘ institutionelle Vorläufer mit ein.

² Im Verlauf dieser Arbeit ist meist von Bürgerinnen und Bürger die Rede, um durch die lange Bezeichnung den Umfang der nationalen Bevölkerungen sowie die Komplexität der Idee des Europolitismus abzubilden. Findet sich an manchen Stellen für Akteurbezeichnungen jedoch die übliche (generisch) männliche Form, dient dies der besseren Lesbarkeit und schließt den weibliche Teil immer mit ein.

³ Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004, S. 18

⁴ Habermas, Jürgen, 2007 in einer Rede im Willy-Brandt-Haus

dies nicht zuletzt durch die Implementation einer europäischen Zivilgesellschaft, in deren Prozess die Annäherung an die EU seitens der Bürgerinnen und Bürger vollzogen worden wäre.

Die im Verlauf des Ratifizierungsprozesses erfolgte Ablehnung der europäischen Verfassung durch das französische und das niederländische Volk sowie die Aussetzung des Referendums zur europäischen Verfassung in Großbritannien und anderen Ländern traf die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unerwartet und hinterließ Ratlosigkeit. Fehlte der EU in den Augen kritischer Betrachter nach dem Vollzug des rein wirtschaftlichen Zusammenschlusses einiger europäischer Staaten lange Zeit ein politischer Identifikationsraum für die Bürgerinnen und Bürger, so sollte die europäische Verfassung die EU transparenter und durch demokratischere Entscheidungsverfahren auch bürgernäher machen. Der Gedanke deliberativer Entscheidungsverfahren begünstigt in diesem Zusammenhang nicht nur die Entstehung europäischer Öffentlichkeit, er impliziert eine ‚ausgefüllte‘ Unionsbürgerschaft.

Für die Europäische Union gestaltet sich dieser Vorgang im Vergleich zu einem Nationalstaat, dessen Ziele der Akzeptanz und aktiver Partizipation vergleichbar sind, nun weitaus umfangreicher und komplizierter. Mittlerweile findet der Wunsch nach bürgerschaftlicher Legitimierung des europäischen Regierungshandelns nach und nach Eingang in die Politik der Europäischen Union. Bis entsprechende Unternehmungen jedoch zu einer unmittelbaren Resonanz seitens der europäischen Bürgerinnen und Bürger führen kann, wird es noch eine unbestimmte Zeit dauern, zu komplex sind die Prozesse der Vermittlung, im Besonderen unter Beachtung des Strebens nach aktiver Beteiligung und selbstinitiiertem Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen der EU.

Der Vertrag von Lissabon⁵, ausgehandelt nach zweijähriger Denkpause nach Ablehnung der Verfassung, war ein neuer Anlauf, die Europäische Union effizienter, transparenter und demokratischer zu gestalten.⁶ Das negative Votum der Iren für diesen bereits von zwei Dritteln der Mitgliedsländer ratifizierten Vertrages hinterlässt zur Zeit Enttäuschung und Verärgerung und dient als ein weiterer Beleg des Mißtrauens und der Unsicherheit gegenüber der EU und ihrer Politik. Aktuelle Diskussionen um „Hilfskonstruktionen“ zur Umgehung des irischen Referendums zeigen nicht nur die Ratlosigkeit und das Verharren auf eingefahrenen Wegen durch die Regierenden. Sie zeigen gleichzeitig eine gefährliche Tendenz zur Nicht-Achtung des

⁵ Der Vertrag wurde am 13.12.2007 in Lissabon unterzeichnet und trägt daher den Namen der portugiesischen Hauptstadt

⁶ Der Vertrag von Lissabon: http://www.europaforum.public.lu/fr/dossiers-thematiques/2008/traite-lisbonne/Traite_Lisbonne_DE_08-04-2008_def_SIP.pdf , S.8

Wählerwillens, welche wiederum das Mißtrauen, welches aus der Ablehnung spricht, umso verständlicher macht.

Deutlich wird wiederholt, daß die Institutionen der Europäischen Union bei den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten ein bedenkliches Image genießen. Sie gelten als volksfremd und überregulierend. Weiterhin werden sie seitens der Bevölkerung als mächtige, allein an wirtschaftlichen Belangen interessierte und kaum demokratisch legitimierte Giganten, mit denen sich auseinanderzusetzen nahezu kategorisch abgelehnt wird, wahrgenommen.⁷ Die Zeichnung eines derartigen Molochs erscheint in nationalen Medien häufig, zu häufig für Institutionen, von denen sich die Bürgerinnen und Bürger größtenteils allein durch mediale Vermittlung ein Bild machen können.

Hinzu kommt, daß der Europäischen Union eine seitens der Bürgerinnen und Bürger stetig erfolgende Grenzziehung zwischen der EU und dem eigenen Herkunftsland quasi inhärent ist, deren Festigkeit der jahrelange Integrationsprozess nicht erweichen konnte.⁸ Dieses Geflecht aus gewachsenen, nachbarschaftlichen Verhältnissen, so z.B. in Deutschland mit den zahlreichen, grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften und historisch ableitbarem Misstrauen der europäischen Staaten untereinander ist für die Akzeptanz der EU in Kombination mit den teilweise widersprüchlichen, aus nationalen Bestrebungen resultierenden Unternehmungen der Mitgliedstaaten sowie der mangelnden Veröffentlichung europäischen, politischen Handelns aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger stark behindernd und dem europäischen Integrationsprozess nicht eben zuträglich.

Die Konstruktion Europas als eine Nation wäre nicht möglich, es erscheint, so beschreibt es Erhard Stölting als eine „Vielzahl von historischen Sedimenten, Dialekten, Bauten und historischen Splittern.“⁹ Die trennende Historie kann jedoch auch eine verbindende sein, gerade in einer globalisierten Welt.¹⁰

Die vorangegangenen Anrisse geben einen Überblick über die Unmöglichkeit, Europa zusammenzufassen und die Europäische Union im Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger umfassend ähnlich einer nationalen Regierung zu institutionalisieren. Auch an vertrauensvoller Akzeptanz für das ehrgeizige Projekt seitens der Bürgerinnen und Bürger der Nationalstaaten mangelt es, wie zuvor angeführt, immer wieder, was dem wiederholt verwendeten Schlagwort des Demokratiedefizits der EU, betrachtet man es im klassischen Sinne allgemeiner und umfassender Bürgerbeteiligung, eine nahezu aussichtslose Komponente verleiht.

⁷ Gerhards, Jürgen; Offerhaus, Anke; Roose, Jochen, 2005, S. 194

⁸ Delhey, Jan, 2004, S. 13

⁹ Stölting, Erhard, 2001, S. 168

¹⁰ Habermas, Jürgen, 1976 beantwortet z.B. die Frage nach einer vernünftigen Identität in einer komplexen Gesellschaft als eine in reflexiver Form in nicht nur institutionalisierten Diskursen als Lernprozess bestehende.

Mannigfaltige, schwer be- und ergründbare Besonderheiten des bestehenden politischen Systems der EU, die komplexe Unüberschaubarkeit sowie vielfach angeführte demokratische Defizite in den europäischen Entscheidungsverfahren galt es durch Implementierung der Verfassung abzuschwächen, zu reduzieren oder abzuschaffen.

Der Gedanke einer europäischen Verfassung ist so alt wie die Idee europapolitischer Integration selbst. Sie stellt die wirkungsvollste Entgegnung auf das vielfach angeführte Demokratie- und Legitimitätsdefizit der Europäischen Union dar. So spricht doch die einer Verfassung inhärente Pathosformel, wenn auch in divergierendem Umfang, die politischen Vorstellungen und Erfahrungen der pluralen nationalen Gesellschaften der Europäischen Union an. Die Verfassung symbolisiert die Ausarbeitung einer Vielzahl von Wünschen bezogen auf einen sich stetig vertiefenden Zusammenschluss europäischer Staaten und bildet gleichzeitig die durch die Verfassungsstaatlichkeit als unabdingbar gekennzeichnete Komponente eines europäischen Volkes in sich: die europäische Unionsbürgerschaft („European citizenship“).

Die Unionsbürgerschaft, bereits 1992 durch den Vertrag von Maastricht eingeführt, ist eng an die nationalstaatliche Bürgerschaft gekoppelt: Nur wer Bürger eines Mitgliedsstaates der EU ist, ist gleichzeitig europäischer Bürger. Der formal sichtbare Teil der Unionsbürgerschaft beinhaltet übergreifende Rechte sowie Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Der formal unsichtbare Teil der Unionsbürgerschaft ist Träger von so hohen Erwartungen und Wünschen seitens der europäischen Staats- und Regierungschefs sowie von Wissenschaftlern, Bürgern und bürgerschaftliche Engagierten, daß er getrost als der größere bezeichnet werden kann. Dieser Teil beinhaltet die Heranführung der Bürgerinnen und Bürger als aktiv agierende und partizipierende, integrative Kraft in den politischen Prozessen der EU. Ziel ist ein stärkerer Zusammenschluss der europäischen Völker über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg bis zur Herausbildung einer die nationale Identität ergänzenden europäischen Identität. Gemeinsam entwickelte und aneinander angepasste Wertevorstellungen und ein gemeinschaftliches Verständnis der europäischen Idee vereinen dieser Vorstellung entsprechend eine letztlich aus den nationalen Gesellschaften erwachsende europäische Zivilgesellschaft.

So viele Hoffnungen trägt die Unionsbürgerschaft, daß ihre ungeklärte Form, vergleicht man sie mit der herkömmlichen Staatsbürgerschaft, sowie die diffusen und weiter zu bearbeitenden rechtlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger nicht zu einem Einwand gegen ihre Einrichtung, sondern als ein Aufruf zur konstruktiven und Auseinandersetzung verstanden werden muß.¹¹

¹¹ Gregory, Roy; Giddings, Philip, 2001, S. 73 ff.

Idealerweise erfolgt diese Vertiefung in erster Linie seitens der Bürgerinnen und Bürger, die in diesen neuen Status „schlüpfen“, ihn ausprobieren und mit ihm vertraut werden, sich die Unionsbürgerschaft durch Ausübung ihrer neu gewonnenen Rechte und Pflichten selbstständig und aktiv über ihre jeweilige Staatsbürgerschaft „stülpen“. Durch die aktive Ausübung dieses Status innerhalb aller Mitgliedsstaaten, welchen diese Partizipationsmöglichkeiten gleichzeitig und ähnlich neuartig verliehen werden, kann der Erfahrungsaustausch ganz selbstverständlich auch grenzüberschreitend vonstatten gehen.

Doch während sich Ursprung und Legitimität von Rechten von der regionalen und nationalen Ebene auf die transnationale Ebene verschieben, bleiben die Identitäten und damit das Interesse der Auseinandersetzung paradoxerweise partikularistisch und auf lokaler oder nationaler Ebene verwachsen.¹² Offen bleiben die Aussichten auf Annäherung, welche seitens der EU durch Informationsbereitstellung und stetiger umfassender Kommunikation unterstützt würden.

Die Zuständigkeit für eine Initiation von vermehrtem Kontakt liegt bei den Institutionen der Europäischen Union, welche allein aufgrund ihrer Ferne die Annäherung durch die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten leichter erbringen kann als die Bürger in ihrer vor allem national ausgerichteten Organisation.

Daher ist diese Untersuchung der konkreten Erfahrbarkeit von Unionsbürgerschaft durch politische Kommunikation im Internet als policy-Analyse der EU angesetzt worden.

So ist eine kritische Abbildung der Kommunikationsstrategie der EU mit einem Ausblick auf mögliche Ein- und Auswirkungen möglich, welche die Auseinandersetzung mit den Bürgern verifiziert.¹³ Die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Mitgliedsstaaten nehmen die hinzugekommene Ausgestaltung ihrer Rechte und Pflichten in unterschiedlichem Maße wahr. Fast jede(r) profitiert bei Auslandsreisen vom Schengener Abkommen und übt sich damit in Möglichkeiten, die erst durch die EU und ihren fortschreitenden Integrationsprozess möglich sind. Die Unionsbürgerschaft und die zuvor geforderte Auseinandersetzung mit dieser bleiben jedoch künstlich und den Zielen der Unionsbürgerschaft durch die fehlende und gleichsam für die Legitimierung dieses Status notwendige Identifizierung mit der neugewonnenen Position abträglich. Die politikwissenschaftliche Forschung benennt als Gründe das Kommunikations- und das Öffentlichkeitsdefizit der EU. Der Ansatz partizipatorischer Demokratie, aus dem heraus diese Arbeit entstanden ist, drängt auf einen möglichst großen Kreis an Stimmberechtigten. Des Weiteren ist die Beteiligung der Stimmbürgerschaft an der Aussprache, der Willensbildung und der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten zu vertiefen und zu

¹² Für eine Untersuchung im Kontext anderer Identitätsbildungsprozesse: Soysal, Yasemin 2001, S. 150

¹³ Zur Darstellung des Beitrags der policy-Forschung für die Formulierung von Teilbereichstheorien: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) 2003, S. 12

intensivieren. Der Bürger in der partizipatorischen Demokratie ist, sofern er nicht bereits kompetent ist, durch Willensbildungsprozesse auf Basis intensivierter eine Vertiefung des Wissensstandes anstrebende politische Kommunikation, zu mehr oder besserer Beteiligung an den politischen Prozessen anzuregen. Als vermittelndes Medium ist das kommunikative Potential des Internets zu betrachten, wobei die euphorischen Betrachtungen des ‚demokratischen Potentials‘ denen der Fragmentierung und Individualisierung von Zivilgesellschaften gegenübergestellt werden muß.

1.1 Problematisierung

Die Notwendigkeit funktionierender politischer Kommunikation seitens der Institutionen der Europäischen Union ist als allgegenwärtige Forderung an die EU und mittlerweile zudem als die der EU an die eigene Politik zu begreifen. Die Maßnahmen der europäischen Politik haben häufig unmittelbare Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Ein detailliertes Bild der EU und ihrer Politik wird dennoch nicht vermittelt.¹⁴ So muß die europäische Politik verständlicher und bürgernäher werden, soll die Europäische Union zu einer von der sich idealerweise auch transnational formierenden Zivilgesellschaft getragenen Supranationalität finden.

Im politikwissenschaftlichen Diskussionsraum finden sich bei Betrachtung der europapolitischen Theoriebildung nur grundsätzliche Alternativen zivilgesellschaftlicher Einbindung in eine entstehende europäische Zivilgesellschaft, welche nur partiell Erklärungsansätze liefern können, zu komplex, zu unvergleichlich bleibt das Bild der Europäischen Union.¹⁵ Für diese Arbeit kann unter zivilgesellschaftlicher Einbindung jedoch nur die größtmögliche, sich supranational platzierende verstanden werden. Das folgt der Überzeugung, daß durch Transparenz, Öffentlichkeit und Offenheit auf seiten der Regierenden die Grundlagen bürgerschaftlicher, sich durch Ausübung stetig erweiternde und intensivierende Partizipation geschaffen werden. Bevor die angestrebte nachhaltige Integration der Zivilgesellschaften in eine europäische Zivilgesellschaft eingeleitet werden kann (soweit eine „Einleitung“ möglich ist), ist eine verstärkt simultane europäische Politik sowie Kommunikation dieser seitens der Mitglieder notwendig. Auf dieser Basis könnten die bislang national gebundenen Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Position als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger finden und sich in den neuerworbenen Kompetenzen üben.

Vor dem Hintergrund dieses Forderungskatalogs wird die Komplexität der Aufgabe deutlich. Eine theoretische Annäherung, welche die Möglichkeiten der Schaffung politischer

¹⁴ Stabenow, Michael, 2004, S. 231 ff.

¹⁵ Wessels, Wolfgang, 2001, S.21

Öffentlichkeit, Information und Kommunikation für die Initiierung oder Aktivierung bürgerschaftlichen Interesses an dem supranationalen Raum eruiert, scheint geboten.

Die Medien in den einzelnen Nationalstaaten berichten bevorzugt über Versäumnisse der EU und die Einflussnahmen auf die nationale Politik, während die Bevölkerungen der einzelnen Nationalstaaten der Europäischen Union und der Auseinandersetzung mit ihrer Politik unschlüssig gegenüberstehen, zu unübersichtlich sind allein die Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu europapolitischen Themen.

Die Regierungen der Nationalstaaten ringen immer wieder um Akzeptanz ihrer nationalen Bedürfnisse im europäischen Raum sowie der europäischen im nationalen Raum, ein gemeinsames Fortkommen und parallele Durchsetzung von Eigeninteressen. Dem angestrebten, gemeinsam erarbeiteten europäischen ‚Bild‘ ist dieser Zwiespalt nicht zuträglich, zu widersprüchlich können die Stellungnahmen der jeweiligen europäischen Vertreter innerhalb der Nationen ausfallen.

Werner Weidenfeld fasst in einem Essay zur Europäischen Verfassung die Wünsche der Bürger zusammen: „Die langjährigen Umfragen des >Eurobarometers< zeigen: Die Bürger wünschen sich ein Europa, das ihnen Vorteile bringt: Frieden, Sicherheit, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit. Darüber hinaus wünschen sie sich ein effizientes, weniger bürokratisches und bürgernahes Europa, das sie selbst mitgestalten können.“¹⁶

Die Debatte über die Kluft zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union, Schlagwörter wie das Demokratiedefizit, das Legitimationsdefizit oder mangelnde politische Kommunikation und eine fehlende politische Öffentlichkeit der EU sind „aktuell, aber nicht neu“ so Michael Latzer und Florian Saurwein. Diese stellen gleichzeitig klar: „Die Suche nach Sündenböcken ist interessenspolitisch klar, aber sachlich verfehlt. Für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit und für die Demokratisierung der Europäischen Union zeichnen sich Politik durch institutionelle Reformen und Responsivität, Medien durch Aufmerksamkeit, Kritik und Kontrolle sowie die Bürgerinnen und Bürger durch Interesse und Beteiligung gemeinsam verantwortlich.“¹⁷ Mit einer Ergänzung der Pflichten der EU um intensiviertere politische Kommunikation gerade in medialen Wegen, die Responsivität begünstigen, sind die Anforderungen an die Akteure deutlich herausgestellt.

Forschungsstandpunkte, bei denen in erster Linie von positiven Bewertungen nationaler Politikvermittlung und politischer Kommunikation in einem Nationalstaat in Übertragung auf die Europäische Union ausgegangen wird, kommen zu betrübnissen Ergebnissen und attestieren oftmals Aussichtslosigkeit auf den aktuell beschrittenen Wegen.

¹⁶ Weidenfeld, Werner, 2006, S.17

¹⁷ Latzer, Michael; Saurwein, Florian, 2006, S. 10

Gleichzeitig mangelt es rein nationaler Kritik an der EU und ihrer Politik an Repräsentanz für das Projekt der Unionsbildung an sich und auch hier liegen wieder kulturelle Unterschiede, die sich in divergierenden Ansprüchen an eine supranationale Regierung ergeben, zugrunde. Die Etablierung einer funktionierenden europäischen politischen Kommunikation muß seitens der Regierungsinstitutionen eingeleitet werden. Nur wenn eine funktionierende Ordnung auch die nationalen Einsprüche durch Anhörung auf ein europäisches Niveau erhebt, kann eine funktionierende politische Öffentlichkeit innerhalb der EU entstehen. Gleichzeitig ist eine verstärkte Beteiligung seitens der Bürgerinnen und Bürger vonnöten, um die einem demokratischen System inhärente Bürgerschaft jedes einzelnen zu fundieren.

Als unabdingbare Grundlage sich intensivierender Partizipation wird die durch funktionierende politische Kommunikation herausgebildete politische Öffentlichkeit benannt. Innerhalb dieser wird eine im transnationalen Rahmen durch Medien vonstatten gehende Auseinandersetzung ermöglicht. Die Bürgerinnen und Bürger können durch sie repolitisierte Kommunikation die Möglichkeiten der Unionsbürgerschaft ausloten und erfahren.

Der transnationale Rahmen, in welchem die idealerweise reziproke Kommunikation erfolgen soll, weist jedoch auf eine Konnexion besonderer Diffizilität hin: die Vielsprachigkeit der EU bei gleichzeitigem Fehlen transnationaler Medien, in denen die übergreifende Kommunikation ihren Raum finden könnte.

Als ‚Neues‘ Medium der Wahl erscheint in diesem Zusammenhang das Internet, von euphorischen Betrachtern als sprachübergreifend, Transparenz sowie meinungsbildenden Austausch schaffend und eine direkte Kommunikation zwischen Bürgern und Regierungsinstitutionen schaffend charakterisiert, so z.B. von Hans J. Kleinsteuber. Auf nationaler Ebene wird über die Einrichtung elektronischer Wahlen diskutiert, die Interaktivität und der Dialog zwischen Staat und Bürger erscheinen unbegrenzt.¹⁸

Online-Medien wurden in den letzten Jahren sukzessive Teil des Vermittlungsprozesses zwischen dem gesellschaftlichen und dem politischen System. Besonders hervorgehoben wird wiederholt das Partizipationspotential des Internets für Bürgerinnen und Bürger. Die wie bereits seitens der EU teilweise praktiziert, vielsprachige und frei wählbare Informationsbereitstellung kann die sprachlichen Grenzen des Europäischen Kommunikationsraumes zumindest in eben diesem Medium aufheben.

Inwieweit Unionsbürgerschaft, und nicht anderes wird durch intensivere Beteiligung an europapolitischen Prozessen und detaillierten Auseinandersetzungen mit diesen implementiert, mittels politischer Kommunikation insbesondere im Internet verstärkt vermittelt werden kann,

¹⁸ Kleinsteuber, Hans J., 2001

bleibt strittig. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage nach der Erfahrbarkeit supranationaler Bürgerschaft seitens der Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Kommunikation der EU im vorab ausgewählten Medium Internet, welche auf einen steigenden Informationsstand bezüglich europäischer Politik und aktiver Teilhabe an dieser abzielt.

Dieser Fragestellung auf den Grund zu gehen, ist das Ziel dieser Arbeit, welches durch eine im folgenden Absatz detailliert dargelegte Bearbeitung der vorhergegangenen Fragestellungen mit normativem Abschluss erreicht werden soll.

1.2 Vorgehensweise und Fragestellung

Zunächst ist eine theoretische Abgrenzung der Unionsbürgerschaft in ihrer die Staatsbürgerschaft erweiternden Form notwendig. Nach Darlegung der Grundlagen schließt eine theoretisch detaillierte Betrachtung von Möglichkeiten und Chancen der Aneignung von Unionsbürgerschaft seitens der Bevölkerung an.

Der Gang der Untersuchung führt zur ersten Hypothese dieser Arbeit, der zufolge die Unionsbürgerschaft durch weiträumige Informationsbereitstellung und ausführliche Darstellung des Status in einer deliberativen, partizipatorisch angelegten Demokratie seitens der Bürgerinnen und Bürger erlebt werden kann. Die zugrundeliegende Vorstellung besagt, daß die Bürgerinnen und Bürger durch Transparenz, Öffentlichkeit und responsive politische Prozesse zur Ausübung von Unionsbürgerschaft animiert werden können. Die Unionsbürgerschaft muß somit und kann vermittelt werden, sie muß den Bürgerinnen und Bürgern aktiv in deliberativen politischen Prozessen nahegebracht werden.

Die Möglichkeiten der Integration durch Information und dadurch intensiviertes Interesse, welches zur Auseinandersetzung mit den neuen Rechten führt, liegen hier der Akzeptanz und Ausübung der Unionsbürgerschaft zugrunde.

Für die Beschreibung des Raumes, in dem die Informationsbereitstellung und der zuvor umrissene Diskurs stattfinden kann, ist eine Darstellung der Erfordernis politischer Öffentlichkeit und politischer Kommunikation für die idealerweise partizipatorisch angelegte Politik der Europäischen Union notwendig. Diese muß detailliert auf den beeinflussenden Kreislauf politischer Kommunikation zur Schaffung politischer Öffentlichkeit eingehen, in welcher sich durch reziprok angelegte Kommunikation die öffentliche Meinung herausbilden kann.

Die auf der ersten Forschungshypothese aufbauende zweite Hypothese dieser Arbeit ist, daß expandierte politische Kommunikation zum jetzigen, fortgeschrittenen Status europäischer Bemühungen zu einer ‚Politisierung‘, zur Schaffung politischen Interesses der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene führt. Dabei sind politische Bildungs- und weitergehend

Partizipationsmöglichkeiten als politische Identifikationsmöglichkeiten zu verstehen, welche unbedingt reziprok angelegt sein müssen.

Der Gedanke der Intensivierung politischer Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern lässt sich aus den jüngsten Unternehmungen der EU ableiten, deren Abbildung die Aufgabe des darauffolgenden Kapitels ist. Bei der Aufstellung der Mängel in der politischen Kommunikation ist dieser auch aus der Sicht der europäischen Bürger zu betrachten. Die Frage nach der Annäherung an die EU und ihre Politik durch eine Überwindung des Kommunikationsdefizits aus der Sicht der Bürger überblicksartig zu beantworten, ist ein zentraler Punkt dieser Arbeit. Miteingeschlossen ist eine Erörterung, inwieweit die Sprachvielfalt ein tatsächliches Problem der politischen Kommunikation zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit darstellt. Der Ausfall einer gemeinsamen Sprache als identitätsstiftendes Kriterium stellt einen höheren Anspruch an das Vertrauen als vereinendes Kriterium. Vertrauen entsteht wiederum erst aus Kenntnis des Anderen, des Fremden. Hierfür sind wiederum Kommunikation und Vermittlung der Ziele vonnöten, so formuliert Jan Delhey die Komplexität politischer und sozialer Prozesse auf transnationaler Ebene.¹⁹ Gemeinsam mit einer Zusammenfassung des Status quo EU-politischer Kommunikation und einer Darstellung der Verbesserungsmöglichkeiten werden die damit einhergehenden Chancen der Bürgerschaftsgestaltung unter kommunikativ-vermittelnden Gesichtspunkten abgebildet werden.

Als Medium, welches die an diesem Punkt formulierten theoretischen Anforderungen erfüllen kann, ist zuvor das Internet genannt worden. Nach einer Darstellung der Kommunikationsräume des Internets ist die Beurteilung der Förderung politischer Öffentlichkeit durch das Internet seitens der Wissenschaft aufzuzeigen.

Dieses Ergebnis leitet zur dritten Hypothese dieser Arbeit über, nach der sich Möglichkeiten der Vermittlung der europäischen Bürgerschaft im Internet ableiten lassen werden. Die Reziprozität des Internets als Mittel zur Schaffung politischer Öffentlichkeit innerhalb der EU beinhaltet bürgerschaftliche Kommunikationsräume, in denen auch in einem so hochkomplexen System wie der Europäischen Union Bürgerschaft erfahren bzw. ausgeübt werden kann. Umfassende Bereitstellung nicht vorselektierten Wissens und die tageszeitlich unabhängige Informationsabrufbarkeit mit Archivierungsfunktionen initiieren neue Möglichkeiten der Informationsgewinnung. Gleichzeitig bietet das Internet Raum für bürgerschaftlich politische Prozesse, deren Potential vielfach beschworen und untersucht wurde.

¹⁹ Delhey, Jan, 2004, S. 7

Die verifizierten Hypothesen leiten zum Ende der Arbeit zu theoretischen Grundlagen erfolgreicher Vermittlung der Unionsbürgerschaft im Internet über, aus denen sich Vorschläge für die weitere Gestaltung politischer Kommunikation im Internet seitens der Europäischen Union ableiten lassen, immer unter der Prämisse der Ausgestaltung einer europäischen, partizipierenden Zivilgesellschaft.

Das Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung der die Bürger politisierenden Vermittlung europäischer Bürgerschaft durch intensive politische Kommunikation im Internet. Die Betrachtung der theoretischen Möglichkeiten des Internets zur diesbezüglichen Auftragserfüllung werden in der Schlussbetrachtung zusammengefasst und zur Beantwortung der Frage, ob die Unionsbürgerschaft durch öffentlichkeitsschaffende Kommunikation der EU und deliberative politische Prozesse im Internet, seitens der Bürgerinnen und Bürger erfahrbar werden kann, herangezogen.

2. Die Grundzüge einer europäischen Bürgerschaft und ihre Annahme durch die europäischen Bevölkerungen

Der Integrationsfortschritt, der seitens der Europäischen Union auf ihrem Weg von einer reinen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer auch für die Bevölkerungen der europäischen Staaten tragfähigen Vereinigung europäischer Staaten geleistet wurde, ist historisch ohne Beispiel.

Dieser Zusammenschluss, markiert durch den Vertrag über die Europäische Union („Maastrichter Vertrag“) führte jedoch, abhängig von der jeweiligen Intensität und Ausdehnung der Neuregelungen und neu übertragenen Kompetenzen an das Bollwerk der EU immer wieder zu Zweifeln in verschiedenen Mitgliedsländern über das Ausmaß der Kompetenzübertragungen.

Als einer der Gründe der zweifelnden Vorsicht wurde das Fehlen demokratischer Legitimation der Europäischen Union angesehen. Da seit dem Maastrichter Vertrag Mehrheitsentscheidungen in der EG immer häufiger vonstatten gingen, ist man in der wissenschaftlichen Debatte darüber übereingekommen, daß die EG kein internationales Regime mehr darstelle, sondern direkt politische Herrschaft ausübe.²⁰ Diese Erkenntnis verdeutlichte die Wandlung des vormals rein wirtschaftlichen Zweckbündnisses zu einer wahren Union europäischer Staaten und warf die Frage nach der Fortentwicklung dieses Gebildes auf. Gleichzeitig wurde die Forderung nach demokratischer Legitimation intensiviert. Unabhängig von dem weiteren Weg der EU in ihrem Zusammenschluss wurde das Demokratiedefizit dieses Systems sui generis ein allgegenwärtiges Postulat.

Im Rahmen der Debatten über den Fortbestand und Progress der EU wurde die Idee einer europäischen Verfassung wiederentdeckt, welche als Lösung des Demokratiedefizits der EU angesehen werden konnte. In wissenschaftlichen Disputen über die Verfassung und ihre Bedeutung für die europäische Bevölkerung sowie die europäische Integrationspolitik wurde recht schnell deutlich, daß sich die vorherrschende Uneinigkeit von dem Begriff der Verfassung selbst bis hin zu dem Ausmaß einer solchen Grundordnung zog.

Diesen durchaus kritischen Diskussionen zum Trotz konnte man bezüglich der Reaktionen auf die negativ ausgegangenen Referenden in einzelnen Mitgliedstaaten nur von einem Schock sprechen. Bemerkenswert an den darauf folgenden Reaktionen und Diskussionen war jedoch, daß sie sich nahezu ausschließlich auf eine Analyse der institutionellen und politischen Folgen

²⁰ Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004, S. 17

für die EU konzentrierten.²¹ Die Vermittlungsleistung bezüglich der europäischen Verfassung und die Kommunikation der Inhalte wurden zweitrangig behandelt. Erst bei genauerer Beleuchtung der Ablehnungsursachen wurde deutlich, daß diese nicht bei dem Inhalt und den Zielen der Verfassung lagen, sondern vielmehr aus einer tiefgehenden Unzufriedenheit und Unsicherheit der Abstimmenden in bezug auf die (nationale) Politik resultierten. Den meisten die Verfassung ablehnenden waren die Inhalte dieser ohnehin nicht bekannt. Das Defizit, welches diese Erkenntnis zutage förderte, wurde seitens der EU erst viel später als ein solches anerkannt und in Angriff genommen: die unvollständige bzw. nicht existierende Vermittlung europäischer Zielsetzungen an die Bürgerinnen und Bürger sowie die für sie daraus erwachsenden Rechte und Pflichten.

Im heutigen Denken ist es legitim, Verfassung und Bürgerschaft zusammenzudenken. Eine europäische Verfassung kann somit unmittelbar auf die Institutionalisierung einer europäischen Bürgerschaft bezogen werden, welche vorerst als Erweiterung der nationalen anzusehen sein würde und den Bevölkerungen der Nationalstaaten supranationale Rechte und Pflichten auferlegen bzw. zugestehen würde.

Der Großteil der Mitgliedsstaaten hat sich keine nennenswerte Mühe gegeben, den Verfassungsprozess demokratisch zu legitimieren, die Verfassung für die Bürgerinnen und Bürger diesen auch nahezubringen. Peter Graf Kielmansegg beschreibt diese Unterlassung: „Sie (die Mitgliedsstaaten, A.d.V.) waren eher bestrebt, ihn (den Verfassungsprozess A.d.V.) durch Eliten- und das heißt vor allem Parteikonsens gegen störende Interventionen abzuschirmen; Deutschland ist dafür ein herausragendes Beispiel. Wo kein Wählervotum gegen den Fortgang des Integrationsprozesses möglich ist, weil die Parteien sich einig sind, und auch keine direktdemokratischen Instrumente verfügbar sind, wird man von einer demokratisch begründeten Vollmacht, die Integration weiter voranzutreiben, kaum sprechen können.“²²

In Deutschland, einem der Länder, die als Teil des ‚Motors der Integration‘ bezeichnet werden, können die Bürgerinnen und Bürgern ihrer Unsicherheit nur durch Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht eine Stimme verleihen. Dieses hatte 2005 über zwei Anträge zu entscheiden, welche die Unsicherheit der deutschen Bevölkerung deutlich widerspiegeln. Ein deutscher Staatsbürger klagte aufgrund seiner Unsicherheit ob der Prozessverfahren in den Mitgliedsländern gegen den europäischen Haftbefehl, ein anderer fühlte sich durch das parlamentarische ‚Ja‘ zur europäischen Verfassung in seinen Rechten übergangen.²³

²¹ Feldmann, Eva; Tham, Barbara; Fuchs, Alina, 2007

²² Peter Graf Kielmansegg, 2003b, S.81

²³ Klingst, Martin: DIE ZEIT, 16.6.06

Diese Zeichen von Verunsicherung innerhalb der (deutschen) Bevölkerung, das Angebot einer Teilnahme an dem europäischen Prozess ohne ausreichende demokratische Legitimation, muß zu einer detaillierten Betrachtung von Bürgerschaft führen, welche zunächst unter der Betrachtung ‚als nationales Konzept angelegt‘ untersucht werden wird und darauffolgend auf die supranationale, europäische Ebene übertragen werden kann.

Weiterhin ist die Vermittlung einer solchen supranationalen Bürgerschaft ein zentraler Punkt im Gang der Untersuchung. Inwieweit kann Bürgerschaft vermittelt und seitens der Bevölkerung wahrgenommen werden? Inwieweit ist ein Status, der nicht aktiv und bewußt ausgeübt wird, identifizier- und erlebbar? Die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten einer europäischen Bürgerschaft muß darauffolgend dargestellt werden, um das Ausmaß und die Grenzen der Legitimationsfähigkeit durch die Wahrnehmung seitens der Bürgerinnen und Bürger aufzuzeigen. Damit einhergehend sind die Möglichkeiten der Identifikation mit Europa zu beleuchten, durch welche die europäische Bürgerschaft Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger findet.

2.1 Bürgerschaft in Europa

Die Erwartungen und Ansprüche an eine europäische Bürgerschaft sind ebenso vielfältig wie komplex: Einerseits wird demokratische Legitimation des supranationalen Systems der EU erwartet und erhofft, gleichzeitig ertönen Warnungen vor einem ‚Superstaat‘, der die Bürgerinnen und Bürger durch ein schier undurchdringliches, aus den Verfassungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zusammengewürfeltes Regelwerk in ihrer Position als europäische Bürgerinnen und Bürger verunsichert.

Der Weg von der EGKS²⁴ über die EURATOM²⁵ zur EWG²⁶ führte über sich weiter vertiefende wirtschaftliche Zusammenschlüsse zu der Idee einer supranationalen Ordnung im europäischen Raum. Früh manifestierten sich Vorschläge und Unternehmungen zur Etablierung eines mit Rechten und Pflichten ausgestatteten Bürgerstatus, welcher durch die Institutionalisierung supranationaler Organisationen in seinen Rechten geschützt werden sollte.

²⁴ Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Luxemburg trat am 23. Juli 1952 in Kraft. Die Wirtschaftsintegration wurde nur im regionalen Maßstab und nur auf einen wirtschaftlichen Sektor begrenzt vorangetrieben. Angeregt wurde dieser Zusammenschluß von dem französischen Außenminister Robert Schuman.

²⁵ Der Vertrag über eine beschleunigte Entwicklung und den Ausbau von Kernenergien zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Luxemburg wurde am 27. März 1957 in Rom unterzeichnet (Römische Verträge).

²⁶ Ebendiese gründeten 1957 im Rahmen der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, welche eine gemeinsame Wirtschaftspolitik initiierte und die politische Einigung Europas voranbringen sollte. Diese drei Verträge gelten als „Gründungsverträge“ der Europäischen Union.

Ein erster Versuch einer Wirtschafts- und Währungsunion scheiterte an unterschiedlichen Zielvorstellungen der beteiligten Regierungen. Unternehmungen wie die zur „Vollendung des Binnenmarktes“²⁷ machten 1992 die Kommission zum Motor der Integration.²⁸

Der 1991 ausgehandelte und 1992 in Maastricht unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag) enthielt neben vertiefenden wirtschaftlichen Regelungen wie dem Ausbau der EWWU²⁹ auch Weiterführungen und Änderungen der bislang bestehenden Verträge. So wurden zwei neue Aufgabengebiete für die gemeinsame Politik erschlossen, zum einen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik („zweite Säule“) sowie eine Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres („Dritte Säule“). Die Organe der EU wurden in ihren Positionen vertraglich konstituiert. Des Weiteren wurden praktische Unternehmungen für ein „Europa der Bürger“ vereinbart, die Unionsbürgerschaft wurde dezidiert benannt.³⁰

Der 1997 geschlossene Vertrag von Amsterdam ergänzte den Maastrichter Vertrag und stärkte die europäischen Institutionen in ihren Aufgabengebieten. Ebenso wie der im Jahr 2000 ratifizierte und im Jahr 2004 in Kraft getretene Vertrag von Nizza sind diese Mantelverträge, die Ergänzungen, Vertiefungen und Ausweitungen der bestehenden Vereinbarungen sowie der Anzahl und der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zur Folge haben. Aus diesen Vorlagen wurde die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung konstituiert, welcher der EU Handlungsfähigkeit, Effizienz und Transparenz in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten zuleiten soll. Aus der Europäischen Union soll eine wahrhaft politische Union werden, mit außenpolitischem Gewicht und außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten.³¹ Im Vergleich zu den bisherigen Kontrakten sollte die Verfassungsreform in einem offenen Prozess mit der Bevölkerung diskutiert werden. Die EU sollte den Bürgerinnen und Bürgern, welche Europa als etwas Fernes, sie außer in regulatorischen Dingen nicht Betreffendes ansahen, nahegebracht werden.³²

²⁷ Weißbuch der Kommission, vorgelegt 1985

²⁸ Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt, Michèle, 2004, S. 75 f.

²⁹ Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde in drei Stufen verwirklicht:

1. Juli 1990, Liberalisierung des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsländern, Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik.
1. Januar 1994, Vorbereitung zur Errichtung einer Währungsunion, die Mitgliedsländer schließen einen Stabilitäts- und Wachstumspakt.
1. Januar 1999, Unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse der teilnehmenden Länder (Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Italien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien), Einführung des Euros im bargeldlosen Zahlungsverkehr, Gründung der europäischen Zentralbank. Einführung des Euros als Zahlungsmittel am 1. Januar 2002

³⁰ Zandonella, Bruno, 2005, S. 35

³¹ Weidenfeld, Werner, 2006, S. 44ff.

³² Der weitere Fortgang des Ratifizierungsprozesses ist bekannt, wichtig für die weitere Untersuchung ist die Ausgestaltung der Einbeziehung der Bevölkerung, so belasse ich es bei dieser Annäherung.

Die Vertiefungen der politischen Zusammenarbeit und die fortschreitende Kompetenzübertragung seitens der Mitgliedsstaaten auf die Institutionen der EU lassen deutliche Rückschlüsse auf die ökonomischen Ursprünge zu. Sie zeigen lange vorherrschende Interessen, welche die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten durchaus als in ihrem Umfang genau bemessen, d.h. sie als Zivilbevölkerung nicht als solche mit einbeziehend wahrgenommen haben. Die Europäische Union hat sich als ein höchst komplexes wirtschaftliches Interessensvermittlungssystem präsentiert, welches demokratisch-repräsentative Belange hinten angestellt hat.³³ Diese Eigenschaften sind auch den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsstaaten nicht verborgen geblieben. Brüssel wurde vielerorts als anonyme Macht bezeichnet, welche für sich beansprucht, „besser zu wissen, was für Polen, Deutsche und Portugiesen gut ist, als Polen, Deutsche und Portugiesen annehmen.“³⁴

Die für die Sicherung der reibungslosen Abwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit gegründeten Kontrollinstanzen, aus welchen die heutigen Institutionen der Europäischen Union hervorgegangen sind, waren notwendigerweise nicht auf partizipatorische Legitimation ihrer Handlungen und Kontrollen eingerichtet; und bei der nach und nach erfolgenden Ausweitung ihrer Kompetenzfelder ist diese Möglichkeit aus dem Volk erwachsender Kontrolle dieser Instanzen auf ihrem Weg zu wahrhaften Regierungsinstitutionen außer acht gelassen oder schlichtweg nicht eingearbeitet worden. Die Forderung einer Unionsbürgerschaft lief mit den ehrgeizigen Zielen der Wirtschafts- und Währungsunion mit, ins Zentrum rückte sie erst nach dem für die Politiker der Europäischen Union vollkommen überraschend abgelehnten Verfassungsreferendum.

Die beharrliche Aushandlung von Verträgen zu einer sich vertiefenden wirtschaftlichen Integration und der langwierige Reformprozess der in die Unübersichtlichkeit gewachsenen europäischen Institutionen sollte durch die Verfassung zu einem krönenden Abschluss gebracht werden. Nach dem Scheitern der Abstimmungen sahen sich verschiedene Euroskeptiker bemüht, die verschiedenen vorhergegangenen Vertragsinhalte zu kritisieren, von einer Abschaffung des Euros wurde gesprochen, ein Moratorium in bezug auf den künftigen Erweiterungsprozess wurde gefordert und am 3. Oktober 2005 eingesetzt und die Vorteile reiner „Regierungszusammenarbeit“ an Stelle institutioneller europäischer Vertiefung wurde benannt.³⁵

Bezüglich der Unionsbürgerschaft sahen sich die Zweifler bestätigt, die Bürgerinnen und Bürger der einzelnen Mitgliedsstaaten seien nicht an weitergehenden Rechten auf europäischer

³³ Hartmann, Jürgen, 2001, S. 173 ff.

³⁴ Der Spiegel Nr. 19, 9.5.05

³⁵ Rupnik, Jaques, 2006

Ebene interessiert, die europäische Integration könne auch als rein wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne vertiefende Elemente funktionieren.

Die Unübersichtlichkeit der EU lieferte sowohl Skeptikern als auch Befürwortern eine immense Anzahl an Ansatzpunkten, welche eine Beseitigung des Legitimationsdefizits und der schwach bis gar nicht ausgeprägten Bereitschaft europäischer Bürgerinnen und Bürger, Interesse an den politischen Prozessen der EU, unmöglich bzw. unabdingbar macht.

Betrachtet man diese Sachlage aus wissenschaftlicher Perspektive, so wird sehr schnell deutlich, daß bereits die Beschreibung der Europäischen Union als ein System sui generis für eine weitere Untersuchung weder sinnvoll noch zu Ergebnissen führend ist.³⁶ Bei einer Fallzahl von $n=1$ sind Generalisierungen nicht überprüfbar. Diese Feststellung geht, auch wenn sie sich in diesem Zusammenhang auf die Unmöglichkeit einer einheitlichen wissenschaftlichen Definition des Regierungssystems und seiner weiteren Transformation bezieht, zu Lasten der Etablierung einer europäischen Bürgerschaft mit Rechten und Pflichten, da Defizite in der Ausgestaltung einer europäischen Bürgerschaft ohne Vergleichsmöglichkeiten nicht in vollem Ausmaß ins Gewicht fallen werden.

Eventuelle Unvollständigkeiten und Unterlassungen können nur bei einem Vergleich von Teilen des europäischen Systems mit einem nationalen System auffallen. Gerade für die Entwicklung einer Unionsbürgerschaft ist ein solcher Vergleich, wird er in anderen Bereichen oft als nicht nachvollziehbar und zu wenige Vergleichspunkte abdeckend kritisiert, notwendig.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben Entfaltung einer Staatsbürgerschaft im heutigen Sinne als einen sich über nahezu zwei Jahrhunderte erstreckenden Prozess „erlebt“.³⁷

Die Entwicklung der Rechte und Pflichten für den einzelnen Bürger hängt dabei ganz eng mit dem Gebilde des Nationalstaats zusammen. Die Schwierigkeiten der Etablierung einer Bürgerschaft aus supranationaler Ebene lassen sich an diesem Werdegang ablesen.

Armin Nassehi und Markus Schroer dazu: „Auch wenn das Thema Staatsbürgerschaft auf den ersten Blick auf partikulare, nämlich nationalstaatliche Kontexte verweist, so drückt sich in diesem Konzept doch ein globales und universales Phänomen aus: Über den Mechanismus der Staatsbürgerschaft bzw. der Staatsangehörigkeit sorgt die moderne Weltgesellschaft für eine globale, weltweite Inklusion der Weltbevölkerung mit wahrhaft universalistischem Anspruch. Wer im Bestimmungsbereich gesellschaftlicher Kommunikation existiert, tut dies unvermeidlich und unabwendbar immer auch als Bürger bzw. Angehöriger eines Staates.“³⁸

³⁶ Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate, 2003, S. 18

³⁷ Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen, 2001, S.13

³⁸ Nassehi, Armin; Schroer, Markus, 2000, S. 33

So muß die Beleuchtung des Status der Bürgerschaft in (historischer) Perspektive zunächst als eine Beleuchtung der Staatsbürgerschaft erfolgen, auch, um zu verdeutlichen, inwieweit die Identifikation mit dem Nationalstaat durch diesen zwingend gefordert wurde.

2.1.1 (Staats-)Bürgerschaft als nationales Konzept

Der Staat garantiert, als politisches Gemeinwesen charakterisiert, eine Ordnung (seit der Zeit des Konstitutionalismus gewaltenteilig), welche das Gemeinwohl der Bevölkerung berücksichtigt bzw. fördert. Die in diesem Rahmen und auf diesem Territorium lebenden Individuen sind die Bürger des Staates. Der Begriff des Staats nimmt vielfältige Bedeutungen an, er ist wohl auch schon zu allen (positiven und negativen) Zwecken und Zielen verwandt worden, weshalb eine verbindliche Definition bislang gescheitert ist.

Zu unterscheiden sind jedoch zwei Darlegungen, die im Hinblick auf die Untersuchung von Bürgerschaft im europäischen Raum weiterführend sind: Zum einen wird der Staat als territorial begrenzter, politischer Herrschaftsverband bezeichnet, welcher mit Erfolg die Oberhand über die (Staats-)Gewalt für sich beansprucht, der Staat verfügt über – so Max Weber – das „Monopol legitimen physischen Zwanges“.³⁹ Der Staat wird hier als ein eigenständiges Wesen betrachtet, welches aus dem Zusammenschluss des Volkes entstand, jedoch eine eigene Dynamik entwickeln konnte.

Zum anderen, und auch hier ist eine Vorstellung Max Webers präsent, kann man den Staat als eine politische Einrichtung ansehen, welche allgemeinverbindliche Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinierungsfunktionen ausübt. Dazu bedient sich der Staat im Sinne eines modernen Verfassungsstaats demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, deren Ergebnisse er umzusetzen und im Falle der Notwendigkeit solcher mit Sanktionsmitteln auszuführen berechtigt ist.⁴⁰ Der Staat ist hier die Folge des Zusammenschlusses des Volkes, entwickelt jedoch keine eigene Dynamik. Der Tradition Rousseaus und Kants folgend sollen sich die Träger der liberalen und politischen Bürgerrechte zugleich auch als dessen Autoren begreifen.⁴¹

Obgleich es, wie zu Beginn angedeutet, eine Vielzahl von Definitionen des Staatsbegriffs gibt, sind diese beiden für die Gestaltung einer europäischen Bürgerschaft am interessantesten. Zum einen steht dort die Eigendynamik des Staatsgebildes und zum anderen das stetige Augenmerk auf dem Willensabbild der Bevölkerung. Rein rechtlich ist der Spielraum jedoch viel enger

³⁹ Weber, Max, zitiert nach: Anter, Andreas, 2005, S. 127

⁴⁰ Schubert, Klaus; Klein, Martina, 2006, S. 284f.

⁴¹ Habermas, Jürgen, 1996, S. 136

gesteckt. Ein Staat im Sinne des Völkerrechts ist gegeben, wenn eine menschliche Gemeinschaft (=Staatsvolk) volle Selbstregierung (=Staatsgewalt) über ein Gebiet (=Staatsgebiet) ausübt.⁴² Diese zugegeben etwas prosaische Definition verdeutlicht, daß in der grundsätzlichen der Definitionen der Staat unangefochten aus dem Volk resultiert, somit die Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zum Volk widerspiegelt und insofern ein durchaus erfahrbares Phänomen darstellen kann.

Wenn sich ein Volk also als Nation, d.h. als einen kulturell und in welchem Umfang auch immer geschichtlich geprägten, mit dem Willen zu politischer Selbstbestimmung ausgestatteten Verband begreift, beansprucht es, ein Nationalstaat zu werden. Vereinigen sich mehrere auf einem Territorium siedelnde Völkerschaften bzw. ethnische Gruppen mit dem Willen, einen gemeinsamen politischen Verband aufzubauen, bilden sie für unbestimmte Zeit einen Nationalitätenstaat, so geschehen in der Schweiz, der UdSSR oder der Bundesrepublik Jugoslawien.⁴³ Aus diesem selbstgewählten Zusammenschluss resultiert ein Rechtsverhältnis, welches dem jeweiligen Bürger eines Staates durch das Staatsangehörigkeitsrecht gemäß nationaler Gesetzgebung bestimmte Rechte und Pflichten verleiht.⁴⁴

Die Rechte eines Staatsbürgers gegenüber dem Staat sind als Abwehr- und Gewährleistungsrechte beschrieben worden. Im ersten Falle wird die Staatsgewalt als ein bedrohliches Risiko wahrgenommen, vor dem die Individuen, d.h. die Bürger und die Gesellschaft an sich, zu schützen sind. Im zweiten Fall ist der Staat als unparteiischer Schiedsrichter und Helfer innerhalb der Gesellschaft anzusehen, welcher für den Einzelnen sorgt und ihn, sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch außerhalb gegenüber anderen Staaten und ihren Angehörigen schützt.⁴⁵

Das Spezifikum der Staatsbürgerschaft darf des weiteren weder willkürlich verliehen, aufgezwungen noch als Sanktion entzogen werden, der Staat agiert hier in der passiven Rolle zum Wohle seiner Staatsangehörigen. Nach den Anforderungen, welche an dieses Verhältnis gestellt werden und welche sich, soweit bislang erkennbar, problemlos auf die europäische Ebene werden übertragen lassen, ist eine Definition der Staatsbürgerschaft mit besonderem Augenmerk auf der Position des Bürgers notwendig. Die ‚weichen‘ Kriterien wie das Zugehörigkeitsgefühl, welche bei der Definition von Staatsangehörigkeit auch immer mitschwingen, stellen die wahre Schwierigkeit dar.

⁴² Schweitzer, Michael, 2000, S.184

⁴³ Weinacht, Paul-Ludwig, 2000a, S.838ff.

⁴⁴ Hinte, Holger, 2000, S. 841

⁴⁵ Weinacht, Paul-Ludwig, 2000b, S. 846

Die Staatsbürgerschaft/Citizenship⁴⁶ bezeichnet ein Rechts- und Schutzverhältnis zwischen einer natürlichen Person und einem von dieser Person im Rahmen institutioneller Möglichkeiten mitgestaltetem Staat, welches in mannigfaltiger Weise definiert sowie interpretiert worden ist. Die Kerndefinition, nach der Staatsbürgerschaft als politische Positionierung von Menschen in der modernen Gesellschaft angesehen werden kann, ergibt sich aus dem Zusammenwirken der funktionalen Ausdifferenzierung der Politik in der Gesellschaft und der segmentierten Ausdifferenzierung des politischen Systems in Staaten.⁴⁷

Der moderne Staat definiert formal sein Staatsvolk, indem er einen Kreis von Personen als sein Staatsvolk legitimiert sowie mit Rechten und Pflichten ausstattet und alle übrigen als Nichtbürger oder Ausländer bezeichnet. Doch nicht allein der Wohnort ist entscheidend, Staatsbürgerschaft ist ein fortdauernder persönlicher Status, der nicht allein durch zeitweiligen oder anhaltenden Aufenthalt in dem Staatsgebiet erreicht wird und genauso wenig bei zeitweiliger oder längerer Abwesenheit erlischt. Rogers Brubaker dazu: „Es besteht eine begrifflich klare, rechtlich konsequente und ideologisch aufgeladene Unterscheidung zwischen Bürgern und Ausländern. Der Staat beansprucht, der Staat von und für ein bestimmtes begrenztes Staatsvolk zu sein; er beansprucht Legitimität, indem er geltend macht, den Willen dieses Staatsvolkes auszudrücken und seine Interessen zu vertreten. Ein solche begrenztes Staatsvolk wird gewöhnlich als Nation begriffen.“⁴⁸

Die Staatsbürgerschaft funktioniert somit nicht nur als Kriterium der Zuordnung, sondern zugleich als eines der Abgrenzung. Bei den Diskussionen um doppelte Staatsbürgerschaften lässt sich deutlich das Bestreben ablesen, eine Staatsbürgerschaft möge „monogam“ sein. Der Staat verlangt durch die Bindung der Bürgerschaft eine exklusive Hingabe seiner Mitglieder, selbst wenn deren Eigenbild nicht nur die eine Staatsbürgerschaft beinhaltet, die er nicht mit anderen Staaten zu teilen gewillt ist. Die Sorge gilt dem Zugehörigkeitsgefühl des Bürgers, wenn sich die Identifikation des einzelnen auf verschiedene, gleichartige Instanzen verteilt, gilt die Sorge einer möglichen Schwächung der Identität durch Diversifikation.⁴⁹ Das Zugehörigkeitsgefühl des Staatsbürgers an seinen Staat ist somit von staatlicher Seite aus gewünscht, aus der Perspektive des Staatsbürgers ist dieses Gefühl auch als Nationalbewußtsein oder Nationalstolz zu beschreiben. Die Pflege von traditionellen

⁴⁶ Der Begriff der Citizenship verweist weitergehend viel stärker auf die aktiv partizipierende Rolle der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Angelegenheiten, während die deutsche Staatsbürgerschaft besonderes Augenmerk auf den Staat legt. Da der Gedanke an Zugehörigkeit und Teilnahme jedoch für die Untersuchung der europäischen Bürgerinnen und Bürger leitend ist, schließt die Unionsbürgerschaft beide Bezeichnungen mit ein.

⁴⁷ Holz, Klaus, 2000, S. 13

⁴⁸ Brubaker, Rogers, 2000, S. 73

⁴⁹ Nassehi, Armin; Schroer, Markus, 2000, S.43f.

Zugehörigkeitsriten und die Abgrenzungen von anderen Staaten durch der Nation zuzuordnende Rituale und Charakteristiken stärkt die Bindung des einzelnen an die Gruppe, an den Staat. Zur Einbindung aller Gruppen in einen homogenen Demos, ein Bemühen, welches unter Beachtung von nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten Diskussionen um Etablierung und/oder Ausbau besonderer Rechte, sog. Gruppenrechte, für diese entfacht hat und entfacht, sind nach Claus Offe die bürgerlich, politisch und sozial nicht weiter differenzierten Rechte die Effektivsten.⁵⁰ Deutlich wird bei dieser Betrachtung eine sich bewußt über bevölkerungsinhärente Divergenzen hinwegsetzen wollende Integrationsdynamik eines Demos. Das heißt, daß bei der Ausgestaltung von Staatsbürgerschaft eine klare Rechtsvergabe und eine deutliche Tendenz allgemeiner Anpassung seitens der Bürgerinnen und Bürger erwünscht ist.⁵¹ Die Diffusion der nationalen Grenzen wirkt verunsichernd auf das Nationalbewußtsein der Bürger. Wenn schon das Regierungssystem selbst die Furcht vor Diversifikation der Staatsbürgerschaft benennt, ist seitens des Bürgers die Sorge vor einer solchen durchaus zu begreifen.

Ob die damit einhergehenden Befürchtungen der Zerstreung tatsächlich gerechtfertigt sein könnten, sei hintangestellt, die Besonderheit einer supranationalen europäischen Bürgerschaft mit allen Neuartig- sowie Fremdartigkeiten spiegelt sie in jedem Falle wider und stellt somit die Einleitung zu einer Betrachtung der notwendigen Eigenschaften einer solchen dar.

2.1.2 Die europäische Bürgerschaft

Der Vertrag zur Gründung der europäischen Union, welcher 1992 in Maastricht unterzeichnet und 1994 in Kraft trat, führt eine Unionsbürgerschaft ein, welche die nationale Staatsbürgerschaft ergänzt, aber nicht ersetzt, und deren Förderung unter Wahrung der Subsidiarität erfolgt.⁵² Die Grundlage hierzu bildet eine tiefgreifende politische Entscheidung, die ihre berühmteste Formulierung in der Präambel des EWG-Vertrags von 1957 findet, nämlich die Entscheidung, einen „immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“ zu fördern und einzuleiten.

Die Manifestationen des engeren Zusammenschlusses sind mannigfaltig, schließlich führt die vor dem Hintergrund des vorherrschenden Konstitutionalismus transformatorische

⁵⁰ Offe, Claus, 2007, S. 370

⁵¹ Vgl. dazu: Dahrendorf, Ralf, 2007 S. 97 ff.

⁵² Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 26. Januar 2004

Prophezeiung zu rechtlichen Strukturen, die Europa zu einer verfassungsrechtlichen Ordnung führen.⁵³

Die Unterscheidung zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten führt zur positiven Ausgestaltung des Unterschieds zwischen Weltenbürgern und Staatsbürgern. Ersteren werden allgemeine Menschenrechte, letzteren die besonderen, staatsbürgerlichen Rechte zugestanden. Die Einführung einer Unionsbürgerschaft stellt durch ihre ‚Zwischenebene‘ über der nationalstaatlichen und unter der weltenbürgerlichen Ebene somit eine vollkommene, zuvor noch nie da gewesene Neuerung sowohl im juristischen Sinne als auch im politischen Sinne dar.⁵⁴ Der Staat als bisher alleiniger Schutzraum des Bürgers wird auf die europäische Ebene ausgeweitet. Der Bürger befindet sich somit nicht mehr nur in dem Territorium, in dessen Gestaltung er hineingeboren wurde, er übernimmt die Ausweitung ebenso in seine Orientierung. Das europäische Recht tritt neben das Völkerrecht und dessen Staatsangehörigkeitsrecht. Die Unionsbürgerschaft bzw. die Einführung dieser Möglichkeit, zugleich ein europäischer Bürger zu werden, stellt einen unumkehrbaren Schritt auf dem Weg zu einer wahren Union dar, denkt man z.B. im historischen Kontext an die Möglichkeiten, die durch eine Übertragung derartiger Anrechte für den einzelnen entspringen. Die Schwierigkeit jedoch bei der Definition und der Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft ist, daß sie nicht unabhängig von dem neuartigen geographischen wie institutionellen Rahmen, in dem sie entsteht/entstanden ist, betrachtet und erforscht werden kann. Staatsbürgerschaft und Unionsbürgerschaft stehen in für die Bürgerinnen und Bürger neuartiger, zuvor unbekannter Weise nebeneinander, zum einen soll die Bindung an den Nationalstaat nicht aufgegeben, zum anderen die Bindung an die Europäische Union durch die Übertragung lebendiger Rechte und Pflichten intensiviert werden. Der Staat, bislang unverletzlich von äußerer Seite, lagert weitreichende äußere Entscheidungen an die EU ab und gesteht seinen Bürgern politische Rechte und Pflichten außerhalb seiner zu schützenden Zuständigkeiten zu.⁵⁵ Die Unionsbürgerschaft ist somit ein transnationales und dabei postnationales Bürgerschaftskonzept, da sie die Grenzen des Nationalstaats aufweicht und für die Bürgerinnen und Bürger erweitert, jedoch nicht ersetzt. Theresa Wobbe stellt dazu fest, daß die Unionsbürgerschaft der veränderten Mobilität von (Staats-)Bürgern im europäischen Raum Rechnung trägt und somit das Integrationspotential eines den globalen Veränderungen Rechnung tragenden Status besitzt.⁵⁶

⁵³ von Bogdany, Armin, 2005, S.21

⁵⁴ Kadelbach, Stefan, 1999, S.89 ff.

⁵⁵ Tomuschat, Christian, 1999, S. 85

⁵⁶ Wobbe, Theresa, 2007, S. 251

Die Übertragung von Unionsrechten auf die Bürgerinnen und Bürger kann sich streng betrachtet jedoch nur in einem legalen Herrschaftsverhältnis, d.h. mittels wirksamer Kontrolle der Regierenden durch die Regierten legitimieren, insbesondere, wenn als Zielbild die Gestaltung eines europäischen Demos benannt wird. Durch eine Intensivierung der Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten wird der Abbau des wiederholt angeführten Demokratiedefizits dieses Systems sui generis⁵⁷, wenn auch vom nationalstaatlichen Standpunkt aus betrachtet, angestrebt. Über das tatsächliche Potential herrscht Uneinigkeit, von der Unmöglichkeit eines europäischen Demos bis hin zum vereinenden Band unionsbürgerschaftlicher Beteiligung reichen die Urteile.

Das abstrakt bleibende Ziel bürgerschaftlicher Partizipation auf europäischer Ebene kann mit weiteren Notwendigkeiten unterfüttert werden, um der Unionsbürgerschaft vor dem Hintergrund des Legitimationsdefizits einen dringlicheren Rahmen zu geben. Mit der Aufnahme ost- und mittelosteuropäischer Staaten werden erstmals junge Demokratien Mitglied in der EU. Eine Bestärkung der Rechtskultur, aktive Bürgerschaftspolitik und ein größerer Einfluss auf supranationaler Ebene, gegeben durch die Unionsbürgerschaft, sind für die Festigung und Ausgestaltung dieser frisch entstandenen oder noch im Entstehen begriffenen Demokratien von Bedeutung.⁵⁸ Doch nicht nur die innere Einflussnahme ist für die Ausgestaltung einer Unionsbürgerschaft zu bedenken, auch die äußere Gestalt der EU ist zu betrachten. Die wirtschaftliche Gewichtung verstärkt den Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Europäischen Union. Die latente Bedrohung durch den Terrorismus potenziert die Forderungen v.a. der Bevölkerung nach einer intensivierten Zusammenarbeit und einem engen Verbund, der vor Bedrohungen schützt.⁵⁹

Die wenig beachtete sogenannte Dritte Säule im Zusammenwachsen und in der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, nimmt sich dieses Wunsches an und macht gleichzeitig die Übertragung bestimmter, auf gleicher Ebene angesiedelter Rechte für die Bürgerinnen und Bürger notwendig. In einem demokratischen Verfassungsstaat sind, wie im vorherigen Absatz ausgeführt, grundsätzliche Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger zum Schutz vor der Staatsgewalt institutionalisiert, ebenso wie den Bürgern übertragene Pflichten schützen diese bzw. die Erfüllung dieser die Bürger vor Willkür

⁵⁷ Gerade in der Integrationsforschung wird die Beschreibung der EU als ein System sui generis als unzureichend abgelehnt. In die Darstellung der Unionsbürgerschaft jedoch passt er gut, da die Anforderungen, die an die europäischen Bürgerinnen und Bürger durch die Offerte einer zweiten, die erste „umschließende“ Bürgerschaft gestellt werden, sowohl neu als auch ohne historisches Beispiel ist.

⁵⁸ Lemke, Christiane, 2003, S. 103

⁵⁹ Watson, Graham, 2004,

http://www.bpb.de/themen/W1IEQ9,0,0,Security_in_Europe%3A_five_Propositions.html

und unangemessenem Staatshandeln. Die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten befähigen die Bürger, auf das Regierungshandeln einzuwirken und die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Die Erweiterung des staatsbürgerschaftlichen Denkens auf eine supranationale Ebene kann, sowohl aufgrund der Komplexität der Europäischen Union als auch auf den nicht klar zu fassenden Zielen der Unionsbürgerschaft seitens der Regierenden, nicht als klar zu definierender Prozeß verstanden werden..

Der wage Term des „Europas der Bürger“ trägt nicht zur Klärung bei, auch die Verfolgung der genauen Rechte europäischer Bürger ist schnell erschöpft. Das wichtigste mit der Unionsbürgerschaft einhergehende Recht ist das Stimmrecht bei der Wahl zum Europaparlament. Das Europäische Parlament, welches bei den demokratischen Fortschritten der EU oft als Vorzeigeobjekt angeführt wird, ist trotz einer beachtlichen Entwicklung von einer nahezu bedeutungslosen beratenden Versammlung bis hin zu einem gewichtigen Faktor im EU-Politikbetrieb gegenüber der Europäischen Kommission, zu deren Vorschlägen es seine Zustimmung bzw. seine Ablehnung zu bekunden hat, nahezu einflusslos zu nennen.⁶⁰ Für die Mitwirkung an der europäischen Politik erweist sich bei dieser Betrachtung die europäische Bürgerschaft als ungeeignet bzw. in höchstem Maße unfähig. Die europäische Bürgerschaft ist, gegenüber der Staatsbürgerschaft, von der es keine andere als eine aktive geben können wird, noch nicht auf diese Ebene erhoben worden.⁶¹ Alex Warleigh pragmatisch dazu: „Citizenship reached the Treaty, because it served a useful purpose for the minimalists and gave hope (as well as potential means) to the maximalists. It reflected long-term strategy on the part of certain actors, and the particular needs of others at a specific, important historical juncture. Like the Union itself, then, EU citizenship is hybrid and with evolutive potential.“⁶² Für das politikwissenschaftliche Denken ist die Gleichsetzung von Verfassung und Bürgerschaft aus Siegeszug demokratischer Verfassungsstaaten abzuleiten.⁶³ Für die Außenwirkung der EU als geeintes Europa ist die Schaffung gemeinsamer Grundrechte, wie in der Europäischen Verfassung niedergelegt, somit richtungsweisend. Ihr Symbolwert ist die Verdeutlichung eines gemeinsamen Rechtscharakters und geeinter Ziele für das Zusammenleben.⁶⁴

Die europäische Verfassung, Ende der Achtziger Jahre bereits von einem Kommissionsmitglied in Angriff genommen, sollte die EU aus dem Ansehen eines rein wirtschaftlich orientierten Zusammenschlusses wegführen und eine europäische Bürgerschaft

⁶⁰ Hartmann, Jürgen, 2001, S. 129

⁶¹ Balibar, Étienne, 2006, S. 192

⁶² Warleigh, Alex, 2001, S. 23

⁶³ Lietzmann, Hans J.; Wilde, Gabriele, 2003, S. 55

⁶⁴ Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004, S. 290 ff.

etablieren. Europa oblag es, dem Willen der Bürgerinnen und Bürger zu folgen, welche sagten, Europa brauche eine Verfassung, um in den Augen der Welt „tatsächlich zu existieren“.⁶⁵

Die Struktur der europäischen Organe sollte verändert und verbessert werden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene gewährleistet werden. Der Gefahr der weiteren Verselbständigung von supranationalen Entscheidungen, wie zuvor oft geschehen, ist durch die Gelegenheit der Willensbildung auf supranationaler Ebene entgegenzuwirken, auch wenn die Möglichkeiten hier, wie zuvor angeführt, noch als oberflächlich und wenig Wirkung zeigend zu beschreiben sind.

„Geleitet von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Staaten Europas, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten, begründet diese Verfassung die Europäische Union, der die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen. Die Union koordiniert die diesen Zielen dienende Politik der Mitgliedstaaten und übt die ihr von den Mitgliedstaaten übertragenen Zuständigkeiten in gemeinschaftlicher Weise aus.“⁶⁶

Dem Willen der Bürgerinnen und Bürger entsprach der Vertrag über eine Verfassung für Europa jedoch nicht. Die meisten Bürger, so scheint es sich herauszukristallisieren, sind nicht gewillt, aufgrund eines ebenso komplexen wie komplizierten Schriftstücks politische Loyalität und Vertrauen auf die supranationale Ebene zu übertragen. Die bürokratischen Aus- und Überwucherungen der Europäischen Union, hinter denen sich die Mitgliedsstaaten auch gerne verstecken, sind nicht unbedingt dazu geeignet, Vertrauen einzuflößen und die EU als ein vertrauenswürdigen Konzept anzusehen. Auch wenn das ‚Nein‘ zur Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden durchaus auch als Ablehnung der jeweiligen nationalen Politik anzusehen ist, ist bei der Implementierung der europäischen Verfassung und damit der europäischen Bürgerschaft das grundlegende Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger ganz gleich welcher Staatsangehörigkeit gegenüber eine Bürokratie festzustellen.⁶⁷

Die europäische Bürgerschaft krankt somit an einem wohl seitens der Regierenden unvorhergesehenen Problem. Die mit der Staatsbürgerschaft einhergehende Identifikation und das nationale Selbstverständnis lassen sich nur behutsam auf eine supranationale europäische Ebene übertragen. Die Wahrnehmung der Europäischen Union seitens der Bürgerinnen und Bürger bleibt bislang eine unvollständige und zudem stark divergierende. Der politische Raum, in dem sich die Bürger bewegen und an dem sich zu beteiligen sie permanent z.B. durch die Medien aufgefordert werden, erweitert sich in eine schier unüberschaubare Dimension. Die

⁶⁵ Valéry Giscard d'Estaing, ehemaliger französischer Staatspräsident, Vorsitzender des Verfassungskonvents

⁶⁶ So definiert die EU ihre Ziele in dem Vertrag über eine Verfassung von Europa.

<http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>

⁶⁷ Sommer, Theo, 2002, S. 111

Kritik an den rein ökonomisch indizierten Anreizen des Zusammenschlusses, welcher erst bei fortschreitender Vertiefung die Implementierung von Bürgerrechten und eines ausgearbeiteten Status auf supranationaler Ebene zog, ist dabei nicht hilfreich. Man kann für die EU und ihre Mitgliedsländer durchaus davon ausgehen, daß wirtschaftlicher Erfolg auch durch politische Popularität belohnt werden kann.⁶⁸ Vielmehr ist von einem integrationstheoretisch betrachtet hochgesteckten Ziel auszugehen, eine Unionsbürgerschaft einzuführen, auszugestalten und diese auch tatsächlich auf die Bürgerinnen und Bürger zu übertragen. Obgleich die EU weltweit Ansehen genießt und einen bislang einzigartigen Zusammenschluss darstellt, wird das tatsächliche Potential seitens der Europäer, seitens der europäischen Bevölkerung letztendlich nicht effektiv organisiert und für die Ziele Europas eingesetzt.⁶⁹ Die Ablehnung des Verfassungsvertrages, welche nach einhelliger Sicht auch als Kritik an der jeweiligen nationalen Politik zu begreifen ist, verdeutlicht, daß Bürgerschaft auch immer eine Frage der Zugehörigkeit und somit der Identifikation ist. Inwieweit es überhaupt tragfähige Formen übernationaler Identität gibt, bleibt fraglich gerade unter der weiterführenden Vorstellung potentiell universalistischer Identifikation.⁷⁰ Die Ausgestaltung und Übertragung der Unionsbürgerschaft ist seitens der EU eine Maßnahme, die europäische Integration zu vertiefen. Für die EU würde die Implementierung der Verfassung und damit einhergehend die Institutionalisierung der europäischen Bürgerschaft eine regulatorische Nivellierung der Bürgerferne der europäischen Politik bedeuten, die Akzeptanz und Annahme seitens der Bevölkerung vorausgesetzt.

2.2 Die Chance bürgerschaftlicher Praxis in einer partizipatorischen Demokratie

Politische Partizipation ist ein schier uferloses Thema der modernen, westeuropäischen Demokratien und, wie zuvor dargelegt, hochkomplex in Untersuchungsweise und Ergebnisinterpretation. Die institutionalisierten Demokratien sind dabei das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses, denen Experimente mit verschiedenen institutionellen Regierungsformen, Wirtschaftssystemen, Muster politischer Mobilisierung und politischer Kommunikation sowie umfangreicher ideologischer Argumentation zugrunde lagen.⁷¹

⁶⁸ Castles, Francis G., 1998, S. 159

⁶⁹ Weidenfeld, Werner, 2007, S. 22

⁷⁰ Reese-Schäfer, Walter, 1999, S. 16

⁷¹ Barnes, Samuel, 2000 S. 238

Auch heutzutage stellen sich die Ausprägungsformen der Demokratie stark divergierend dar⁷², so auch bezogen auf die Europäische Union und ihre Erscheinungsform. Heidrun Abromeit dazu: „In den europäischen Institutionen selbst ist man sich der Sache (der Ausprägung europäischer Integration als intergouvernementales System vs. staatsähnliche Politie, A.d.V.) weit weniger sicher. Gespräche mit Vertretern der Kommission oder mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments fördern zutage, daß im selben Maße, in dem die Politikwissenschaft das Modell ‚Staat‘ als ungeeignet zurückweist, den Zustand der EU angemessen zu erfahren, deren Vertreter den Endpunkt ‚Staat‘ für so unvermeidlich wie zwingend und wünschbar halten.“⁷³

Folgt man der Betrachtung der EU als eine fortschreitende Form politischer Herrschaft, ist Partizipation für die Zivilgesellschaft ein sich selbst begründende Notwendigkeit.

Die Verwendung des Begriffs ‚Staat‘ führt ganz selbstverständlich zur Debatte um das europäische Demokratie- und Legitimitätsdefizit, welches nach wie vor ein zentraler Gegenstand in den politikwissenschaftlichen Debatten um die europäische Integration und die europäische Politik darstellt. Winfried Kluth dazu: „Insoweit in der Europäischen Union der einzelne Bürger der Gemeinschaftsgewalt nicht mehr nur durch Vermittlung des Staates begegnet, sondern deren Rechte und Herrschaftsordnung ihn auch unmittelbar betrifft, ihn zum berechtigten und verpflichteten Subjekt macht, ist die Beschränkung demokratischer Legitimation auf den Staat aufgebrochen.“⁷⁴

Die verschiedenen Positionen in dieser Diskussion, von der Absprache eines Demokratie- oder Legitimationsdefizits⁷⁵ über die des strukturellen Demokratiedefizits, zustande kommend durch zu schwache Ausprägung parlamentarischer Entscheidungen⁷⁶ hin zu der eines zivilgesellschaftlichen Demokratiedefizits durch die Abwesenheit einer europäischen Zivilgesellschaft⁷⁷, die ähnlich der einer nationalen Zivilgesellschaft, durch öffentliche Kommunikation eine öffentlich, die Regierenden beeinflussende Meinung abbilden können, argumentieren auf der einen Seite, mehr Transparenz verringere die Handlungsfähigkeit der

⁷² Da die dieser Arbeit zugrunde liegenden demokratietheoretischen Überlegungen sich auf partizipatorische bzw. deliberative beziehen werden, schließt hier keine weitere Betrachtung der demokratietheoretischen Schulen an. Nachzulesen sind diese z.B. bei Manfred Schmidt (2000) oder Frank Cunningham (2001). Das Augenmerk legte sich auf ebendiese Demokratietheorien, da unter der Betrachtung des Internets als Kommunikationsmedium größtmögliche Partizipation angestrebt werden muß.

⁷³ Abromeit, Heidrun, 2002, S. 11

⁷⁴ Kluth, Winfried, 1995, S. 38f.

⁷⁵ so z.B. Abromeit, Heidrun, 2002, oder Casper, Gerhard, 2006

⁷⁶ so z.B. Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004 oder Jachtenfuchs, Markus, 2003

⁷⁷ so z.B. Trenz, Hans-Jörg, 2005a oder Adloff, Frank, 2005

europäischen Politik, und fordert auf der anderen Seite mehr Bürgerbeteiligung und eine europäische Öffentlichkeit.⁷⁸

Armin Schäfer hat ein Analyseraster der verschiedenen Positionen zur Demokratiefähigkeit der Europäischen Union entwickelt, welches sowohl die Vielseitigkeit der Betrachtungsweisen nachzuzeichnen versteht als auch durch die eindeutigen Bezeichnungen einen pointierten Überblick der Ansätze zu geben vermag. Die Vielzahl der Ansätze und Herangehensweisen lassen sich aus dieser Abbildung ebenso erahnen wie die Bandbreite der hinzukommenden, auch subjektiven, Bewertungsfaktoren.

1. Die vier Positionen zu EU-Demokratiedefizit nach Armin Schäfer⁷⁹

Demokratisierung erstrebenswert	Demokratie möglich		
		JA	NEIN
	JA	Optimisten	Pessimisten
	NEIN	Apologeten	Fatalisten

Beate Kohler-Koch, Thomas Conzelmann und Michèle Knodt untersuchen das Demokratie- und Legitimitätsdefizit der Europäischen Union unter Gegenüberstellung und Analyse der verschiedenen Stellungnahmen umfassend und kommen zu dem Ergebnis, daß es durchaus „produktive und kreative Reaktionen auf das (als durch die Analyse als ‚vorhanden‘ definierte, A.d.V.) Legitimationsdefizit der EU gibt.“ Als deutliches Problem erkennen sie die „bislang nur sehr bruchstückhaft“ bestehende europäische Öffentlichkeit.⁸⁰ Letzteres Ergebnis als eines einer Vielzahl unterschiedlich bilanzierter Untersuchungen, unterstrichen durch eine ausführliche Darstellung der Analyse im folgenden Kapitel, lassen mich die kurze Betrachtung der Debatte um das Demokratiedefizit der EU an dieser Stelle abschließen und den Gang der theoretischen Untersuchung von Aneignung der Unionsbürgerschaft und bürgerschaftlicher Kompetenz in der Praxis durch eine kurze Definition partizipatorischer bzw. deliberativer Demokratietheorie ergänzen.

⁷⁸ Schäfer, Achim, 2006, S. 350

⁷⁹ ebd., S.351

⁸⁰ Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt Michèle, 2004, S.195 ff.

2.2.1 Deliberative Demokratie als Bestandteil partizipativer Demokratietheorie

Der Terminus partizipatorischer Demokratie ist bei der Betrachtung von Bürgerschaft und deren Erhebung auf eine europäische Stufe vielfach benannt worden. Die Einführung und Erweiterung partizipativer Demokratie in der EU ist ein zentrales Ziel der europäischen Politik und der europäischen Organe zur Behebung des Legitimitäts- bzw. Demokratiedefizits der EU.⁸¹ Anzustrebende politische Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger und die Erziehung zur bürgerschaftlichen Praxis liegen ihr und ihren verschiedenen Schulen zugrunde. Das lässt partizipatorische Demokratie unter der Voraussetzung der Herausbildung einer neuen bürgerschaftlichen Identität durch ihr Konzept eines möglichst großen Beteiligtenkreises zu der Hauptanforderung europäischer Politik werden.⁸²

Die Besonderheit deliberativer Demokratie, welche als die wichtigste Variante partizipatorischer Demokratie bezeichnet werden kann, ist der öffentliche Diskurs über politische Themen, auch als Deliberation bezeichnet.⁸³

Der öffentliche Diskurs der Bürger unterliegt bestimmten Regeln, welche von Jürgen Habermas folgendermaßen charakterisiert werden. Zunächst besteht ein Diskurs aus Diskussionen und Beratungen, in denen verschiedene Parteien Informationen einbringen, geregelt austauschen und kritisch prüfen. Voraussetzung dieser Beratungen ist die Veröffentlichung, d.h., sie müssen in der Öffentlichkeit stattfinden. Kein Teilnehmer, der potentiell von den Beschlüssen betroffen sein könnte, darf ausgeschlossen werden.

Weiterhin darf keiner der Teilnehmenden äußerlichem Druck ausgesetzt werden bzw. Repressalien aufgrund seiner Meinungsäußerungen und/oder Entscheidungsfindung zu befürchten haben. Die grundsätzlichen Bedingungen des Diskurses, welchen sich die Akteure zu beugen haben, sind kommunikative Voraussetzungen wie die der Verständlichkeit und der Modus der Argumentation, welcher das Begründungsprinzip, die Orientierung an Geltungsansprüchen, miteinbezieht. Innerhalb dieses Diskurses darf keiner der Teilnehmenden Zwängen jeglicher Art ausgesetzt sein (außer dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments.“⁸⁵).

Weiterhin ist die Chancengleichheit der freien Meinungsäußerung zu den vorliegenden Informationen zu wahren und die stetige Möglichkeit der Informationsveröffentlichung

⁸¹ Hüller, Thorsten, 2006

⁸² Schmidt, Manfred, 2000, S. 251 ff.

⁸³ Fuchs, Dieter, 2004, S.20

⁸⁵ Habermas, Jürgen, 1981, S.137 ff. Diese eingeworfene Relativierung kann das Spannungsverhältnis zwischen Vernunft und eigenem, emotionalen Interesse abbilden.

sicherzustellen. Themen deliberativer Diskurse können alle Angelegenheiten öffentlichen und bürgerlichen Interesses sein.⁸⁶

Das Konzept deliberativer Demokratie kann jedoch nicht auf die eine Zielrichtung reduziert werden, zu unterschiedlich sind Vorstellungen und Erwartungen.⁸⁷ Da die Ausarbeitung deliberativer Demokratiekonzepte für die weitere Untersuchung der Vermittlung europäischer Bürgerschaft nicht zielführend wäre, schließt an dieser Stelle ein kurzer Überblick der wichtigsten Unterscheidungskriterien bzw. der kleinste gemeinsame Konsens dieser Konzepte an, mit dem im weiteren „deliberative Demokratie“ bezeichnet werden soll.⁸⁸

Grundsätzlich können zwei Arten von Leistung, die deliberative Demokratie in einem politischen System erbringt, unterschieden werden. Innerhalb der deliberativen Prozesse selbst können partizipatorische Anforderungen an Gleichheit, Öffentlichkeit und öffentlicher Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden. Die Resultate dieser Prozesse selbst erfüllen wiederum durch Einbeziehung der Bevölkerung optimal die Kriterien demokratischer Politik. Deliberative Prozesse sollen das Wissen um den behandelten Gegenstand verbessern, die Teilnehmenden motivieren, Ergebnisse zu akzeptieren bzw. auch die Erfüllung von Teilmengen eigener Interessen zu unterstützen und, auf der demokratischen Ebene, die Legitimität der Prozesse und der Ergebnisse zu unterlegen.⁸⁹ Öffentlichkeit besteht somit gleich doppelt, einerseits werden die Debatten um den zu entscheidenden Gegenstand öffentlich geführt, damit allen die rational vorgebrachten Argumente vorliegen, andererseits muß die Argumentation der letztendlichen Entscheidung durch Veröffentlichung des Entscheidungsprozesses und der Entscheidungsbegründung Akzeptanz bewirken.

Auf welcher Ebene das Konzept der Deliberation ansetzt, ob von einer Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen ausgegangen wird oder ob Deliberation den Entscheidungsmodus eines demokratisch gewählten politischen Gremiums darstellen soll, ist ebenfalls ein Kriterium unterschiedlicher Konzepte.⁹⁰

Bezogen auf das hier verfolgte Verständnis deliberativer Demokratie ist das Ziel zivilgesellschaftlicher Einbeziehung zu nennen. Ob diese Einbeziehung sich auf die gesamte Bevölkerung oder auf einen ausgewählten Teil bezieht, möchte ich nicht abgrenzen, da die Benennung eines Teils nicht eine mit fortschreitender Praxis dieses politischen Modells der Entscheidungsfindung angestrebte Vergrößerung bis hin zur Einbeziehung aller ausschließt.

⁸⁶ Habermas, Jürgen, 1996, S.284 ff.

⁸⁷ Einzelne interessante Konzeptionierungen finden sich u.a. bei D'Agostino, Fred, 1996; Schmalz-Bruns, Rainer, 1995 sowie zuvor angeführt bei Habermas, Jürgen, 1996

⁸⁸ Zur Abgrenzung und zum Vergleich der unterschiedlichen Konzeptionen: Hüller, Thorsten, 2003

⁸⁹ Hüller, Thorsten, 2003, S. 21

⁹⁰ Göler, Daniel, 2006, S. 33

Jürgen Habermas formuliert dazu: „Die wichtige Verbindung zwischen der demokratischen Legitimation von Herrschaft und der politischen Integration der Bürger erschließt sich erst unter dem Aspekt einer rechtlich erzeugten und insofern abstrakten staatsbürgerlichen Solidarität.“⁹¹ Deliberative Prozesse der Meinungsbildung und -äußerung bieten neben der Kontrolle der Regierenden und deren Entscheidungsfindung somit auch Identifikationspotential für die Bürgerinnen und Bürger.

So wurden im Herbst 2007 von Tomorrow's Europe ein repräsentativer Mikrokosmos von ca. 500 Bürgerinnen und Bürgern aus allen 27 Mitgliedstaaten für ein Wochenende der Deliberation im Europäischen Parlament versammelt, welche über die Zukunft der EU diskutierten. Bei entsprechender Praxis ist von einer Intensivierung und somit von einer Vergrößerung des Personenkreises auszugehen.⁹²

Grundlegendes Kriterium ist, daß politische Entscheidungen öffentlich vor einer kritischen und Rechtfertigung fordernden Gesellschaft bestehen müssen, deren Meinung die öffentliche, seitens der Regierungsvertreter wahrgenommene, darstellt und deren Reaktionen von den Regierenden aufgenommen und umgesetzt werden.⁹³

2.2.2 Partizipation und politisches Interesse

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit der europäischen Bürgerschaft seitens der Bürgerinnen und Bürger wird als ein sich selbst antreibender Prozess aus politischer Aktivität, Partizipation und Inklusion abgebildet. Dazu ist seitens der Bürgerinnen und Bürger eine intensive Auseinandersetzung mit der europäischen Verfassung und den, seitens der EU zu kommunizierenden, sie betreffenden Gesetzestexten und -veränderungen notwendig.

Der europäische Bürger ist idealtypisch mündig, d.h. seine Persönlichkeit ist partizipatorisch und damit demokratisch angelegt, er versteht sich selbst als Teil einer Gesellschaft und sucht diese zu verstehen und mitzugestalten.⁹⁴ Katrin Groh und Christine Weinbach dazu: „Politische Partizipation in einem Raum der Demokratie ist ohne die selbständige Formulierung und Artikulation individueller oder gruppenspezifischer Interessen undenkbar. Der politische Raum ist also – in Abhängigkeit vom Grad seiner Demokratisierung – auf individualisierte Individuen angewiesen.“⁹⁵

⁹¹ Habermas, Jürgen, 2008, S. 147

⁹² <http://www.tomorrowseurope.eu/spip.php?article34>

⁹³ Neyer, Jürgen, 2007, http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2007/neyer.pdf

⁹⁴ Weitere Ausführungen liegen im Forschungsfeld der politischen Psychologie, deren hochkomplexen Themen nur eine ausführliche Darstellung gerecht werden kann, welche jedoch im Verlauf dieser Untersuchung nicht zielführend sind.

⁹⁵ Groh, Kathrin; Weinbach, Christine 2005, S. 26

Verdeutlicht wird der Wunsch nach Partizipation aus eigenem Interesse heraus, welcher so konstituierend für die Ausbildung einer Unionsbürgerschaft ist. Die Form der Teilnahme schlägt sich aus dieser Motivation heraus in einem politischen Interesse an den Vorgängen um den Bürger selbst und um die Gesellschaft, in der er lebt, nieder. Gleichzeitig bietet ihm das politische System Beteiligungsmöglichkeiten und einen Raum, in welchem die seitens der Bürgerinnen und Bürger getroffenen Entscheidungen ihren Raum finden.

Drei Modelle der bürgerschaftlichen Partizipation stellen Erik-Hans Klijn und Joop F.M. Koppenjan dar. Die Aufstellung der Modelle Beratung, Repräsentation und Diskurs zeigt die unterschiedlichen Ausrichtungen der Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess. Deutlich wird, daß es eine immerwährende Aufgabe der Regierenden ist, die Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern anzuregen und zu unterstützen und sei es nur die Etablierung formaler Konsultationsprozesse wie im Modell der Beratung.

2. Drei Modelle der Partizipation ⁹⁶

	MODELL DER BERATUNG	MODELL DER REPRÄSENTATION	DISKURS-MODELL
Fokus der Partizipation	Seitens der Regierenden geförderte Meinungsäußerung	Einbindung in den gesamten Entscheidungsprozess	Einbindung in die Auswahl von Problemstellungen und Mitarbeit an deren Lösungen
Interaktionen	Nebensächlich	Während des gesamten Prozesses intensiv	In verschiedenen Phasen intensiv
Institutionalisierung	Formelle Konsultationsprozesse	Ständige Konsultation von auf Dauer organisierten Initiativen	Kurzfristige, durch intensive Arbeit seitens der Bürger beeinflussbare Regelungen
Prinzip der Partizipation	Eigeninteresse der Bürger; Organisationen, die nur ein Ziel vertreten	Solidarität, oft regional organisiert	Interesse des Bürgers oder Einwohners
Kriterien der Partizipation	Persönliches Engagement	Beiderseitige Repräsentation durch Verdeutlichung der gegenseitigen Positionen	Sachliche Einbindung der Bürger durch Bereitstellung von Information
Motiv der Regierenden	Schutz der politischen Entscheidungen	Aktive Repräsentation der Bürger	Etablierung demokratisch legitimer Unterstützung für die eigenen Politik
Beispiele	Rahmenvorschriften in formalen Planungsprozessen z.B. Wahlen	Lokale Initiativen beteiligt an städtischen Planungsprozessen	Interaktive Entscheidungsprozesse wie Stadträte, Regionalverbände etc.

Anhand dieser detaillierten Aufstellung lässt sich die Abhängigkeit der Ausgestaltung politischer Partizipation von dem politischen System und, auch beim Diskurs-Modell, welches von Einbindung der Bürger durch Informationsbereitstellung ausgeht, von einem eigenen Partizipationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger ableiten.

Die Ausgestaltung einer demokratisch interessierten und wenn auch nicht derart idealtypischen Persönlichkeit in den heutigen Zivilgesellschaften bzw. der europäischen Zivilgesellschaft unterliegt mannigfaltigen einander entgegenwirkenden Kräften. Der hier verwandte Plural des

⁹⁶ Klijn, Erik-Hans; Koppenjan, Joop F.M., 2002, S. 146

Terminus Zivilgesellschaft bezeichnet nationale Zivilgesellschaften und stellt gleichzeitig die Unüberschaubarkeit des möglichen Zusammenwachsens sich europäisierender nationaler Zivilgesellschaften für den einzelnen auf. Ob Zivilgesellschaften territorial abgrenzbar sind, ist durchaus nicht unumstritten, ebenso werden bei dieser Darstellung die in den Nationen lebenden kulturellen Minderheiten außer acht gelassen, wodurch die Komplexität der europäischen Zivilgesellschaft und deren Ansprache bis ins Unendliche erhöht würde.⁹⁷ Der Terminus der Zivilgesellschaft inkludiert nicht nur unterschiedliche räumliche, politische und soziale Konzeptionen, des weiteren wirkt er, ähnlich wie der Begriff der Verfassung, als Pathosformel, wodurch die Abgrenzung und die Definition gerade auf europäischer Ebene nicht eben erleichtert wird.⁹⁸

Die Bezeichnung der EU als ein System sui generis beschreibt die Herausforderung der Annäherung für die Bürgerinnen und Bürger. Im Vergleich des Politischen, der nationalen Regierung und der nationalen Wählerschaften mit denen der Europäischen Union wird die Verwirrung stiftende Vielfalt und Unterschiedlichkeit zwischen beiden sowie die Unüberschaubarkeit, welche eine starke Eigeninitiative verlangt, deutlich. Unterstrichen wird diese Annahme von Michael Greven, welcher darlegt, „daß der in der Europäischen Union vorhandene und faktisch genutzte politische Raum für die Bürgerinnen und Bürger weitgehend unsichtbar und prinzipiell unzugänglich bleibt. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit über die begrenzte Elitenkommunikation hinaus, keine europäischen Publikumszeitschriften kein europäisches Fernsehen, sondern weiterhin nur nationale politische Öffentlichkeiten. (...) Daß aber in der repräsentativen Demokratie die Auseinandersetzung der Politiker, Fachleute und Interessenvertreter, wie losgelöst von der aktiven politischen Beteiligung auch immer, vermittelt über eine mediale pluralistische Öffentlichkeit wenigstens passiv von den Bürgern und Bürgerinnen verfolgt werden können müsste, daß sich somit eine öffentlich wahrnehmbare und prinzipiell von ihnen verstehbare politische Agenda bildet, ist die legitimatorische Mindestvoraussetzung auch der „realistischen“ Theorie demokratischer Elitenherrschaft.“⁹⁹

Vielerorts wird bei Betrachtungen von Zivilgesellschaften bereits von einer postdemokratischen Gesellschaft gesprochen, deren Entstehen auch durch stetig zunehmende Individualisierung mit gleichzeitig abnehmendem gesellschaftlichem und politischem Interesse begründet wird. Die Entwicklung eines Individuums entgegen diesem Trend erfordert ebenso aktive Auseinandersetzung wie den aus der eigenen Moral resultierenden Verzicht auf persönliche Vorurteile sowie die Bereitschaft, andere Werte, Vorstellungen und Normen

⁹⁷ Vgl. Rucht, Dieter, 2005, S. 31

⁹⁸ Vgl. Groh, Kathrin; Weinbach, Christine, 2005, S. 10

⁹⁹ Greven, Michael Th., 2000, S.222

vorurteilsfrei zu akzeptieren. Nicht das Aufgehen des Individuums in einer großen Gesellschaft unter Aufgabe der eigenen Identität ist jedoch gewünscht, die Identität eines Bürgers, hier eines europäischen Bürgers, solle sich zwischen eigener Identifikation und einer Auseinandersetzung mit den Belangen der erweiterten Gesellschaft bewegen.¹⁰⁰ (Politische) Interessen und aktive Teilnahme ergeben logisch zwingend daraus erwachsende sich ständig weiterentwickelnde Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger und ihre Teilnahme an politischen Entwicklungsgängen. Partizipation ist nicht als reine Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu verstehen, sondern gleichzeitig als politische Inklusionsformel, in diesem Fall in die europäische Gesellschaft, so sie denn im Entstehen begriffen ist. Aus dieser Perspektive ist Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern auch als gesellschaftliches und soziales Gestaltungsprinzip zu verstehen.

Alfons Bora definiert Partizipation folgendermaßen: „Partizipation ist insofern ein politischer Reflexionsbegriff, der Inklusionsaktivitäten fordert und legitimiert. Man kann „Politisierung“ (...) als Funktion des Partizipationsbegriffs bezeichnen.“¹⁰¹ Partizipatorische Handlungen sind immer aktive politische, seitens der Bürgerinnen und Bürger bestenfalls initiierte oder seitens der politischen Akteure angeboten, wie z.B. die Teilnahme an einer Wahl. Da der Raum des Politischen nicht nur als der der unmittelbaren, legitimierenden Entscheidungen angesehen, sondern die Entscheidungen konstituierenden und die Regierenden begleitenden Auseinandersetzungen miteinbezogen werden, offenbart sich der Raum öffentlicher politischer Auseinandersetzungen weitläufig und nicht klar abgrenzbar. Diese Weiträumigkeit wiederum unterstreicht die Ansprüche an eine teilnehmende, interessierte und aktive Bürgerschaft. Die Voraussetzungen der Teilnahme werden durch eine generelle Zugänglichkeit des politischen Raumes unter bestimmten Bedingungen wie z.B. die Auswahl bestimmter Akteure geschaffen. Christoph Gusy dazu: „Der Zugang zur Partizipation wird (...) maßgeblich durch das in einem Gemeinwesen vorhandene Konzept des Politischen determiniert. Dieses bestimmt nicht zuletzt den Begriff des Volkes als Aktivbürger und Partizipationsberechtigten. Umgekehrt hängt das Konzept des Politischen – namentlich im demokratischen Gemeinwesen – auch ganz wesentlich von dem inkludierten Personenkreis ab. Dieser Kreislauf lässt sich an der Diskussion über Altersgrenzen als Zulassungsvoraussetzung illustrieren.“¹⁰² Politische Akteure versprechen sich von einer nach Teilnehmenden gewichteten Ausweitung der Partizipationsmöglichkeit ein unmittelbar auswertbareres, bearbeitbareres Ergebnis.

¹⁰⁰ Busch, Hans-Joachim, 2007, S. 1 ff.

¹⁰¹ Bora, Alfons 2005, S. 27.

¹⁰² Gusy, Christoph, 2005, S. 256

Politisches Interesse wird als Grundvoraussetzung politischer Legitimation durch die Bürgerschaft angeführt. Ohne Interesse an der Politik gibt es in der EU keine politische Beteiligung, und ohne Beteiligung per definitionem keine Mitbestimmung der Bürgerschaft, welche seitens der EU von so unmittelbarer Notwendigkeit ist. So werden im European Social Survey folgende Fragen benutzt: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert oder überhaupt nicht interessiert?

Allen Untersuchungen, kritischen Betrachtungen und Aufrufen zur Partizipation ist die allgemeine Einstufung des politischen Engagements als sehr wichtig bzw. unbedingt förderungswürdig inne. Katja Neller und Jan W. van Deth dazu:

„Obwohl die Bedeutung des politischen Engagements allgemein als sehr hoch eingestuft wird, sind die Menschen eher inaktiv und kaum an Politik interessiert. (...) Derartige Charakterisierungen sind bemerkenswert, weil es in den vergangenen Jahrzehnten alles in allem eine Steigerung des politischen Engagements gegeben hat. Diese Steigerung wird hauptsächlich auf die heutzutage wesentlich höhere Bildung der Bevölkerung zurückgeführt. Allerdings haben wachsender Wohlstand und ein höheres Bildungsniveau auch dazu beigetragen, daß die Politik nicht mehr als notwendiger Teil sozialer Konflikte gesehen wird.“¹⁰³ Anhand einer Untersuchung zum politischen Engagement in Europa teilen sie die Bürgerinnen und Bürger nach ihrem politischen Interesse und ihren Partizipationsmöglichkeiten in vier Gruppen, nach der eine realistische Perspektive politischen Engagements, im Besonderen für die EU, in den nächsten Jahren getroffen werden kann.

3. Typologie aus politischem Interesse und politischer Partizipation ¹⁰⁴

		Politisches Interesse	
		Kein/ wenig	Ziemlich/ stark
Politische Partizipation	Keine politische Partizipation oder nur bei nationalen Wahlen	Apathische	Zuschauer
	Über Beteiligung an nationalen Wahlen hinausgehende politische Partizipation	Mitmacher	Engagierte

¹⁰³ Neller, Katja; van Deth, Jan W., 2006, S.30

¹⁰⁴ ebd., S. 35

Bemerkenswert an dieser Darstellung ist, daß bei einer gesamteuropäischen Untersuchung die Apathischen, aus normativ demokratiethoretischer Perspektive die problematischste Gruppe, zugleich die größte Gruppe bilden. Geringe politische Kenntnisse und geringes politisches Vertrauen korrelieren in dieser Fraktion mit niedriger Einschätzung politischer Responsivität und verdeutlichen so die Kohärenz politischer Bildung und politischer Kenntnisse, die für eine Ausbildung politischen Interesses notwendig ist, welches wiederum in engem Zusammenhang zu dem Willen politischer Partizipation steht.

Christian Schwaabe erläutert in seiner Untersuchung des ‚distanzierten Bürgers‘, daß das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten von einer meist „systemfreundlichen Distanziertheit“ geprägt sei, welche aus einer nicht primär politischen Existenz des einzelnen in den modernen Gesellschaften und einer respektvoll-kritischen Betrachtung der politischen Institutionen resultiere.¹⁰⁵

In bezug auf die EU und ihre Politik müsse Interesse somit als die Teilhabe an der Ausbildung einer zusammengewachsenen Gesellschaft ohne soziale und vor allem kulturelle, über die Politik auszutragende Konflikte ‚gegeneinander‘ d.h. der europäischen Staaten untereinander verstanden und vor allem kommuniziert werden, die angestrebte Neuordnung der Gesellschaft hin zu einer wahrhaft europäischen Gesellschaft biete jedoch genug soziales wie politisches Interessenspotential.

Das Interesse seitens der Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen des politischen Systems wird auf europäischer Ebene seitens mancher Autoren auch als eine „Hol-Schuld“ bezeichnet. Aus dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger heraus soll die Auseinandersetzung mit der EU und der europäischen Politik erfolgen. Die Folge seien aktiv handelnde Bürgerinnen und Bürger, sowohl in ihrem Informations-, als auch ihrem Partizipationsverhalten. Obgleich gerade in bezug auf die europäische Politik mangelnde Partizipationsmöglichkeiten sowie ein unüberschaubares Feld politischer Prozess und politischer Entscheidungen bekannt sind, wird latente Initiative seitens der Bürgerinnen und Bürger erwünscht. Walter Reese-Schäfer warnt hier vor einer Idealisierung der Bürgeraktivität, aus welcher nur überzogene Erwartungen der politischen Auseinandersetzung seitens der Bürgerinnen und Bürger resultieren können: „Aktive Partizipation ist ein sehr anspruchsvolles und zeitraubendes Geschäft. Da die zeitlichen und sozialen Kosten des Aktionismus für unterschiedliche Personengruppen (berufstätig oder nicht, Kinder oder nicht, freiberuflich und flexibel oder nicht, öffentlicher Dienst oder nicht, aktivistisch veranlagt oder nicht) unterschiedlich hoch sind, führt es zu Verzerrungen der Repräsentation, wenn man die Aktivität einfach nur denjenigen überlässt, die dies gern wollen.

¹⁰⁵ Schwaabe, Christian, 2002, S.7 ff.

Selbst wenn sie, was nicht zu erwarten ist, uneigennützig handeln, so würden sie dennoch ihre Vorstellungen und Weltsicht als die allgemeingültige ganz selbstverständlich voraussetzen.“¹⁰⁶

Dieter Fuchs belegt die Zeitknappheit in der modernen, hochkomplexen Gesellschaft mit der Theorie des rationalen Handelns. Diese „geht davon aus, daß ein Akteur in einer Handlungssituation diejenige Handlungsalternative wählt, von der er den meisten Nutzen und die geringsten Kosten erwartet. Diese Wahl (choice) wird immer unter situativen und strukturellen Restriktionen (constraints) getroffen. (...) Aufgrund der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft hat das Regierungssystem Aufgaben für die Gesellschaft zu erfüllen, die eine umfassende und sachkundige Entscheidungstätigkeit der professionalisierten Akteure dieses ausdifferenzierten Systems verlangen. Wir nennen diese Restriktion das *Komplexitätsproblem* der politischen Entscheidungsprozesse. Eine andere Restriktion ergibt sich daraus, daß in modernen Gesellschaften jedes Individuum als Träger verschiedener Rollen zugleich in mehreren gesellschaftlichen Teilsystemen agiert. Damit verbunden ist zum einen zwar eine Vielfalt von Handlungsoptionen, zum anderen aber eine chronische Knappheit an Zeit. Beides zusammen mündet in dem Problem der Opportunitätskosten, denn das Ergreifen einer Handlungsoption bedeutet den Verzicht auf den möglichen Nutzen, der durch die ausgeschlossene Option realisiert werden kann.“¹⁰⁷

Leistungsrollenträger (Angehörige der politischen Eliten, Abgeordnete, Regierungsmitglieder) fordern heutzutage ihre Wählerschaft (en) zu aktiver Partizipation am politischen Geschehen durch Wahrnehmung der eigenen Rechte auf und bemühen sich, durch direkte Ansprachen zu motivieren. Politische Teilhabe soll Handlungsmöglichkeiten vermitteln und gleichzeitig die Legitimität der Regierenden unterstreichen.¹⁰⁸

Lars Holtkamp, Jörg Bogumil und Leo Kißler haben die wissenschaftlichen und politischen Praxisvorstellungen des Bürgerengagements zu drei idealtypischen Beteiligungsrollen des Bürgers zusammengefasst:

„1. Der Bürger als *politischer Auftraggeber* ist der Bereich, der in der Diskussion über Bürgerbeteiligung angesprochen wird. Es geht hier um Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung.

2. Der Bürger als *Mitgestalter des Gemeinwesens* ist der Bereich, der vor allem als Förderung von ehrenamtlichem bzw. bürgerschaftlichem Engagement thematisiert wird. Es geht hier um die bürgerschaftliche Leistungsproduktion, die nicht zu Erwerbszwecken oder in verwandtschaftlichen Netzwerken stattfindet.

¹⁰⁶ Reese-Schäfer, Walter, 2000, S. 80 ff.

¹⁰⁷ Fuchs, Dieter, 2000, S. 263

¹⁰⁸ Bora, Alfons, 2005, S. 27

3. Darüber hinaus wird der Bürger in der Verwaltungsmodernisierungsdiskussion *als Kunde der Leistungserstellung* eingeordnet.“¹⁰⁹

Inhärent ist allen Spezifikationen, daß die Bürger wiederum als sich aktiv beteiligende angesehen bzw. eingeschätzt werden. Dieses resultiert aus dem Konzept partizipatorisch angelegter deliberativer Demokratie, welche in dieser tautologisch erscheinenden Verdeutlichung ihrer Qualität auf dem Willen bzw. dem Ausdruck des Bürgerwillens, auch durch vermittelnde Repräsentanten, aufbaut. Zu dem Verständnis einer kooperativen Politik, deren Akteure sich durch unmittelbare Teilhabe der Bürger an der Ausgestaltung des politischen Raumes in einem Prozess der stetigen Auseinandersetzung mit den Adressaten ihrer politischen Entscheidungen befinden, gehört das Grundverständnis des Bürgers als einem rege Teilhabenden, der sich in den ihm gegebenen Möglichkeiten artikuliert und durch erkennbar politisch interessierte Handlungen partizipiert. Gesichert werden kann diese angestrebte „politische Gleichheit“ nur durch repräsentative Institutionen, die die „individuellen Kosten (Kompetenzen, Ressourcen, etc.) (vgl. Dieter Fuchs, A.d.V.) für die Einbringung und Berücksichtigung relevanter Themen und Positionen hinreichend begrenzen können.“¹¹⁰

Zum einen institutionalisieren in den heutigen Gesellschaften demokratische Verfassungen und deren Vertreter den Rahmen politischer Partizipation, zum anderen stellen die unterschiedlichen Grade der Responsivität in demokratischen Gesellschaften die Formen und die Inhalte politischer Partizipation, hier schließt im nächsten Kapitel die niemals eindeutig zu klärende Diskussion über die wechselseitige Beeinflussung von Politik und Mediensystem an. Weiterhin lassen sich Anforderungen seitens der Regierenden an die Ausgestaltung der demokratischen Aufgabe durch die Bürgerinnen und Bürger ableiten, auf die Bereitstellung von Information seitens der Regierenden muß eine Auseinandersetzung seitens der Bevölkerung erfolgen, um in Interaktion treten zu können. Die Bürger sind aktiv an der Ausgestaltung des politischen Rahmens und der politischen Entscheidungen durch Stellungnahmen und öffentliche Bekundungen beteiligt, sie partizipieren stetig.

In der Diskussion um Partizipation am politischen Europa findet man die vielerorts angeprangerte ‚Elitendiskussion‘, welche sich auf gut ausgebildete, mehrsprachige Sprecher bezieht, die nicht repräsentativ für die Zivilgesellschaft, deren Angehörige sie formal sind, stehen können. Der permissive Konsens seitens der europäischen Bevölkerungen, welcher die vertiefenden Integrationsprozesse der EU lange begleitete, begünstigte in Kombination mit der Unüberschaubarkeit des europäischen Systems sich selbst. Von der Elitendiskussion wurde in den Anfangsjahren der EU ein spill-over-Effekt erwartet, dem zufolge sie durch

¹⁰⁹ Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kißler, Leo, 2006, S. 12

¹¹⁰ Hüller, Thorsten, 2005, S. 183

Kommunikation der außerhalb nationaler Grenzen stattfindenden politischen Einigungen in den nationalen (Medien-) Öffentlichkeiten eine Vermittlung zwischen entstehenden europäischen Regierungsinstitutionen und Bevölkerungen erzielen wollten und letztendlich bis heute leisten konnten.¹¹¹

Je nach Auffassung und realistischer Betrachtung wird Elitendiskussion als ein Vorwurf mangelnder Gleichheit der Bevölkerung verstanden und als simples, undemokratisches Lösungskonzept für eine hochkomplexe Problematik angeführt¹¹² oder aber als notwendige Vermittlungsleistung in einem System, welches in seiner Unüberschaubarkeit bürgerschaftliche Teilhabe wie in nationalen politischen Prozessen unmöglich macht.¹¹³

Der deliberativen Demokratietheorie liegt die in ihrer Beteiligung am politischen Prozess Gleichheit aller zugrunde. Eingeschränkt wird diese Vorstellung durch einen Einwurf realistischer Demokratietheorie, nach der die Vorstellung der gleichen Teilhabe aller an politischen Prozessen, gerade bezogen auf die supranationale Ebene, fiktiv sein muß, in der Auswahl geeigneter Repräsentanten mündet.¹¹⁴ Diese Repräsentanten wiederum stellen eine Elite dar, welche eine Vermittlungsleistung durch Veröffentlichung und idealerweise Durchsetzung der Vorstellungen derer, die sie repräsentieren, erbringt.

An dieser Stelle kollidiert die angestrebte partizipatorische Demokratie, deren normatives Demokratieverständnis, wie zuvor umfassend dargelegt, die Bürgerinnen und Bürger als mündig begreift, wie zuvor aufgezeigt, mit dem realistischen Demokratieverständnis, nach dem sich die Bevölkerung eines Staates in politische Eliten und Gruppen sowie den Großteil der Bevölkerung als Konsumenten und Zuschauer der Politik teilt. Da in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland ein ebensolches Verständnis herrschte und sich daraus ein weitergehendes Streben nach Partizipation aller Bevölkerungsteile entwickelte¹¹⁵, ist die Vorstellung einer ähnlichen Entwicklung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sinnvoll.

Die folgende Gegenüberstellung von Partizipation im normativen mit der im realistischen Demokratieverständnis, welche Partizipation als instrumentell für Regierungsbelange begreift, verdeutlicht die anzunehmende Entwicklung und die zu strenge Bewertung von Elitendiskussionen, soweit eine Auseinandersetzung in diesem Kreis nicht den Endpunkt der angestrebten Kommunikation darstellt, gerade in bezug auf die europäische Politik und die EU.

¹¹¹ Haas, Ernst B., zitiert in: Hartmann, Jürgen, 2001, S. 24

¹¹² Schmalz-Bruns, Rainer, 1995, S. 21

¹¹³ Abromeit, Heidrun, 2002, S. 42

¹¹⁴ Hüller, Thorsten, 2005, S. 183

¹¹⁵ Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, S.319f

4. Das normative und instrumentelle Partizipationsverständnis im Vergleich ¹¹⁶

UNTER-SCHEIDUNGS-KRITERIEN	NORMATIVES PARTIZIPATIONSVERSTÄNDNIS	INSTRUMENTELLES PARTIZIPATIONS-VERSTÄNDNIS
Begriff	Ziel und Wert an sich	Methode und Mittel zum Zweck
Funktion	Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen	Regulierung gesellschaftlicher Konflikte durch Repräsentation und Eliten
Formen	Direktdemokratische Formen	Repräsentativ-demokratische Formen; insbesondere Wahlen
Reichweite	Politisch-soziale Teilhabe in möglichst vielen Gesellschaftsbereichen	Beschränkung auf die politische Sphäre
Intensität	Prozessual	Punktuell
Politische Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger	Erwerb durch Bildung und partizipatorische Praxis; „self transformation“	Mangel an Wissen, Einsicht und Engagementbereitschaft
Politische Apathie	Ergebnis konkreter Herrschaftsverhältnisse; Abbau durch Ausweitung der Partizipation	Empirischer Tatbestand; funktional im Sinne der Systemstabilität

Inwieweit die Ansprüche der Regierenden an die politische Ausgestaltung des eigenen Willens durch aktive Partizipation realistisch sind, soll im Folgenden geklärt werden.

2.2.3 Anforderungen der deliberativen Demokratie an Regierende und Bevölkerung

In den postmodernen Gesellschaften ist die Transparenz des Handelns und der Entscheidungen seitens der Regierenden als Resultat der allgegenwärtigen Forderung nach Mitbestimmung längst selbstverständlich geworden. Die deliberative Demokratietheorie bietet in ihren Prozessen die Möglichkeit der Wissensverbesserung seitens der Bevölkerungen, die Motivation

¹¹⁶ Hoecker, Beate, 2006, S. 9

bestimmter Akteure, bestimmte Ergebnisse zu akzeptieren bzw. nur aus bestimmten Gründen zu reklamieren sowie die Beförderung der Legitimität politischer Ergebnisse.¹¹⁷

Die so angestrebte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen durch Mitbestimmung erfolgt in der Öffentlichkeit, in die die Vorhaben und Taten der Regierenden getragen werden, welche in den diversifizierten Gesellschaften in erster Linie durch die Medien vermittelt werden. Die Erfahrbarkeit politischer Geschehnisse ist somit sowohl von der Bereitschaft zur Promulgation seitens der Regierenden, der Verwaltung des Staates wie von der Rezeption medialer politischer Inhalte seitens der Regierten, der Bevölkerung, abhängig.

Die zuvor dargestellten Rollen des Bürgers lassen sich bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Bürger und politischer Verwaltung folgendermaßen darstellen:

5. Arbeitsteilung zwischen Bürger und Verwaltung ¹¹⁸

	MEHR BÜRGERARBEIT	MEHR VERWALTUNGSARBEIT
Politikformulierung	Bürger als Auftraggeber, z.B. Runde Tische, an denen Bürger und Verbände ganz intensiv und in der Regel über Monate Fragen der Stadtplanung erörtern und eigene Entwürfe erstellen.	Bürger als Auftraggeber, z.B. traditionelle Bürgerversammlung im Rahmen der Bauleitplanung, in der sich die Bürger nur sehr bedingt aktiv einbringen können.
Politikimplementation ¹¹⁹	Bürger als Mitgestalter, z.B. Übertragung der Pflege von Sportplätzen auf Vereine oder gezielte Förderung von einzelnen Bürgern, die Z.B. ehrenamtlich alte Menschen betreuen wollen	Bürger als Kunde, z.B. Kundenbefragungen zur Beurteilung der Dienstleistungsangebote der Verwaltung.

Die Bürgerinnen und Bürger, das zeigt dieses Modell ebenso wie das im vorherigen Abschnitt dargestellte, sind aus eigenem Wunsch unter den Dispositionen von Bürgersinn und Bürgertugend aktiv teilnehmend.¹²⁰

Das Staatsbürgerlexikon setzt Partizipation gar mit Bürgerbewegung gleich und benennt somit ein staatsbürgerliches Engagement, welches über politische Grundkenntnisse und die

¹¹⁷ Hüller, Thorsten, 2005, S. 21

¹¹⁸ Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kießler, Leo, 2006, S. 13

¹¹⁹ „Der Begriff der Politikimplementation ist nur bedingt auf die Mitgestalterrolle anwendbar, weil er die Implementation kommunaler bzw. staatlicher Ziele suggeriert. Einige Freiwilligenorganisationen arbeiten aber beispielsweise in bewußter Opposition zu kommunalen oder staatlichen Stellen.

¹²⁰ Vgl. dazu: Schade, Jeanette, 2005, S. 132 ff.

Beteiligung an Wahlen weit hinausgeht.¹²¹ Hier setzt eine bislang nicht genügend ausgeführte Beobachtung ein, welche die Frage nach dem, was ein Staat oder was, übertragen auf die europäische Ebene, eine supranationale Regierung von den Bürgern fordern darf. Eine partizipatorische Demokratie, an sich eine Tautologie, zielt nicht nur, solange sie nicht auf Eliten beschränkt bleibt, auf die politische Kontrolle der Herrschaftsmacht, sondern verdeutlicht die Pluralität der Interessen in einer Gemeinschaft, wodurch eine autonome Regelung staatlicher Interessen ohne staatliche Intervention möglich ist. Gleichzeitig verdeutlicht die Komplexität europäischer Politik die immensen Anforderungen, welche dieses System an die Kenntnisse und Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger stellt. Abbildung 3 zeigt ebenso wie der vorhergehende Abschnitt zum politischen Interesse die Vorteile, die eine Politikvermittlung durch Leistungsrollenträger für die Bürgerinnen und Bürger haben kann, und die immensen Anforderungen, die aktive Partizipation an diese stellt. Eines ist jedoch beiden Vorstellungen bürgerschaftlicher Partizipation inhärent: die Definition politischer Teilhabe der Bürger als Ausdruck ihrer bürgerlichen Freiheit.¹²²

Wenn Partizipation eine aktive Kraft in einem demokratischen Gefüge ist und aktive Teilnahme die Teilhabe am politischen System ermöglicht, was geschieht dann mit denen, die mangels Kenntnissen, mangels Möglichkeiten, mangels Fähigkeiten, die neuen Wege zu erkennen und zu beschreiten oder schlicht mangels Interesse, nicht partizipieren können oder wollen? Aus diesen Fragen lassen sich ebenso deutlich pädagogische und öffentlich-kommunikative Anforderungen an die Regierenden ableiten, wie sie die Ansprüche der Regierenden an die Zivilgesellschaft untermauern.

Michael Th. Greven wirft bei der Betrachtung des Standes von Politik in der Gesellschaft ein, daß „kein Zweifel mehr daran geäußert werden kann, daß in dem seit den frühen achtziger Jahren endgültig dominant gewordenen Globalisierungsdiskurs eine Deutung herrscht, nach der die Politik, wenn vielleicht auch nicht gleich endgültig „abgedankt“ hat, so aber doch als Gestaltungsmittel gesellschaftlicher Zukunft zweit- ja, manche sagen sogar noch hinter der Ökonomie und der Kultur drittrangig geworden ist.“¹²³

Peter McLaverty kommentiert die allgegenwärtige Forderung nach öffentlicher bürgerschaftlicher Teilhabe als „flavour of the day“¹²⁴, als sich in den letzten Jahren stark verstärkenden Trend aufgrund der beschriebenen Beobachtungen, dem, wie zuvor angeführt, nur nicht alle folgen können und wollen. Der Wandel von politischem Engagement und

¹²¹ Sommer, Gerlinde; Graf von Westphalen, Raban, 2000

¹²² Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kibler, Leo, 2006, S 68 f.

¹²³ Greven, Michael Th., 2000, S. 23 f.

¹²⁴ McLaverty, Peter, 2002, S. 185

politischer Partizipation ist zum einen eine Frage des ‚Nutzens‘ für die Bürgerinnen und Bürger, d.h. für die Ausgestaltungsmöglichkeiten des politischen Systems nach ihren Wünschen und Bedürfnissen und gleichzeitig eine sozialstrukturell ungleich verteilte Entwicklung. Traditionell stark interessierte, ressourcenstarke Milieus generieren zumindest für einen Teil der strukturell schwächeren Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten der indirekten Partizipation bei jedoch stark divergierenden Interessen und Zielen. Langfristig gesehen zeichnet sich dabei, gerade bei der Betrachtung Europas, ein Rückzug der weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen aus der gesellschaftlichen Teilnahme ab.¹²⁵

Diese Anforderung ist bereits auf staatlicher Ebene, Engagement seitens der Regierungsvertreter vorausgesetzt, in ihrer mannigfaltigen Ausprägung als höchst diffizil zu beschreiben. Für die Europäische Union, welche in ihrer Herrschaftsausprägung den Herrschaftsanspruch der Nationalstaaten unterhöhlt und somit unmittelbar nach Legitimität verlangen muß, ist diese Aufgabe, gerade unter dem kommunikativen, vermittelnden Aspekt, von größtmöglicher Komplexität.¹²⁶

Patrizia Nanz und Jens Steffek haben in diesem Zusammenhang, der deliberativen Theorie folgend, einen Kriterienkatalog für die Demokratisierung internationalen Regierens durch zivilgesellschaftliche Beteiligung entwickelt. Zunächst ist dabei der Zugang zivilgesellschaftlicher Organisationen zu den relevanten Beratungs- und idealerweise auch Entscheidungsgremien der Institutionen zu nennen. Dieser darf nicht von dem Wohlwollen seitens der Regierungsvertreter abhängen, sondern muß rechtlich abgesichert sein.

Zweitens ist die neben der Zugänglichkeit aller relevanten Informationen die Transparenz der Entscheidungsfindung zu nennen. Die immer noch praktizierten Vorabentscheidungen in informellen Kleingruppen in den Entscheidungsprozessen der EU sind nicht eben legitimitätsfördernd.

Drittens ist das Kriterium der Responsivität zu nennen. Es bildet die Grundlage der Untersuchung, inwieweit die seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure vorgetragenen Gründe in die politischen Prozesse der supranationalen Institutionen finden. Die Responsivität

lässt dabei zwei Ausprägungen unterscheiden: Rechtfertigung und Revision. Die erste Ausprägung, die Rechtfertigung, fragt nach den politischen Prinzipien, politischen Normen und daraus resultierenden Entscheidungen und ihrer Reaktion auf bzw. ihrem Nutzen für die seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure vorgebrachten Anliegen und Argumente.

Patrizia Nans und Jens Steffek formulieren es folgendermaßen: „Sind sie (die Regierungsinstitutionen, A.d.V.) auch bereit, auf unkonventionelle und nicht in ihrem

¹²⁵ Brömme, Norbert; Strasser, Hermann, 2001, S. 14

¹²⁶ Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt, Michèle, 2004, S.193

Fachjargon formulierte aus den ZGOs einzugehen? Setzen sie sich auch mit von der ZGO vorgelegter Gegenexpertise auseinander oder wird diese ignoriert?“

Die zweite Unterscheidung, die Revision, wird als Lernprozess beschrieben, der keine reine rhetorische Argumentation beinhaltet, sondern die Aufnahme neuer, seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure in den Prozess eingebrachter Argumente in den Prozess der Entscheidungsfindung und sogar die Adaption dieser durch die Institutionen zur Folge hat. Nicht jedes Argument muß dabei seitens der Institutionen angenommen werden, die reine, unvoreingenommene Prüfung wird mit dem Kriterium der Responsivität beschrieben.

Als viertes, abschließendes Kriterium wird das der Inklusion, der systematischen Einbeziehung der Anliegen aller Betroffenen in den Prozess der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung, genannt. Nur so, die Autoren, kann „in einer (funktional differenzierten) Weltgesellschaft von demokratischer Selbstbestimmung der von den Regeln betroffenen Bürger die Rede sein.“¹²⁷

So mannigfaltig sich die Anforderungen an die Regierenden darstellen, so deutlich wird, daß sie einer aktiven Zivilbevölkerung bedürfen, welche als aktiv Handelnde politische Relevanz für die Regierenden gewinnt.¹²⁸ Es bleibt kritisch zu hinterfragen, inwieweit die prinzipielle Offenheit des Modells der deliberativen Demokratie in die Realität zu übertragen ist, d.h. inwieweit, neben der vorauszusehenden Unterrepräsentation sozial schwächerer Schichten, die Diskussion politischer Inhalte und Entscheidungen in kollektiv-inklusive Diskursen möglich ist und Elitendiskussion tatsächlich vermieden werden kann. Nicht jede(r) Betroffene ist befähigt, abhängig von Fähigkeit sowie Möglichkeit, zu Wort kommen und gehört werden sowie seinerseits zuzuhören und zu verstehen. In der postmodernen Gesellschaft haben sich einerseits arbeitsteilige Informations- und Deliberationsstrukturen herausgebildet, mit Hilfe derer die Komplexität der Öffentlichkeit gerade für weniger gut Informierte reduziert sowie Information publikumsgerecht und mit orientierenden Kontexten versehen aufbereitet wird.¹²⁹

Andererseits steigt gerade auf europapolitischer Ebene die Komplexität der kommunizierten Inhalte dergestalt, daß Vermittlungsleistungen notwendig werden, nicht zuletzt in Form von Übersetzungen in die verschiedenen europäischen Sprachen. Auch unter anderen demokratiethoretischen Betrachtungen der Zivilgesellschaft und der Regierenden ist der Transfer von Information und Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht ohne dazu durch

¹²⁷ Nanz, Patrizia; Steffek, Jens, 2005, S.91 - 93

¹²⁸ Trenz, Hans-Jörg, 2005a, S. 62

¹²⁹ Kampwirth, Ralph, 1999 S. 35 f.

besondere Kompetenzen wie System- und Sprachkenntnisse befähigte Kommunikatoren möglich, was die Vorstellung einer europäischen Elitendiskussion unterstreicht.¹³⁰

Die Anforderungen der Vermittlungsleistung sind in jedem Falle in den postmodernen Gesellschaften nur durch eine funktionierende Medienöffentlichkeit, welche ‚Sprecher‘, Medien und Publikum vereint, möglich.

2.3 Die Aneignung der Unionsbürgerschaft durch die europäischen Bevölkerungen

Die Spannung zwischen der Staats- und Unionsbürgerschaft birgt ohne Aneignung letzterer durch die europäischen Völker ein großes Frustrations- und Konfliktpotential. Daher sind die Bedingungen der Akzeptanz und Annahme zu prüfen und geeignete Übertragungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Über die Entstehung des Gedankens einer europäischen Bürgerschaft herrscht beispielsweise Uneinigkeit. Erzählungen eingeweihter zufolge entstand diese Idee auf einen Vorschlag des spanischen Premierministers Felipe Gonzáles hin Ende 1991 während der abschließenden Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag. Er bewegte die anderen Regierungschefs dazu, die EU-Bürgerschaft einzuführen, indem er sie darauf hinwies, daß die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Nationalstaaten die ehrgeizigen Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion schneller akzeptieren und annehmen würden, wenn ihnen der neue Status als Bürger Europas offeriert werden würde.¹³¹ Das Kalkül, das aus dieser Überlieferung spricht, verdeutlicht die Unsicherheiten und Zweifel, die mit der Etablierung dieses Status bei den Bürgerinnen und Bürgern einhergehen. Habermas erklärt die gescheiterte Vertiefung des europäischen Zusammenschlusses so: „Nicht am Widerstand der Bevölkerungen (ist die Vertiefung der Institutionen gescheitert. A.d.V.). Das ist die zwar naheliegende, aber falsche Vorstellung, die sich nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden festgesetzt hat. Tatsächlich haben wir in den meisten kontinentalen Ländern nach wie vor schlafende Mehrheiten für eine Vertiefung der Europäischen Union. Der tiefer liegende Grund für die Lähmung der Einigungsdynamik liegt vielmehr darin, daß verschiedene Regierungen mit der Union verschiedene Zielvorstellungen verbinden. (...) Als einzigen Ausweg sehe ich ein

¹³⁰ Die Betrachtungen der Zivilgesellschaft aus politiktheoretischer Perspektive von Jeanette Schade 2005 und deren Gegenüberstellung verdeutlichen nicht nur die verschiedenen Ansätze sowie die divergierende, aber immer zentrale Rolle der Zivilgesellschaft, sondern auch die immensen kommunikativen Anforderungen.

¹³¹ Bauböck, Rainer, 2007

europaweites Referendum. Die Regierungen, die ja die Herren des Verfahrens sind, müssen einmal über ihren Schatten springen und ‚Demokratie wagen.‘“¹³²

Die Vertiefung der Europäischen Union durch Implementierung einer dauerhaften (sozialen) Vereinigung in Form einer gemeinsamen Verfassung liegt bei diesem neuartigen Gebilde auf Staatsebene. Der Staat bzw. die Mitgliedsstaaten der EU wiederum, und hier erstreckt sich eine ganze Bandbreite von Theorien und Analysekonzepten zur europäischen Integration¹³³, können, der realpolitischen und wirtschaftlichen Interessen und der Angst vor Autonomieverlusten gewahr, die europäische Bürgerschaft fördern und sie somit auch unter ihren Staatsangehörigen als positiv darstellen. Die Annahme dieser, welche zugleich mit einer Änderung des Selbstbildes der Staatsbürger, welches in Europa als anerkannt gilt¹³⁴, kann als Impuls vom jeweiligen Staat bzw. der Europäischen Union ausgehen, muß jedoch von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, akzeptiert und verinnerlicht werden.

Der integrative Charakter der Übertragung von Angehörigkeit, eine derartige Eröffnung neuer Möglichkeiten, führt nicht zu dem erhofften Mehrwert für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger. Aus Sicht dieser ist die Möglichkeit einer wirklichen und wirksamen Kontrolle gegenüber Maßnahmen der EU, die sie mittlerweile aufgrund des Integrationsfortschritts direkt betreffen, durchaus von großem Interesse, bezüglich der Einrichtung und der Ausgestaltung ist dieses Interesse als Herausforderung an die Politik der EU und als Anforderung an die Ausgestaltung der europäischen Bürgerschaft zu betrachten.

Richard Bellamy dazu: „Citizenship is frequently identified with mere membership of a given System an possession of the entitlements, that follow. However, the most important entitlement is the leverage such membership gives for changing its terms and conditions. Though citizenship activity is conditioned and often facilitated by prevailing structures and the norms they employ, it also challenges and seeks to modify them, for the demands of existing and aspirant citizens alike involve implicit and often explicit reinterpretations of the general shape of the polity. (...) Rather, citizenship practice is a continuously reflexive process with citizens reinterpreting the basis of their collective life in new ways that correspond to their evolving needs and ideals.“¹³⁵

Unterstrichen wird demnach die eigenständige Erfahrung der Bürgerschaft mittels meinungsbildender Prozesse und einer Ausgestaltung solcher. Bürgerschaftliche Praxis ist ein ständiger Prozess der Auseinandersetzung mit dem politischen Umfeld sowie das Erleben des

¹³² Habermas, Jürgen im dpa-Interview, 23.03.2007

¹³³ welche hier vorzustellen keinen Mehrwert für die Betrachtung der Annahme einer europäischen Bürgerschaft seitens der europäischen Völker hätte, dennoch hochinteressant nachzulesen ist bei z.B. Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.), 2005

¹³⁴ Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter, 2000, S.9

¹³⁵ Bellamy, Richard, 2001, S. 65

eigenen politischen Verhaltens im Kontext zu dem der anderen. Damit Bürgerschaft wie zuvor dargestellt, zu einer gelebten Wirklichkeit von Einbeziehung und Teilhabe werden kann, ist neben rechtsstaatlicher Praxis, einer demokratischen politischen Kultur sowie einem Mindestmaß an sozioökonomischer Praxis eine lebendige Zivilgesellschaft innerhalb eines Staates notwendig.¹³⁶

Die Aneignung der Unionsbürgerschaft seitens der Bürgerinnen und Bürger und eine konstruktive Auseinandersetzung mit diesem neuartigen Status ist demnach für die Ausgestaltung des Daseins in der Europäischen Union als europäische Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Des Weiteren muß sich das Erleben dieses Status über Ländergrenzen hinweg entwickeln, um die nationalen Zivilgesellschaften auf einer supranationalen Ebene zusammenzuführen. Klaus Eder dazu: „Ein demokratisches Europa muß ein multinationales Europa sein, eine besondere Variante einer multikulturellen Gesellschaft sein, in der Gruppenrechte der einzelnen nationalen Völker gesichert werden, in der aber zugleich diese Völker im Hinblick auf ein Gemeinsames transzendiert werden: nämlich Bürger einer multinationalen Gesellschaft zu sein.“ Gemäß einer solchen Darstellung ist ein sich stetig vertiefender, positiver Integrationsprozess zu erwarten, fährt Eder weiter fort.¹³⁷

Die Ausgestaltung jedoch wirft ungleich mehr Fragen auf. Auszugehen ist jedoch, wie zuvor angeführt, von der positiven Wirkung einer Annahme der europäischen Bürgerschaft. Wie eine solche auf eine nationale Bevölkerung wie die deutsche übertragen und seitens dieser angenommen und ausgestaltet werden kann, soll in den folgenden Kapiteln dargestellt werden und an späterer Stelle mit der Ausgestaltung der äußeren Umstände ergänzt werden.

2.3.1 Eine Frage der Identität

In der heutigen Zeit, in der die Welt in Nationalstaaten aufgeteilt besteht, argumentieren viele Wissenschaftler, daß die nationale Zugehörigkeit nicht nur eine regionale Angehörigkeit beschreibt, sondern die Identifikation mit einer Gesellschaft, mit einer eigenen Kultur, eigenen Werten und Ritualen.¹³⁸ Die Staatsangehörigkeit eines Bürgers bezeichnet somit nicht nur seinen formalen rechtlichen Status, sondern läßt gleichzeitig einen Rückschluss auf seine Selbstwahrnehmung, seine Identifikation mit einer Nation, der er angehört, zu. Das Selbstverständnis des Individuums, welches sich auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe bezieht, wird hier als Identität beschrieben. Viele Wissenschaften bilden Identitätskonzepte ab,

¹³⁶ Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen, 2001, S. 17

¹³⁷ Eder, Klaus, 2004, S. 61

¹³⁸ Ridden, Jennifer; Turner, Bryan S., 2000, S. 137

die Kriterien und Prozesse der Zugehörigkeit darstellen und erklären. Kulturelle Identität etwa wird als eine sich selbst durch stetige Bezugnahme auf das Kulturprogramm einer bestimmten Gruppe immer wieder bestätigende Zuordnung zu eben dieser Gruppe beschrieben.¹³⁹ (Soziale) Identität wiederum bezeichnet das individuelle Wissen über die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen, verbunden mit den emotionalen und Wert-Bedeutungen dieser Gruppenmitgliedschaft, aus welcher wiederum das individuelle Verhalten resultiert.¹⁴⁰ Das politikwissenschaftliche Verhältnis von Identität erfasst in der Demokratietheorie Identität als die vollkommene Übereinstimmung oder Gleichheit von Herrschern und Beherrschten zur Gewährleistung direkt ausgeübter Volkssouveränität.¹⁴¹ Ohne die Weitläufigkeit der Identitätskonzepte weiter auszuführen, lässt sich feststellen, daß der Identitätsbegriff multidimensional ist, sich auf Kultur, Gruppe, Geschlecht und viele andere Variablen beziehen kann, jedoch immer das Ziel der Angehörigkeit des einzelnen durch Identifikation mit anderem sowie Abgrenzung gegenüber anderem hat. Die Zugehörigkeit zu einer (Zivil)Gesellschaft erfordert die Identifikation mit dieser als Zuordnungskriterium.

Klaus Eder führt dazu aus: „Das durch symbolische Markierungen bestimmte Identische lässt sich anhand von drei Komponenten analytisch bestimmen. Die erste ist die einfachste: die Normierung des anderen, die normative Definition von Inklusion und Exklusion. Das Inkludierte bedarf allerdings einer weiteren Komponente; es bedarf der affektiven Beisetzung und Identifikation. Man muß das Identische >>lieben<<. Damit diese affektive Beisetzung auch funktioniert, kommt in der Regel ein drittes Element dazu: die symbolische Repräsentation dieses normativ bestimmten und affektiv besetzten Gemeinsamen.“¹⁴² Das integrative Element der Repräsentation fördert die sich aus den Prozessen sozialer Interaktion und Kommunikation herausbildende kollektive Identität innerhalb einer Großgruppe wie einer Nation.¹⁴³

Die Identität der Bürgerinnen und Bürger ist somit auch immer eine kollektive Identität, welche durch Gemeinschaftlichkeit und Zusammengehörigkeitsempfinden das für eine Nation notwendige Mindestmaß an Integration bereitstellt. Kollektive Identität beschreibt keine physische Einheit von verschiedenen Subjekten, sondern stellt vielmehr die Identifikation einer Person mit etwas dar, bezeichnet als eine spezifische, kognitive und affektive Beziehung von einzelnen Personen zu einem Identifikationskreis.¹⁴⁴ Als besondere Komponente der

¹³⁹ Viehoff, Reinhold; Segers, Rien T., 1999, S.10

¹⁴⁰ Tajfel, Henri, 1981, S. 255

¹⁴¹ Bergem, Wolfgang, 2002, S. 192

¹⁴² Eder, Klaus, 1999, S. 148

¹⁴³ Bergem, Wolfgang, 2002, S. 192

¹⁴⁴ Gerhards, Jürgen, 2003, S. 468 f.

kollektiven Identität ist die empathische Basis für Solidarität und Loyalität zu benennen, deren Belastbarkeit in höchstem Maße variabel ist.

In Europa sind die Identifikationen europäischer Bürgerinnen und Bürger (bislang) in erster Linie nationaler Natur. Europa selbst blickt dabei auf eine lange Geschichte politischer Unruhen und Umbrüche zurück, die sich in den einzelnen Kulturen widerspiegeln. Alois Hahn dazu: „Die modernen Staaten Europas sind nicht dem Gefühl nationaler Gemeinschaften entsprungen. Es ging um praktischere Fragen. Im Vordergrund stand die Sicherung des physischen Überlebens angesichts der Wirren konfessionell bedingter Bürgerkriege. Die Sphäre des Politischen wird im 16. und 17. Jahrhundert autonom, weil die Religion auf Grund ihrer internen Widersprüche vom Prinzip der Integration zur Ursache tödlicher Konflikte geworden war. Friede ließ sich nur als legitimes Gewaltmonopol denken, das über den religiösen Parteiungen stand.“¹⁴⁵

Ohne im Folgenden mangels Raum und Themenbezogenheit auf die religiösen Auseinandersetzungen eingehen zu wollen, lässt sich beschreiben, daß sich in Europa der Nationalstaat zur Ordnungsidee für die staatliche Struktur der modernen europäischen Gesellschaften entwickelt hat. Seitens der Bürgerinnen und Bürger entstand eine kumulative Identifikation mit dem Nationalstaat und den von ihnen vertretenen Wertvorstellungen mit einem deutlichen Schwerpunkt auf der Abgrenzung bis hin zur Ablehnung gegenüber den anderen Nationalstaaten. Das Bewußtsein der historischen Gemeinsamkeiten, der eng verknüpften gemeinsamen Geschichte und Tradition war dabei nationalem Zugehörigkeitsgefühl ebenso zuträglich wie der seitens der nationalen Regierungen geförderten klaren Distanz gegenüber anderen europäischen Staaten.

Ludger Klein und Christian Lahusen dazu: „...schließlich ist nicht zu übersehen, daß selbst in den etablierten Demokratien Westeuropas Politik und ihre Legitimierung – in etwa seit der französischen Revolution – in nationalem Rahmen betrieben werden, nationale Identitäten auch hier zum politischen Instrumentarium gehören.“¹⁴⁶ Der nationalstaatlichen Regierung, welche in seiner demokratischen Gestalt von der positiven Identifikation seiner Bürgerinnen und Bürger mit der von ihr umgesetzten Politik abhängig ist, ist die Zuordnung der einzelnen zur Unterstützung seiner dem Volkssouverän unterliegenden Politik inhärent.

Die aus den nationalen Regierungen zusammengesetzte EU hat die ganze Bandbreite von Interessenslagen, von dem Wunsch nach politischer Einbindung, dem Verlangen nach Bekämpfung von Regionalismen, der Hoffnung auf außenpolitisch zusammengehöriges Auftreten sowie dem Streben nach der Bewahrung nationaler Besonderheiten und Sonderrollen

¹⁴⁵ Hahn, Alois, 2000, S. 53

¹⁴⁶ Klein, Ludger; Lahusen, Christian, 2003, S. 251

bei der Förderung einer gemeinschaftlichen Politik, eines gemeinschaftlichen Gefühls innerhalb der EU zu beachten.¹⁴⁷

Bezogen auf das heutige Europa impliziert diese Darstellung die Schwierigkeit der neuen Aufgabe nationaler Regierungen, die Entstehung einer europäischen Identität soweit möglich zu fördern. Die europäische Identität der Völker in Europa ist noch nicht deutlich hervorgetreten, sie ist jedoch ebenfalls noch nicht in ihrem Umfang definiert worden. Eindeutige Indizien, ab wann eine Identitätsbildung auf europäischer Ebene beginnt, fehlen. Uneinigkeit herrscht zudem über den Vorgang der Identitätsfindung der abstrakten, supranationalen Ebene. Begründet werden kann das mit der zuvor angeführten Schwierigkeit, einen Konsens über die Grundlagen, Merkmale und Inhalte einer europäischen Identität herzustellen.

Wolfgang Bergem dazu: „Anders als für nationale Identitäten, in der in jeweils spezifischer Mischung Ethnos und Demos als Typen der Gemeinschaftsbildung kombiniert sind, stehen für die Entwicklung europäischer Identität ethnische Kriterien nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Auf Gemeinsamkeiten in Abstammung, Sprache, Traditionen und Sitten kann sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu Europa nicht gründen, hingegen durchaus auf Gemeinsamkeiten in den historischen Erfahrungen, etwa in der Geschichte von Dynastien, Kriegen und Seuchen wie in der Geschichte politischer Ideen, der Literatur, Musik, bildenden Kunst und Architektur. Das Potential an Gemeinsamkeiten in den Kriterien, die dem Ethnos-Prinzip der Vergemeinschaftung zugerechnet werden können, ist bei den Europäern dennoch deutlich kleiner als bei Nationsangehörigen. Im Blick auf die Versuche einer Herstellung oder Förderung europäischer Identität weist somit die Pluralität Europas dem Formationsprinzip des Demos eindeutig Vorrang vor dem des Ethnos zu. Für die politisch-kulturelle Integration Europas wird dadurch der subjektive Wille von Individuen, Demos mit geteilten Werten zu sein, wichtiger als vorgeblich objektive Merkmale eines Kollektivs von Europäern.“¹⁴⁸

Die europäische Integration auf zivilgesellschaftlicher Ebene ist somit von der Bereitschaft der europäischen Völker einzuleiten, ihre nationale Identifikation zu einer europäischen umzuformen und gleichzeitig die anderen europäischen Völker als ihresgleichen anzuerkennen. Hier etabliert sich die Forderung nach einer europäischen Identität als unüberbietbar plausibel und nahezu ebenso unerreichbar. Peter Graf Kielmannsegg beantwortet die Frage, warum es an einer europäischen Identität fehlt, wie folgt: „ Es (die europäischen Nationalstaaten, A.d.V.) sind Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, in denen kollektive Identität sich herausbildet, sich stabilisiert, tradiert wird. Europa, auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine

¹⁴⁷ Teetzmann, Doris, 2001, S. 108

¹⁴⁸ Bergem, Wolfgang, 2005, S.201

Erfahrungsgemeinschaft. Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist – das banalste Faktum ist zugleich das elementarste.“ Doch die dargelegte Unerreichbarkeit relativiert sich ihm zufolge in dem Maße der Implementierung demokratischer Prozesse und supranationaler Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen innerhalb der EU.¹⁴⁹ Moderne Integrationskonzepte wie solche, die auf die EU anzuwenden wären, verstehen Identitäten auch als multipel oder hybride. Die Abgrenzungsdynamik, die dem Begriff der Identität wie zuvor angeführt, auch immer immanent ist, wird dabei nicht auf nachbarschaftliche Nationen bezogen, sondern in einem weitaus größeren Rahmen, dem der Europäischen Union gegenüber anderen Regimen, angeführt.¹⁵⁰ So wie die nationale Identität, die nicht von der europäischen Identität eliminiert, sondern ergänzt und erweitert würde, ist eine Ausdehnung des Identifikationsraumes denkbar, erscheint doch bei der Betrachtung heutiger Gesellschaftsstrukturen die nationale Abgrenzung als nicht zeitgemäß.

M. Rainer Lepsius dazu: „Die Integrationskraft der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft kann nicht durch die neuen europäischen Ordnungen ersetzt werden. Zugleich werden aber die Nationalstaaten europäisiert und mit ihnen auch die Identitätskriterien. Mehrsprachige Funktionseliten werden sich rascher mit der europäischen Ordnung identifizieren und aus der nationalen Orientierung lösen als die breite Bevölkerung. So werden sich verschiedene Trägergruppen für eine mehr europäische oder mehr nationalstaatliche Identifikation ausbilden. Verschiedene identitätsstiftende Ordnungen treten nebeneinander, werden situationsspezifisch abgewehrt und müssen untereinander vermittelt werden.“¹⁵¹

Die europäischen Union steht bezüglich des Zusammenschlusses europäischer Völker zu einem europäischen Volk vor einem langwierigen Prozess der, ähnlich wie der der EU selbst, nicht zu einem klar vorgezeichneten Gebilde führt, sondern auch hier eine neue Form sui generis erwarten lässt, da klassische Identitätstheorien bei einer derartigen Übertragung zu kurz greifen müssen.¹⁵²

Als gesellschaftlicher Kit und Stabilisator der eigenen nationalstaatlich gebundenen Identität wirkt in nationalen Gesellschaften zudem ein generalisiertes Vertrauen seitens der Bürgerinnen und Bürger in die politische Ordnung und die Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sich in den letzten Jahren zu einem umfassenden Forschungsthema entwickelnd, gilt das soziale Vertrauen als gesellschaftliches Schmieröl, als Notwendigkeit für das Funktionieren von politisch-, wirtschaftlich- und sozialintegrativen Prozessen. Soziales Vertrauen definieren Jan Delhey und

¹⁴⁹ Graf Kielmannsegg, Peter, 2003, S. 58 ff.

¹⁵⁰ Kohli, Martin, 2002, S. 114

¹⁵¹ Lepsius, M. Rainer, 2004, S. 5

¹⁵² Kleger, Heinz, 1995, S. 48

Kenneth Newton folgendermaßen: „Soziales Vertrauen ist die Überzeugung, das mir andere, im schlechtesten Fall, nicht wissentlich und vorsätzliche Schaden zufügen und, im besten Fall, nach meinen Interessen handeln.“¹⁵³

Für die Legitimierung politischer Systeme ist wiederum politisches Vertrauen, ein Spezialfall des sozialen Vertrauens, direkt konstituierender durch die Bereitschaft, politischen Akteuren, welche den Bürgerinnen und Bürgern aufgrund der Komplexität des politischen Systems persönlich unbekannt sind, Macht zu übertragen.¹⁵⁴ Politisches Vertrauen wiederum begünstigt die Bereitschaft zu politischer Partizipation und zu politischer Identifikation, der Herausbildung von (in diesem Spezialfall sozialen Vertrauens) politischer Identität. Für die Förderung einer europäischen Zivilgesellschaft ist die Ausbildung einer europäischen und zumindest politischen Identität zweifellos notwendig, welche durch die Ausdehnung sozialen Vertrauens über Ländergrenzen hinweg ihre Unterstützung erhalte. Gemeinsames politisches Handeln wäre ein Ansatz, denn, so Walter Reese-Schäfer: „Die Politik der europäischen Integration ist ein interessanter Fall für die Beobachtung des komplexen Verhältnisses von Identität und Interesse.“¹⁵⁵ Ein Betrachtungspunkt, der im Folgenden Gewicht erhält.

Thomas Meyer im Interview dazu: „Demokratische Öffentlichkeit ist die entscheidende Struktur für die Ausbildung einer gemeinsamen Bürgeridentität in Europa. Eine gemeinsame Identität kann sich überhaupt nur auf dem Weg gemeinsamer politischer Beratungen der Bürgerinnen und Bürger über ihre gemeinsamen politischen Angelegenheiten bilden. Denn nur, wenn im öffentlichen Gespräch sichtbar ist, wer dazugehört, was die gemeinsamen verbindenden Projekte und was die eigenen Einflussmöglichkeiten sind, nur unter diesen Umständen kann sich überhaupt politische Identität herausbilden.“¹⁵⁶

Eine Veränderung der partizipatorischen Mechanismen wird als einer der möglichen Umstände angeführt, welche die europäische Identität fördern, wenn auch nicht unmittelbar herstellen können.¹⁵⁷ Die Tragfähigkeit eines solchen Konzepts soll nun im Folgenden beleuchtet werden.

2.3.2 Wie ist die Unionsbürgerschaft von den europäischen Bürger erfahrbar?

Durch das Innehaben einer Bürgerschaft legitimieren und autorisieren die Bürgerinnen und Bürger die Gewalt, welche diese wiederum in deren Sinne demokratisch und auf Partizipation der Regierten angelegt regiert. Die multipel verwachsene Verbindung der Bürgerschaft wurde

¹⁵³ Delhey, Jan; Newton, Kenneth, 2004, S. 152

¹⁵⁴ Gabriel, Oscar W., 2002, S. 494 f.

¹⁵⁵ Reese-Schäfer, Walter, 1999, S.29

¹⁵⁶ Meyer, Thomas, 2004 im Interview bei europa-digital.de

¹⁵⁷ Nissen, Sylke, 2004, S. 27

bislang nur auf einen (Heimat-)Staat mit den gewachsenen Strukturen der Auseinandersetzung mit diesem übertragen. Staatsbürger haben die Gewissheit, sich auf die Geltung von Rechten, deren Inhalt ihnen weitestmöglich geläufig ist, verlassen zu können und diese anzuerkennen. Staatsbürgerschaft ist somit seitens der Bürgerinnen und Bürger durch tägliche Praxis erfahrbar, die Auseinandersetzung mit den Aktionen der Regierenden z.B. durch die Medienberichterstattung oder durch Wahlen ermöglicht eine lebendige, wenn auch einseitige (Ver)Bindung.

Ein Kriterium der Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft im Hinblick auf die Erfahrbarkeit ist die Ausbildung von Loyalität gegenüber der Regierung, wie sie für eine Staatsbürgerschaft seitens des Staates wünschens- und förderungswert ist. Der Gehorsam, den eine demokratische Regierung von ihren Bürgern fordert, muß auf einem Gefühl der Zugehörigkeit und der Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger basieren.

Diese Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit ist es, die das Individuum sozialisiert und es zu einem Bürger macht. Die Ausübung der Bürgerschaft bildet Gefühle wie Vertrauen und Solidarität aus, welche die Gesellschaft wiederum begründen.¹⁵⁸ Die so entstehende kollektive Identität vertieft das Zugehörigkeitsgefühl und schützt gleichzeitig die Gesellschaft als Ganzes, was in besonderem Maße für die heutigen, das postnationale anstrebenden Gesellschaften von besonderer weil konstituierender Bedeutung ist.¹⁵⁹

Verschiedene Forschende¹⁶⁰ haben bei einer Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft eine Trennung zwischen politischer und bürgerlicher Gesellschaft vollzogen. Letztere ist der private, wirtschaftliche Handlungsraum einer Menschengruppe in einem bestimmten Gebiet; Staat hingegen ist der politische, öffentliche Handlungsraum, in welchem kollektiv-verbindliche Entscheidungen für das Gemeinwesen getroffen werden. Wirken die Menschen aus dem privaten Wirkungskreis heraus daran mit, so handeln sie nicht als Privatpersonen, sondern folgen als Bürgerinnen und Bürger einer politischen Funktion.¹⁶¹ In historischer Perspektive erscheint diese Trennung angemessen, so stellt Michael Th.Greven heraus und verdeutlicht gleichzeitig: „Mehr als jemals zuvor in der uns bekannten Geschichte und weiter zunehmend hängt heute das Leben der Menschen und die Existenz ihrer sozialen, natürlichen und materiellen Lebensgrundlagen von der Politik ab. Längst hat sie die

¹⁵⁸ Magnette, Paul, 2005, S.175

¹⁵⁹ Busch, Hans-Joachim, 2007, S. 11

¹⁶⁰ So Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1999 [1822/23] oder Gramsci, Antonio, dargestellt in Kim, Eun-Young, 1995

¹⁶¹ Hurrelmann, Achim, 2005, S.84

Lebenswelten der verschiedenen Gruppen und Individuen durchdrungen und strukturiert und formt deren Handlungsmöglichkeiten, ohne daß diese sich dessen immer bewußt wären.“¹⁶²

Diese Trennung erscheint somit für die heutigen Gesellschaften überholt, da der Staat als Interventionsstaat auf gesellschaftliche Strukturen einwirkt, gleichzeitig jedoch gesellschaftlichen Einflüssen – so etwa seitens der Wirtschaft, Religion, Kultur, aktueller gesellschaftlicher Reaktionen auf politische Ereignisse – unterliegt.¹⁶³ Für die Untersuchung der Implementierung bzw. Annahme der Unionsbürgerschaft ist diese Trennung des weiteren nicht zielführend, da die Entstehung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls ein politisch und gesellschaftlich verwobener Prozess dergestalt ist, daß er eine Differenzierung zwischen eigener europäischer Identifikation und politischer europäischer Identifikation nicht mehr zulassen könnte. Die EU bedarf einer Zivilgesellschaft mit kritischem, somit politischem Selbstverständnis. Die Identifikation, welche die Grundlage der Unionsbürgerschaft darstellt, ist, wie anhand des ländergrenzenüberschreitend benötigten Vertrauens ableitbar, nicht in Kategorien teilbar.

Der vorangegangene Abschnitt über die Identität verdeutlicht

die Komplexität des Gebildes einer Unionsbürgerschaft im Hinblick auf die Ausgestaltung dieser unter Bewahrung nationaler Bürgerschaften, welche zugleich fest verwoben mit nationaler Identifikation sind.

Die formale Ausbildung ist leicht zusammenzufassen, der Inhalt bürgerlicher Rechte ist meist in Verfassungen niedergelegt, so auch in der Europäischen Union. Der Status des Unionsbürgers ist somit formal durch die europäische Verfassung¹⁶⁴ definiert.¹⁶⁵

Die Unionsbürgerschaft ist an die Staatsangehörigkeit in den Mitgliedsstaaten gekoppelt, somit sind deren Rechtsordnungen konstitutiv für die Unionsbürgerschaft. Den Unionsbürgern stehen bestimmte Rechte und Pflichten zu, deren Einschätzung sie aus der ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten übernehmen können. Rein gewohnheitsmäßig ist den Bürgern der europäischen Staaten Unionsbürgerschaft vom der rein rechtlichen Ausprägung aus geläufig.¹⁶⁶

Auch die zusätzliche Wahrnehmung einer solchen sollte für die Bürgerinnen kein wirkliches Hindernis darstellen, sind sie doch in der Ausübung verschiedener politischer Stellungen, von allgemeinem bis hin zu speziellem bürgerschaftlichen Engagement geübt.

¹⁶² Greven, Michael Th., 1999, S.9

¹⁶³ Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1991, S. 217 ff.

¹⁶⁴ Um wortgetreu zu zitieren, musste der Originaltext „europäische Verfassung“ verwendet werden. Heute stünde an dieser Stelle der Vertrag von Lissabon

¹⁶⁵ Zur Ausführung der einzelnen Rechte und den genauen Formulierungen empfiehlt sich die Sammlung von Stefan Kadelbach: Europäische Verfassung und direkte Demokratie, 2006

Er verkennt nicht die strukturellen Defizite in den demokratischen Prozessen der EU, zeigt jedoch gleichzeitig die positive Gewichtung der Unionsbürgerrechte in der EU auf.

¹⁶⁶ Epiney, Astrid, 2006, S. 38

Elizabeth Meehan dazu: „...the Community (of the EU, A.d.V.) can still be regarded as a potential area for the realization of democratic citizenship. This is because it already offers us the opportunity to act on the fact that we have more identities than our nationality; the framework of the community makes it possible to recognize people who share such identities, but who are of other nationalities; and it means that we can understand that our interests are best articulated by an appropriate combination of vertical channels through government and of horizontal routes through common institutions.”¹⁶⁷

Ein Kriterium für die Erfahrbarkeit der Unionsbürgerschaft liegt in der aktiven Ausübung, welche in einem transparent gestalteten Raum politischer Partizipation zu wirksamer Teilnahme an den demokratischen Prozessen führt. Das politische Schlagwort vom ‚Europa der Bürger‘ findet hier seinen Platz und benennt mit größter Selbstverständlichkeit einen Zustand, dessen Realisierung seitens der Bürgerinnen und Bürger mit wenn überhaupt mäßigem Interesse begegnet wird. Die politischen Entscheidungen der EU und die sich stetig vertiefende Integration betreffen die Bürger zwar im immer größer werdenden Maße, subjektiv wird diese Berührung jedoch über nationale Politiken und nationales Recht vermittelt. Der europäische Bürger erlebt sich selbst in erster Linie im nationalstaatlichen Geltungsbereich, seine Schulabschlüsse, seine Steuerbescheide, Kontakte zu Behörden und zu Gerichten führen ihn zu nationalstaatlichen Institutionen, so oft er seinen Wohnort innerhalb seines Heimatlandes auch wechseln mag. Als Arbeitnehmer, Gewerbetreibender oder Reisender jedoch bewegt er sich im europäischen Raum und registriert diese Erweiterung oft nicht. Bei der Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht erleben die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen als die einer Richtlinie des jeweiligen Heimatstaates. Auch wenn die Zeitungen von Brüssels Regulierungswut schreiben, die Auswirkungen bleiben national.¹⁶⁸

Für die Herstellung persönlicher Signifikanz, dem Bewußtsein der neuen Zugehörigkeiten und des neuen Raumes, dem der einzelne durch die europäischen Erweiterungen angehört, ist die Einbindung in das europäische Institutionengefüge in Kombination mit ständiger Praxis des neuen Status notwendig und erfolgversprechend.¹⁶⁹

Bislang jedoch scheitert dieser Einbindungsprozess einerseits an der nur unzureichenden Information der Bürgerinnen und Bürger über ihren neuen Status, zum anderen erweist sich das Bemühen der EU, die Bürger in Form der organisierten Zivilgesellschaft mittels Bürgervertretern o.ä. in den politischen Prozess mit einzubeziehen und ihnen so die neuen Rechte als Unionsbürger nahezubringen, als mühsames Unterfangen ohne klare Zielsetzung

¹⁶⁷ Meehan, Elizabeth, 1993, S. 155

¹⁶⁸ Hartmann, Jürgen, 2001, S. 176 f.

¹⁶⁹ Kleger, Heinz, 1995, S. 49

seitens der Europäischen Union und deren Akteuren.¹⁷⁰ Die Form europapolitischer Demokratie schwankt zwischen einer repräsentativen Ausbildung und partizipativen Ansätzen, deren Ausrichtung jedoch noch unklar ist.¹⁷¹

Weiterhin ist als Merkmal für die Bildung eines Volkes unabhängig von der Staatsform und dem Regierungssystem ein zeitlich und ideologisch unabhängiges Gemeinschaftsgefühl benannt worden, aus dem der einzelne die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, einer Nation erfährt. Die Ausbildung dieses Gemeinschaftsgefühls führt zur Aufbrechung alter und Etablierung neuer, ausgeweiteter Gesellschaftsstrukturen, eine europäische Zivilgesellschaft entstünde, in deren Struktur die Frage nach einer Erfahrbarkeit europäischer Bürgerschaft durch die Praxis im Umgang mit europäischen Rechten obsolet würde.

Die Etablierung einer Unionsbürgerschaft in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger krankt an der fehlenden Identifikation dieser mit der EU. Im nationalen Gefangen entstehen Unsicherheiten über den neuen Status, jedoch auch die Aktivität, die eine Auseinandersetzung mit den neuen, weiterreichenden Rechten und Pflichten als Unionsbürger bedeuten würde, scheint abzuschrecken. Die für das Erleben der Unionsbürgerschaft und die Etablierung dieser in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger notwendige Auseinandersetzung, die Erprobung findet in der breiten Masse, so zum Beispiel bei der Europawahl, nicht statt.¹⁷² Des Weiteren fehlt der Austausch mit anderen europäischen Bürgern, wie in nationalen Gesellschaften in einer durch Medien, durch zivilgesellschaftliche ebenso wie durch politische Akteure gebildeten Öffentlichkeit üblich.

Die nahezu unüberschaubare Komplexität der europäischen Mehrebenensystems sowie die chronisch offene Frage nach der Finalität Europas tragen nicht zu einer Etablierung des europäischen Bürgerbewußtseins und der Ausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft bei.¹⁷³

Die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten sehen die Zukunft der Europäischen Union mehrheitlich als die einer treibenden diplomatischen Kraft. Mehr als 6 von 10 Befragten (61%) glauben, daß die EU ihres Erachtens eine führende diplomatische Kraft in der Welt sein wird. Im Bereich der EU-Innenpolitik meinen 51%, daß die EU innerhalb des nächsten halben Jahrhunderts einen eigenen direkt gewählten Präsidenten haben wird.¹⁷⁴

Die Bürgerinnen und Bürger besitzen somit einen starken Glauben in die Europäischen Union und ihre Möglichkeiten und Ziele. Die Rolle, die sie selbst bei der Erreichung dieser spielen,

¹⁷⁰ Gellner, Winand; Glatzmeier, Armin, 2005, S. 15

¹⁷¹ Vgl. Magonette, Paul, 2006, S. 36 ff.

¹⁷² Höreth, Markus; Janowski, Cordula, 2005, S. 225

¹⁷³ Gellner, Winand; Glatzmeier, Armin, 2005, S. 15

¹⁷⁴ Eurobarometer 67, Juni 2007

scheint ihnen wiederum noch nicht so ganz klar zu sein, die Rolle als europäische Bürgerinnen und Bürger wird weniger wahrgenommen. Daß die von ihnen in der Eurobarometer-Umfrage angegebenen Pläne nur durch bürgerschaftliches Mitwirken umgesetzt werden können, muß ihnen detailliert dargelegt und nahegebracht werden. Wie in der folgenden Tabelle dargestellt, fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger nur schwach in die politischen Prozesse der EU eingebunden.

6. Einbindung in europäische Angelegenheiten ¹⁷⁵

„Ich fühle mich in europäische Angelegenheiten eingebunden.“ (in %)

HERBST 2005	EU	AT	BE	CY	CZ	DE	DK	EE	EL	ES	FI	FR	HU	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	SE	SI	SK	UK
Stimme zu	26	22	29	20	16	28	35	17	17	24	25	24	51	20	34	19	31	22	24	43	23	24	44	16	11	13
Stimme nicht zu	72	75	70	77	83	71	62	80	83	68	73	74	48	76	62	78	67	76	73	56	75	74	55	83	86	85

Der Terminus der Einbindungen in europäische Angelegenheiten ist jedoch nicht auf das Politische begrenzt bzw. ist eine Abgrenzung, den Integrationstheorien folgend, künstlich. Partizipation und Engagement am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben führte zur gewünschten Integration einer europäischen Zivilgesellschaft, deren Mitglieder sich als europäische Bürgerinnen und Bürger identifizieren.

¹⁷⁵ Centrum für angewandte Politikforschung, Stand 2006

2.4 Die deutsche Bevölkerung als Teil einer europäischen Zivilgesellschaft

Die theoretische Konzeption einer europäischen Bürgerschaft und die Wahrnehmung dieser seitens der Bevölkerung ist vorhergehend dargestellt und untersucht worden. Obgleich das Ziel dieser Arbeit eine theoretische Aussage über die Vermittelbarkeit der Unionsbürgerschaft mittels gezielter politischer Kommunikation ist, kommt man an dieser Stelle nicht umhin, eine Überprüfung der bislang getätigten Aussagen anhand wissenschaftlicher Untersuchungen der deutschen Bevölkerung in der Europäischen Union vorzunehmen, stellen sich doch die Vermittlungsoptionen von Bürgerschaft bezüglich einer Überprüfung der Möglichkeiten politischer Kommunikation im Internet bislang als zu abstrakt dar.

Gerade weil die Aneignung der Unionsbürgerschaft auch immer mit einer Identifikation des politischen Systems einhergeht, ist die Betrachtung eines ausgewählten, repräsentativen Teils der europäischen Zivilgesellschaft wie er in einer nationalen Bevölkerung vorliegt, für eine Überprüfung der hypothetischen Realisierbarkeit nützlich.

Die Auswahl der deutschen Zivilgesellschaft als Exempel der Analyse begründet sich nicht nur aus der eigenen Staatsangehörigkeit heraus, sondern zudem in besonderem Maße durch den Status Deutschlands in der europäischen Union. So wird seitens der Wissenschaft Deutschland neben Frankreich als „Kern des Kerns“ der Europäischen Union bezeichnet, welcher gerade in den Augenblicken des Zweifels und der Unsicherheit bezüglich europäischer Politik und europäischer Integration eine besondere Verantwortung zukommt.¹⁷⁶ Deutlich wurde dies unter anderem an den Erwartungen, die sich mit der Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2006 nicht nur aufgrund der besonderen Aufgabenstellung etablierten.¹⁷⁷

Seit der Gründung der Bundesrepublik ist Europapolitik ein zentraler Pfeiler deutscher Außenpolitik. Durch Deutschlands zentrale politische, wirtschaftliche und demographische Lage besitzt das vereinigte Land in der Europäischen Union mit 27 Mitgliedern ein vorrangiges Interesse an der Einbindung seiner Nachbarn in die europäische Integration. Der Wiederannäherung europäischer Staaten an Deutschland nach dem Dritten Reich gaben die Ziele einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft neutrale Möglichkeiten. Der Integrationsprozess der EU hat sich in der Vergangenheit als der produktivste Rahmen zur Vertretung deutscher Interessen in Europa erwiesen, so Claus Giering in dem Europa-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung. „Über die Europäische Union hat Deutschland maßgeblich an der Wiederannäherung und Integration der Staaten des Kontinents mitwirken können. Ohne die europäische Handlungsebene wäre Deutschland für die politische

¹⁷⁶ Lamers, Karl, 2005, S. 34

¹⁷⁷ Maurer, Andreas, 2007, S.5

Bearbeitung der globalen ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht hinreichend ausgestattet. Der Erfolg europäischer Politik ist damit auch eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.¹⁷⁸

Im folgenden soll eine Darstellung der bürgerschaftlichen Identifikation, d.h. eine Darstellung von Identifikation mit der EU als dem politischen System, in welchem man sich als Bürger bewegt und als solcher handelt, seitens der deutschen Bevölkerung anschließen. Diese wiederum wird durch eine Betrachtung, inwieweit die deutsche Bevölkerung Interesse an der europäischen Politik und deren Ausgestaltung aufweist, ergänzt. Zuvor jedoch sind die Grundvoraussetzungen, die zuvor für das Ausleben der Unionsbürgerschaft angeführt wurden, das Interesse an aktiver Partizipation und an der Politik der Regierenden aus wissenschaftlichen Betrachtungen heraus darzulegen, um von dieser Darstellung auf die europäische Ebene hinüberzuleiten.

2.4.1 Partizipation und politisches Interesse

In einem demokratischen System bestimmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch aktive politische Partizipation können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße Möglichkeiten der Teilhabe und der Meinungsäußerung wahrgenommen werden, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. Eine politisch interessierte, partizipierende Gesellschaft ist politisch integriert, sie kommt ihrem demokratischen ‚Auftrag‘, der Willensbildung durch die Bevölkerung nach und bekundet dadurch gleichzeitig ihre Loyalität gegenüber den Regierenden.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich mit der Herausbildung einer pragmatischen Demokratieakzeptanz auch die politische Teilhabe und das Interesse der Deutschen gewandelt. Der Trend einer wachsenden Distanz der Bürger zu den Repräsentanten des politischen Systems, vor allem zu Parteien und Politikern, ist seit Jahren deutlich zu erkennen. Gleichzeitig steigt das Engagement in nicht-institutionalisierten Formen politischer Partizipation auch in indirekter, d.h. sozialer Form durch das Engagement in Vereinen und sonstigen Gruppen zu spezifischen Themen.¹⁷⁹

Die Besonderheit Deutschlands stellt die Wiedervereinigung dar. Die Zusammenlegung war eine zweier völlig unterschiedlich konstituierter Landesteile, eine stabile, funktionsfähige Demokratie, deren Bürger seit den 70er Jahren eine aktive Mitgestalterrolle in der Politik

¹⁷⁸ Giering, Claus, 2006: http://www.bpb.de/themen/7H1KYQ,0,0,Deutschland_in_Europa.html

¹⁷⁹ van Deth, Jan W., 2001, S. 195

annehmen wollten in der westlichen Landeshälfte und ein „demokratischer“ Zentralismus mit Bürgern, deren Partizipation nicht die Funktion der Interessensvermittlung und Einflussnahme erfüllen sollte in der ostdeutschen Landeshälfte.¹⁸⁰ Hervorgebracht hat dies einen mächtigen Staat mit deutlichen internen Problematiken in Identität und Wünschen, aber auch im unmittelbar Wirtschaftlichen wie Berufswahl, -ausbildung und -entwicklung.¹⁸¹ Verdeutlicht wird dies nicht zuletzt durch die aktuelle Medienberichterstattung.¹⁸²

Die Einstellungsunterschiede bezüglich politischer Institutionen, der politischen Kultur oder des politischen Interesses haben sich minimiert, so zeigen es die Untersuchungen des European Social Survey für Deutschland, auch wenn zu konstatieren ist, daß diese sich allgemein auf einem recht niedrigen Niveau bewegen.¹⁸³

Bezüglich der Akzeptanz und der Befürwortung der Demokratie weisen Ost- und Westdeutschland jedoch eine hohe Divergenz auf, welche auch mit Erklärungsansätzen einer langfristigen Umgewöhnung nicht zu begründen sein können.¹⁸⁴

Für das vereinte Deutschland stellen diese Ergebnisse, aus denen sowohl Erfolge der Wiedervereinigungspolitik als auch deutlicher Handlungsbedarf abzulesen sind, eine hochgradig diffizile Aufgabenstellung integrativer Politik dar. Gleichzeitig lassen sich anhand der Schwierigkeiten der Zusammenführung zweier Länder gleicher Sprache und einem Großteil gemeinsamer Geschichte die komplexe Aufgabenstellung der Europäischen Union im Hinblick auf die Kongruenz in einem kleinen gemeinsamen Nenner, dem, sich auch als europäisch zu begreifen, verdeutlichen, eben auch im Hinblick auf die demokratisch jüngeren Staaten, für die die Institutionen einer liberalen Demokratie sehr viel neuer sind und die Ausbildung politischen Vertrauens in diese weitaus diffiziler, als es bei der deutschen Wiedervereinigung für die Bürgerinnen und Bürger der DDR der Fall war.¹⁸⁵

Das Ausmaß politische Interesses und politischer Partizipation in Deutschland ist ein zentraler Betrachtungspunkt in verschiedenen Umfragen, so in der laufenden, allgemeinen

¹⁸⁰ Gabriel, Oscar W., 2004, S. 317

¹⁸¹ Die deutsche Wiedervereinigung bietet ein großes Feld politikwissenschaftlicher Forschung. Überblick der Veröffentlichungen und Theoriebildungen z.B. bei Gellner, Winand; Robertson, John D. (2003) oder Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf, 1999

¹⁸² Pfahl-Traughber, Armin, 2000: „Die mediale Berichterstattung über rechtsextremistische Vorkommnisse in den letzten Jahren erweckte vielfach den Eindruck, es handele sich bei solchen politischen Tendenzen um ein typisch ostdeutsches Phänomen.“

¹⁸³ www.europaensocialsurvey.de beinhaltet repräsentative Bevölkerungsumfragen zu allen Themen des sozialen, politischen und kulturellen Interesses der deutschen Bevölkerung. Die Befragung erfolgte bislang in drei Wellen, welche in verschiedenen Publikationen, so in einem Sammelband „Deutschland in Europa“ von Jan W. Deth 2004 und in einer späteren Veröffentlichung der bpb, Aus Politik und Zeitgeschichte 2006 veröffentlicht wurden.

¹⁸⁴ Pollack, Detlef, 2006, S.3 f., hier auch eine ausführliche Begründung der Ergebnisse

¹⁸⁵ Gabriel, Oscar W.; Zmerli, Sonja, 2006, S.9

Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)¹⁸⁶ oder in einzelnen Studien wie die der Bertelsmann Stiftung zur politischen Partizipation in Deutschland.¹⁸⁷

Die Ergebnisse dieser beiden Studien aus dem Jahr 2006 bzw. 2004 kommen zu nahezu identischen Ergebnissen. Wie einleitend dargestellt, wächst die Distanz zwischen Regierenden und Regierten, abzulesen ist dies an deutlicher Kritik an sämtlichen parlamentarischen Kräften als auch an dem negativen Image der Spitzenpolitiker. Einher geht dieses Empfinden mit Unzufriedenheit in bezug auf die Funktionsfähigkeit der deutschen Demokratie, 55 % der Deutschen sind aktuell eher unzufrieden, was sich auch in einer schwach bis mäßigen Bewertung individueller Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Prozess niederschlägt.¹⁸⁸

Auch die Wahlbeteiligung, stets ein Indikator für die Intensität konventioneller Partizipation, bewegt sich auf einem niedrigen Niveau, welches sich jedoch nicht allein durch eine auch aus den anderen Ergebnissen ableitbare Politikverdrossenheit erklärt, sondern auch eine bewußte Stellungnahme des ‚Nicht-Wählens‘ als Zeichen politischen Protests darstellt.

Auch die individuelle Wahrnehmung der Relevanz der jeweiligen Parlamente erklärt das Phänomen niedriger Wahlbeteiligung, für 72% der Bürgerinnen und Bürger haben Landtage ein hohes Gewicht, Kommunalparlamente werden von 68% als wichtig eingestuft, die Europawahl wird von lediglich 54% als persönlich relevant bewertet¹⁸⁹, zu fern bleibt Brüssel mit dem Vorschriftendickicht, zudem die Wahlthemen nicht europäisch, sondern, durch Wahlkampfstrategien der Parteien und die Medien gefördert, national ausgerichtet blieben.¹⁹⁰

Ein weiterer Indikator für die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess und das daran ableitbare politische Interesse ist die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Interessensgruppen gleich welcher Art, welche sich für die Durchsetzung individueller Belange einer Bevölkerungsgruppe einsetzen.¹⁹¹ Durch Zugehörigkeit zu diesen Verbänden oder Vereinen wird die Bereitschaft, soziales und/oder bürgerschaftliches Engagement zu zeigen, deutlich verstärkt. In diesen Gruppen zeichnet sich deutlich Potential zu auch unkonventionellen Beteiligungsformen und damit ein Trend, der die Möglichkeiten nicht institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten in einer mündigen, politisch interessierten Gesellschaft aufzeigt, ab. Sigrid Roßteutscher folgt in ihrer Auswertung des European Social Survey für Deutschland der Nachzeichnung staatsbürgerlicher Tugenden, als da sind: Partizipation, Gesetzestreue, Solidarität und die kritische Vernunft des Individuums,

¹⁸⁶ http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/service_guide.htm

¹⁸⁷ http://www.forschungsgruppe.de/Studien/Studien-Archiv/Politische_Partizipation/

¹⁸⁸ Studie Bertelsmann Stiftung politische Partizipation – Zusammenfassung und Ausblick, S.2ff

¹⁸⁹ ebd. S.5 f.

¹⁹⁰ Niedermayer, Oscar 2005, S.74

¹⁹¹ Bundeszentrale für Politische Bildung: Datenreport 2006, Auszug aus Teil II: Politische Partizipation, S.637 ff.

klassifiziert als Autonomie.¹⁹² Auf dieser Basis lassen sich zwei Staatsbürgermodelle, das des repräsentativen sowie das des partizipativen Bürgers ableiten.¹⁹³ Die Analyse zeigt, daß das erste Modell seitens der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen versucht wird, das zweite jedoch nur in vereinzelt Fällen angestrebt wird. Die deutsche Bevölkerung erscheint kritisch bis misstrauisch und dennoch nicht uninteressiert an möglicher Partizipation. Sonja Zmerli, die die Umfrageergebnisse zu politischem Vertrauen in Deutschland auswertet, fasst ihre Ergebnisse mit einem abgewandelten Zitat aus dem amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf zusammen: „It is the democratic Performance, stupid.“¹⁹⁴

Ein Teil der deutschen Bevölkerung zeigt ein starkes politisches Interesse und die Bereitschaft, sich zu informieren und zu engagieren, ist jedoch mit der (demokratischen) Leistung des Wohlfahrtsstaates Deutschland unzufrieden bzw. steht dieser kritisch gegenüber.

Verdeutlicht wird dies u.a. durch die Gründung von Bürgerinitiativen sowie sozialen bürgerschaftlichen Engagements.¹⁹⁵ Eine andere Form des Protests zeigt sich ebenfalls im Wahlverhalten, durch aktives Nicht- oder sog. Protestwählen, Vergabe der eigenen Stimme an eine links- oder rechtsextremistische Partei, wird die gefühlte Bedeutungslosigkeit der eigenen Entscheidung unterstrichen, auf die Indifferenz der Parteiprogramme verwiesen oder den etablierten Parteien ein ‚Denkzettel‘ verpasst.¹⁹⁶

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur (deutschen) Gesellschaft im Reformprozess verdeutlicht die unterschiedlichen Formen politischen Interesses und politischer Partizipation innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Diese erklärt die zuvor abgebildeten Tendenzen und unterstreicht die strategische Herausforderung an politische Leistungsrollenträger, Gesellschaft und Bildungssystem, die solidarischen Gruppen im oberen Teil der Gesellschaft, welche recht gesicherte Chancen und Lebensperspektiven haben, die verunsicherte Arbeitnehmermitte, welche in ihren politischen Ansichten vorsichtig-aufgeschlossen bis zutiefst skeptisch sind und die erreichbaren Gruppen im unteren Bereich, welche sich noch nicht sozial und politische abgekoppelt haben (abgehängtes Prekariat) politisch zu integrieren.¹⁹⁷

Von einer grundsätzlichen Politikverdrossenheit, welche stetig als Ursachen negativ zu bewertender Umfragen oder niedriger Wahlbeteiligungen genannt wird, kann trotz der geringen

¹⁹² Roßteutscher, Sigrid, 2004, S. 180 ff.

¹⁹³ Siehe Abbildung 2 „Drei Modelle der Partizipation. Das repräsentative Modell zeigt die im Vergleich zum partizipatorischen Modell unterschiedlichen Anforderungen an den Bürger und dessen Möglichkeiten.

¹⁹⁴ Zmerli, Sonja, 2004, S. 254

¹⁹⁵ Sachße, Christoph, 2002, S. 5

¹⁹⁶ Wenzel, Eva; Rattinger, Hans, 2004, S. 30

¹⁹⁷ Gesellschaft im Reformprozess, eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung,

http://www.fes.de/aktuell/documents/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

Beteiligung bei der vergangenen Europawahl in Deutschland nicht die Rede sein, so das Resultat der Untersuchung der Bertelsmann Stiftung „Politische Partizipation in Deutschland“. Die Studie belegt, daß 2004 mehr Bundesbürger an Politik interessiert waren als während der gesamten 90er Jahre. Auch wenn deutliche Divergenzen bezüglich Interesse und Partizipationswillen sowie politischem Vertrauen in die Institutionen festgestellt werden können, so stellt Deutschland in Europa immer noch einen Sonderfall politischen Interesses, welches trotz Unzufriedenheiten mit dem demokratischen System auf eine relativ hohen Niveau rangiert, dar. Zu diesem Ergebnis kommt Jan W. Deth, Mitautor und Herausgeber des Sammelbandes „Deutschland in Europa“.¹⁹⁸ Diese Bilanz bezieht sich jedoch zunächst auf die Ebene deutscher Politik, jedoch begrüßen deutsche Bürgerinnen und Bürger eine Internationalisierung des Regierens stärker als der Durchschnitt anderer europäischer Länder, auch wenn sich die Internationalisierung verblüffenderweise nicht zwingend auf die europäische Ebene, sondern auf eine unbegrenzt internationale bezieht, ist Aufgeschlossenheit zu konstatieren.¹⁹⁹ Bezüglich des Kenntnisstandes über die europäische Union, abgefragt im Verlauf des Konvents zur Zukunft von Europa am Beispiel der europäischen Verfassung, rangiert Deutschland im Mittelfeld der Auswertung.²⁰⁰ Das Interesse an der EU ist seitens der deutschen Bevölkerung ein vorsichtiges, abwartendes, die europäische Integration wird kritisch, wenn auch nicht ablehnend beäugt.²⁰¹

Inwieweit die europäische Politik seitens der deutschen Bevölkerung wahr- bzw. angenommen wird, soll im folgenden unter Berücksichtigung des mit geeigneten Mitteln wie gezielter politischer Kommunikation zu erschließenden Potentials dargestellt werden.

2.4.2 Die Wahrnehmung europäischer Politik seitens der deutschen Bevölkerung unter der Prämisse sich erweiternder bürgerschaftlicher Identifikation

Das Ziel der regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen ist eine Abbildung der öffentlichen Meinung in den europäischen Mitgliedsstaaten.²⁰² Der Eurobarometer 68 legte im Dezember 2007 neue Zahlen im Hinblick auf die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses seitens der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie deren Gefühl von Eingebundenheit und Teilnahme vor.

¹⁹⁸ Deth, Jan W., 2004, S. 275 ff.

¹⁹⁹ Weßels, Bernhard, 2004, S. 270 f.

²⁰⁰ Becker, Peter; Leiß, Olaf, 2005, S.179

²⁰¹ <http://www.europeansocialsurvey.de/aktuelles/dritte.htm>, Umfrag zur europäischen Integration

²⁰² http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/

Bezüglich der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist im Vergleich ein leichter Anstieg zum vorhergehenden Halbjahr zu verzeichnen. Von 58 Prozent der Befragten wird die Mitgliedschaft als positiv bewertet, dies ist im EU-weiten Vergleich ein Zustimmungsanstieg von einem Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2007. In Deutschland ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft mit 67 Prozentpunkten sogar überdurchschnittlich hoch. „Dies kann nicht zuletzt als Zeichen dafür gewertet werden, daß die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen breiten Adressatenkreis erreicht hat“, so Sarah Seegner und Layla Yüzen in ihrer Auswertung des aktuellen Eurobarometers.²⁰³

Das Image der EU wird von der Hälfte der deutschen Bevölkerung positiv bewertet, abhängig ist dies u.a. von dem Bildungsstand und der Fähigkeit, sich ein klares Bild von der Europäischen Union zu machen. Hier tritt eine deutliche Korrelation zwischen höherem Bildungsgrad und positiver Bewertung europäischer Politik zutage²⁰⁴, woraus sich im Hinblick auf deutsche Europapolitik sowie europäische Informationspolitik deutliche Forderungen ableiten lassen.

Die deutsche Bevölkerung glaubt, daß Deutschlands Stimme in der EU zählt (79%), und liegt damit über dem Durchschnitt anderer europäischer Staaten; bezüglich ihrer eigenen Stimme als europäische Bürgerinnen und Bürger glaubt jedoch nur ein Drittel der Deutschen (36% mit abnehmender Tendenz) daran, daß diese zählt.²⁰⁵ Der Bereitschaft zu politischer Partizipation in der Europäischen Union stellt dieses Ergebnis ein bedenkliches Zeugnis aus, lässt sich diese doch in einen engen Zusammenhang zum politischen Vertrauen in das jeweilige politische System setzen, welches wiederum Integration begünstigt.²⁰⁶

Bezüglich der Wahrnehmung der Unionsbürgerschaft, welche, wie eingangs dargestellt wurde, an mangelnder Transparenz und an der Unübersichtlichkeit des europäischen Systems krankt, stellt dies einen negativen Beleg dar. Wolfgang Bergem, der die Identitätsformationen in Deutschland untersucht und bezüglich europäischer Identität kein exkludent-alternatives Verhältnis deutscher und europäischer Identität darstellt, bestätigt die Forderung nach einerseits politischer, systemunterstützender Identität als auch der Herausbildung einer weiter gefassten, kulturellen Identität.²⁰⁷ Europäische Identität oder die Europäisierung der Identität ist dabei immer die eines EU-Bürgers bzw. die die Staatsbürgerschaft ergänzende Annahme des europäischen Selbstbildes.

²⁰³ <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/eurobarometer.php>

²⁰⁴ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_de_nat.pdf, S.16

²⁰⁵ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_de_nat.pdf, S.19

²⁰⁶ Zmerli, Sonja, 2004, S. 229

²⁰⁷ Bergem, Wolfgang, 2005, S.232 f.

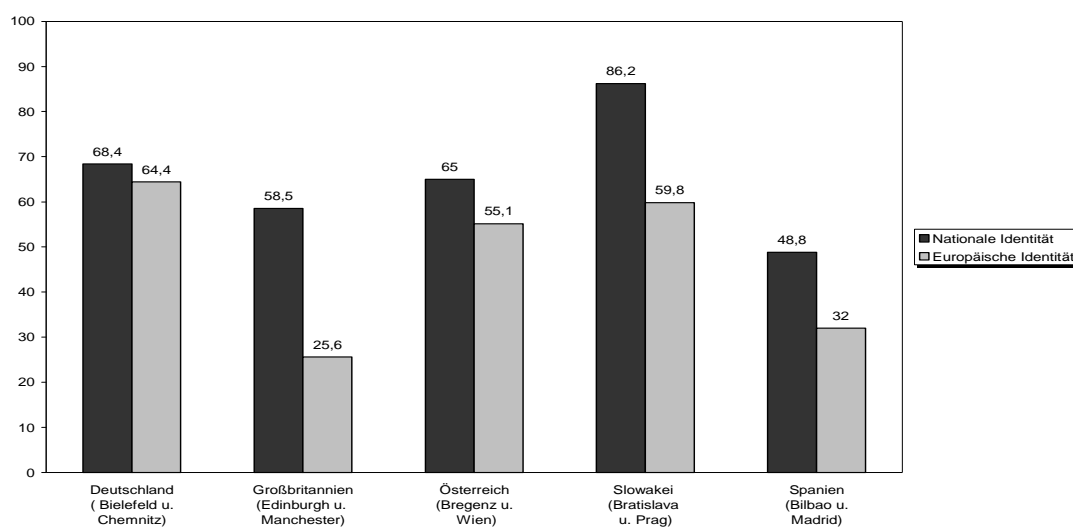
Claire Demesmay formuliert folgende Bedingung der Ausbildung eines deutschen Zugehörigkeitsgefühls zur EU: „Die Identifikation mit der EU ist (...) die Voraussetzung für einen Dialog zwischen EU-Politikern und EU-Bürgern. Um diesen Dialog zu fördern, sollte die EU daher Themen ansprechen, die den Bürger interessieren wie soziale Gerechtigkeit und Außenpolitik. Die Grundmotivation zur Beteiligung kann gesteigert werden, wenn die Bürger den genauen Sinn und Zweck der EU-Integration erkennen.“²⁰⁸

Weiterführende Untersuchungen zur nationalen und europäischen Identität liefert die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie „Youth und European Identity“, welche die Einstellungen Jugendlicher aus fünf Ländern (Deutschland, abgefragt in Bielefeld und Chemnitz; Großbritannien, abgefragt in Edinburgh und Manchester; Österreich, abgefragt in Bregenz und Wien; Spanien, abgefragt in Bilbao und Madrid; Slowakei, abgefragt in Bratislava und Prag) abbildete. Wissenschaftler der Universität Bremen stellten in der Teilstudie „Jugendliche und Identität“ die Ergebnisse für Deutschland dar.²⁰⁹ Deutlich wird, daß sich die deutschen Jugendlichen mit der Zustimmung von nahezu zwei Dritteln (63 %) im Vergleich zu den anderen Ländern am stärksten mit Europa verbunden fühlen. Die Wichtigkeit und das subjektive Gefühl, eine EU-Bürgerin/ein EU-Bürger zu sein, werden von einem Großteil unterstrichen. Die nationale Identität junger Deutscher ist nur geringfügig stärker ausgeprägt als die europäische, hier weist Deutschland, wie in der folgenden Darstellung deutlich wird, Spitzenwerte auf.

²⁰⁸ <http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/demesmay.php>

²⁰⁹ <http://idw-online.de/pages/de/news67634>, alle folgenden Zahlen entstammen diesem auf der website dargestellten Überblick

7. Nationale Identität und europäische Identität Jugendlicher in Prozent ²¹⁰



Die Mehrheit (64%) bewertet auch die EU-Mitgliedschaft der Bundesrepublik positiv, ein Ergebnis, welches als Ergänzung der oben dargestellten Identitätsfindung ein hoffnungsvolles Bild bürgerschaftlicher Wahrnehmung der EU zeichnen würde. Das konkrete politische Interesse an der europäischen Integration liegt als Thema von Interesse klar abgeschlagen hinter Arbeit, Armut, Terror und Tierschutz.²¹¹

Verdeutlicht wird dieses Ergebnis zudem durch die im Anschluss seitens der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zur politischen Partizipation Jugendlicher in Europa, ein direktes Zeichen bürgerschaftlicher Identifikation. Befragt wurden Jugendliche aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Großbritannien, Finnland, der Slowakei und Estland unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Kultur und den unterschiedlichen politischen Partizipationsmöglichkeiten.²¹² Trotz des Spitzenplatzes, den deutsche Jugendliche mit 51 % bei der Frage nach ihrem politischen Interesse einnehmen, sind die Ergebnisse auch für Deutschland ernüchternd. Deutsche Jugendliche haben ein kritisches bis pessimistisches Bild der Lebensbedingungen, die sie in einem europäisch-deutschen Umfeld erwarten. Als Möglichkeit politischer Partizipation werden in erster Linie nationale Wahlen genannt, an denen die Jugendlichen mit geschwächtem Vertrauen in nationale Institutionen partizipieren. Die europäische Wahl zum Europaparlament wird als zweitrangig wahrgenommen, dabei

²¹⁰ Ursprüngliche Abbildung: <http://idw-online.de/pages/de/image7852>, Zusammenfassung aufgrund besseren Überblicks

²¹¹ Siehe Abbildung 2, <http://idw-online.de/pages/de/news67634>

²¹² <http://www.sora.at/de/start.asp?b=115>

haben die Jugendlichen Angst, daß ihre Stimme auf europäischer Ebene noch weniger zählt als auf nationaler Ebene.²¹³

Deutlich wird auch bei diesen Ergebnissen, daß das Vertrauen in die Demokratie und die demokratischen Prozesse, auch wenn es bislang noch gegenüber Resignation und Abwendung von demokratischen Prozessen dominiert, einer kritischen bis pessimistischen Beurteilung dieser gewichen ist. Als Ausdrucksform eigener politischer und sozialer Meinung gewinnt der politische Protest unter den Jugendlichen an Bedeutung. Neue soziale Bewegungen und neue politische Organisationen werden mit Interesse wahrgenommen und erfahren gegenüber den traditionellen Möglichkeiten einen Vorzug, die Partizipation in diesem Rahmen ist im Steigen begriffen, so die abschließende Betrachtung der Umfrageergebnisse.²¹⁴

2.4.3 Zusammenfassung zur deutschen Bevölkerung und europäischer Identifikation

Sowohl die Umfrageergebnisse des Eurobarometers als auch die Analysen der Auswertenden verdeutlichen die prinzipiell positive Bewertung der EU seitens des Teils der deutschen Bevölkerung, welcher Interesse an und Kenntnis europäischer Politik besitzt. Dieses Wissen mittels gezielten Medienkonsums auch von fremdsprachigen Medien (ein höherer Bildungsgrad inkludiert Fremdsprachenkenntnisse) auszubauen, liegt häufig im Interesse dieses Bevölkerungsteils. Auch bei der Umfrage unter den Jugendlichen zeigte sich, daß ein höherer Bildungsstand, Kenntnisse europäischer Länder durch Reisen und Fremdsprachenkenntnisse, alles Indizien höherer Bildung, eine Identifikation mit Europa und eine positive Bewertung Europas fördern.²¹⁵ Klare Anforderungen an die Europäische Union und deren Informationsbereitstellung und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse mittels politischer Kommunikation lassen sich daraus ableiten. Gerade eine Abstimmung auf die wenig Informierten, denen Fähigkeiten oder Möglichkeiten fehlen, sind dabei mit einzubeziehen und auf diese ist besonderes Augenmerk zu legen, sind sie doch der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge wenig vertrauensvoll gegenüber der Politik aus dem Grund geringen Verständnisses politischer Prozesse und einem allgemein niedrigen politischen Kenntnisstand.²¹⁶ Derartige gesellschaftliche Divergenzen, wie sie hier innerhalb der deutschen Bevölkerung umrissen wurden, entstehen über mehrere Jahrzehnte hinweg und sind ein deutliches Zeichen der Komplexität heutiger Gesellschaften, welche bei derartigen

²¹³ Wächter, Franziska, 2005: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2005/44/Thema/031.html>

²¹⁴ EUYOUNG: Die Ergebnisse: <http://www.sora.at/de/start.asp?x=x&fr=&b=312&ID=200>

²¹⁵ Detaillierte Auswertung der Studie „Youth and the European Identity“, Auswertung für Deutschland: http://www.sociology.ed.ac.uk/youth/docs/German_added_values.pdf

²¹⁶ Gesellschaft im Reformprozess, eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, http://www.fes.de/aktuell/documents/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

Integrationsprozessen nicht außer acht gelassen werden dürfen. Politische Uninformiertheit kombiniert mit sozialem Minderengagement, passivem Partizipationsverhalten und einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber politischem und demokratischem System kann eine Zusammenführung wie die der EU auf gesellschaftlichen Niveau zum Erliegen bringen. Politische und soziale Integration, wie sie in der EU angestrebt wird, benötigt einen guten politischen Kenntnisstand für die Ausbildung politischen Vertrauens in einem unüberschaubaren transnationalen Gebilde und ein sich durch umfassende, einfache Möglichkeiten der Wissensbeschaffung über die Mitgliedstaaten und deren Erleben ausbildendes generalisiertes soziales Vertrauen in die EU und ihre Bürger, ein hehres und langfristiges Ziel.

Gleichzeitig wird deutlich, daß die Praxis der Unionsbürgerschaft, soweit sie die Währung, Reisevorbereitungen oder die außenpolitische Betrachtung umfasst, geläufig ist und die deutsche Bevölkerung aufgeschlossen gegenüber europäischer Politik ist, wie auch immer sie sich intern über den „bürokratischen Wahnsinn in Brüssel“, welcher dem deutschen Verwaltungswesen nicht so fremd sein dürfte, monieren. Die deutsche Staatsidentität ist eine europäisierte, so lässt es sich an dem Zugehörigkeitsgefühl zu Europa erkennen, die Identifikation als europäische Bürgerin bzw. europäischer Bürger geht in Deutschland jedoch nur schleppend voran, was auch an den als wenig aussagekräftig eingestuften Möglichkeiten politischer Partizipation krankt.²¹⁷ Mit Sicherheit ist diese Aufgeschlossenheit der deutschen Bevölkerung gegenüber den europäischen Integrationsfortschritten innerhalb der Bevölkerung auch aus der zuvor dargestellten Sonderrolle Deutschlands in der EU und den historischen Möglichkeiten der Wiederannäherung Deutschlands an die anderen europäischen Staaten durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ableitbar. Diese Bereitschaft jedoch ebnet, wie an der nationalen und europäischen Identifikation deutscher Jugendlicher verdeutlicht, den Älteren aufgrund ihres Erfahrungsschatzes sowie den Jüngeren aufgrund ihrer flexibleren Möglichkeiten der Information den Weg zu einer europäisierten Identität. Seitens der EU wiederum, und das ist auch als Forderung an die nationale Regierung zu werten, ist die bürgerschaftliche Partizipation, deren Bedarf und deren Möglichkeiten, zu festigen und umfassend darzustellen und unterstreichend zu erklären, um politisches Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen. Eine Prämisse dieses Prozesses ist die umfassende Informationsbereitstellung, und zwar, wie zuvor dargelegt, auch für die passiv-konsumierenden Teile der Bevölkerung. Eine weitere formiert sich aus dem Resultat der Umfrage nach der Relevanz von Wahlen, nach der die den Bürgerinnen und Bürgern näheren Wahlen, so

²¹⁷ Schild, Joachim, 2003, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50356.pdf>

Kommunal- und Landkreiswahlen, als wichtiger als Bundestags-, diese wiederum wichtiger als Europawahlen klassifiziert wurden. Der Bürger erfährt unmittelbar, was um ihn herum geschieht, für weiteres benötigt er die Vermittlungsleistung des Mediensystems.

Netzwerke im Internet, wie euractiv.com, auf deren dreisprachiger Seite vergangene und aktuelle Diskurse zur europäischen Identität und zu europäischen Werten dargestellt werden²¹⁸ oder auf deutscher Ebene, www.europa-union.de²¹⁹, welche zur Mitwirkung am Europa der Bürger ausruft und aus deren Initiative gemeinsam mit der Bundesregierung ein regelmäßiger Report zur Europafähigkeit Deutschlands zusammen mit den Ländern erarbeitet und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, bieten Möglichkeiten der Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands durch Bereitstellung umfassender Informationen mit Verweisen auf europäische Internetseiten und werden seitens der deutschen Bevölkerung gern genutzt.

2.5 Zusammenfassung zur europäischen Bürgerschaft und deren Wahrnehmung

Wie einleitend dargestellt und sich aus der bisherigen politischen Praxis der Europäischen Union ableitend, präsentierte sich die EU bis vor kurzem als wirtschaftlich orientiertes Interessensystem, welches demokratisch-repräsentative Belange eher zweitrangig behandelte. Durch wissenschaftliche und politische Vertreter kritisiert, ist diese Ausrichtung seit einigen Jahren im Wandel begriffen und durch die Ablehnung der europäischen Verfassung, einer Ablehnung der Unionsbürgerschaft, so kann es interpretiert werden, intensiviert worden, was sich nicht zuletzt an zahlreichen Untersuchungen der Europäischen Kommission, Initiativen und Weißbüchern, so u.a. zur politischen Kommunikation der EU ablesen lässt.

Die Europäische Union ist auf dem Weg, ihre Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene einbinden zu wollen, sie nicht nur dem Status nach, sondern auch aus der politischen Praxis und politischen Identifikation heraus zu wahrhaft europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu machen.

(Staats-)bürgerliche Identifikation, so wurde es zu Beginn dieses Kapitels dargestellt, bedeutet auch immer eine aktive Auseinandersetzung mit dem Regierungsgebilde, sowohl durch Wahrnehmung institutionalisierter Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch Ausbildung sozialen und politischen Vertrauens in den eigenen Staat und die eigene Zivilgesellschaft des Staates, dessen Teil man ist. Wird der Staat als aus dem Volk hervorgehend begriffen, resultiert der Staat aus dem Volkswillen, dann ist die Staatsbürgerschaft und damit die staatsbürgerliche

²¹⁸ <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/europaische-identitat-werte/article-155078>

²¹⁹ <http://www.europa-union.de/index.php?id=105>

Identifikation ein von Geburt an und durch soziale und politische Interaktion erfahrbares Phänomen.

In der postmodernen, hochkomplexen Gesellschaft ist die Staatsbürgerschaft sowohl Kriterium politischer Zugehörigkeit als auch, und so wird es auch seitens des Staates angestrebt, politischer Identifikation und damit Indikator des Zugehörigkeitsgefühls. Deutlich wird diese Bestrebung des Staates, das Zugehörigkeitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, am Misstrauen gegenüber doppelten Staatsangehörigkeiten und Einbürgerungen. Diese diffuse Angst vor Diversifikation des Zugehörigkeitsgefühls sogar auf staatlicher Ebene, lässt kaum Verwunderung ob der Furcht der Bürgerinnen und Bürger vor einem Verlust nationalstaatlichen Zugehörigkeitsgefühls auf europäischer Ebene aufkommen. Unionsbürgerschaft erweitert die Staatsbürgerschaft, ohne sie ersetzen zu wollen, hier treffen sachlich-politische und rechtliche Argumente auf einen Strauß nicht rational zu erfassender Faktoren bürgerschaftlicher Identifikation mit dem Heimatstaat.

Für die europäische Integration auf sozialer Ebene, die Zusammenarbeit im Bereich der dritten Säule europäischer Integration, die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft sind diese Sorgen umfassend auszuräumen, womit die allgegenwärtige Forderung an die EU und ihre Kommunikation deutlich wird, die umfassende Bereitstellung von Information.

Bürgerschaftliche Praxis, wie sie für das Erleben von Bürgerschaft innerhalb eines politischen Systems notwendig ist, ist ein ständiger Prozess der Auseinandersetzung mit dem politischen Umfeld sowie das Erleben des eigenen politischen Verhaltens im Kontext zu dem der anderen. Den Raum dafür bietet neben einem transparent kommunizierenden politischen System eine lebendige Zivilgesellschaft, im Falle der EU eine sich idealerweise über Ländergrenzen hinwegsetzende, transnationale Zivilgesellschaft. Notwendig dafür ist Identifikation mit politischer Praxis auf europäischer Ebene und damit dem politischen System der EU, welche eine Erweiterung nationaler Identität zu Folge hat. Wie in Abschnitt 2.2 eingeleitet, ist der Identitätsbegriff multidimensional und in Teilen in eine kollektive Identität wie die einer Nation eingebettet. Die Schwierigkeit europäischer Identitätsfindung beruht auf ethnischer Diversifikation, der Geschichte europäischer Nationalstaaten und der vielerorts angesprochenen Problematik der Vielsprachigkeit. Eine bewußte Formierung eines europäischen Demos, der Ausprägung bürgerschaftlicher Identität auf europäischer Ebene kann durch stetigen Partizipationsanreiz und sich entwickelnde politische Praxis bürgerschaftlicher Rechte und Pflichten auf europäischer Ebene erfolgen, muß jedoch behutsam und unter Rücksichtnahme auf die Besonderheiten eines so diffizilen Gefühls wie das bürgerschaftlicher Zugehörigkeit vonstatten gehen.

Das Credo der Informationsbereitstellung, der Erhöhung des Kenntnisstandes der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht nur über die Politik der EU, sondern auch über ihre Mitgliedsstaaten, findet sich an dieser Stelle unter besonderem Verweis auf die Sprachproblematik, welche die Ausbildung politischen Vertrauens über Ländergrenzen hinweg gerade in den weniger gebildeten Bevölkerungsschichten behindert.

Die Komplexität der EU muß für die Ausbildung von Bürgerschaft vereinfacht vermittelt werden, so unterstreicht es auch die Untersuchung der Anforderungen partizipatorischer Demokratie an Regierende und Bevölkerung in Abschnitt 2.3. Die europäische Demokratie muß auf Partizipation ausgelegt sein, und, da deliberative Prozesse als bevölkerungsnahste und transparenteste Ausbildung partizipatorischer Demokratie erkannt wurden, durch vielsprachige Informationsbereitstellung und Entscheidungsfindung in transparenten Prozessen unter Mitbestimmung der Bevölkerung die Möglichkeit eines europäischen Kommunikationsraumes fördern. Dieser Kommunikationsraum, als europäische Öffentlichkeit zu bezeichnen, setzt umfassende, auf Reziprozität ausgelegte politische Kommunikation voraus.

Durch den angestrebten öffentlichen politischen Diskurs steigt der Kenntnisstand der europäischen Bürgerinnen und Bürger und die Aussichten zunächst politischer Identifikation durch bürgerschaftliche Praxis innerhalb der deliberativen Prozesse intensivieren sich.

Bürgerschaft, wenn man sie durch die Ausübung bürgerschaftlicher Prozesse, d.h. Wahrnehmung der Rechte und Pflichten als Identifikation mit dem politischen System versteht, kann durch Förderung des politischen Vertrauens erlebt werden. Mittels umfassender Informationsbereitstellung und Berechenbarkeit des politischen Systems und der Anregung politischen Interesses durch Vermittlung der Wirksamkeit politischer Entscheidungen und eigener Partizipation seitens der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene kann dieser Prozess des weiteren unterstützt werden. Diese Erfahrbarkeit von Bürgerschaft kann auch auf einer so komplexen Ebene wie der europäischen auch supranational gesellschaftsintegrativ wirken, auch wenn die Intensität nicht mit dem Erleben des politischen Status innerhalb eines Staates verglichen werden kann, welcher in seiner Intensität wiederum hinter dem Erleben des Status innerhalb eines Landkreises respektive einer Gemeinde zurückbleibt.

Die in Europa vielerorts angeprangerte Top-Down-Integration, die oft gerügte Elitendiskussionen sind, sofern sie transparent und offen kommunizierend vonstatten gehen, kein Hindernis auf dem Weg zu sich vertiefender Integration, behutsames Augenmerk muß jedoch auf der Komplexität der Prozesse liegen, welche bürgerschaftliche Annäherungen seitens der europäischen Bevölkerungen langwierig und kommunikationsintensiv machen.

Für die Bürgerinnen und Bürger wird die Informationsbeschaffung, die für politische Partizipation notwendig ist, durch die Unüberschaubarkeit des politischen Systems der EU sowie die damit einhergehende Diffizilität des Auswahlprozesses im Hinblick auf Vollständigkeit, Unabhängigkeit und Relevanz immer zeitintensiver. Damit sind die Anforderungen an den Partizipationswillen als sehr bzw. zu hoch einzustufen.

Die Untersuchung der deutschen Bevölkerung als repräsentativen Teil europäischer Bevölkerungen verdeutlicht die Komplexität der bürgerschaftlichen Integrationsanforderungen der EU im Detail. Die Herausbildung politischen Vertrauens als Basis der Bereitschaft, politisch zu partizipieren, wird dargestellt und um die Notwendigkeit politischen Wissens und stetiger Vermehrung des Kenntnisstandes durch den Konsum aktueller, neutraler politischer Information ergänzt.

Die Anforderungen an die gezielte, idealerweise auf Reziprozität zielende politische Kommunikation, die umfassende Informationsbereitstellung unter dem Kriterium der Vielsprachigkeit zur Förderung politischer Transparenz und damit politischer Öffentlichkeit innerhalb der Europäischen Union werden als Kriterien der Erfahrbarkeit von Unionsbürgerschaft durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger unmissverständlich und umfassend abgeleitet und herausgestellt.

Eine Betrachtung der Detailanforderungen an die politische Kommunikation der EU, den heutigen Stand und die nächsten Ziele der Kommunikationspolitik ist zur Untermauerung und Spezifizierung der Anforderungen Thema des nächsten Kapitels.

3. Politische Kommunikation zur Schaffung politischer Öffentlichkeit als Teil partizipatorischer Demokratie in der Europäischen Union

Wie einleitend bereits umrissen wurde, stellt die Europäische Union in ihrer hochkomplexen, durch Intransparenz und mangelnde Unterstützung der Zivilgesellschaft(en) fehlerhaft zu nennende Form ein stetiges Objekt (politik)wissenschaftlicher Theoriebildung dar. Mängel in den Entscheidungsverfahren, Uneinigkeiten über die Grenzziehung Europas und über das finale Zielbild der Union, die Liste ist schier unüberschaubar. Die auf verschiedenen Integrationsstufen angesiedelte europäische Zusammenarbeit²²⁰ führt auch durch ihre Unübersichtlichkeit dazu, Europa und den sich permanent verändernden Raum der EU-Mitgliedsstaaten gleichzusetzen, was gemäß Hans-Jürgen Bieling und Marika Lerch „üblich, aber keineswegs unproblematisch“ ist.²²¹ Bezieht sich diese Gleichsetzung jedoch auf die Notwendigkeit, die Europäisierung der Zivilgesellschaften durch deren Aneignung der Unionsbürgerschaft darzustellen, ist sie durchaus notwendig.

Die EU beruht auf völkerrechtlichen Verträgen, die zwischen souveränen und demokratischen Staaten geschlossen wurden, diese Vertragsabschlüsse wurden jedoch auf einer supranationalen Ebene, die der Vermittlung bedarf, geschlossen. Die EU selbst bezeichnet sich als „Union“, deren Ziele unter anderem auf einem immer engeren Zusammenschluss der Völker Europas beruhen und in der die Entscheidungen möglichst bürgernah und demokratisch getroffen werden.²²²

Durch ihre besondere, die Ausschließlichkeit des Herrschaftsanspruchs der Nationalstaaten unterhöhrende Struktur ist besonderes Augenmerk auf demokratisch-legitimierende Prozesse zu legen, welche wissenschaftlich bislang höchst kritisch betrachtet wurden.²²³

Die Entwicklung von einem zunächst in erster Linie wirtschaftlich orientierten Zusammenschluss hinzu einem supranationalen Regierungsgefüge verdeutlicht, wie im vorhergehenden Kapitel dargelegt, den Anspruch auf aktive Partizipation der Bürgergesellschaften bzw. der (europäischen) Bürgergesellschaft.

Miteinzubeziehen in diese Überlegungen eines notwendigerweise demokratischeren Europas sind die jungen Demokratien in der Europäischen Union, welche die Möglichkeiten öffentlicher Kritik an Amts- und Machtinhabern erst nach und nach etablierten und in deren

²²⁰ So z.B. durch unterschiedliche Ratifizierung von Verträgen und/ oder stärkere wirtschaftliche Einbindung durch eine gemeinsame Währung.

²²¹ Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika, 2005, S.12

²²² Vgl. Artikel A, EUV, <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html#0001000001>

²²³ Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt, Michèle, 2004, S.193

Gesellschaft freie Wahlen noch immer keine bedenkenlos zu konsumierende Selbstverständlichkeit darstellen.²²⁴

Nach dem vielerorts diskutierten Rückschlag für die europäische Politik durch die Ablehnung der Verfassungsreferenden, die wiederholt festgestellte unüberschaubare, seitens der Bürgerinnen und Bürger nicht erlebbare Struktur der EU formuliert diese Grundlagen ihrer Kommunikationspolitik: „Kommunikation ist für eine gesunde Demokratie lebenswichtig. Sie ist keine Einbahnstraße. Demokratie kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn die Bürger über aktuelle Entwicklungen informiert sind und in vollem Umfang daran teilhaben können.“²²⁵

Partizipation, die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Meinungen steht als Ziel somit festgeschrieben. Gemäß der partizipatorischen, deliberativen Demokratietheorie, welche auf einen möglichst großen Kreis an Stimmberechtigten mit aktiver Beteiligung drängt, liegt demnach das Ziel europäischer Kommunikationspolitik auf öffentlichen Vorgängen der Meinungsbekundung, d.h. reziproken Zielen europäisch-politische Kommunikation.²²⁶ Die Vision, welche aus dieser Zielsetzung erwächst, ist die einer europäischen Zivilgesellschaft, zusammengesetzt aus nationalen Zivilgesellschaften und konstituiert durch grenzüberschreitende gemeinsame Teilhabe und Teilnahme an europäisch-politischen Prozessen. Wechselseitige, grenzüberschreitende Kommunikation fördert die Entstehung dieser und ist einer (europäischen) Zivilgesellschaft zudem inhärent.

Die Interdependenzen zwischen den Regierenden und den Bürgern werden im öffentlichen Raum, in der Öffentlichkeit einer Zivilgesellschaft dargestellt, ausgebreitet und verhandelt. Die Teilnahme an diesen Prozessen, aktive Partizipation, benötigt Öffentlichkeit und intensiviert diese gleichzeitig. Die Bürger ‚erfahren‘ ihre Regierung, deren Politik, Beschlüsse und Vorhaben dabei sowohl durch Berichterstattung durch vermittelnde Medien als auch von seiten der Regierung selbst und können die eigene Reaktion wiederum idealerweise in ebendiesen Quellen publizieren. Durch verknüpfte aktive Praxis des Status als Angehöriger wird Gemeinsamkeit und ein gemeinschaftliches Gefühl erreicht, welches zur Identifikation mit der Gesellschaft führt.

Auf europäischer Ebene ist die identitätsstiftende Einübung von Gemeinsamkeiten, das Verstehen anderer Kulturen und die Entwicklung eines Verständnisses anderer Kulturen auch und vor allem eine pädagogische Aufgabe, so Frank Pfetsch.²²⁷

²²⁴ Barnes, Samuel, 2000, S. 235

²²⁵ Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik, http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, S.2

²²⁶ Vgl Schmidt, Manfred, 2000, S.251 ff.

²²⁷ Pfetsch, Frank R., 2007, S. 115

Klaus Eder stellt für die Herausbildung nationalstaatlicher Identität durch Medienkonsum fest: „Die Einübung staatsbürgerlichen Bewußtseins, institutionalisiert als Schulfach, und habitualisiert in den Rollen des täglichen Zeitungslesens/Fernsehens sowie des periodischen Wahlakts, und reproduziert in den Interaktionsöffentlichkeiten am Arbeitsplatz und unter Freunden, wo man über Politik redet, liefert zugleich das Fundament nationalstaatlicher Demokratie.“²²⁸

Übertragen auf die weitaus komplexere europäische Ebene wird daraus ebenso die Erfordernis der künstlichen Herstellung von Interaktionsöffentlichkeiten durch politische Kommunikation und in geeigneten Medien, sowie die Notwendigkeit der Anregung der Auseinandersetzung mit europäischer Politik durch gezielte Kommunikation seitens der EU ableitbar, um in einem machtfreien unabhängigen Diskurs deliberativ-konstituierende Prozesse zur tatsächlichen Einbindung der Zivilgesellschaften und angestrebten europäischen Zivilgesellschaft zu schaffen.

Die Funktionen politischer Öffentlichkeit in Verbindung mit politischer Kommunikation sind zunächst dazulegen und unter Berücksichtigung europäischer Kommunikationspolitik und ihrer Ziele auf Handlungsmöglichkeiten und ableitbaren verbessernden, zielführenderen Handlungsbedarf zu untersuchen. Zuvor erarbeitete Kriterien der Herausbildung bürgerschaftlicher Identität in Verbindung mit den Möglichkeiten politischen Interesses und aktiver Teilhabe seitens der Bürger werden mit den bis dahin gewonnenen Erkenntnissen verknüpft und in der Schlussbetrachtung dieses Kapitels kritisch gegenübergestellt.

3.1 Die Funktion politischer Öffentlichkeit

Der Begriff der Öffentlichkeit ist ein heutzutage vielfältigst verwandter und seitens der Vertreter von Bevölkerung, Medien, Wirtschafts- und Wissenschafts- und Regierungsinstitutionen wiederholt für unterschiedliche Belange geforderter.

Er bezeichnet nicht nur einen Zustand, etwas ist öffentlich zugänglich, betrachtbar, gelangt zu jedermanns Ohren usw., sondern impliziert aufgrund des Vorgangs der Veröffentlichung auch Handlungsmöglichkeiten. Öffentliche Handlungen sind beurteilbar, beklagbar und seitens des Handelnden aufgrund der öffentlichen Reaktionen korrigierbar. In erster Linie wird die Veröffentlichung der politischen Entscheidungen und des politischen Handelns von den Vertretern der Regierungsinstitutionen gewünscht und erwartet. Dadurch kann politische Öffentlichkeit in einem Regierungssystem als die Möglichkeit der Durchsetzung von Interessen

²²⁸ Eder, Klaus, 2004, S. 63

seitens der Bevölkerung gegenüber den Regierenden angesehen werden. Hans-Jörg Trenc präzisiert dieses Verhältnis: „In einem Vermittlungsmodell politischer Öffentlichkeit ist Zivilgesellschaft zugleich das Gegenüber als auch der potentielle Teilhaber politischer Herrschaft.“²²⁹

Öffentlichkeit beschreibt somit die anzustrebende Wesensart einer Gesellschaft, in der die Allgemeinheit betreffendes Handeln öffentlich dargelegt, begründet und vorgenommen wird. Die Charakteristik der Öffentlichkeit als Idealzustand impliziert die mannigfaltigen Appelle, Gebote und Erwartungen, die diesen Grundgedanken begleiten.

Seitens der Wissenschaft liegt ein besonderer Fokus der Erforschung von Öffentlichkeit auf dem Wechselspiel von öffentlich Handelnden, Veröffentlichern und denen, die das öffentliche Handeln beurteilen, die auf das öffentlich Dargestellte reagieren. Gleichzeitig lässt sich nicht eindeutig definieren, welcher Teil einer Gesellschaft welche Rolle und welchen Einfluss innehat.

Öffentlichkeit und damit verbundene Begriffe und Antonyme sind in die modernen, demokratischen Gesellschaften eingebettete Leitvorstellungen, welche eine tragende Rolle bei der Konzeption sozialer und politischer Ordnung spielen. Gerade in bezug auf die Europäische Union ist die Idee partizipativer, deliberativer Demokratie treibend, der zufolge der machtfreie Diskurs zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Regierenden zu fördern und in der (europäischen) Öffentlichkeit zu etablieren ist.²³⁰

Dieser Gedanke, idealerweise von einer diskutierenden Öffentlichkeit ausgefüllt, findet sich sowohl in der theoretischen Gesellschaftskonzeption einer demokratischen Gesellschaft als auch implizit in Verfassungsdokumenten. Gebildet wird sie durch aus ihrem unmittelbaren Umfeld heraustretende Akteure, welche miteinander über Begebenheiten von allgemeinem Interesse an einem Ort allgemeiner Zugänglichkeit kommunizieren, so die kurze Zusammenfassung.²³¹ Daß ein derartige Definition die heutige Komplexität moderner Gesellschaften in ihrer Unüberschaubarkeit nur unvollständig abbilden kann und die Problematik fehlender Direktansprache nur mangelhaft darstellen kann, liegt auf der Hand und wird im folgenden deutlich.

Der Begriff der (politischen) Öffentlichkeit wird alltäglich für den in den Medien stattfindenden Diskurs zwischen Politikern und Bevölkerung, politischen und wirtschaftlichen Institutionen und anderen Personen des öffentlichen Lebens verwendet.

²²⁹ Trenc, Hans-Jörg, 2005a, S. 61

²³⁰ Elster, John, 1998, S. 1

²³¹ Peters, Bernhard, 1994, S. 42 ff.

Allgemein, so hat es Jürgen Schiewe ausgedrückt²³², kann mit Öffentlichkeit zweierlei gemeint sein:

1. die prinzipielle Zugänglichkeit von Kenntnissen, Themen, Meinungen, Fakten, Institutionen, Kompetenzen usw. für alle Menschen innerhalb eines politischen Systems und
2. eine bestimmte Formation der Gesellschaft, in der sich Meinungen bilden, durch die diese Gesellschaftsform ihre Identität erhält, und in der diese Meinungen die Funktion einer eigenständigen politischen Kraft beanspruchen.

Eine eingehende Betrachtung zeigt, daß mit der im politischen Sinne gebrauchten Öffentlichkeit ein Kommunikationsfeld beschrieben wird, in welchem politische Akteure oder Sprecher versuchen, mittels bestimmter Techniken oder Medien, ein Publikum zu erreichen, welches seinerseits idealerweise unter Zuhilfenahme ebendieser Techniken und Medien Antworten und Meinungen zu den kommunizierten Themen ausdrückt und somit veröffentlicht. Das Ausmaß der Veröffentlichung hängt dabei von der Bedeutung des Akteurs oder seines Handelns für die Allgemeinheit, die es betrifft, ab. So lässt sich die Diskrepanz zwischen der erhöhten Aufmerksamkeit, welche den Veröffentlichungen seitens der Regierenden entgegengebracht werden, und den eine Selbstorganisation z.B. in Bürgerinitiativen voraussetzenden öffentlich aufgezeigten Handlungen seitens der Bevölkerung erklären.

In der modernen Industrie- oder Dienstleistungsgesellschaft sind die Massenmedien die wichtigsten Kanäle, über die Regierende und Regierte voneinander erfahren, sich bestenfalls austauschen können. Dargestellt worden ist dies von Jürgen Habermas, der diese Wandlung als „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ dokumentierte und theoretisch fortschreitend verfeinerte. Die auf moderne Massenkommunikationsmittel gestützte Öffentlichkeit entspricht nicht mehr dem Idealbild eines Publikums, bestehend aus Privatleuten, welche sich zum Zwecke der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten treffen, sondern beschreibt heutzutage eine virtuelle, auf Massenmedien gestützte Öffentlichkeit.²³³

Der Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung beruht im Idealfall auf der kollektiven Beratschlagung aller Bürgerinnen und Bürger²³⁴, öffentlich her- und dargestellt stellt die Idee dieses Entwicklungsgangs das zentrale Kriterium deliberativer Demokratietheorie dar, welche Jürgen Habermas' Darlegungen zufolge an die realen Bedingungen moderner Gesellschaften

²³² Schiewe, Jürgen, 2004, S. 281

²³³ Habermas, Jürgen, 1962

²³⁴ Kriesi, Hans-Peter, 1994, S.234

anknüpft.²³⁵ Er führt aus, daß in den pluralistischen Gesellschaften das demokratische Entscheidungsverfahren über tiefe weltanschauliche Gegensätze hinweg nur so lange eine legitimierende, die Bürger überzeugende Bindungskraft entfalten kann, wie die Anforderung nach Inklusion aller Bürger und die gleichzeitige Erfüllung von wahrhaften Diskursen erfüllt werden.²³⁶

Öffentlichkeit ermöglicht die Selbstbeobachtung der Gesellschaft mittels des Mediensystems, welches als Kommunikator bei einer derart großen Bevölkerung wie z.B. der deutschen als Vermittler notwendig ist. Politische Öffentlichkeit wiederum ermöglicht nicht nur die Selbstbeobachtung der Akteure des politischen Systems, ebenfalls unter Zuhilfenahme der Medien, sondern zudem die Selbstbeobachtung vor dem Spiegel der Resonanzen seitens der Gesellschaft und die Abstimmung der weiteren Handlungen und Selbstdarstellungen auf die Reaktionen seitens dieser.²³⁷ Das Wissen der politischen Akteure um die Beobachtbarkeit, der Öffentlichkeit ihres Handelns führt zu beabsichtigten Aussagen und Taten zur besseren Selbstdarstellung sowie zum Streben nach Erfüllung gesetzter Ziele.²³⁸

Die Begriffe Öffentlichkeit und öffentlich werden derart oft und zur Bezeichnung der vielfältigsten Personen, Institutionen, Vorgänge sowie Zustände angewandt, daß die Bemühung eine abgrenzenden Definition für die Verfolgung der zentralen Fragestellung dieser Arbeit notwendig erscheint.

3.1.1 Politische Öffentlichkeit im demokratisch-historischen Umriss

Die Idee der politischen Öffentlichkeit findet ihre Ursprung in der Demokratietheorie, welche den Staat nicht auf wenige, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet begreift und die Einschränkung individueller Freiheit zugunsten der Allgemeinheit befürwortet.

Öffentlichkeit und die Bildung einer öffentlichen Meinung, welche die Regierenden beeinflusst, ist als Kontrollsphäre zu begreifen.²³⁹ Historisch war die antike Demokratie nicht nur die erste Demokratie, sondern zudem durch wahre Selbstregierung eines breiten Teils der Bürger ausgezeichnete, was sie zum heutigen Vorbild partizipatorischer Demokratie, wenn auch mit Einschränkungen, befähigt.

²³⁵ Scheyli, Martin, 2000, S.39

²³⁶ Habermas, Jürgen, 2008, S. 135

²³⁷ Gerhards, Jürgen, 1994, S.97

²³⁸ Hier wird die im Rahmen dieser Arbeit notwendige, jedoch künstliche Trennung der Klärung politischer Öffentlichkeit und politischer Kommunikation in einzelne Arbeitsschritte deutlich.

²³⁹ Siehe Kap. 3.1.2

Bereits in der athenischen Demokratie war die Volksversammlung (Demos) der männlichen, frei geborenen Bürger Athens die Kontrollinstanz der Regierungs- und Gerichtsgewalt.²⁴⁰ Die dort betriebene Politik basierte auf der Trennung des Öffentlichen und Privaten, von der Verlagerung wirtschaftlicher Belange in die Privatsphäre der Familie und auf der Verselbstständigung und öffentlichen Darstellung eines spezifischen Handlungsfeldes aus dem natürlichen Lebenszusammenhang der Gemeinschaft.²⁴¹

Sämtliche Prozesse und Entscheidungen unterlagen unmittelbar den Einstellungen der dort anwesenden Bürger, deren Entschlüsse öffentlich und in ihrem Findungsprozess transparent gefällt wurden. Im eigenen Haus, im Rahmen der eigenen Familie sorgte ein jeder für die Familie und sich, in der Öffentlichkeit, der polis, sorgte man für das Wohlergehen von Stadt und Gesellschaft.

Der attische Marktplatz, die Agora, welcher somit schon früh die Konzepte der Politik und Öffentlichkeit miteinander verband, wird heute nahezu als Synonym für die ideale Öffentlichkeit verwandt, obgleich durchaus im Laufe der Jahrhunderte kritische Stimmen gegen die Idealisierung dieser Form der Mitbestimmung laut geworden sind.

Zu bedenken bleiben bei der vorher erläuterten Vorstellung immer die Tatsachen, daß an eine Mitbestimmung der Frauen nicht zu denken war, die Sklaverei durch nichts in Frage gestellt wurde und die Vorstellung universaler Menschenrechte noch nicht geboren war²⁴², somit die dort hergestellte Öffentlichkeit nicht den heutigen Forderungen nach allgemeiner und freier Teilhabe an dieser entspricht.

Nur soziale und materielle Ungebundenheit konnten eine freie, eigenen Überlegungen folgende politische Meinungsbildung und ein unanhängiges Votum garantieren.²⁴³ Der immense Zeitbedarf wiederum stellte eine besondere Belastung öffentlicher Aktivität dar.

Die als Selbstzweck gedachte Interaktion der freien Bürger, gemeinsame Gespräche, kritische Auseinandersetzungen und gemeinsames, zielgerichtetes Handeln führten zu einer historisch einmaligen Organisation von Bürgergemeinden, welche jedoch auch von den zeitgenössischen Philosophen wie Platon oder Aristoteles weitaus weniger idealistisch als heutzutage bei historischen Rückblicken oftmals dargestellt, bewerteten. In einem sehr viel überschaubareren Raum wurde dort ein Modell gelebt, dessen Ziele auch heute noch leitend sind, auch die Probleme waren, neben den wie zuvor dargelegten selektiven Beteiligungsmöglichkeiten,

²⁴⁰ Vorländer, Hans, 2004, S.4

²⁴¹ Roth, Klaus, 2005, S.13

²⁴² Nippel, Wilfried, 2005, S.29

²⁴³ Behrendt, Peter, 2005, S.85

nahezu identisch, zweifelten bereits damals die Bürger den Nutzen politischer Partizipation an oder wurden seiner Ausübung müde.²⁴⁴

Mit kritischem, dem verklärenden Idealismus ausweichendem Blick jedoch ist die Mitbestimmung jener Zeit als im Grundgedanken, ohne geschlechtliche, ethnische, religiöse, gesundheitliche oder sonstige Einschränkungen zuzulassen, für Demokratien als unabdingbar zu erklären.

Für die Darlegung der komplexen Zusammenhänge zwischen politischer Öffentlichkeit, politischer Kommunikation und öffentlicher Meinung ist folgendes historisches Indiz politischer Öffentlichkeit interessant.

Eingehendere Betrachtungen der politischen Öffentlichkeit in der Antike führen zu erstaunlichen Erkenntnissen über das Verhalten der politischen Akteure zur Platzierung und Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Eine gezielte Selbstdarstellung und überlegte Stellungnahmen zu den angesprochenen Themen zwecks Gewinnung von Unterstützung seitens der Regierten herrschte bei den Regierenden bereits zu dieser Zeit vor.

Damit die Bevölkerung nicht das Bewußtsein für die Verdienste der Regierenden verlor und um diese Leistungen für eine längere Zeit in der Öffentlichkeit zu positionieren, wurden pompöse Inszenierungen der Triumphe geschaffen.²⁴⁵

Die Selbstdarstellung ‚von oben‘ folgt somit einer langen Tradition, welche das Bewußtsein der Öffentlichkeit in einer Gesellschaft in allen Epochen unterstreicht. Erika Fischer-Lichte findet drei Funktionen, die durch die Selbstinszenierung erfüllt werden sollten:

1. Es soll Verbindlichkeit für das künftige Handeln der politischen Akteure hergestellt werden und so eine gewisse Verlässlichkeit und Voraussagbarkeit des politischen Handelns ermöglichen.
2. Der Machtanspruch einer bestimmten Person soll legitimiert werden.
3. Eine Gemeinschaft soll gestiftet oder gestärkt werden, indem Werte zur Erscheinung gebracht werden, die für alle Beteiligten ein Identifikationspotential bereithalten.²⁴⁶

Von Beginn an, so wird deutlich, war die Öffentlichkeit ein Raum, in dem politische Akteure um Positionierung wetteiferten. Diese Bemühungen wurden seitens des einfachen Volkes idealerweise durch Unterstützung honoriert und ebneten der Durchsetzung gefällter Entscheidungen den Weg.

Die Funktion der vorgestellten Öffentlichkeit jedoch entwickelte sich trotz dieser durchaus zeitgemäß anmutenden Ziele, welche auch die Legitimationsfunktion nennen, durch all diese

²⁴⁴ Roth, Klaus, 2005, S. 15

²⁴⁵ Linke, Bernhard, 2006, S. 33

²⁴⁶ Fischer-Lichte, Erika, 2001, S. 9 ff.

Epochen hindurch nur sehr langsam zu der ursprünglichen hin. Denn Demokratie ist ohne Öffentlichkeit undenkbar, eine Öffentlichkeit ohne Demokratie jedoch sehr wohl, der zufolge die nicht demokratisch legitimierte Herrscher sich in einer Zurschaustellung ihrer Macht ergehen.²⁴⁷ Im weiteren Überblick ist die hier in ihrer Entstehung nachgezeichnete Öffentlichkeit jedoch immer eine, welche anstrebt, ein wahrhaft demokratisches Gerüst zu tragen und den Willen des Volkes ebenso abzubilden, wenn auch manipulierende Einflüsse zwecks Ausgestaltung des eigenen Willens z.B. von Regierungsvertretern nie in aller Deutlichkeit werden erkannt und aufgezeigt werden können.

Die in der attischen Demokratie vorliegende gemeinsame Identität Regierender und Regierter bzw. die große Überschneidung beider Teile und fehlende Willensbildungsmöglichkeiten des nicht eingeschlossenen Teil machte das Kriterium heutiger Demokratien, die Responsivität zwischen Regierenden und Regierten, unnötig.²⁴⁸ Die Partizipation und die daraus resultierende Einflussnahme seitens der Bevölkerung ist eine zu Recht immer wieder beschworene Notwendigkeit, in welcher sich die Grundgedanken demokratischer Verfassungen widerspiegeln. Heutzutage gilt die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung als Demos und die Staatsbürgerschaft eines Landes als Zeichen der Mitgliedschaft.²⁴⁹

Die Idee, einer Regierung die öffentlichen Wirkungen staatlicher Machtanwendung vor Augen zu führen und mittels einer zwischen Staat und Bevölkerung vermittelnden Sphäre die Bedürfnisse der Regierten zu formulieren, wurde von Aufklärung und Rationalismus fortgeführt und ausdifferenziert.²⁵⁰

Die Zunahme demokratischer Eigenschaften eines Regierungssystems ging zunächst mit der Veröffentlichung von Entscheidungen einher, z.B. mit der Veröffentlichung von Gerichtsurteilen oder Gesetzesentwürfen, wodurch der Bevölkerung Einsicht in die Ausführungen der Regierungsgewalt gewährt wurde. Die zunächst keine Reaktionen seitens der Bevölkerung erwartenden Eröffnungen wandelten sich nach und nach von der einer passive Mitbestimmung erwartenden zu der aktive Mitbestimmung fordernden Verlautbarung des Regierungshandelns.

²⁴⁷ Abromeit, Heidrun, 2001, S.76

²⁴⁸ Fuchs, Dieter, 2000, S. 261

²⁴⁹ Zu den Funktionen von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft betrachtet diese von mir getätigte Unterstellung, Gleichheit herrsche in heutigen Demokratien vor, Eva Säger dies kritisch und schärft dadurch den Blick. Säger, Eva, 2007

²⁵⁰ Sarcinelli, Ulrich, 2005, S.54

Im 18. Jahrhundert wurde der Öffentlichkeit eine kontrollierende und bewertende Funktion zugeschrieben, ungefähr gleichzeitig entstand damit einhergehend der Begriff der öffentlichen Meinung, welche als operative Basis des Öffentlichkeitsbegriffs verstanden werden kann.²⁵¹

Der Prozess der Verlagerung der Herrschaftsgrundlage zurück zur Bevölkerung ging mit der Entfaltung von Öffentlichkeit einher. Gegenüber einem absoluten Staat wurden Rede-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsöffentlichkeit von einer liberal-bürgerlichen Bewegung stückweise durchgesetzt, die verschiedenen Foren bilden gemeinsam das, was wir heute als Öffentlichkeit in einer Demokratie, als Volkssouveränität, bezeichnen.²⁵²

Immer wieder waren Rückschritte zu verzeichnen, so wurde die aus der Novemberrevolution 1919 hervorgegangene Weimarer Republik, welche in ihrer Staatsform auf einer liberalen, parlamentarischen Demokratie beruhte und in der Verfassung fortschrittlich Volksentscheid, Volksbegehren und Volksmeinung miteinbezog, letztendlich bereits zu Beginn als „Demokratie ohne Demokraten“ geführte Staatsform geschmäht und im Folgenden durch die sogenannten Notverordnungen in ihrer Funktion unterwandert und schließlich der neuen Diktatur unterworfen. Die Etablierung einer kritischen Öffentlichkeit in einem demokratischen Staat ist ein jahrhundertelanger Prozess.

Als Phänomen an sich ist Öffentlichkeit nicht greifbar, sicher ist nur, daß alles, was außerhalb der privaten Sphäre stattfindet, öffentlich ist. Hannah Arendt beschreibt alles Öffentliche als politisch. Das Politische jedoch bezeichnet nicht das staatlich-institutionelle Aktionsfeld, sondern das gemeinsame Handeln in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter.²⁵³ Das Private wird in bestimmten Teilen klar vom Öffentlichen getrennt, in einigen Punkten jedoch auch in das Öffentliche überführt, besteht diese Überführung zu institutionell eingebundenen Themen, d.h. sind diese Themen von allgemeinem Interesse oder werden sie von Sprechern der Regierung getätigt, betreffen sie Regierte oder Regierende, so ist von politischer Öffentlichkeit zu sprechen.²⁵⁴

Die politische Öffentlichkeit muß durch Massenmedien hergestellt werden, welche in der modernen Demokratie für die Vermittlung politischer Prozesse und die Herstellung von Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind. Öffentlichkeit wird somit aktiv hergestellt und ist in ihrer Kontrollfunktion für die Regierenden sowohl nützlich als auch behindernd. Aus der Notwendigkeit der Vermittlung und der Gestaltung von Öffentlichkeit in der modernen Demokratie wird deutlich, daß die ‚perfekte‘ Öffentlichkeit als

²⁵¹ Stichweh, Rudolf, 2002, S.58

²⁵² Jarren, Otfried/ Donges, Patrick S., 2002, S.109

²⁵³ Grunenberg, Antonia 2005, S. 215 ff.; Arendt, Hannah, 1960

²⁵⁴ Trenz, Hans-Jörg 2005, S.42

Fundamentalbedingung wahrer Volkssouveränität nicht existieren kann. Die Form der Öffentlichkeit der zu Beginn vorgestellten Demokratietheorie ist in der modernen Gesellschaft nur im übertragenen Sinne vorhanden. Sie stellt ein Instrument symbolischer Macht der Bürgerinnen und Bürger dar, welche durch die mittels der Massenmedien hergestellte Öffentlichkeit von Unterlassungen und Normverletzungen der Regierenden erfahren und diese mithilfe der in den Massenmedien publizierenden Journalisten öffentlich benennen können. Festzuhalten ist, daß die Medien in ihrer Vermittlerrolle der (politischen) Kommunikation seitens der (politischen) Akteure unabdingbar sind.

Durch den indirekten Vermittlungsprozess werden Gesten, Symbole und prägnante Zusammenfassungen seitens der politischen Akteure sehr wichtig, welche die öffentliche Darstellung ausführen und unterstützen.

3.1.2 Politische Öffentlichkeit in der Postmoderne

Selbstverständlich teilen sich in der postmodernen, globalisierten Gesellschaft die politischen Akteure das Rampenlicht mit gewichtigen Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie einer Vielzahl, unter Umständen selbsternannter Gestalten des öffentlichen Lebens. Diese Aufzählung unterstreicht jedoch nur noch einmal die Notwendigkeit für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, sich, um Gehör zu finden in der schier unüberschaubaren Medienöffentlichkeit, zu organisieren, um durch eine Bündelung von Interessen Aufmerksamkeit zu erregen. Dem Terminus der postmodernen Gesellschaft, der nachindustriellen Gesellschaft sind dabei die Veränderung sozialer Identifikationsmuster, sozialer Integration sowie der Umbau des kulturellen Orientierungssystems inhärent.²⁵⁵

Die hochkomplexen Wege der Informationsbeschaffung auf reziproker Basis und die dadurch abnehmende Motivation soll zu einem späteren Zeitpunkt angesprochen werden.

Öffentlichkeit selbst ist das Produkt von (erlaubten oder geförderten) Diskursen innerhalb einer Gesellschaft. Vor dem kurz umrissenen geschichtlichen Hintergrund wird deutlich, daß Öffentlichkeit ein Ausdruck des Anspruchs auf Mitbestimmung seitens der Bevölkerung ist, sie verleiht den Regierten Rechte und Durchsetzungsfähigkeit und nimmt dem Staat die Möglichkeit, die Bevölkerung und das Miteinander betreffende Dinge als geheim zu reklamieren. Auf ein System wie das der Europäischen Union sind diese historischen Vorbilder jedoch kaum zu übertragen, das würde der Komplexität dieses Systems sui generis nicht gerecht werden und eine detaillierte, realistische Untersuchung verhindern.

²⁵⁵ Preyer, Gerhard, 2006, S. 155, weiterführend auch mit einer umfassenden Darlegung und Abgrenzung der postmodernen Gesellschaft

Der Begriff der Öffentlichkeit wird gemeinhin gleichbedeutend mit der politischen Öffentlichkeit verwandt, wenngleich in modernen, pluralistischen Demokratien eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten, z.B. eine Wissenschaftsöffentlichkeit oder eine innerstädtische Öffentlichkeit, entsteht.²⁵⁶

Mit dieser Verschmelzung beider Begriffe wird ein Idealzustand benannt, welcher nicht über die Vielzahl der dafür notwendigen Akteure, Prozesse und Vermittlungsleistungen hinwegtäuschen darf. Ebendiese sind zu untersuchen und zu katalogisieren, um sich der Möglichkeit einer europäischen Öffentlichkeit anzunähern.

Verschiedene Wissenschaften haben sich mit dem Wechselspiel von politischem System und Massenmedien beschäftigt, die Beobachtungen und Ergebnisse jedoch divergieren stark. So gibt es zum Beispiel keine einheitliche oder von einem Großteil der Wissenschaft akzeptierte Definition des Begriffs der politischen Kommunikation. Auch die politische Öffentlichkeit, vielbeschworen und gerade in bezug auf die Europäische Union als europäische Öffentlichkeit vielfach gefordert, entzieht sich einer eindeutigen Begriffsbestimmung. Die Notwendigkeit zur Schaffung einer solchen ist die Kommunikationsfähigkeit des Demos, welche wiederum in der EU eines öffentlichen, grenzüberschreitenden Kommunikationsraumes bedürfte, dessen Forderung aus einer sich schier endlos wiederholenden Kausalkette erhebt.²⁵⁷

Umfangreiche Debatten werden über die Entstehung, die Notwendigkeit sowie die Abwesenheit einer europäischen Öffentlichkeit geführt, die Bandbreite der Bedeutungen ist jedoch groß.²⁵⁸

Jürgen Habermas, welcher die Rolle politischer Öffentlichkeit kritisch analysiert hat und vor der Problematik unterschiedlicher Wissensstände teilnehmender Akteure vor einer öffentlichen Elitendiskussion warnte, deren Ergebnisse zwar öffentlich, für die Belange eines Großteils der Bevölkerung nicht von unmittelbarer Relevanz seien.²⁵⁹ Er weist des weiteren kritisch auf eine kommunikative Verflüssigung der Politik durch eine inflationierte Masse an zirkulierenden Botschaften, Ideen und Bildern hin, welche zwar den Eindruck erwecken, daß Politik heute immer tiefer in die Prozesse der Massenkommunikation verwickelt und eingebunden sei, jedoch keinen Schluss auf tatsächlich entscheidungsrelevante Diskurse zwischen Regierenden und Regierten ziehen lasse.²⁶⁰

Gerade für das komplexe System der Europäischen Union divergieren die Anforderungen bis ins nahezu Unendliche. Nicht nur ein Zustand soll dargestellt, eingerichtet, aufrechterhalten

²⁵⁶ Schubert, Klaus/ Klein, Martina, 2006, S.217

²⁵⁷ Kantner, Cathleen, 2005, S. 19

²⁵⁸ Requate, Jörg und Schulze Wessel, Martin, 2002, S.12

²⁵⁹ Habermas, Jürgen, 1973, S. 127

²⁶⁰ Habermas, Jürgen, 2008, S. 156f.

und ausgeweitet werden, auch die Aufgaben ziehen sich von einer Etablierung einer europäischen Bürgerschaft zu politischer Partizipation und der Etablierung einer tragfähigen Demokratie innerhalb der Europäischen Union.²⁶¹

Vor dem Hintergrund deliberativer Demokratietheorie, im vorhergehenden Kapitel dargelegt, welche die für das Zielbild des machtfreien Diskurses zwischen Regierten und Regierenden in den heutigen hochkomplexen Regierungssystemen Öffentlichkeit als elementare Grundlage benennt, ist die Entwicklung einer politischen Öffentlichkeit eine Frage gesellschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Die Gesellschaft muß sich des Zusammenhang von eigenem Leben innerhalb des Regierungssystems und dem Regierungssystem selbst bewußt sein.²⁶²

Durch diese Gewissheit wird Identifizierung mit dem umgebenden System herausgebildet und der demokratisch notwendige öffentliche Diskurs gefördert. Als Teilnehmer am öffentlichen Diskurs finden sich in dem Modell die Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft, motiviert und geleitet durch politisches, bürgerschaftliches Bewußtsein. Problematiken mangelnden Interesses oder Resignation seitens der Bürgerinnen und Bürger oder die immense Kraft, die einem nachhaltigen Auftritt in der Öffentlichkeit durch die Komplexität dieser innewohnen muß, sind bei der kritischen Betrachtung der Theorie ebenso wie bei der Reflexion politischer Öffentlichkeit in der postmodernen Gesellschaft notwendig; die unübersichtliche, in der Herausbildung, d.h. in der Identitätsfindung nicht greifbare europäische Gesellschaft, und der Vorwurf der Elitendiskussion, welche durch ihre kontrastierenden Eigenschaften sowie durch den stetigen Fortschritt der Abgrenzung auf europäischer Ebene nicht eben legitimitätsfördernd sind,²⁶³ stellen weitere, kritisch zu hinterfragende Aspekte moderner Öffentlichkeit dar.

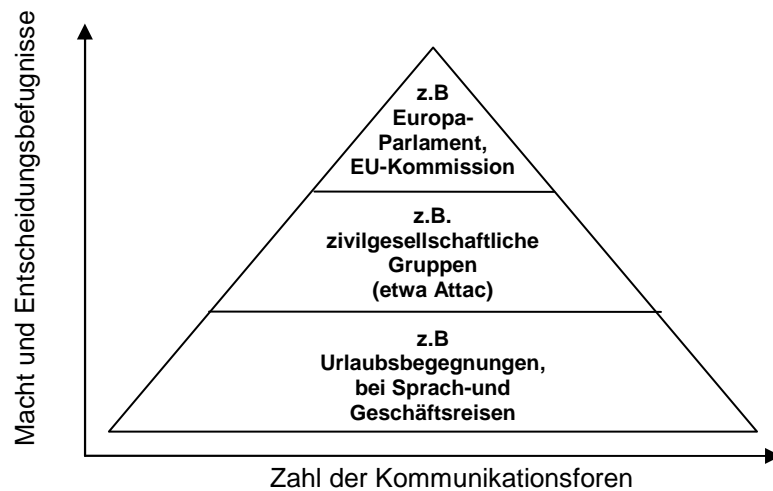
Die Unüberschaubarkeit der angestrebten europäischen Öffentlichkeit und das diese begünstigende Missverhältnis zwischen den kommunikativen/informativen Überschneidungen verdeutlicht das folgende Modell von Elisabeth Klaus:

²⁶¹ Vergleiche hierzu z.B. Abromeit, Heidrun, 2001, S.75 ff.

²⁶² Janning, Josef, 2007, S. 87

²⁶³ Sarcinelli, Ulrich, 2005, S. 157

8. Europäische Öffentlichkeiten ²⁶⁴



Für die Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit vom Boden der Pyramide an wird die öffentliche Ausgestaltung von Meinungen informierter und gebildeter Mitwirkender benötigt. Diese können durch Agglomeration und Vereinfachung öffentliche, d. h. auch diskursuninteressierte oder -unfähige Teile der Bevölkerungen beeinflussende Meinungen formulieren, welche gleichwohl aktiv die Aufnahme von Ideen, Gedanken und Antworten seitens der Bevölkerungspassiva suchen.

3.1.3 Politische Öffentlichkeit und öffentliche Meinung

Der Begriff der öffentlichen Meinung wird seit Jahrhunderten sowohl in der Bedeutung als auch in der Funktion eng mit dem der politischen Öffentlichkeit verwoben verwandt.²⁶⁵ So gilt vielerorts die öffentliche Meinung, welche sich in der Sphäre der politischen Öffentlichkeit formiert, als Legitimation politischen Handelns, die öffentliche Meinung übernimmt somit die demokratische Funktion der politischen Öffentlichkeit. Die Formierung einer öffentlichen Meinung wird in der modernen Demokratie angestrebt, sie wird als ein wirksames Mittel der Bewertung des Handelns der politischen Akteure definiert.

Barbara Franz setzt politische Öffentlichkeit und öffentliche Meinung in einen direkten Zusammenhang, so habe die „demokratische Öffentlichkeit die Aufgabe, dem Volk als Souverän die Bildung einer öffentlichen Meinung zu ermöglichen.“ Dafür müssten dem Volk

²⁶⁴ Klaus, Elisabeth, 2006, S. 97

²⁶⁵ Der Begriff der öffentlichen Meinung wird, wie auch der der politischen Öffentlichkeit, für eine zusammenfassende Definition im Singular verwandt.

umfassenden Informationen über zu Verfügung stehende personelle sowie sachliche Alternativen seitens der Regierenden zugänglich gemacht werden.²⁶⁶

An anderen Stellen erscheint der Begriff der öffentlichen Meinung als unklar und bezüglich der Meinungsbilder und Meinungsträger nicht genau zu benennen. Demoskopische Umfragen, welche den Willen der Bevölkerung abbilden, können mit dem Begriff der öffentlichen Meinung bezeichnet werden.²⁶⁷ Ungeschriebene, in dem jeweiligen Kulturkreis verankerte ‚Gesetze‘ können mit dem Begriff der öffentlichen Meinung bezeichnet werden, die wohl häufigste Definition ist jedoch die der in den Massenmedien verbreiteten Einstellung zu bestimmten Themen. Die sich in der medial vermittelten Öffentlichkeit durchsetzende Meinung zu bestimmten politischen, die Bevölkerung mehr oder minder direkt betreffenden Themen, die sich abzeichnenden ‚Trends‘, diese Formierung von Standpunkten zu und Urteilen über bestimmte Vorkommnisse bildet hiernach zusammengefasst die öffentliche Meinung.²⁶⁸

Diese wiederum zwingt die Regierung als auch die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft mittels des Drucks der (öffentlichen) Anerkennung und des (öffentlichen) Zuspruchs, sich nach ihr zu richten, andernfalls droht Entzug der Unterstützung z.B. per Wahlentscheid, oder, im Falle des einzelnen, gar die Isolation.

Diese Vorstellung der öffentlichen Meinung ist eine egalitäre, jedes Mitglied des regierten Volkes kann durch Kundtun der eigenen Meinung die öffentliche beeinflussen und nimmt diese Möglichkeit im eigenen Interesse immer wieder wahr.

Demgegenüber stellte sich schon früh die Ansicht, öffentliche Meinung sei das öffentlich vorgetragene, sorgfältig abgewogene Urteil einer Elite zu Themen des öffentlichen Lebens.²⁶⁹

Dieses Konzept stellt direkt auf politische Partizipation ab, ein(e) jede(r) kann an der öffentlichen Meinungsbildung teilnehmen oder aber sich enthalten. Viele Beobachter bei der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit beklagen dies als das präferierte Verhalten der Bevölkerung, was die Elitendiskussion auf einem neuen Level anstieß.²⁷⁰

So wird von einigen Forschenden seitens der Bevölkerung in erster Linie Apathie bezüglich des politischen Lebens in Verbindung mit Inkompetenz in politischen Fragen festgestellt.²⁷¹

Die Möglichkeiten einer kritischen Auseinandersetzung, wie idealtypisch beschrieben, werden von diesen vehement verneint und durch die eigene Darstellung ad absurdum geführt.

²⁶⁶ Franz, Barbara, 2000, S.11

²⁶⁷ Auch wenn Habermas dagegen auch bei Bezugnahme der Umfragen auf politische Themen protestiert (Habermas, Jürgen, 1962, S.287)

²⁶⁸ Neidhardt, Friedhelm, 1994, S.26

²⁶⁹ Noelle-Neumann, Elisabeth; Wilke, Jürgen; Schultz, Winfried, 1999, S. 370 f.

²⁷⁰ Trenz, Hans-Jörg, 2002, S.198

²⁷¹ Gallus, Alexander; Lühe, Marion, 1998, S.40

Jürgen Habermas fand zwei Bedeutungen der öffentlichen Meinung, zunächst die als „eine kritische Instanz im Verhältnis zur normativ gebotenen Publizität des Vollzugs sozialer und politischer Gewalt“, sowie die als „rezeptive Instanz im Verhältnis zur demonstrativ und manipulativ verbreiteten Publizität für Personen und Institutionen, Verbrauchsgüter und Dienste.“²⁷² Die Unterscheidung und Abgrenzung dieser ist in der Mediengesellschaft ein schier aussichtsloses Unterfangen, gibt es doch Bemühungen seitens öffentlicher, politischer und wirtschaftlicher Institutionen, durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit Veröffentlichungen letzterer Art als kritisch-unabhängige Informationen zu präsentieren.²⁷³

Öffentliche Meinung stellt auch immer ein Kontrollelement politischen Regierungshandelns dar. Dieses Charakteristikum weist eine Vielzahl von Ansatz- und Lösungsmöglichkeiten des konkreten Bezugs auf moderne politische und gesellschaftliche Strukturen auf.

Die Vorstellungen, was die öffentliche Meinung darstellt und wer an ihrer Bildung teilhat, divergieren außerdem noch von Nation zu Nation, so möchte die englische ‚public opinion‘ Kontrolle über die Regierungsgewalt darstellen, die französische ‚opinion publique‘ diese selbst aktiv ausüben.²⁷⁴

Im deutschsprachigen Raum wird klar zwischen öffentlicher Meinung und Bevölkerungsmeinung entschieden. Letztere spiegelt auch die Meinungen, die sich nicht am Kommunikationsprozess des politischen Systems und der politischen Öffentlichkeit beteiligen, wider, während die öffentliche Meinung eine durch aktive Anstrengung der Teilnehmer gebildete und gepflegte darstellt.

Ebenso ordnet Elisabeth Noelle-Neumann das breite Panorama der Begriffsdeutungen, sie unterscheidet zwischen dem Elitenkonzept und dem Integrationskonzept. Das Elitenkonzept versteht die öffentliche Meinung als Prozess der vernünftigen öffentlichen Diskussion, das Integrationskonzept hingegen schließt alle Mitglieder der Bevölkerung mit ein und erkennt in der öffentlichen Meinung eine wirksame Form sozialer Kontrolle.²⁷⁵

Die oftmals benannte Komplexität der postmodernen Gesellschaft darf hier nicht außer acht gelassen werden, daher impliziert die Bezeichnung ‚Integrationskonzept‘, wie auch zuvor bei Darlegung der Partizipationsmöglichkeiten in einer politischen Öffentlichkeit als Schwierigkeit angesprochen, immer auch eine Anforderung an die kommunizierenden, die öffentliche Meinung abbildenden Systeme, das politische System und das Mediensystem.

²⁷² Habermas, Jürgen, 1962, S.278

²⁷³ Der Einfluß von PR auf den (politischen, gesellschaftlichen usw.) Öffentlichkeitsbildungsprozess ist vielerorts dargestellt, erklärt und kritisiert worden, so daß ich es hierbei belassen möchte.

²⁷⁴ Sarcinelli, Ulrich, 2005, S.55

²⁷⁵ Noelle-Neumann, Elisabeth, 2001

Die Medien, die die Bündelung und Institutionalisierung von Interessen und Themen mit Leichtigkeit beherrschen sollten, haben die Aufgabe, die öffentliche Meinung differenziert und genau wahrzunehmen.

In den modernen Demokratien gilt bei der Untersuchung der öffentlichen Meinung der Einwurf, daß sich bei Betrachtung der Öffentlichkeit als spezifisches Kommunikationssystem potentiell so viele Kommunikatoren und Rezipienten darin befinden, wie die untersuchte Gesellschaft Mitglieder hat. Demnach muß, da nicht jeder Rezipient jedem Kommunikator Aufmerksamkeit schenken kann, ein Selektionsprozess in bezug auf die Teilnahme und die Intensität dieser Teilnahme an den öffentlichen Diskursen stattfinden.²⁷⁶

Vor dem Hintergrund solcher Ergebnisse erscheint die Bildung der öffentlichen Meinung als idealerweise öffentlicher und im Rahmen der Möglichkeiten gleichberechtigt vonstatten gehender Kommunikationsprozess, der durch die Medien in Gang gehalten wird und die Unabdingbarkeit politischer Kommunikation zur Selbstdarstellung und zur Legimitation politischer Akteure aufzeigt.²⁷⁷

Politische Kommunikation kann als ein Werkzeug zur Schaffung politischer Öffentlichkeit angesehen werden und gleichzeitig immer den Versuch darstellen, die öffentliche Meinung durch geschickte Themenwahl zu beeinflussen. Auch wenn eine derartige Charakteristik als eine starke Vereinfachung des komplexen Wechselspiels zur Folge hat, so wird dennoch die grundlegende Bedeutung jener Transferbeziehungen erkannt und gewahrt.

3.1.4 Politische Kommunikation als Mittel zur Schaffung politischer Öffentlichkeit

Mit politischer Kommunikation wird gemeinhin der Kommunikationsprozess zwischen Regierenden und Regierten verstanden, die kommunizierten Themen sind die des Regierungsprozesses und erfordern Reziprozität. Politische Kommunikation ist ihrem Wesen nach immer Kommunikation in der Öffentlichkeit, auch verstanden als öffentliche Kommunikation politischer Institutionen. Wissenschaftlich ist die Disziplin der politischen Kommunikation bislang nicht eindeutig einzuordnen gewesen, was an der Gegenüberstellung der notwendigen Kommunikation des Politischen sowie der Politik der Kommunikation liegen mag.

Politische Kommunikation ist zudem mehr als medienadressierte Außenkommunikation, in der Regel geht es überdies um die Abbildung komplexer institutioneller Strukturen und Verflechtungen in zumeist längeren Prozessen und Entwicklungen. Zu berücksichtigen ist bei

²⁷⁶ Peters, Birgit, 1994, S. 199

²⁷⁷ Weischenberg, Siegfried, 1995, S. 227

dieser vielschichtigen Betrachtung außerdem der Einfluss spezifisch politisch-kultureller Verhältnisse der jeweils betrachteten Gesellschaft. Folgt man dieser Überlegung, dann befindet man sich mitten in den Kernbereichen des Politischen und nicht mehr bei einer auf vordergründige Erscheinungen reduzierten Politikvermittlung.²⁷⁸

Bernhard Peters hat drei Grundbedingungen herausgearbeitet, die Kommunikation für eine wirkungsvolle Schaffung von Öffentlichkeit erfüllen muß.

So soll die Beteiligung jedem offenstehen, der bereit und fähig ist, sich in der Öffentlichkeit verständlich zu äußern, als Maßgabe nennt er Gleichheit und Reziprozität. Weiterhin sollen keine Themen, welche keinen besonderen Geheimhaltungsregeln unterliegen, von vornherein ausgeschlossen werden, Offenheit und adäquate Kapazität sind notwendig.

Als dritten Punkt nennt er die diskursive Struktur, der zufolge die Auseinandersetzungen argumentativ mittels von der Allgemeinheit anerkannter Ableitungen ausgetragen werden.²⁷⁹

Niklas Luhmann erkennt hier ein Problem der politischen Kommunikation in modernen Gesellschaften. „Öffentlichkeit ist ein Problem der Institutionalisierung von Themen politischer Kommunikation – in einem Sinne, der genauer ausgearbeitet werden muß. Und deshalb ist für die Funktion der öffentlichen Meinung nicht die (unerreichbare) Öffentlichkeit aller politischen Kommunikation entscheidend, sondern die Strukturierung aller, auch der nichtöffentlichen politischen Kommunikation durch institutionalisierte Themen.“²⁸⁰

Eine derartige Institutionalisierung von Themen kann jedoch nur durch starke Selektion erfolgen, nur Themen, die einen großen Teil der Bevölkerung betreffen, können somit wirkungsvoll institutionalisiert werden. Übertragen auf eine supranationale politische Kommunikation zur Schaffung einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeit kann auf eine Reduktion der Schnittmenge relevanter Themen bei zunehmender Ausweitung des Kommunikationskreises geschlossen werden.

Die heutige öffentliche Kommunikation vollzieht sich in erster Linie in den Massenmedien, gerade bei der Betrachtung politischer Kommunikation muß interpersonale Kommunikation zweitrangig betrachtet werden.²⁸¹ Michael Schenk und Patrick Rössler protestieren in ihrer Untersuchung ‚Das unterschätzte Publikum‘, wie durch dem Titel impliziert, erheblich und kommen zu dem Schluss, daß die interpersonale Kommunikation in allen Medienwirkungsstudien unterschätzt worden ist.²⁸² Diese Vernachlässigung kann bei Untersuchung der verlangten Reziprozität politischer Kommunikation auf nationaler Ebene

²⁷⁸ Sarcinelli, Ulrich, 2004, S.15/16

²⁷⁹ Peters, Bernhard, 1994, S.46 f.

²⁸⁰ Luhmann, Niklas, 1979, S.46

²⁸¹ Kriesi, Hanspeter, 1994, S.235 f.

²⁸² Schenk, Michael; Rössler, Patrick, 1994, S. 268

Kausalzusammenhänge liefern, für die Betrachtung des Prozesses der Schaffung von Öffentlichkeit durch Kommunikation auf transnationaler Ebene sind die Auswirkungen interpersonaler Kommunikation zu kleinteilig und kaum aufzeigbar.

Wie vorhin angeführt, ist die Problematik der Schnittmengenreduktion relevanter Themen vordergründig anzusprechen, so daß die interpersonale Kommunikation in der Untersuchung von Öffentlichkeitgenerierung durch politische Kommunikation nicht mit einbezogen werden kann.

Politische Kommunikation bleibt als Untersuchungsgegenstand die Vermittlung der Handlungen und Ziele des politischen Systems mittels der Massenmedien zur Herstellung von Öffentlichkeit. In diesen Kommunikationsprozess sind nicht nur die einzelnen Kommunikatoren eingebunden, in erster Linie wird die Vermittlungsleistung von den Journalisten erbracht, welche politische Entscheidungen und politisches Handeln auch gegen den Willen der Verursacher veröffentlichen. Demgegenüber stehen die Regierenden bzw. ihre Berater mit der Aufgabe, diese Veröffentlichungsprozesse in eigenem Sinne zu beeinflussen.

Bei eingehender Untersuchung wird ein vermehrtes Interesse der Regierenden an seitens der Rezipienten täglich zu konsumierenden Medien wie z.B. der Tageszeitung oder dem Fernsehen erkennbar. Heribert Schatz führt diese Selektivität auf zwei Faktoren zurück, die der Annahme des erhöhten Wirkungspotentials der ausgewählten Medien erstens und des weiteren die der direkteren Einflussmöglichkeiten auf Produktionsbedingungen und Programmgestaltung.²⁸³

Die Objektivität der Berichterstattung über die politischen Akteure ist nicht nur durch persönliche Faktoren der Berichterstatter fraglich, auch die Qualität der vorliegenden Informationen, die zu der Berichterstattung führen, ist zu hinterfragen.

Dieser Überschlagn ist seitens der Wissenschaft mit unterschiedlichen Gewichtungen in der Abhängigkeit untersucht worden, so daß es an dieser Stelle dabei belassen werden kann und politische Kommunikation als die seitens des politischen Systems zusammenfassend dargestellt werden kann.²⁸⁴

Die Ziele öffentlicher Kommunikation sind die Überzeugung des Publikums, der Gewinn von Unterstützung durch eine einen wohlgesonnen unterstützende öffentliche Meinung.

Als Besonderheiten der Ziele der Regierenden im öffentlichen Kommunikationsprozess taucht hier die Legitimierung des Regierungshandelns durch eine positive öffentliche Meinung auf.

²⁸³ Schatz, Heribert, 1979, S. 82

²⁸⁴ Einen kurzen Überblick über die Forschungsansätze und Ergebnisse liefert Winfried Schulz 2003, S.454

Politische Kommunikation, Kommunikation seitens der politischen Akteure, erfüllt die demokratischen Bedingungen politischen Handelns, den Gewinn öffentlicher Zustimmung und die gleichzeitige öffentliche Begründung politischen Handelns.²⁸⁵

Niklas Luhmann differenziert hier des weiteren zwischen der Integration des politischen Systems und der politischen Akteure unter Zuhilfenahme von Kommunikation zur Gewinnung der öffentlichen Meinung nicht allein durch Entscheidungen sondern bereits durch Aufmerksamkeit. Die Themen, die seitens der politischen Akteure kommuniziert werden, dienen zunächst der Gewinnung von Aufmerksamkeit, positiv für den Kommunikator ausfallende Entscheidungen über die Zustimmung sind das sekundäre Ziel.²⁸⁶

Für die Betrachtung politischer Kommunikation leitet diese Differenzierung zu dem Schluss, daß jegliche öffentliche Kommunikation, die in ihrem Wesen immer auf die Gewinnung von Aufmerksamkeit hin angelegt ist, politisch sein muß, da das sekundäre Ziel das des Gewinns von Zustimmung ist, welche anerkennt und legitimiert.

Gerade in den modernen Gesellschaften hat sich, der geringen Halbwertszeit der Medien Rechnung tragend, diese Betrachtungsebene durchgesetzt. Sie verlagert jedoch den Fokus vom ursprünglichen Ziel politischer Kommunikation, der Gewinnung von Zustimmung und damit der Legitimation des politischen Handelns hin zur Aufmerksamkeitsgewinnung mit daraus resultierenden Einstellungsveränderungen oder -vertiefungen sowie Entscheidungsfindungen.

Allein die Entscheidungsebene als relevant betrachtend definieren Otfried Jarren und Patrick Donges politische Kommunikation als „den zentralen Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen.“ Politische Kommunikation sei somit nicht nur Mittel der Politik, sie sei selbst auch Politik.²⁸⁷

Gerade vor dem Hintergrund, daß zum Empfang politischer Kommunikation in unserer Gesellschaft eine technische Grundausstattung notwendig ist, verdeutlicht wiederum die durchsetzenden, beeinflussenden, öffentlichen, die Bürger betreffenden, kurz: politischen Eigenschaften politischer Kommunikation in den heutigen Gesellschaften.

Wie Klaus Lenk anführt, werden als Verkaufsargument für moderne technische Kommunikationsmittel nicht zuletzt immer wieder die politische Bedeutung neuer Kommunikationsstrukturen und Informationsbereitstellungsverfahren angeführt. Diese Beobachtung wird mit der Eigenschaft von Demokratie begründet, welche, außer in kleinsten Gruppen, auch immer ein Organisationsproblem ist. Organisierende Kommunikationsmittel

²⁸⁵ Sarcinelli, Ulrich, 2005, S. 77 f.

²⁸⁶ Luhmann, Niklas, 1979, S. 38

²⁸⁷ Jarren, Otfried; Donges, Patrick, 2003, S.22

erleichtern diesen Prozess.²⁸⁸ Gleichzeitig animieren sie auch, die Beherrschung der modernen Kommunikationsmittel vorausgesetzt, zu einer Beschäftigung mit Inhalten, Vorgängen und Zielen der Regierenden,, so ist z.B. die rege Verfolgung des Rededuells zwischen Kanzler und Kanzlerkandidatin im September 2005 zu erklären.²⁸⁹

So wie eine abhängig von Stellung und Bedeutung variierende Teilhabe an der Gestaltung von Öffentlichkeit durch Kommunikation festgestellt werden kann, so ist die vielfach geforderte Wechselseitigkeit politischer Kommunikation zwar kritisch zu betrachten, jedoch ungeachtet aller Beanstandungen als Ziel politischer Kommunikation zur Gewinnung von Zustimmung gerade im transnationalen Raum anzusetzen.

Auf Resonanz bedachte politische Kommunikation der Europäischen Union ist somit als unabdingbare Forderung anzusetzen.

3.2 Politische Kommunikation der Europäischen Institutionen

Nach der mit den vorangegangenen Begriffsdefinitionen einhergehenden Erläuterung der Bedeutung funktionierender politischer Kommunikation ist eine Untersuchung der politischen Kommunikation seitens der Europäischen Institutionen von unbedingter Relevanz.

Die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit mittels politischer Kommunikation seitens der Institutionen der EU als auch von den Regierungen der Nationalstaaten wird zur Verflechtung nationaler und europäischer Themen in einer europäischen Sphäre führen, an der die Bevölkerungen partizipieren können. Christoph O. Meyer wendet dazu ein: „Einige Beobachter aus Jurisprudenz, Wissenschaft und Politik halten diese Art transnationaler Meinungsbildung aufgrund von Sprachbarrieren und national versäulter Massenmedien zumindest mittelfristig für unmöglich und damit auch die demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten der EU für begrenzt.“²⁹⁰

Nicht nur der strukturelle Zusammenhang zwischen funktionierender politischer Kommunikation, welche zu einer politischen Öffentlichkeit innerhalb der EU und damit die Demokratiefähigkeit der EU unterstreicht oder gar mit herausarbeitet erscheint wichtig in dieser Aussage. Gleichzeitig verdeutlichen diese Einwände unmittelbare Möglichkeiten, sie zu überwinden, sind doch Erkennen und Ausformulierung die Bedingungen der Problemlösung.

Die Darstellung nationaler Themen im europäischen Rahmen und die Verknüpfung mit europäischen Entscheidungen würde es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, sich mit der

²⁸⁸ Lenk, Klaus, 1979, S.235

²⁸⁹ von Alemann, Ulrich; Keuneke, Susanne; Vowe, Gerhard; Weiß, Ralf, 2005, S.5

²⁹⁰ Meyer, Christoph O., 2003, S. 231

Politik der EU zu beschäftigen, sie zu verstehen und anzunehmen. Das Sprachproblem ist dabei gesondert zu behandeln, so bekommt es hier eigenen Raum im Absatz 2.2.3.

Wie bereits zu Beginn angesprochen, ist die Herausbildung einer funktionierenden supranationalen Gesellschaft auch immer von der Akzeptanz des neuen Status und einer Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dieser abhängig.

Kurt Imhof formuliert dazu: „Wenn wir davon ausgehen, daß es sich beim zentralen Wert der Moderne um denjenigen der Demokratie handelt, dann ist damit impliziert, daß Gesellschaften auf sich selbst einwirken können. Um dies zu können, braucht es für die Bürgerinnen und Bürger zwingend einen politischen Begriff von ‚ihrer‘ Gesellschaft und damit die Wahrnehmung eines gemeinsamen politischen Geltungsbereichs und es braucht ein Handlungssystem Politik, das in der Lage ist, über allgemeinverbindliche Entscheidungen in diesem Geltungsbereich Ordnungslücken zu bearbeiten, wenn sich Probleme zwischen Teilbereichen moderner Gesellschaften ergeben.“²⁹¹

Für die Europäische Union, welche durch die Bürgerinnen und Bürger nicht erfahrbar ist, die den Bürgerinnen und Bürgern einen kaum erfassbaren, begreifbaren Status offeriert und die die Probleme in den Teilbereichen moderner Gesellschaften aufgrund der Vielzahl der vereinten Gesellschaften potenziert erfährt, ist eine funktionierende politische Kommunikation die einzige Möglichkeit der Sichtbarmachung von Auseinandersetzungen und des Anstrebens von Lösungen. Mittels realisierter Reziprozität in der politischen Kommunikation, welche eine europäische Öffentlichkeit entschieden fördern würde, könnte den Bürgerinnen und Bürgern zudem die Wahrnehmung der eigenen Interessen seitens der Institutionen der europäischen Union nahegebracht werden. Die Bevölkerungen der einzelnen Nationalstaaten, welche ihre Sorgen und das fehlende Vertrauen in die EU-Politik zuletzt im gescheiterten Ratifizierungsprozess des europäischen Verfassungsvertrages verdeutlichten, könnten durch eine auf einen Dialog bedachte Form politischer Kommunikation seitens der EU ein Gefühl der Verständigung bekommen und das eigene Misstrauen als angenommen erleben.

Für die Legitimation der europäischen Verfassung wie auch für die der europäischen Politik ist die Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger der Schlüssel. Ludger Kühnhardt sagt dazu: „Je mehr die Bürger davon überzeugt sind, daß politische Entscheidungen zu ihrem Wohle wirken oder wirken könnten, desto eher interessieren sie sich für die Frage danach, welcher institutionelle Rahmen zur Optimierung dieses Ziels erforderlich oder nutzbringend wäre.“²⁹²

Die Institutionen der Europäischen Union bemühen sich nach der durch die Ablehnung der europäischen Verfassung in vielen Staaten deutlich gewordene Unsicherheit und

²⁹¹ Imhof, Kurt, 2002, S. 40

²⁹² Kühnhardt, Ludger, 2005, S.3

Unzufriedenheit in bezug auf die Politik der EU um eine direkte und intensivere Auseinandersetzung mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern, auch zu sehen an dem am 1.2.2006 erschienenen Weißbuch der Europäischen Kommission.

Ein Wandel der Selbstdarstellung und eine Realisierung der dafür notwendigen politischen Maßnahmen zur Zuarbeitung des Gemeinwohls, nicht als bloßer politischer Apparat, welcher in erster Linie eigene gefolgt von rein wirtschaftlichen Regularien verfolgt, ist unabdingbar geworden. Die neuformulierten Ziele innerhalb der Kommunikationspolitik legen Zeugnis davon ab. Inwieweit diese und in welchem Umfang diese tatsächlich realisiert werden können und welche Maßnahmen dafür geeignet erscheinen, soll in einer abschließenden Betrachtung erörtert werden.

3.2.1 Die Kommunikationspolitik der EU und ihre (neugesteckten) Ziele

Während der politischen Umgestaltung und Erweiterung der Europäischen Union in den letzten Jahren ist die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht im gleichen Maße aufgebaut und ausgebaut worden.

Mit der Ablehnung der europäischen Verfassung geriet der europäische Einigungsprozess in eine Krise. Die Europäische Union hat sich Mitte Juni 2005 eine einjährige „Denkpause“ im Ratifizierungsprozess verordnet, um die Inhalte der Verfassung öffentlich und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger diskutieren zu können.²⁹³

In dieser Zeit schuf die Europäische Kommission den Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion.²⁹⁴ Sie unterstreicht darin die Notwendigkeit einer Verfassung für Europa und vor allem für die Bürger Europas und verdeutlicht ihr Bedauern, daß es in nächster Zeit ohne grundlegendes Umdenken seitens der europäischen Union nicht zur Ratifizierung des Verfassungsvertrages kommen wird. Der von der Kommission vorgeschlagene Plan D hat die Absicht, die Visionen zur Zukunft Europas auf eine klare Bestandsaufnahme der Visionen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Europas zu stützen. Der Plan D ist nicht nur auf die Zeit der Reflexion begrenzt anzusehen, sondern muß für die Kommission auf Dauer gelten. Die Hauptaufgabe besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern der Nationalstaaten aktiv zuzuhören, ihre Belange anzunehmen und nach Möglichkeit umzusetzen. Nationale Debatten, welche in einigen Mitgliedsstaaten bereits etabliert sind, sind in anderen einzurichten und zu

²⁹³ Weidenfeld, Werner, 2006, S.10

²⁹⁴ Alle folgenden Zitate und Inhaltsangaben entstammen der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“, Vorgelegt in Brüssel, 13.10.2005, abrufbar unter: <http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/a30000.htm> , abgerufen am 13.06.2007

fördern. Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion ist hier ein strukturierter Prozess, um eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union anzuregen. Er sollte in zwei Richtungen verlaufen: Den Menschen sollte anhand konkreter Erfolge und Projekte die Rolle Europas näher gebracht werden, während die EU ein offenes Ohr für die Erwartungen der Bürger im Hinblick auf das künftige Vorgehen haben muß.

Die Diskussionen in den Mitgliedsstaaten müssen strukturiert sein, so daß das Feedback unmittelbare Auswirkungen auf die politische Agenda der Europäischen Union haben kann.

Folgende Themenbereiche können in den Diskussionen u.a. angesprochen werden:

1. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas
2. Die Wahrnehmung Europas und seiner Aufgaben
3. Die Grenzen Europas und Europas Rolle in der neuen Welt

Die Anregung der Diskussionen können mittels Besuchen der Kommissionsmitglieder in den Mitgliedsstaaten als auch in den nationalen Parlamenten erfolgen. Auch die Einrichtung bürgerfreundlicher Vertretungen sowie die Nutzung von Europe-Direct-Zentren²⁹⁵ ist anzuraten. Die Einrichtung eines Europäischen Runden Tisches für Demokratie zum Austausch mit an europäischer Politik interessierten Bürgern ist des Weiteren anstrebenswert. Als Grundlage wird eine funktionierende europäische Öffentlichkeitsarbeit gesehen, diese soll durch Entsendung von „Europäischen Goodwill Ambassadors“²⁹⁶ zu vorhergehend aufgezählten Diskussionsrunden unterstützt werden.

Die Bürgerbeteiligung²⁹⁷ ist anzustreben, im einzelnen wird seitens Plan D um die Förderung eines wirksameren Anhörungsverfahrens ersucht, die Unterstützung europäischer Bürgerprojekte wird ersucht sowie die Ausgestaltung von transparenteren, effizienteren und dienstleistungsorientierteren europäischen Institutionen. Ferner ist die Wahlbeteiligung zu steigern, was als Schlagwort wie als Ziel nur gravitatisch erscheinen mag.

²⁹⁵ Die EUROPE DIRECT-Informationsstellen fungieren auf lokaler Ebene als Schnittstelle zwischen den Bürgern und der EU. Zur Aufgabe des Netzwerkes gehört eine umfassende Beratungs- und Informationstätigkeit zu Fragen der Europäischen Union und ihrer Politik sowie die aktive Förderung der lokalen und regionalen EU-Debatte. Zudem sollen die Netzwerke die EU-Institutionen bei der Verbreitung von Informationen unterstützen, die auf den lokalen Bedarf zugeschnitten sind. Gleichzeitig soll der Öffentlichkeit ermöglicht werden, den EU-Institutionen Feedback zu geben. Homepage: http://ec.europa.eu/europedirect/visit_us/relays/index_de.htm , abgerufen am 13.06.2007

²⁹⁶ Die „Goodwill Ambassadors“ werden vom Generalsekretär der Europäischen Kommission ernannt. Ihre Aufgabe ist es, die Ziele europäischer Politik öffentlich darzustellen und ihnen zu Öffentlichkeit und Unterstützung zu verhelfen. Im Jahr 200 wurde dieses Ehrenamt zum ersten Mal verliehen und wird seitdem alle drei Jahre von einer anderen, Europa unterstützenden Person des öffentlichen Lebens übernommen. <http://www.coe.int/T/e/Com/press/Ambassadors/default.asp> , abgerufen am 10.06.2007

²⁹⁷ Im Original entspricht dieser Punkt einem Pleonasmus, es heißt: Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben. Um die Selbstverständlichkeit der Bürgerbeteiligung zu unterstreichen, unterschlage ich ihn hier.

Als Mittel der Unterstützung zählt Plan D besondere Eurobarometer-Umfragen, die Schwerpunktverlagerung mittels der Bildung von Zielgruppen sowie die politische Kommunikation im Internet als ein wichtiges meinungsbildendes Diskussionsforum auf.²⁹⁸

Plan D fügt sich ein in den Aktionsplan für Kommunikation über Europa, mit dessen Hilfe die Art und Weise, in der die Kommission der Außenwelt ihre Tätigkeit darstellt, verbessert werden soll sowie in das damals noch angekündigte Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik. Die Entstehung dieser Dokumente wurde von einem schwindenden Vertrauen der europäischen Bevölkerungen in die Politik und die Institutionen der Europäischen Union angetrieben.

Die Eurobarometer-Umfragen²⁹⁹ führten den Institutionen der EU letztendlich Handlungsbedarf vor Augen, demnach die EU die (neuen) Ziele ihrer Kommunikationspolitik ausformulierte.

Das von der europäischen Kommission am 1.2.2006 vorgelegte Weißbuch zur Europäischen Kommunikation legt Zeugnis ab von der Erkenntnis der „Kommunikations“-Kluft zwischen Europäischer Union und den Bürgerinnen und Bürgern Europas.³⁰⁰ Die endgültige Mitteilung der europäischen Kommission an den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 13.10.2005 beschäftigt sich mit Unternehmungen zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union, benannt als ‚Plan D‘. Gefordert wird aktives Zuhören seitens der Organe der EU, ermöglicht werden soll dies durch Diskussionsforen und Plattformen. Kreative und gute Medien- und Öffentlichkeitsarbeit soll gute Politik unterstützen. Dadurch soll seitens der EU eine lebendige Demokratie gefördert werden, welche, so steht es im Weißbuch geschrieben, nur funktionieren kann, wenn die Bürger über aktuelle Entwicklungen informiert sind und im vollen Umfang daran teilhaben können. Natürlich sind die kommunizierten Inhalte von höchster Bedeutung, somit enthält das Weißbuch gleichzeitig einen Appell an ein funktionierendes, den Bürgern nutzenbringendes politisches Programm der EU.

Die Kommunikationspolitik soll nicht mehr eine „Brüsseler Angelegenheit“ sein, sie soll einen Dienst am Bürger leisten können.

²⁹⁸ Diesem Gedanken soll im folgenden dieser Arbeit entsprechender Raum gewährt werden.

²⁹⁹ Seit 1973 gibt die Europäische Kommission in regelmäßigen Abständen eine Meinungsumfrage zu bestimmten Themen in den Ländern der EU in Auftrag. Es werden bestimmte Standardfragen als auch wechselnde zu verschiedenen Themen gestellt. Folgende Themenbereiche werden dabei abgefragt: soziale Lage, Gesundheit, Kultur, Informationstechnologie, Umweltschutz, der Euro, Verteidigung und vor allem die Einstellung der Bevölkerung zur europäischen Einigung, zur Politik und den Institutionen der EU.
http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm , abgerufen am 11.06.2007

³⁰⁰ Hier und im folgenden zitiert aus dem Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik, Brüssel, den 1.2.2006, am 10.06.2007 abrufbar unter: http://ec.europa.eu/communication_white_paper/, heute, am 20.06.2008 abrufbar unter: http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf

Die Bürgerinnen und Bürger Europas üben ihre politischen Rechte in erster Linie in der nationalen Sphäre³⁰¹ aus, so die in dem Weißbuch formulierte Erkenntnis.³⁰² Von der angestrebten Kommunikationspolitik wird erwartet, daß sie diesem Zustand Abhilfe schaffen wird, so soll die EU ihren Platz in der nationalen, regionalen und lokalen öffentlichen Sphäre finden und ausbauen.

Weiterhin wird angestrebt, den Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Interessen auf europapolitischer Ebene sichtbar zu machen und ein Gefühl eigener Einflußnahme auf europäischer Ebene zu bekommen.

Neben der Feststellung des grundsätzlichen Rechts auf Information und freie Meinungsäußerung wurden folgende Grundvoraussetzungen, die es zu beachten und einzuarbeiten gilt, schlagwortartig festgehalten:

1. Einbeziehung: Unter Berücksichtigung der Sprachvielfalt sollen sich alle Bürger über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informieren können. Die Möglichkeit dazu soll ihnen mittels der verschiedensten Kanäle gegeben werden, so sollen Massenmedien und neue Technologien wie das Internet allgemein verfügbar gemacht werden und die Nutzung dieser Kommunikationsmittel der breiten Masse erklärt und ermöglicht werden.
2. Vielfalt: Den verschiedenen Kulturellen Einflüssen und Einstellungen innerhalb der Bevölkerungen der EU muß seitens dieser Rechnung getragen werden.
3. Teilnahme: Den Bürgern muß die Möglichkeit gegeben werden, in einen Dialog mit den Institutionen der EU zu treten, um die große Distanz zwischen der EU-Politik und den Bevölkerungen der Nationalstaaten zu überwinden.³⁰³

Durch stetige Überprüfung der Fortschritte kann eine Modifizierung der Maßnahmen aufgrund der tatsächlich zu verbuchenden Erfolge im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vonstatten gehen. Drei Hauptmaßnahmen werden im Weißbuch bereits formuliert:

1. Die politische Bildung verbessern. Dies ist sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene notwendig.
2. Die Bürger miteinander in Kontakt bringen. Aus einer Kommunikation der Bürger untereinander über politische Themen leitet das Weißbuch der Europäischen Kommission die Bereitschaft ab, sich für gemeinsame Ziele einzusetzen.

³⁰¹ In anderen Teilen dieser Arbeit wurde der Begriff der Gesellschaft oder der Umwelt für Sphäre verwandt.

³⁰² http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, S.4

³⁰³ ebd. S.6

3. Kontakte zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen fördern. Die EU-Institutionen müssen demnach ebenso wie nationale und regionale Regierungsinstitutionen serviceorientierter, offener und zugänglicher gestaltet werden. In erster Linie müssen Bemühungen unternommen werden, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören.³⁰⁴

Die Problematik der mangelnden Berichtserstattung über die europäischen Institutionen und europäischen Themen seitens der nationalen Medien wird benannt. Die Ausweitung und Etablierung neuer Informationstechnologien werden ebenso wie eine Verbesserung der Medienarbeit als Lösungsansätze benannt.

Bezüglich der seitens der Europäischen Institutionen kommunizierten Inhalte sind schwerpunktmäßig die folgenden Ziele zu verfolgen:

1. Europa ein menschliches Gesicht geben: Den Bürgern wird bei der Kontaktaufnahme mit der Europäischen Union Hilfestellung mittels Beispielen zur Erfahrbarkeit europäischer politischer Maßnahme mittels der Herstellung einer Beziehung zum eigenen Lebensumfeld geleistet
2. Die nationale, regionale und lokale Dimension ist zu berücksichtigen. Die Bürger Europas müssen kontinuierlich Zugang zu Informationen von gemeinsamem Interesse haben, um die europäische Dimension allgemein relevanter Themen erkennen zu können. Dazu gehört eine Erörterung europäischer Fragen vor dem nationalen und regionalen Hintergrund unter Einbeziehung gesamteuropäischer Medien und der Fachpresse.
3. Neue Technologien sind zu nutzen. Hier wird das Internet in besonderer Weise als neues Instrument, welches den Debatten der Zivilgesellschaft Raum bietet, herausgestellt.³⁰⁵

Eine effizientere Einbeziehung der Medien in die Kommunikation über Europa soll mit folgenden Mitteln erfolgen:

1. Eine Präzisierung der europäischen Kommunikationspolitik
2. Eine Bereitstellung und Verbesserung der Kommunikationsinstrumente der EU
3. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Vertretern der nationalen Medien
4. Die digitale Kluft soll überwunden werden³⁰⁶

³⁰⁴ http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, S.7f.

³⁰⁵ ebd. S.10

³⁰⁶ Im vergangenen Jahrzehnt sind Informations- und Kommunikationstechnologien, allgemein als IKT bezeichnet, für die breite Öffentlichkeit zugänglich und erschwinglich geworden. Es besteht jedoch nach wie vor eine Kluft zwischen den „Besitzenden“ und

Als Ziel dieser Unternehmungen ist seitens der EU der Gewinn eines klareren Bildes von der öffentlichen Meinung in Europa genannt worden. Dieser Vorgang wird als ein komplexer und vielschichtiger beschreiben, spiegelt er doch die unterschiedlichen nationalen Sichtweisen wider. Als bereits etabliertes Werkzeug der Analyse ist dabei der Eurobarometer, der sich zur wichtigsten europäischen Datenbank entwickelt hat, aufzuzählen. Gleichzeitig werden verschiedene neue sozialwissenschaftliche Projekte sowohl nationaler als auch internationaler Art, aus denen man Aussagen und Empfehlungen für den angestrebten Dialog zwischen europäischen Bürgern und den Regierungsinstitutionen ableiten kann, mit EU-Fördergeldern unterstützt. Die Bildung eines europäischen Meinungsforschungsinstituts auf der Basis gebündelter Ressourcen seitens der Mitgliedsstaaten und der EU, welches Meinungstrends erfassen und zu nicht näher definiertem Zweck auswerten soll, wird angeregt.³⁰⁷

Für die Umsetzung der Programmpunkte ist die Mitarbeit der Mitgliedsstaaten unerlässlich, welche bereits auf europäischer Ebene kommunizieren. Des Weiteren soll sichergestellt werden, daß die EU-Institutionen gemeinsam an einer Verbesserung der Kommunikation arbeiten. Die Dezentralisierung der Kommunikation soll ihrerseits sichergestellt werden und die Mitgliedsstaaten ermutigt werden, den Bürger aktiver als bisher über EU-Themen zu informieren. Da gerade die regionalen Behörden vielfach politische Maßnahmen der EU umsetzen, haben sie gute Voraussetzungen, um mit den Bürgern in einen Dialog zu treten. Auch die Mitarbeit der politischen Parteien, welche einen wichtigen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben, wird angestrebt; sie sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Anregung einer ‚europäischen Sphäre‘ zu leisten. Zudem werden die Organisationen der Zivilgesellschaft miteinbezogen, denen die Aufgabe zukommt, die nationalen Öffentlichkeiten für europäische Themen und Debatten zu sensibilisieren.

Abschließend sind in dem Weißbuch Vorschläge zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu finden, so sollen öffentliche und parlamentarische Debatten über die jährliche strategische Ausrichtung der Politik der Europäischen Kommission sowie persönliche Gespräche zwischen Vertretern der nationalen Regierungen und der europäischen Regierung im Rundfunk übertragen werden. Auch finanzielle Instrumente könnten ein wirksames Werkzeug der Zusammenarbeit sein, der Nutzen dieses Vorschlags ergibt sich direkt aus dem Wortlaut.

den „Besitzlosen“, um Begriffe aus Untersuchungen zur sozialen Ungleichheit zu verwenden. Mehr dazu wird in Kapitel 4 zur politischen Kommunikation der Europäischen Union im Internet folgen. Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NP-05-038/DE/KS-NP-05-038-DE.PDF
³⁰⁷ http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, S.12 f.

Die EU-Institutionen sind dazu angehalten, ihre Politik offener und bürgerfreundlicher zu gestalten und zu kommunizieren, um das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und zudem mehr Unterstützung der europäischen Politik in der Welt zu erhalten.

Die Schlussfolgerung des Weißbuchs formuliert die Information über die Europäische Union und deren Politik als Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger. Die Herausforderung im Bereich der Kommunikation bestehe darin, diesen Austausch sowie den Lernprozeß und den Dialog zu erleichtern.³⁰⁸

Das Weißbuch lege die Herausforderung dar und zeige Bewältigungsmöglichkeiten auf, so das Resümee. Nun seien die europäischen Institutionen, die Mitgliedsstaaten, die lokalen und regionalen Regierungen, die Nichtregierungsorganisationen, die Bürger und sonstigen Beteiligten in Europa dazu aufgerufen, ihre Ansichten dazu zu äußern, wie Kontakte und Kommunikation optimal gestaltet werden könnten.

Diese Meinungen sollen der EU auf dem üblichen institutionellen Wege zugehen, seitens der Bürger per E-Mail oder per Post zugestellt werden und durch eine Bandbreite von Spezial-Eurobarometer-Umfragen analysiert werden.

Aufgrund der vorhergehenden Definition des Öffentlichkeitsbegriffs erscheinen die Forderungen des Weißbuchs gerechtfertigt. Die Maximen, welche sowohl im Dokument Plan D als auch im Weißbuch abgefasst worden sind, beinhalten nur in einem Absatz des Weißbuchs die Problematik der Sprachvielfalt der EU und auch dort werden keine Lösungsvorschläge unterbreitet, sondern nur der Sachverhalt dargelegt: „Ferner wird erneut verstärktes Augenmerk auf die Umsetzung des Rechts der Bürger gelegt, mit den Institutionen in eigener Sprache zu kommunizieren. Die Mehrsprachigkeit ist integraler Bestandteil der Legitimität, der Transparenz und der demokratischen Ausprägung des europäischen Projekts.“³⁰⁹

3.2.2. Die Sprachbarrieren als Herausforderung der europäischen Kommunikationspolitik

Die Sprachvielfalt in Europa umfasst 225 Sprachen, darunter solche, die als erste oder zweite Fremdsprache obligatorisch an den Schulen unterrichtet werden wie die englische oder die französische Sprache, als auch zahlreiche Regional- oder Minderheitensprachen, die teilweise

³⁰⁸ http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, S.14 ff.

³⁰⁹ ebd., S. 8

sogar vom Aussterben bedroht sind wie das Friesische. Aus dieser breiten Palette sind 20 offizielle Amtssprachen der Europäischen Union ausgewählt worden.³¹⁰

Doch auch diese Eingrenzung stellt die Möglichkeiten politischer Kommunikation auf eine harte Probe. Die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit, welche ihre Funktion der Überwachung und Kritik öffentlicher Machtausübung wirkungsvoll und vor allem repräsentativ ausübt, kann nur durch transnationale politische Kommunikation vonstatten gehen. Gleichwohl ist dafür Verständigung die Voraussetzung, welche auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger, sofern es nicht die Kommunikation gleichsprachigen Staaten wie z.B. Deutschland und Österreich betrifft, Sprachkenntnisse voraussetzt. Diese wiederum stehen in direktem Zusammenhang zum kulturellen sowie zum bildungspolitischen Hintergrund eines Staates. Kulturelle Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten der EU gibt es zuhauf, wengleich die Auswirkungen dieser nicht eindeutig definierbar sind.

Christoph O. Meyer bemerkt zu der Problematik der Sprachvielfalt sowie der kulturellen Unterschiede im Hinblick auf die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit:

„Es ist in der Tat richtig, daß die Hälfte der EU-Bürger keine Fremdsprache gut genug spricht, um damit eine flüssige Unterhaltung führen zu können (vgl. Eurobarometer 1999, S. 108). Somit kann erwartet werden, daß die muttersprachliche Aufsplitterung Europas zumindest mittelfristig ein großes Hindernis für die Herausbildung einer pan-europäischen Öffentlichkeit nach dem nationalstaatlichen Muster darstellt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß damit auch eine Europäisierung oder Transnationalisierung öffentlicher Information, Meinungsbildung und Kontrolle ausgeschlossen ist. (...) Die Annahme ist, daß Bürger prinzipiell in der Lage sind, ‚ausländische‘ Sichtweisen und Interessen in ihren Meinungsbildungsprozess einzubeziehen, solange diese nur von den Massenmedien oder anderen Multiplikatoren in der eigenen Sprache vermittelt werden. Eine Argumentation dagegen, der zufolge transnationale Debatten und Verständnis unmöglich sind, solange nicht alle oder die Mehrzahl der Bürger dieselbe Sprache sprechen, bedeutet entweder ethnischen durch linguistischen Essentialismus zu ersetzen oder Bürger ohne weitgehende Fremdsprachenkenntnisse für fremdenfeindlich und begrenzt zu halten.“³¹¹(Dieser schlüssig und ebenso idealistisch anmutenden Ausführung stehen jedoch die mangelhaften Fremdsprachenkenntnisse der weniger Gebildeten, welche sich zudem in einer Nichtnutzung fremdsprachiger Medien niederschlägt, entgegen. Ein Grund dafür ist in der Orientierung der angebotenen Inhalte an den Interessen eines politisch und kulturell interessierten und informierten Publikums zu suchen.³¹²

³¹⁰ Zandonella, Bruno, 2005

³¹¹ Meyer, Christoph O., 2002, S.56

³¹² Siebenhaar, Hans-Peter, 1994, S. 256 ff.

Betrachtet man die Nutzer der wenigen europäischen Medien, findet man eine gut ausgebildete Elite, die zumeist im europäischen Raum beruflich oder geschäftlich tätig ist und diese Informationen für ihre Unternehmungen nutzt. Ein derart selektiertes Publikum ist jedoch nicht das Ziel bei der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit. Die Erschaffung einer solchen fordert die Miteinbeziehung der Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Hintergrund. Für die angestrebte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene ist des weiteren ein besonderer Informationsbedarf festzustellen, welcher nicht allein durch die nationalen Medien gestillt werden kann. Transnationale Massenmedien können diese Aufgabe nur bewältigen, wenn sie die Möglichkeit haben, die benötigten Informationen rezipientengerecht aufzubereiten, d.h. die Information in verschiedenen Sprachen zur Verfügung zu stellen.³¹³ Das grenzüberschreitende Fernsehen jedoch ist an dieser Aufgabenstellung gescheitert, die Ausarbeitung eines europäischen Fernsehprogramms und die gleichzeitige Bereitstellung der Inhalte in verschiedenen europäischen Sprachen warfen unlösbare konzeptionelle und strukturelle Probleme auf.³¹⁴

Eine Übersetzung und Aufbereitung der Inhalte würde in erster Linie von mit der Sprache und Kultur des jeweiligen Landes vertrauten, somit einheimischen Journalisten vorgenommen werden. Vor diesem Hintergrund der Abstimmung auf nationale Nutzungsgewohnheiten lässt sich ableiten, daß diese Informationen auch nach nationalen Gewohnheiten von der Bevölkerung genutzt werden würden, d.h. die Themen nach der Bevölkerung leichter zugänglichen nationalen Themen sortiert im Hinblick auf innerstaatliche Vorgänge in den politischen Kontext eingeordnet würden, wodurch die Verbreitung in einem transnationalen Medium ad absurdum geführt werden würde.³¹⁵

Deutlich wird, daß die Forderung nach einer europäischen Öffentlichkeit sowohl eine direkte an die Herausbildung eines europäischen Mediensystems als auch an eine Erweiterung der jeweiligen nationalen Mediensysteme ist. Bislang legen internationale Medien eine wirtschaftlichen Zwängen folgende internationale Berichterstattung an den Tag, welche wenig geeignet zur Stillung des europapolitischen Tagesbedarfs der Bürger erscheint³¹⁶. Zu bemerken gilt zudem, die Kritik an den berichteten Inhalten außer acht lassend, daß die Überwindung des Sprachproblems in den global publizierten Medien mittels allgemeiner Verwendung der englischen Sprache vonstatten ging.

³¹³ Wessler, Hartmut, 2004, S. 18

³¹⁴ Siebenhaar, Hans-Peter, 1994, S. 271

³¹⁵ vgl. dazu Strohmeier, Gerd, 2007, S. 29

³¹⁶ Abromeit, Heidrun, 2001, S. 87

Dies jedoch kann verständlicherweise nicht pauschal von Bürgerinnen und Bürger verlangt werden. Um an einem politischen Diskurs teilnehmen zu können, braucht es die Möglichkeit, dies zunächst passiv zu tun.³¹⁷ Passivität bedeutet, sich unbeteiligt informieren zu können, ohne größere Anstrengungen wie z.B. Übersetzungen unter Zuhilfenahme von Wörterbüchern tätigen zu müssen und nach Beschäftigung mit den Inhalten Handlungsmöglichkeiten erwägen. Europaweit durchgeführte Umfragen zum Sprachgebrauch der Bevölkerungen der einzelnen Mitgliedsstaaten dienten ausschließlich dem Zweck der Analyse fremdsprachlicher Fähigkeiten, ohne dabei die Bereitschaft zum gleichrangigen oder bevorzugtem Einsatz ausgewählter Fremdsprachen zu erfragen.³¹⁸

Die Problematik der Sprachvielfalt in der Europäischen Union ist somit als essentiell anzuerkennen. Die Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, Sprachen zu erlernen, sind in jedem Fall ausbaufähig, auch wenn anzumerken ist, daß das Erlernen einer fremden Sprache vom sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus nicht nur Annäherungsprozesse zur Folge hat, sondern auch stärkere Abgrenzungs- und Polarisierungstendenzen zur Folge haben kann.³¹⁹ Bei Betrachtung der Fülle der Sprachen ist zugleich eine Bandbreite kultureller Verschiedenheiten festzustellen, welche die Überwindung der Sprachproblematik ungemein erschweren. Weiterhin treten verschiedene soziale Problematiken auf, bildungsferne Schichten, welche eine nur unzureichende Ausbildung aufweisen, weisen teilweise sogar mangelhafte Kenntnisse der Muttersprache auf und sind aufgrund der Defizite in ihrer Ausbildung nicht in der Lage, Fremdsprachen zu erwerben und in diesen zu kommunizieren.

Migrantinnen und Migranten stellen weitere Bevölkerungsgruppen dar, welche die Sprachproblematik als verstärkt divergierenden Faktor erleben.³²⁰

Die Vielsprachigkeit der europäischen Bevölkerung, wenn man die Bevölkerungen der einzelnen Nationalstaaten derart zusammenfassen darf, ist somit nicht mit pauschalen Forderungen an ein europäisches Mediensystem oder dem darüber schwebenden Postulat einer europäischen Öffentlichkeit entgegenzutreten. Sie ist als das anzuerkennen, was sie ist: „...das banalste Faktum ist zugleich das elementarste.(...) Die europäischen Verkehrssprachen, das Englische, weit dahinter das Französische, werden vielleicht einem Drittel der Bevölkerung in den nicht englisch- oder französischsprachigen Ländern leidlich verfügbar sein, aber auch für sie fremde Sprachen bleiben. Die überwiegende Mehrzahl der Europäer kann sich mit der überwiegenden Mehrzahl der Europäer nicht verständigen – daran wird sich allenfalls auf dem

³¹⁷ Kantner, Cathleen, 2004, S.92

³¹⁸ Teetzmann, Doris, 2001, S. 141

³¹⁹ Röben de Alencar Xavier, Wiebke, 2002, S. 203

³²⁰ Wolf, Richard; Reiter, Stefanie, 2007, S.15 ff.

allerelementarsten Niveau in der voraussehbaren Zukunft etwas ändern. Das ist kein ‚technisches‘ Problem, weil es keine ‚technische‘ Lösung dafür gibt. Mit Übersetzerdiensten kann man Regierungskonferenzen arbeitsfähig machen, aber sie können keine Kommunikationsgemeinschaft begründen. Sie sind nichts anderes als Grenzübergänge zwischen partikularen Kommunikationsgemeinschaften“, so beschreibt Peter Graf Kielmansegg diesen Sachverhalt abschließend.³²¹

Peter A. Kraus geht auf die Problematik der Sprachvielfalt folgendermaßen ein:

„...die externe Kommunikation der EU krankt im Ganzen gesehen daran, das der Informationsfluss aus dem Europa der Institutionen in das Europa der Bürger bislang nur geringe Ansätze der Beteiligung vermitteln kann. Es gilt nun zu prüfen, inwiefern dieses Problem auch sprachpolitische Bezüge hat. Wesentlich ist hier der Aspekt der Rückbindung der institutionellen Willensbildung an die kommunikativen Unterbauten, die eine werdende ‚europäische Zivilgesellschaft‘ kennzeichnen. Wie wirkt sich die Sprachenfrage auf die Entstehungsbedingungen einer politischen Öffentlichkeit in Europa aus? (...)Wir wissen im Grunde zu wenig darüber, auf welcher Basis und nach welchen Regeln politische Kommunikation in mehrsprachigen Demokratien funktioniert. (...)“

Schwerer als der institutionelle Diskurs zur Sprachenfrage wiegen wohl die indirekten sprachpolitischen Effekte, die in wichtigen Bereichen transnationaler gesellschaftlicher Kommunikation mit EU-Aktivitäten verbunden sind. Das Dilemma der EU ist ein Dilemma, das das Nebeneinander der expressiven und der instrumentellen Dimensionen von Sprache in einem mehrsprachigen Zusammenhang ganz grundsätzlich mit sich bringt. Die EU ist gezwungen, zu respektieren, daß Sprachen ein wichtiges identitätsstiftendes Moment haben. Doch die technischen Spielregeln der Marktvergemeinschaftung lassen für die politische Artikulation expressiver Motive oft nur wenig Platz.“³²²

Unter Bezugnahme auf die technischen Spielregeln wäre hier der Raum für die Einführung des Internets als einzig in sich mehrsprachige und zudem mit reziproken Kommunikationsmöglichkeiten ausgestatteter Technik geschaffen, eine Fortführung dieses Gedankens findet seinen Platz im folgenden Kapitel. Zunächst ist das Kommunikationsdefizit der europäischen Institutionen aus der Sicht der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu betrachten, auch, um das Potential politischer Kommunikation vor dem Hintergrund der möglichen Reaktionen seitens der Bevölkerung zu beleuchten.

³²¹ Graf Kielmansegg, Peter, 2003, S. 58

³²² Kraus, Peter A., 2004, S. 99 ff.

3.2.3 Die Wahrnehmung des Kommunikationsdefizits aus der Sicht der deutschen Bürgerinnen und Bürger

Die demokratische Legitimation politischer Institutionen erfolgt durch die Willenskundgebung des sich in der politischen Öffentlichkeit selbst konstituierenden Volkes. In den modernen Gesellschaften sind für die zu erbringenden Vermittlungsleistungen zwischen Regierungssystem und Bevölkerung zur Erzeugung politischer Öffentlichkeit die Massenmedien verantwortlich. Die Bevölkerung bezüglich der Informationsbeschaffung über die EU und EU-Politik ist auf die Medien angewiesen. Eine Aufbereitung, Ausweitung und Intensivierung politischer Kommunikation seitens der Europäischen Institutionen ist, wie zuvor dargestellt, unabdingbar. Für das Gelingen politischer Kommunikation, welche auch immer eine Wechselbeziehung in Form einer Reaktion seitens des Publikums, in diesem Falle der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union mit einschließt, sind jedoch auch die wissenschaftlichen Beobachtungen bezüglich der Reaktionen seitens der europäischen Bevölkerungen herauszustellen. Eine kurz zusammengefasste Übersicht der Untersuchungen und der Beurteilung seitens der Wissenschaft über mögliche Resonanzen seitens der Bevölkerungen verdeutlicht die Erfolgsaussichten der Handlungsmöglichkeiten, die sich aus dem Defizit der politischen Kommunikation der europäischen Institutionen ergeben.

Voraussetzungen einer handlungsfähigen europäischen Zivilgesellschaft sind ein hoher Informationsgrad sowie politisches Interesse.³²³ Und um ersteres, so konnte es in den vorhergehenden Absätzen verdeutlicht werden, ist es in der EU noch schlecht bestellt.

Kiran Klaus Patel stellt zu der zweiten Prämisse fest: „Das Verhältnis der Bürger zur EU ist primär ein Nicht-Verhältnis geblieben. Im antiken Griechenland hätte man von einem ‚Adiaphoron‘ gesprochen, einem Mittelding, das weder angenehm noch unangenehm, weder lobens- noch tadelnswert ist, zu dem man sich gleichgültig verhält. Anders kann man auch die Ergebnisse des Eurobarometers der letzten zehn Jahre nicht lesen. Laut Umfragen würde demnach jeweils die relative Mehrheit der EU-Bürger auf eine Abschaffung der EU mit Gleichgültigkeit reagieren.“³²⁴

Die Ergebnisse einer Untersuchung der deutschen Bevölkerung von Oskar Niedermayer im Jahr 2003 zeigen ähnliche Ergebnisse. So stellt er fest, daß Europa in den gesamten Neunzigerjahren nicht zu den Themenbereichen gehört hätte, denen die deutschen Bürgerinnen und Bürger eine erhöhte Relevanz zugebilligt hätten. Große Veränderungen seien nicht zu erwarten, denn sogar auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen EU und der

³²³ Schieren, Stefan, 2005, S. 44 f.

³²⁴ Patel, Kiran Klaus, 2005, S.26

Bundesrepublik Deutschland aufgrund des zu hohen Haushaltsdefizits 2002 hielt sich die Bedeutung dieses Themas für die deutsche Bevölkerung in Grenzen.³²⁵

Im Kleinen jedoch, in den Grenzregionen z.B. von Elsaß, Lothringen, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz wird durchaus grenzüberschreitend kommuniziert, werden grenzüberschreitende Projekte initiiert, welche Bedeutung nicht nur für die dort ansässige Bevölkerung besitzen. Derartige Beobachtungen legen nahe, daß die Europäisierung von Öffentlichkeit und politischer Kommunikation sowie die daraus letztendlich resultierende Europäisierung der Gesellschaften mittels vieler kleiner grenzüberschreitender Projekte und grenzüberschreitenden Vereinigungen sukzessive funktionieren kann.³²⁶

Europa wird immer wichtiger für die dort lebenden Menschen, immer mehr Regelungen erleichtern den europäischen Bürgern das Leben, von denen sie gerne profitieren, die sie aber häufig nicht als solche wahrnehmen. Die Reisefreizügigkeit, welche das Schengener Abkommen den Bürgern Europas gewährt, wird in den wenigsten Fällen direkt den politischen Errungenschaften der EU angerechnet. Die Politik der Europäischen Union ist für die Bürgerinnen und Bürger nicht erfahrbar, pauschalisierende Schlagworte sowie die Erfahrung der EU-Politik als regulationswütig haben den Ruf der EU in der Bevölkerung nachhaltig geschädigt. Die Ängste der Bevölkerung z.B. die der deutschen bei der EU-Osterweiterung in Richtung Polen sind nicht mittels gezielter Information gelöst worden, dabei wäre eine Stärkung der Kommunikation derartige Problematiken betreffend ein einfaches Mittel, mehr Unterstützung für die EU zu gewinnen.³²⁷

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen das Kommunikationsdefizit der EU in erster Linie auf indirekte Art und Weise wahr: Sie beurteilen die EU-Politik aus einer eher uninformierten Position und mit eher negativem Tenor. Die Auseinandersetzung mit der Politik der EU geschieht in erster Linie auf der nationalen Ebene, eine Beschäftigung auf europäischer Ebene würde einen potenzierten Informationsgrad voraussetzen, den zu leisten die Kommunikationspolitik der EU (noch) nicht in der Lage ist.

Stefan Tobler formuliert dazu: „Damit haben wir es mit einem Trilemma der europäischen Öffentlichkeit zu tun. Es wird ein Öffentlichkeitsdefizit diagnostiziert, weil es ein Demokratiedefizit gibt. Das Demokratiedefizit ließe sich im Fall der Einführung europäischer Referenden nur zum Preis einer Minorisierung von jeweils unterschiedlichen nationalen Staatsbürgern abbauen, die aller Voraussicht nach Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren

³²⁵ Niedermayer, Oskar, 2003, S. 16 f.

³²⁶ Münch, Richard, 2003, S. 215

³²⁷ Pinzler, Petra, 9.6.2005, DIE ZEIT

werden. Mehrheitsentscheidungen sind für unterlegene Minderheiten illegitim, weil es kein ausreichendes europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl und genügend starke Solidaritätsdispositionen unter den Bürgern der europäischen Nationen gibt. Dieses Identitätsdefizit ließe sich in dem Maße abbauen, wie diese Bürger über massenmedial vermittelte europäische Diskurse ein gemeinsames Zusammengehörigkeitsbewußtsein entwickeln würden. Und da diagnostizieren wir eben das Öffentlichkeitsdefizit.“³²⁸

Das Kommunikationsdefizit der EU wird von den Bürgern somit auch noch auf einem weiteren Weg wahrgenommen: sie fühlen sich nicht wahrgenommen, nicht eingebunden und nicht informiert. Die hohe Komplexität des europäischen Systems verwehrt den Bürgern den Einblick, Resignation und Ablehnung sind die Folgen.³²⁹ Das von Kiran Klaus Patel zuvor angesprochene „Nicht-Verhältnis“ ist ein Resultat der nicht an die Multidimensionalität der EU angepaßten Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, welche ihr politisches Engagement daraufhin zurückstellen.

Das Kommunikationspolitik der Europäischen Union steht somit vor der großen Herausforderung, nicht nur mehr Information über und mehr Einblicke in die politischen Prozesse für die Bürger bereitzustellen. Gleichzeitig müssen kommunikationspolitische Reaktionen auf die Sorgen und Nöte der Bürger erfolgen und die Komplexität des europäischen Mehrebenensystems muß, wenn möglich, den Bürgerinnen und Bürgern vereinfacht kommuniziert werden. Zu guter Letzt ist die Schwierigkeit zu erkennen, Verfehlungen in der Vergangenheit durch Intensivierung der heutigen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu lösen, um durch zumindest teilweise erfolgende Zustimmung zu den EU-Erweiterungen ein Solidaritätsgefühl innerhalb der EU zu stärken.

3.3 Schlussbetrachtung zur politischen Kommunikation der Europäischen Union

Die Grundgedanken und Forderungen des Weißbuchs sind durchweg als essentiell anzuerkennen, wenngleich in ihren teilweise trivial formulierten Forderungen eine gewisse Hilflosigkeit mitschwingt. Der Handlungsbedarf ist erkannt und schriftlich niedergelegt worden, mannigfaltige Vorsätze zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage ebenfalls, nun jedoch mangelt es an einem Leitfaden, welche Priorität einem jeden Mittel zukommt und wie vielversprechend sich seine Umsetzung präsentiert. Die mangelnde vertikale Repräsentation durch fehlende Reichweite und Partizipation wird ergänzt durch eine ungenügende horizontale

³²⁸ Tobler, Stefan, 2006, S.121

³²⁹ Detjen, Joachim, 2000

Repräsentation, die der fehlenden Meinungsvielfalt.³³⁰ Nicht die unüberblickbaren, gigantisch anmutenden Institutionen der EU können die Idee einer europäischen Zivilgesellschaft verwirklichen, es sind die Bürgerinnen und Bürger, die von der europäischen Einigung überzeugt sein müssen und in diesem Bewußtsein die Bemühungen, Europa zu einen, mittragen müssen.³³¹

Carl Henrik Fredriksson gibt dazu zu bedenken: „Ohne gemeinsame Identität kein gemeinsames Europa, und ohne eine paneuropäische Öffentlichkeit keine europäische Identität. Eine Öffentlichkeit, in der transnationale Werte, oder - wem dieses Wort besser gefällt - transnationale Praktiken formuliert, geformt und umgeformt werden und aus der überstaatliche politische Institutionen ihre Legitimität schöpfen können. (...) Eine europäische Öffentlichkeit mag eine Voraussetzung für ein vereintes Europa sein, aber Einheit darf nicht mit Gleichschaltung verwechselt werden. Im Gegenteil: Es geht nicht darum, daß Esten so schreiben und denken sollen wie Österreicher oder Schweden, sondern darum, die Vielfalt ernst zu nehmen und anderen Sichtweisen Platz zu schaffen – im Wort und im Gedanken.“³³²

Die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit mittels intensivierter und zielgerichteter politischer Kommunikation ist als Notwendigkeit, aus der letztendlich eine Überwindung des Demokratiedefizits durch erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erfolgen soll.

Die Motivation politischer Partizipation seitens der Bürgerinnen und Bürger hat sich in den vergangenen Jahrzehnten jedoch stark gewandelt. Gleichzeitig liegt die Besonderheit Europas in der Einbindung alter Demokratien, deren politische Mobilisierung einem längeren Entwicklungsprozess der politischen Kommunikation und Etablierung politischer Öffentlichkeit unterworfen war, und neuer Demokratien, bei denen diese Entwicklung im Zeitraffer vonstatten ging und welche wenig Erfahrung mit der ungeheuren Bandbreite freier politischer Informationsgewinnung und Interessensbekundung haben. Es ist somit anzunehmen und entsprechend in die europäische Kommunikationspolitik einzuarbeiten, daß die Muster politischer Beteiligung in der EU seitens alter und neuer Demokratien vermutlich stark divergieren werden.³³³

Das legitimatorische Defizit der Europäischen Union lässt sich von strukturellen Defiziten ableiten, das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit vereinfacht ausgedrückt von den Folgen dieser Defizite, die die Bildung einer europäischen Zivilgesellschaft verhindern. Einer europäischen Zivilgesellschaft, welche gesellschaftsübergreifend und somit transnational

³³⁰ Trenz, Hans-Jörg, 2002, S.197

³³¹ Gasteyger, Curt, 2005, S.524

³³² Fredriksson, Carl Hendrik, 2005, www.eurozine.com

³³³ Barnes, Samuel, 2000, S. 247f.

kommunizierte, wäre die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit inhärent und letztere gleichzeitig Prämisse für die Entstehung einer solchen. Responsivität soll ein Kriterium der Kommunikationspolitik darstellen und gleichzeitig die unterschiedlichen Kompetenzen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und ihrer Beteiligung am europäisch-politischen medial vermittelten Diskurs erkennen und auf sie abzielen. Die Teilnahme am öffentlichen Diskurs in der europäischen Öffentlichkeit, sofern eine solche denn besteht, wird bislang von Eliten wahrgenommen. Elitendiskussionen jedoch, so Ulrich Sarcinelli, machen den politischen Prozess „enttäuschungsanfälliger“³³⁴, d.h., die passiv agierenden Bevölkerungsgruppen neigen bei Erkennung eingeschränkter Veröffentlichungsmöglichkeiten eigener Interessen zu Resignation.

Die bildungsferneren Schichten, welche ein unterdurchschnittliches Interesse bis hin zu ausgesprochener Politikferne an den Tag legen³³⁵, sind durch die Komplexität europäischer Politik und die in nationalen und grenzüberschreitenden Öffentlichkeiten stattfindenden Diskurse auf eine vereinfachende Diskussion, welche bislang von Eliten wahrgenommen wird³³⁶, angewiesen. Zu den Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit gehört die der Komplexitätsreduktion mittels vereinfachender Abbildungen. Grundlage dafür muß jedoch eine transparente, entgegenkommende Vermittlungsleistung sein, welche integer und damit vertrauenerweckend vonstatten geht.

In einer transnationalen Gesellschaft ist Vertrauen in die anderen Mitglieder ein wichtiger Leitfaden der (sozialen) Einigung. Jan Delhey formuliert dazu: „Wenn Vertrauen für nationale Gesellschaften so wichtig ist, dann umso mehr für supranationale Gemeinschaften. Anders als Nationalstaaten können Letztere nur in geringem Umfang auf nicht hinterfragte, ‚mechanische‘ Solidarität der Bevölkerung bauen. Weil geringere moralische Verpflichtungen zu kooperativem Verhalten und wechselseitiger Hilfe bestehen, ist Vertrauen im internationalen Kontext so wertvoll.“³³⁷

So ist zunächst mit einer Verstärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik der Europäischen Union zu beginnen. Informationen zu sämtlichen Unternehmungen müssen der Bevölkerung zur Verfügung stehen und, hier offenbart sich das wahre Ausmaß der Schwierigkeit wie im vorhergehenden Kapitel dargelegt, von den Bürgern genutzt werden.

³³⁴ Sarcinelli, Ulrich, 2005, S. 157

³³⁵ Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006: Gesellschaft im Reformprozess

³³⁶ Nicht anderes, ihre kommunikationswissenschaftliche Einschätzung kritisch zur Kenntnis nehmend geschieht durch die Aufbereitung politischer Inhalte in der „Bild“ Zeitung. Gute ausgebildete Journalisten plakatieren und vereinfachen komplexe politische Inhalte wissentlich und verhelfen nicht zuletzt dadurch Deutschlands auflagenstärkstem Medium zu seinem, wenn auch zweifelhaften, Ruhm.

³³⁷ Delhey, Jan, 2004, S.6 ff.

Es ist festzustellen, daß die Forderung einer europäischen Öffentlichkeit allgegenwärtig und wissenschaftlich überaus fundiert von vielen getragen wird. Auch das Mittel zur Schaffung einer solchen ist allgemein anerkannt, differenzierte, idealerweise auf Reziprozität angelegte politische Kommunikation. Diese soll eine Annäherung zwischen Union und Bürgern herbeiführen, die Unsicherheiten und Zweifel sollen ausgeräumt und eine breite Basis der Unterstützung geschaffen werden. Innere Übereinstimmung, wechselseitiges Vertrauen, gleiche Weltsicht und ein Sich-Einfügen in eine Gemeinschaft mit dem Willen zu dem Dasein in dieser Gemeinschaft, all diese sind die langfristigen Ziele der Kommunikationspolitik.

Die Problematik des Fehlens transnationaler Medien wurde angesprochen und soll im folgenden auf die Möglichkeiten, die das Internet als supranationales Medium bietet, untersucht werden. Die Sprachvielfalt, als unlösbar beschrieben, ist als weiteres womöglich durch das Internet zu bearbeitende Angelegenheit großen politischen Interesses zu untersuchen.

4. Das Internet als Mittel politischer Kommunikation in der Europäischen Union?

Medien sind, wie zuvor dargelegt, in den (post)modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften das zentrale Vermittlungsorgan zwischen Politik und Publikum. Medien sollen politische Ereignisse möglichst wirklichkeitsgetreu abbilden und mit diesem Vermittlungsauftrag für Transparenz in den politischen Prozessen mitverantwortlich sein. Hans-Jörg Trenz zu den Bedingungen dieser Prozesse in der Europäischen Union: „Unter den Bedingungen des dynamischen Mehrebenenregierens in der EU ändert sich der normative Vermittlungsauftrag an die Medien. Neben der Objektivität der Berichterstattung in der Sachdimension geht es nun auch um Vermittlungsleistungen innerhalb der Sozialdimension bzw. um die Herstellung der Subjektivität des zugrundegelegten Kollektivs.“³³⁸

Das europäische Kollektiv wiederum besitzt vielschichtigste sprachliche, kulturelle und politische Charakteristika, welche die Komplexität bis ins Unendliche erhöhen.

Wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt, krankt ein funktionstüchtiges, supranationales Öffentlichkeit schaffendes europäisches Mediensystem an unterschiedlichen Problemstellungen der nationalen Orientierung der Rezipienten mit Einflussnahme auf die Medien, der Sprachproblematik oder der Unübersichtlichkeit der EU, um nur einige Schwierigkeiten zu nennen. Gleichzeitig gilt die Forderung nach politischer Öffentlichkeit als absolute mit der Tendenz, Transparenzansprüche zu maximieren.³³⁹

Das Internet, ursprünglich ein durch die amerikanische Informationstechnologie für zunächst militärische Zwecke entwickeltes Kommunikationsmedium, hat sich durch sein besonderes Kommunikationspotential des Versands textlicher, bildlicher und akustischer Mitteilungen innerhalb von Sekundenbruchteilen ohne technischen Aufwand für die Absender zu einem Universalmedium mit vielen neuen Möglichkeiten für Wirtschaft, Politik und Demokratie entwickelt.³⁴⁰

Wichard Woyke dazu: „Technologisch gesehen vereint das Internet unterschiedliche Medien zu einem Medienverbund, wodurch nicht nur traditionelle Medienmerkmale wie synchrone und asynchrone Kommunikation auf einem Medium vereint sind, sondern auch völlig neue Medienmerkmale wie mediengestützte interpersonelle Interaktion in bisher nicht bekannter Qualität ermöglicht werden.“³⁴¹

³³⁸ Trenz, Hans-Jörg, 2005, S. 100

³³⁹ Im kritischen Kontext: Neidhardt, Friedhelm, 2006, S. 49

³⁴⁰ Ehalt, Hubert Christian, 2002, S. 7 ff.

³⁴¹ Woyke, Wichard, 1999, S. 5

Vor dem Hintergrund steigender politischer und gesellschaftlicher Komplexität, gerade in der Europäischen Union, ist die Diskussion um das demokratische Potential des Internets höchst aktuell. Die Idee eines digital vermittelten aktiven Pluralismus mit neuen Impulsen für die kulturell übergreifende Demokratie entspringt der reziproken Komponente des Internets. E-Gouvernement (virtuelles Regieren), E-Democracy oder digitale Demokratie gelten als Hoffnungsträger der Rückgewinnung politischen Interesses und politischer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in den hochkomplexen politischen Regierungssystemen.³⁴²

Hier stellen die Effekte des Internets den Interessensschwerpunkt, während, neben der Untersuchung des Internets³⁴³ als Gegenstand von Politik, z.B. die Unterwerfung des weltweiten Datenflusses unter nationale Gesetzgebungen, die Abgrenzung des Politischen innerhalb des Internets, die Entstehung politischer, nicht ‚von oben‘ initiiertes Diskussionen einen weiteren Schwerpunkt aktueller Forschung zur Netzkommunikation darstellt.³⁴⁴

Die Vielzahl der Ländergrenzen ignorierenden Kommunikationsforen, die Simplizität der Partizipation und die Unmöglichkeit wirksamer Zensur machen das Internet zu einem enthusiastisch als „ideal“ bezeichneten Medium politischer Kommunikation in komplexen politischen Mehrebenensystemen, welches wirksam dem Desinteresse und der vielerorts diagnostizierten Politikverdrossenheit entgegenwirken kann. Im Hinblick auf die Entstehung einer europäischen Gesellschaft, bestehend aus europäischen Bürgerinnen und Bürgern bietet das Internet mit seinen kulturell übergreifenden Kommunikationsmöglichkeiten wahrhaftes Potential. Die Fragen, die im Zusammenhang mit der computervermittelten Kommunikation zu politischen Themen und den Folgen für demokratische Prozesse und demokratisches Erleben sowie für transnationale Gemeinschaftsbildung auftreten, sind mannigfaltig. Zahlreiche Untersuchungen des Verhältnisses von Internet und Politik, ob aus politikwissenschaftlicher Perspektive so durch Wichard Woyke³⁴⁵, Winand Gellner und Fritz von Korff³⁴⁶ oder durch Hans J. Kleinsteuber³⁴⁷ sowie aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive durch Lutz

³⁴² Siedschlag, Alexander, 2002, http://amor.cms.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup_sota.pdf

³⁴³ Umfassender wäre von Informations- und Kommunikationsmedien zu sprechen, da zu den unter dem Begriff „Internet“ zusammengefassten Komponenten auch die interne und externe Computer Onlinenetzwerke sowie Multimediatechnologien, die wiederum andere Medien wie z.B. das Fernsehen integrieren können. (Kamps, Klaus 1999, S. 7) Der Begriff des Internets wird im Folgenden vereinfachend verwendet, eine Übersicht der verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten verdeutlicht die Komplexität.

³⁴⁴ Zur Abgrenzung der drei Lesarten der Beziehung zwischen Politik und Internet: Hofmann, Jeanette 1998, <http://duplox.wzb.eu/texte/amh/index.html>

³⁴⁵ Wichard Woyke untersucht 1999 in seinem Sammelband „Internet und Demokratie“ das Potential des Internets zu einer neuen Erweiterung politischer Bildung und der Anregung politischer Partizipation.

³⁴⁶ Winand Gellner und Fritz von Korff widmen ihren 1998 erschienenen Sammelband ebenfalls dem Partizipationspotential, lenken ihren Blick durch empirische Untersuchungen auch auf die repräsentativ-demokratischen Veränderungsmöglichkeiten des Internets.

³⁴⁷ So untersucht Hans J. Kleinsteuber, 2001 die Euphorie und die Ernüchterung in bezug auf die „demokratische Technik“ und den „technischen Staat“.

M. Hagen³⁴⁸, Klaus Kamps³⁴⁹, Irene Neverla³⁵⁰ oder Urs Dahinden³⁵¹, um nur einige zu nennen, widmen sich dem partizipativen Potential des Internets und seinem Einfluß auf politische Wissensbildung bis hin zu realer Teilhabe im Internet. Umfassende Untersuchungen des Internets, der gesellschaftlichen und politischer Veränderungen sowie der Zukunftsaussichten beinhaltet die Triologie von Manuel Castells zur Netzwerkgesellschaft.³⁵² Im Hinblick auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit nach der Vermittelbarkeit von Unionsbürgerschaft durch politische Kommunikation im Internet sind zunächst die Kommunikationsmöglichkeiten und -räume des Internets aufzuzeigen. Eine daran anschließende Gegenüberstellung des kommunikativen Potentials des Internets zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit gegenüber anderen Medien wird von einer Überprüfung der Theorien zu den öffentlichkeitsbildenden und integrierenden Fähigkeiten des Mediums Internet ergänzt. Im Anschluß daran ist eine anschauliche Überprüfung der kritisch ausgewählten Hypothesen notwendig. Durch die Abbildung der kommunikationspolitischen Unternehmungen der EU im Internet und die das Potenzial für nicht regierungsinitiierte Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger zu (europa)politischen Belangen auf den Kommunikationsplattformen im Netz wird anhand einer detaillierten Analyse der Internetnutzung in Deutschland unter Beachtung der Nutzerstruktur und des politisch-mobilisierenden Potentials eine Beurteilung der Chancen politischer Kommunikation im Internet zu europäisch-bürgerschaftlichen Themenstellungen und dem Partizipationsverhalten seitens der (deutschen) Nutzerinnen und Nutzer ausgearbeitet.

4.1 Grundzüge des Internets unter der Prämisse politisch-demokratischen Nutzens

Von Beginn der achtziger Jahre an wurde das Medium Internet als die Demokratie wiederbelebend und bürgerliche Partizipation remotivierend beurteilt. Durch seine Entwicklung zu einem von Massen genutzten Medium rückte das Internet von 1990 an in den Fokus sozial- und politikwissenschaftlicher Untersuchungen im Hinblick auf die zu erwartenden (positiven) Veränderungen des Rezipientenverhaltens. Die Möglichkeit, nach technischen Vorleistungen, unbegrenzte Information zu frei auswählbaren Inhalten abzurufen,

³⁴⁸ Lutz M. Hagen untersucht 1998 in seinem Sammelband den Nutzen von Online-Medien und jeder Form ihrer Anwendung unter kommunikationswissenschaftlichen Gesichtspunkten des Medienkonsums

³⁴⁹ So untersucht Klaus Kamps 2000 das öffentlichkeitsbildende Potential des Internets kritisch.

³⁵⁰ Irene Neverla beleuchtet 1998 die Möglichkeiten der Online-Kommunikation umfassend.

³⁵¹ Urs Darhinden stellt 2000 das Internet den „alten“ Medien gegenüber.

³⁵² Die 1996 bis 1998 im Original erschienene und 2001 ins Deutsche übersetzte Triologie zum Internet und seinen gesellschaftsprägenden Eigenschaften gilt bis heute als Meilenstein.

an Informationsaustausch und Diskussionen mit anderen Nutzern weltweit teilnehmen zu können, führte zur euphorischen Vision eines neuen Zeitalters athenischer Demokratie auf einer virtuellen Agora.³⁵³ Das Internet wurde dabei zum Thema aller Dimensionen des Politischen.

Neuartige Handlungsmuster impliziert das Internet zunächst auf Regierungsebene. Politik (als policy) wird für das Internet gemacht.³⁵⁴ Neben der elektronischen Verwaltungsmodernisierung, welche den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, Formulare online auszufüllen und zu versenden oder den aktuellen Stand ihrer Reisepassbestellung bequem online abrufen zu können, benennt der Begriff des „E-Government“ auch den der Bürgerpartizipation im Netz. Den Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen gibt das Internet die Gelegenheiten, den Bürgerinnen und Bürgern neue Optionen zur elektronisch vermittelten Willensbekundung an die Hand zu geben.³⁵⁵ Durch umfassende Informationsbereitstellung, interaktiven Informationsaustausch sowie den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern seitens der Regierenden z.B. in Foren³⁵⁶ oder Chats³⁵⁷ können politische Willensbildungsprozesse aktiviert und unterstützt werden. Die Möglichkeit elektronischer Wahlen wird ebenfalls erwogen, mit dem Ziel, durch den Ausbau direkterer Kommunikationsmöglichkeiten erneut Anreize verintensivierter Partizipation zu schaffen.

Politik (als politics) sucht durch diesen Versuch der Kontaktaufnahme, welche einen Machtzugewinn nach sich ziehen kann, Einfluß zu erreichen. Die dritte Ebene ist letztlich die Frage nach der Netzpolitik (als polity), der Einflussnahme seitens der Regierenden sowie nach der „Freiheit“ im Internet.³⁵⁸

Die Multioptionalität des Internets benennt jedoch auch weitere, nicht von Seite der Regierenden initiierte Anreize politischer Partizipation. Das „Webben“³⁵⁹ wird bereits als vierte Kulturtechnik benannt, welche zwar zudem bekannte Kulturtechniken wie z.B. sinnentnehmendes Lesen benötigt, selbst jedoch notwendig für die Auswahl, die Bewertung, den Vergleich und die kritische Überprüfung ist.³⁶⁰

³⁵³ Kersting, Nobert, 2004, S. 16

³⁵⁴ Leggewie, Claus; Bieber, Christoph, 2001, S. 37

³⁵⁵ Loring, Wolfgang H., 2004, S. 24

³⁵⁶ Ein Internetforum ist, dem ursprünglichen Forum gemäß, ein elektronischer (Markt-)Platz zum virtuellen Austausch von Informationen, Meinungen und Erfahrungen mit Archivierungsfunktion

³⁵⁷ Ein Chat ist eine elektronische Unterhaltung im Internet, meist in Schriftform.

³⁵⁸ Leggewie, Claus; Bieber, Christoph, 2001, S. 37

³⁵⁹ 1. elektronische Post versenden und empfangen, 2. Informationen nach Interessenschwerpunkten auswählen, 3. in direkten Kontakt mit anderen Nutzern treten („Chatten“), 4. Publikation eigener Information, 5. gezieltes Arbeiten im Internet

³⁶⁰ Morawietz, Holer, 2004, S. 210

So bestehen im Netz unterschiedliche, seitens Stiftungen³⁶¹, Universitäten³⁶² oder Verbänden³⁶³ bereitgestellte Plattformen zu national- bis globalpolitischen Themenstellungen, die zur Vertiefung des Kenntnisstandes je nach Interessenschwerpunkt einladen. Neben reinen Online-Magazinen z.B. zu europapolitischen Themen³⁶⁴ bieten auch die Onlineausgaben bekannter politischer Nachrichtenmagazine³⁶⁵ durch die Bereitstellung von Diskussionsforen zu ihren Artikeln Möglichkeiten der Informationsgewinnung und des Informationsaustauschs zu politisch und gesellschaftlich relevanten Themen.

Auch seitens der Bürgerinnen und Bürger selbst ist durch die unmittelbare Möglichkeit des Austauschs oder, auf den bereitgestellten Plattformen³⁶⁶, der Veröffentlichung eigener Standpunkte eine Veränderung politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu beobachten, allerdings ist aus dieser Darstellung keine unmittelbar höhere Partizipationsmotivation ableitbar.

Ulrich Weiß definiert in seiner politikphilosophischen Reflexion des Internets: „ Die Argumente für die Verwendung des Netzes sind funktionaler Art. Potentielle Informationsuniversalität: Jeder, der Information ins Netz gibt, kann damit Dutzende Millionen von Empfängern erreichen. Der grenzüberschreitende Charakter der zirkulierten Information: Das Netz sprengt die Beschränkung auf eine Gruppe von Adressaten auf, es ist transnational, transkulturell und so weiter. Die Schnelligkeit des Informationsübermittlung; die Aushebung der Beschränkung auf passive Rezeption durch die Adressaten und die Eröffnung einer kommunikativen interaktiven Dimension.“³⁶⁷

Wie diese Eigenschaften im Detail aussehen, ob die Herausbildung einer neuen, reziproken Öffentlichkeit im Internet in der gewünscht demokratisch-partizipatorischen Weise entstehen kann und welche Hypothesen und Theorien dieser Evolution sich bewahrheiten und einen Nutzen für die Europäische Union und ihr Ziel einer europäischen Zivilgesellschaft mit europäischen Bürgerinnen und Bürgern bieten soll im folgenden dargestellt und überprüft werden.

³⁶¹ So die Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.fes.de/sets/s_fes_d.htm

³⁶² So das Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilian-Universität München, auf dessen Website aktuelle Forschungsberichte und Essays zum Download bereitstehen: <http://www.cap-lmu.de/cap/index.php>

³⁶³ Wie die des Berliner Vereins für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.: <http://www.vip-ev.de/>

³⁶⁴ Z. B. <http://www.eurozine.com/>

³⁶⁵ So stellt der Spiegel ein eigenes Forum bereit: <http://forum.spiegel.de/>

³⁶⁶ So ist z.B. auf der website <http://www.armesdeutschland.net/> ein reger Austausch der Verfehlungen von Regierenden sowie Prognosen des weiteren Absturzes zu beobachten

³⁶⁷ Weiß, Ulrich, 1998, S.28

4.1.1 Kommunikationsräume des Internets

Bei der Suche nach einer Definition des Internets trifft man auf zwei Darstellungen, von welcher eine die Vorstellung des „Information Superhighway“ beinhaltet, ein Begriff, der von Al Gore 1993 in einer Regierungserklärung geprägt wurde und bei kritischer Betrachtung wenig Substanz beinhaltet und sich als Metapher eines einfach zu handhabenden Mediums mit immer rapiderer Ausbreitung und Einbindung offenbart.³⁶⁸

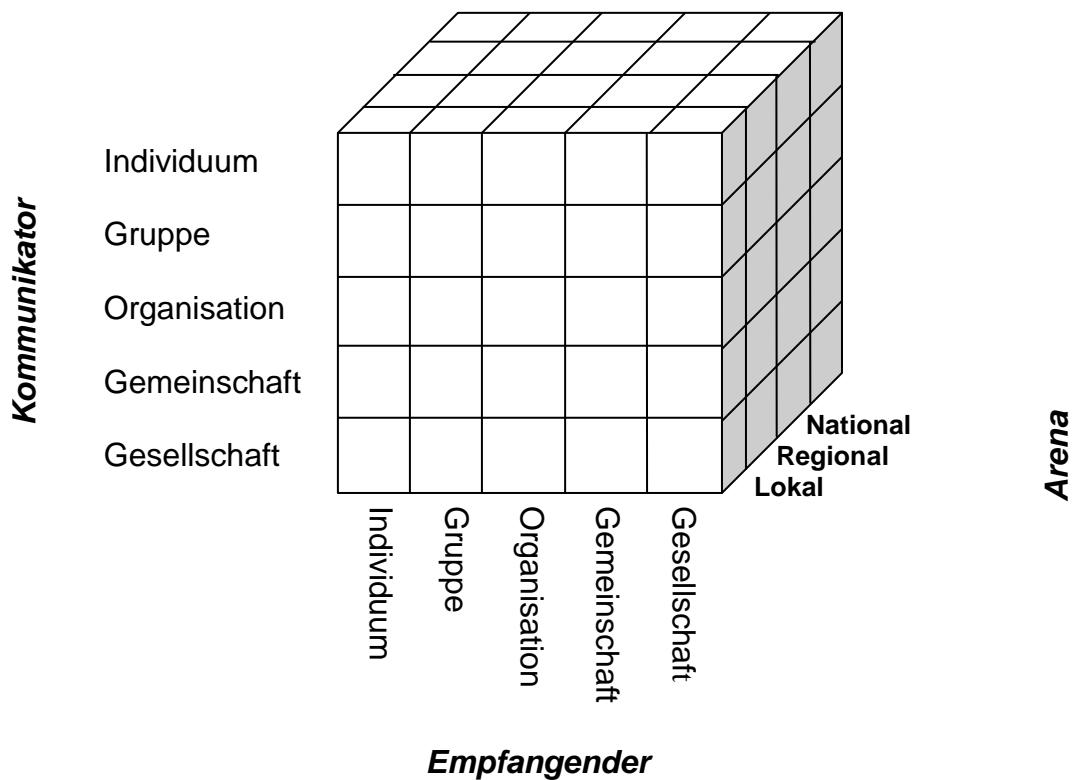
Die zweite Beschreibung ist die eines „Netzwerks der Netzwerke“, Geflechte von Nutzern, welche sich in übergreifenden Netzwerken zu dem Netz, dem Internet formiert und die dem TCP/IP, dem Transmission Control Protocol/Internet Protocol unterliegen.³⁶⁹ Besonders an diesen Metaphern ist die unterschiedliche Darstellung der Struktur, während die Datenautobahn eine Richtungsvorgabe zumindest erahnen lässt, erscheint das Netzwerk der Netzwerke in seiner Unübersichtlichkeit chaotisch.

Wie einleitend dargestellt, ist die Angebotspalette (politischer) Information der Internets schier unendlich. Jeder Rechner kann mit jedem beliebigen anderen Rechner kommunizieren, diese dezentrale Eigenschaft des Internets fördert die Unüberprüfbarkeit des Rezipientenstamms sowie die der Kommunikatoren. Bei der Überprüfung der Vision einer europäischen Internetöffentlichkeit verdeutlicht das folgende Modell der Ebenen interkultureller Kommunikation die Komplexität der Kommunikationsbeziehungen und der einzelnen Netzwerke, die in einem europäischen Netzwerk formiert sind bzw. wären.

³⁶⁸ Eine ausführliche Dekodierung der Metapher findet man in: Bühl, Achim 1997, S. 23 ff.

³⁶⁹ Kammerl, Rudolf 2005, S. 24f.

9. Ebenen und Arenen der Kommunikation ³⁷⁰



Die Dreidimensionalität des Modells lässt die Unüberschaubarkeit bis hin zum Informationschaos deutlich hervortreten. Die ‚Halbwertszeit‘ von weblinks³⁷¹ und Websiteinhalten ist hinlänglich bekannt. Bei einer Internetressource geht man von einer durchschnittlichen Präsenz von vier Jahren aus. Die ununterbrochene Erneuerung und Erweiterung begründet die prozesshafte Struktur des Internets, welche durch Fußnotenverlinkungen nicht nur die Information im Detail auf jede Quelle herunterbrechen kann, sondern zudem durch Querverweise eine neue, derart gestaltete Informationsquelle einbinden kann.³⁷² Für kommunikative und bildende Prozesse im Internet bestehen für die Nutzerinnen und Nutzer jedoch nicht nur die Auswahlmöglichkeit von einer oder mehreren Ebenen, auf denen sie sich bewegen möchten, die Auswahl der Kommunikationsform, der Art und Weise der Netznutzung und der Beteiligung bietet ebenfalls mannigfaltige Möglichkeiten. Eine folgende Darstellung der Kommunikationsmöglichkeiten im Internet gibt einen Überblick dieser Vielfalt.

³⁷⁰ Rosengren, Karl Erik, 2002, S. 38

³⁷¹ Ein Weblink ist eine Verbindung zu einer anderen Website, dementsprechend ist eine Verlinkung eine Verbindung zwischen zwei oder mehr Internetseiten

³⁷² Bieber, Christoph 1999, S.60

10. Kommunikationsformen im Internet ³⁷³

BEREICH DES INTERNETS	ZEIT	MEDIEN-INHALT	TEIL-NEHMER-STRUKTUR	GRAD DER ÖFFENTLICHKEIT	ANALOGIE	MEDIEN-TYP
World Wide Web	asynchron	multimedial	Masse (1-m)	hoch	Monolog	Massenmedium
Usenet, News-groups*	asynchron	Text	Gruppe (m-m)	mittel	Diskurs (Polylog)	Gruppenmedium
Chat	synchron	Text	Gruppe (m-m)	mittel	Diskurs (Polylog)	Gruppenmedium
Weblog	asynchron	In erster Linie Text, aber auch multimedial	Wahlweise Gruppe(1-m) oder Masse (1-m)	Abhängig v. Teilnehmerstruktur tief bis hoch	Monolog mit der Anlage zum Diskurs (Polylog)	Gruppenmedium
MUD*	synchron	multimedial	Gruppe (m-m)	mittel	Diskurs (Polylog)	Gruppenmedium
E-Mail	asynchron	Text	Individual (Gruppe, Masse)	tief	Dialog	Individualmedium

* virtuelle Diskussionsforen im Internet zu unterschiedlichsten Themengebieten, von der Singlebörse bis hin zu Foren für den medizinischen Austausch unter Senioren ist alles vertreten

**Multi-User Dungeons, ein Rollenspiel auf einem zentralen Server, auf den sich mehrere User gleichzeitig einloggen können

Die genannten Kommunikationsmöglichkeiten existieren im Internet nicht nur zu praktisch jedem Thema, sondern zudem in nahezu allen Sprachen. Für den europäischen Raum allein verdeutlicht die Vielzahl, zu sehen an den Endungen der Internetadressen, der sogenannten Domains, wie den Domains des praktischen Lebens (.com, .eu, .org, .net, .edu) und den spezifischen Länderdomains (.de, .fr, .it, um nur einige zu nennen) die ungeheure Menge der Informationsbereitstellung.³⁷⁴ Allein unter der Prämisse politisch-partizipativer Inhalte und Nutzungsinteressen seitens der Bürgerinnen und Bürger wird die Problematik der Internet-Öffentlichkeit bzw. der Teilöffentlichkeiten, die diese in der Realität konstituieren, relevant. Eine weitere Besonderheit des Internets stellt sich bei dieser Betrachtung dar, die des vom Nutzenden selbst zu wählenden Verzichts auf gatekeeper, vorselektierende und Information

³⁷³ Dahinden, Urs, 2000, S. 242 mit eigener Ergänzung

³⁷⁴ Vgl. Hepp, Andreas, 2004, S.263

aufbreitende Journalisten. Während die Umgehung dieser sowohl als die freie Meinungs- und Willensbildung unterstützend angesehen werden kann, mangelt es an einer Reduktion der Unüberschaubarkeit, und eine Gliederung nach Relevanz fehlt vollkommen. Die Vielfältigkeit der Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten im Internet trägt auch immer die Sorge vor einem Zerfall der Öffentlichkeit in viele Teilöffentlichkeiten unterschiedlicher Nutzergruppen in sich, deren Kommunikationsräume mehr oder minder durchlässige Grenzen aufweisen können. Von der Internetöffentlichkeit zu sprechen, ist problematisch, sind die öffentlichkeitsbildenden Leistungen der Kommunikationsmöglichkeiten im Internet doch in Wirkungsweise, Partizipanten- und Rezipientenauswahl mehr oder weniger selektiv bis fragmentierend und erfordern so besonderes Augenmerk in ihrer Anwendung.

Für politische Prozesse bietet die dezentrale Struktur des Internets eine Bandbreite an Kommunikationsmöglichkeiten und -räumen. Schon früh wurde bei der Betrachtung des damals neuen Mediums die Idee elektronischer Demokratie und Partizipation in der Forschung verankert. Neue Kommunikations- sowie Koordinationsformen bildeten sich aus und wurden zur politischen Zielbildung verwandt. Die Ausweitung des Wahlkampfs auf elektronische Plattformen ist nur ein weiteres Beispiel des Weges zu elektronischer Demokratie bzw., wie es nun aus den USA benannt wird, zu digitaler Demokratie.³⁷⁵

Nicht nur die Bereitstellung und Verbreitung politischer Plattformen und politischer Information im Internet seitens der Regierenden, gezielte Ansprache der Bürgerinnen und Bürger sowie die Anregung eines direkten Austauschs zwischen politischem System und Regierten liegt der Vorstellung digitaler Demokratie zugrunde, auch der idealerweise interessensgetriebene Austausch der Bürgerinnen und Bürger untereinander, die räumliche Beschränkungen nivellierende übergreifende Diskussion von Inhalten und die Vertiefung des eigenen Wissens durch den Austausch mit anderen sind als Ziele funktionierender demokratisch-partizipativer Prozesse im Internet, aus denen eine digitale Demokratie resultierte, dieser inhärent.

Hans J. Kleinsteuber verdeutlicht die „Elektronisierung“ des idealtypischen demokratischen Prozesses, beginnend mit dem informierten, sich über politische Themen austauschenden Bürgers, der Impulse in politische Prozesse einbringt bis zu den die Impulse weitertragenden, diskutierenden und umsetzenden Politikern und Regierenden in einem Schema, welches sowohl den Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger als auch den der Politik beinhaltet und mit Beispielen illustriert.

³⁷⁵ Siedschlag, Alexander; Rogg, Arne, Welzel, Carolin, 2002, S.10

11. Das Internet im politischen Prozess ³⁷⁶

	BLICKWINKEL DER BÜRGER	BLICKWINKEL DER POLITIK
Information	<p>Abruf politischer Nachrichten</p> <p>Beispiel: politik-digital.de.</p> <p>Abruf der Online-Ausgaben politischer Nachrichtenmagazine wie z.B. spiegel.de</p>	<p>Angebot politischer Akteure</p> <p>Beispiel: bundestag.de. Virtuelle Parteizentralen, welche sowohl frei zugängliche als auch rein für Mitglieder konstituierte Portale bereitstellen</p>
Diskussion	<p>Gespräche über Politik</p> <p>Beispiel: Politisches Diskussionsforum bei Telepolis, Politiker- und Parteihomepages.</p> <p>Diese kommunikative „Auslagerung“ von den politischen Akteuren hat entlang der auf den Partei-Websites diskutierten Themen zu der Konstitution eines dauerhaften politischen Diskurses mit wechselnden personellen Konstellationen geführt und stellt somit ein Beispiel der Anregung aktiver politischer Beteiligung dar, wenn auch fraglich bleibt, inwieweit diese Auseinandersetzungen tatsächlich einen Platz in der Entscheidungsfindung einnehmen.³⁷⁷</p>	<p>Gespräche mit der Politik</p> <p>Beispiel: Online-Chats mit Politikern über Parteiportale, hervorgegangen aus den meist schnell überfüllten Online-Gästebüchern, in denen zeitweise ein politischer Diskurs zwischen Regierten und Regierenden bestand. Auch parteiinterne Themen können diskutiert werden, was zu einer Homogenisierung der parteilichen Ziele führen und damit die Glaubwürdigkeit der politischen Vertreter im Prozess erhöhen kann.</p>
Partizipation /Aktion	<p>Kampagnen im Netz</p> <p>Beispiel: Genfood-Kampagne von Greenpeace.</p> <p>Auch andere, direktere Formen des Online-Protest, wie z.B. Online-Sit-Ins sind möglich, wie der Gruppe „etoy“, Als Reaktion auf die Ende 1999 erfolgte Abschaltung der Webpräsenz der Künstlergruppe etoy durch den Spielzeugversand eToys entwickelte eine Community von Netzaktivisten um die US-amerikanische Künstler- und Aktivistengruppe RTMark den etoy-Solidaritäts-Fond und die Toywar-Plattform, deren erklärtes Ziel es war, die Firma eToys zu zerstören. In den folgenden Wochen griffen Aktivisten die Website von eToys mit verschiedenen Mitteln (z.B. virtuelle Sit-Ins)</p>	<p>Debatte über Gesetzgebungsvorhaben</p> <p>Beispiel: Novellierung der Datenschutzgesetzgebung.</p> <p>Die unbegrenzte Informationsbereitstellung und die Möglichkeit permanenter Aktualisierung des Entscheidungsstandes kann deliberative partizipative Ziele unter der Prämisse stetiger Transparenz in unmittelbare Nähe rücken.</p>

³⁷⁶ Kleinsteuber, Hans J., 2001, S. 18, eigene Ergänzungen und Ausführungen

³⁷⁷ Vgl. Leggewie, Claus; Bieber, Christoph, 2001, S. 39

	an, die für den darauffolgenden hohen Wertverlust der eToys-Aktien verantwortlich gemacht wurden. Die Toywar-Website war ein symbolisches Schlachtfeld, ein Online-Solidaritäts-Spiel. ³⁷⁸	
Interaktion (Wahlen)	Meinungsumfragen Beispiel: Umfragen der Europäischen Kommission	Wahlen im Netz Beispiel: Studierendenparlament in Osnabrück. Die Verbesserung kryptographischer Programme nährt die Vision einer digitalen Stimmabgabe auch bei Wahlen auf Regierungsebene.
Administration	Digitalisierte Verwaltung Beispiel: One-Stop-Government, für verschiedene Verwaltungsangelegenheiten muß der Bürger nur noch ein Amt besuchen (One-Stop), welches die unterschiedlichen Anliegen weiterleitet.	Digitalisierung von Verwaltungsabläufen Beispiel: Government-to-Government

Die Chancen des Internets zur Schaffung politischer Öffentlichkeit resultieren aus der immer auf Interaktivität abzielenden Ausrichtung des Internets, es scheint, als könnten die Nutzer dieses Mediums keine anderen als aktive, interessierte sein.

Mittels einer Gegenüberstellung des Internets mit ‚traditionellen‘ Medien und deren Reichweiten kann das besondere Potential des Internets untermauert werden. Eine darauffolgende Prüfung der Theorien zur internetspezifischen Öffentlichkeitsbildung soll Utopie von Vision und Realität trennen.

4.1.2 Die Möglichkeiten des Internets zur Ausbildung europäischer Öffentlichkeit gegenüber anderen Medien

Traditionellerweise werden Presse, Hörfunk und Fernsehen als Massenmedien bezeichnet. Diesen Massenmedien kommen in einem demokratischen System ordnungspolitische Funktionen, die der Bereitstellung von Information, die der Mitwirkung an der (öffentlichen) Meinungsbildung sowie die der Kontrolle und Kritik öffentlicher Akteure und Prozesse gleich welcher Art zu. Die Massenmedien besitzen durch ihre Pflicht, alle Standpunkte und insbesondere die im breiten Spektrum der Bevölkerung legal eingenommenen Positionen

³⁷⁸ <http://www.medienkunstnetz.de/werke/toywar/>

abzubilden, des weiteren eine Artikulationsfunktion sowie, als stärksten Einfluß auf die öffentliche Meinung, die Integrationsfunktion, welche jeden einzelnen befähigt, aus den Medien die Information zu entnehmen, wie er sprechen und handeln kann, ohne sich (gesellschaftlich) zu isolieren.³⁷⁹ Die Zuordnung des Internets zu den Massenmedien ist strittig, der Definition eines von Massen genutzten Mediums gemäß ist das Internet jedoch den Massenmedien zugehörig, wenn dabei keine Differenzierung bezüglich kritischer und konsumierender Rezipienten erfolgt.³⁸⁰

In Anlehnung an Lutz M. Hagen lassen sich die Vorteile von Online-Medien gegenüber herkömmlichen Medien und Distributionswegen bei der Verbreitung und Verwendung politischer Information für die Nutzerinnen und Nutzer folgendermaßen zusammenfassen:³⁸¹

Die Information ist jederzeit und weltweit verfügbar, sie kann je nach Bedürfnis selektiert und ganz oder in Teilen, zu jeder Tages- und Nachtzeit und von jedem Punkt der Erde aus, wenn nur ein Computer mit Datennetzzugang in Reichweite ist, abgerufen werden;

Die Informationen können vom Anbieter häufig, einfach und sehr schnell – im Prinzip ununterbrochen – aktualisiert werden, die Möglichkeit des Verweises durch Fußnoten, die als Hyperlink direkt zu den eingebetteten Informationen führen, eröffnet dem User ein Informationsgeflecht, welches die Vorteile traditioneller Medientypen, die hohe Aktualität von Rundfunk und Fernsehen sowie das mehr oder minder breite Informationsangebot der Printmedien in sich vereint.³⁸²

Die Kapazität des Mediums Internet ist riesig; Anbieter können Informationen in einer Größenordnung von veritablen Archiven, Nachrichtendatenbanken oder ganzen Bibliotheken bereitstellen; Nutzer haben über das Internet weltweit Zugriff auf eine schier unvorstellbare Fülle an Quellen mit den verschiedensten, auch sehr speziellen Informationen, die durch Verlinkungen untereinander eine weitere Wissensdimension entwickeln. Der Versuch breiterer Informationsbereitstellung ist auch seitens der traditionellen Medien unternommen worden, so stellt Manfred Küchler dar: „Durch Zusatzangebote wie Videotext in Deutschland oder durch repetitiv strukturierte Rundfunk- und Fernsehkanäle (etwa CNN Headline News, n-tv, etc.) ist zwar im Rahmen der alten Technologien bereits der Versuch unternommen worden, Informationen zum Abruf bei Bedarf (on-demand) vorzuhalten, aber diese Technologien haben immanente Begrenzungen, die auch bei allem Einfallsreichtum nicht überwunden werden können. Und was die Informationsbreite anbetrifft, als den fundamentalen strukturellen Vorteil

³⁷⁹ Noelle-Neumann, Elisabeth, 1999, S.381

³⁸⁰ Fritz, Wolfgang, 2004, S.108

³⁸¹ Hagen, Lutz M., 1998, S. 11

³⁸² Küchler, Manfred, 2000, S. 316

der Druckmedien gegenüber Rundfunk und Fernsehen, so war dieser Vorteil immer nur ein relativer Vorteil. Auch Druckmedien unterliegen erheblichen Platzbeschränkungen, die insbesondere einen Abdruck von Primärdokumenten (Quellen) nur im Ausnahmefall und selbst dann nur in Auszügen zulassen. Die neuen Technologien vereinen also nicht nur die Vorteile von Druckmedien und Rundfunk/Fernsehen, sondern sie vereinen sie auf einem signifikant höheren Niveau.“³⁸³

Durch graphische Benutzeroberflächen, durch Vernetzung von verwandten Angeboten über Links sowie mit Hilfe sogenannter Suchmaschinen, kann inzwischen auch der eher ungeübte Nutzer schnell in die Informationsfülle eintauchen und sie für sich erschließen. Durch das breite Informations- sowie Unterhaltungsangebot können Synergieeffekte entstehen, so daß das Medium Internet, aufgerufen zum Zweck der Unterhaltung, interessante politische Information für den Nutzer bereitstellt, die dieser ‚nebenbei‘ konsumiert.

Viele der angebotenen Informationen, Text-, Bild-, und Tondokumente kann der Nutzer auf seinen Computer herunterladen, als Dateien weiterverarbeiten und durch die stetige Verfügbarkeit regelmäßig nutzen;

Internet und Online-Dienste sind nicht nur Verteilmedien und Abrufmedien, sondern ermöglichen auch Rückmeldungen und Punkt-zu-Punkt-Kommunikation, wie es Telefon oder Fax ermöglichen, neue Formen der (Tele)Kommunikation sind entstanden (z.B. die Substitution des Briefverkehrs durch den E-Mail-Verkehr, Foren für Benutzergruppen mit gemeinsamen Interessen, Telefonieren über das Internet).

Hans J. Kleinsteuber beschreibt die Besonderheit: „Die Medientechniken, die das 20. Jahrhundert beherrschten – Printmedien, Hörfunk und besonders das Leitmedium Fernsehen – arbeiten allesamt in eine Richtung, definieren unabänderlich die Rollen von Sender und Empfänger. Ganz anders das Internet, das auf bestehende Telekommunikationsnetze aufbaut, die sich durch die Zweiseitigkeit der dort verlaufenden Kommunikationsströme auszeichnet. Bereits das Telefon, eine im Kern im 19. Jahrhundert entstandene Technik, baut auf Interaktivität, bei dem die Rollen von Sender und Empfänger ständig wechseln, auf. Es erhält mit dem Internet eine neue Dimension. Der aus den USA herübergekommene Begriff des „Information Superhighway“ beschreibt metaphorisch die Zweiseitigkeit der Datenströme, denn keine Autobahn der Welt ist als Einbahnstraße denkbar.“³⁸⁴

Nicht zuletzt ist der Anbieter- und Nutzerzugang so offen und unreglementiert wie bei keinem anderen Medium, so denn eine Möglichkeit des technischen Zugangs besteht.

³⁸³ Kuchler, Manfred, 2000, S. 316 f.

³⁸⁴ Kleinsteuber, Hans J., 2001, S. 22

Thilo Harth leitet aus dem dezentralen Dasein des Internets eine potentielle Stärkung der demokratischen Funktionen gegenüber anderen Medien ab: „ Ein nichthierarchisch dezentral organisiertes und nicht zu besitzendes Medium wirkt den Medienkonzentrationsprozessen unter der Kontrolle weniger Medienkonzerne entgegen und stärkt so die Kritik- und Kontrollfunktion der Massenmedien. (...) Das Internet als jederzeit erreichbares und weitreichendes Forum kann zudem ein kontrollierendes, basisdemokratisch strukturierendes Gegengewicht zur zunehmenden Wirklichkeitskonstruktion traditioneller Medien darstellen, was sowohl für die Kritik- und Kontrollfunktion dienlich sein kann. Zur Herstellung von Öffentlichkeit kann das Internet die Nachrichtenwertkriterien und Zeitlimits etwa des Leitmediums Fernsehen überwinden helfen, weil es derartigen Restriktionen nicht unterworfen ist, wodurch die Informations- und Bildungsfunktion der Massenmedien (bezogen auf das Internet, A.d.V.) gestärkt werden kann.“³⁸⁵

Für die Kommunikation zwischen Regierenden, Regierungssystem und Regierten im Internet bedeutet dies Unmittelbarkeit, da zwischen Sender und Rezipienten idealerweise nur ein elektronischer Transmitter geschaltet ist, welcher selbst nicht korrigierend eingreift.³⁸⁶

Das Potential der Internets für die politische Willensbildung und -artikulation seitens der Bürgerinnen und Bürger ist dem Medium mit Sicherheit nicht abzusprechen. Fraglich bleibt, inwieweit dieses Potential derart zweckgebunden, d.h. politische Öffentlichkeit und politische Meinungsbildung durch Medium und Rezipienten herausbildend betrachtet werden kann. Des weiteren sind die öffentlichkeitsbildenden Aspekte des Internets durchaus kritisch zu betrachten, kommen doch nahezu alle das Internet Erforschenden zu unterschiedlichen Bewertungen des unmittelbar für die politische Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger zu nutzenden Internets.

Inwieweit die Theorien politischer Öffentlichkeitsbildung im Internet, gerade unter Betrachtung supranationaler Öffentlichkeitsausbildung in der Europäischen Union sowie die der verstärkten bürgerlichen Willensbildung und Partizipationsbereitschaft, haltbar sind, ist im folgenden Abschnitt unter Beachtung reziproker Kommunikationsmöglichkeiten kritisch zu prüfen.

³⁸⁵ Harth, Thilo, 1999, S. 10

³⁸⁶ Vgl. Zipfel, Theodor, 1998, S.30

4.1.3 Die Reziprozität des Internets als Mittel zur Schaffung politischer Öffentlichkeit innerhalb der EU?

Die Entstehung transnationaler europäischer Öffentlichkeit ist eine der meistproklamierten Forderungen bezüglich der europäischen Integration, wohl auch, weil diese zu politischer Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger führen würde, wie ausführlich in Kapitel 3 dargelegt. Die potentielle Rolle des Internets innerhalb dieses Prozesses wird dabei höchst unterschiedlich beschrieben und bewertet.

Die zunehmenden Desintegrationsimpulse heutiger Gesellschaften, in welchen einem Teil der Bevölkerung die Nutzung des Informationsangebotes bedingt durch eigene Fähigkeiten und eigenes Interesse unproblematisch und nützlich erscheint, während der andere Teil überfordert von der Fülle und durch mangelnden Überblick frustriert immer weniger Information und zunehmend Unterhaltung konsumiert, haben zu einer einerseits euphorischen Bewertung als auch zu einer warnenden, kritischen Beleuchtung des Internets geführt.

Leitbild der positiven Bewertung des Internets zur Schaffung politischer Öffentlichkeit ist die Mobilisierungsthese, der zufolge einerseits durch die Bandbreite an Information, die unter dem Verzicht auf gatekeeper bereitgestellt werden kann und nach Interesse des Publikums ausgewählt werden kann sowie andererseits durch das Potential, auch komplexe Information durch die permanente, die Verstehensprozess erleichternde, Wiederabrufbarkeit vermitteln zu können, der Wissensstand der Nutzer erhöht werden kann. Die Verwendung des Begriffs der Governance zur Darstellung des komplexen Beziehungsgeflechts im Internet führt zur Vorstellung zivilgesellschaftlicher Formationen im Netz.³⁸⁷

Die Rezipienten des neuen Mediums sind der Vorstellung nach potentiell partizipative, aufgeschlossene und informierte Bürgerinnen und Bürger einer möglichen „Cyberdemokratie“ oder „elektronischen Demokratie“.³⁸⁸ E-Voting, die Wahl im Internet, wurde bereits in ersten Wahlen, so z.B. der eines Studierendenparlaments in Osnabrück oder eines Personalrats in Brandenburg versuchsweise eingesetzt, für repräsentativere Wahlen jedoch fehlen bislang sichere Authentizierungsverfahren im Internet.³⁸⁹

Die emanzipierten, politisch aktiv partizipierenden Bürgerinnen und Bürger etablieren durch die Reziprozität politische Öffentlichkeit auch über Ländergrenzen hinweg mit, deliberative Prozesse, welche von den Regierenden initiiert werden, unterstützen sie und finden so zu einer demokratischen Kontrolle des Regierungssystems (zurück).³⁹⁰ Die unzähligen Formen direkter

³⁸⁷ Kleinsteuber, Hans J., 1999, S. 57

³⁸⁸ Egloff, Daniel, 2002, S. 9

³⁸⁹ Bauer, Andreas, 2004, S.3

³⁹⁰ Castells, Manuel, 2005, S. 167

Kommunikation bilden unterschiedliche Ansatzpunkte politischer Remobilisierung durch persönlichen Kontakt und erlauben neue Formen bürgerlicher Mitentscheidung.³⁹¹

Die Möglichkeit punktueller Nutzung politischer Information den eigenen Interessen gemäß fördere die Ausbildung politischer Kenntnis und politischer Meinung seitens der Bürgerinnen und Bürger. Die gleichzeitige Etablierung demokratischer Prozesse im Internet bis hin zu Online-Wahlen könne die Bürgerinnen und Bürger durch Teilnahme an der öffentlichen Sphäre im Internet bewegen, welche sich über Ländergrenzen hinwegsetze. Die Schrankenlosigkeit des Internets ermöglicht weiterhin das Aufeinandertreffen von Milieus, deren Kommunikationsräume in der realen Welt keine Berührungspunkte aufweisen, was zu einem nie gekannten Pluralismus an Meinungen in der virtuellen Welt führt.³⁹²

Diese euphorische Betrachtung der Bürgerinnen und Bürger weisen Alexander Bilgeri und Alexander Siedschlag deutlich in ihre Grenzen: „Doch das heißt nicht, daß deswegen (der Möglichkeiten des Internets wegen, vermittelte Realität unvermittelt durch eigene Informationsbeschaffung wiederzugeben, A.d.V.) Nutzer bestimmter Medien besser (oder vielleicht auch schlechter) über die Welt „informiert“ sind als andere. Es heißt auch nicht, daß zum Beispiel alle Internetnutzer allein wegen ihrer gemeinsamen Mediennutzung schon eine bessere und „demokratischere“ Basis haben, um über politische Themen zu diskutieren oder sich am politischen Prozess zu beteiligen. (...) Das Internet ist kein digitalisierter bürgerlicher Salon, und Internetöffentlichkeit kein selbstorganisiertes kommunikatives Netzwerk, sondern eine hergestellte Öffentlichkeit.“³⁹³ Das Bild der Netzöffentlichkeit muß kritisch reflektiert werden, die dezentral strukturierte, unkontrollierte und nahezu grenzenlose Vorstellung wird von der Realität politischer Kontrolle der Internetöffentlichkeit sowie des irreführend konturierten ‚neuen Bürgers‘, welcher aktiv Information und Partizipation anstrebt, eingeholt. Ob die erweiterten Möglichkeiten von Informationsbereitstellung zu einer erweiterten Nutzung im Sinne politischer Öffentlichkeits- und öffentlicher Meinungsbildung führen können, ist fraglich. Manfred Küchler stellt hier die Frage nach einer thematisch fokussierten Internetnutzung: „Warum sollen die BürgerInnen des Internet-Zeitalters nun auf einmal ein hohes Interesse an Politik entwickeln und zu wohlinformierten und detailkenntnisreichen Issue-WählerInnen werden?“³⁹⁴

³⁹¹ z.B. Negroponte, Nicolas, 1995

³⁹² Jessen, Jens, 2008, in: DIE ZEIT; kritisch wird dieser Pluralismus der Intoleranz der Internetnutzenden gegenübergestellt.

³⁹³ Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander, 2004, S. 12 - 14

³⁹⁴ Küchler, Manfred, 2000, S.326

Die Reinforcementthese, gegensätzlich zur Mobilisierungsthese, postuliert eine Verstärkung politischer Tendenzen, Strukturen und politischer Motivation, da eine neue Technik nicht automatisch neue Nutzer bzw. verstärktes politisches Interesse generiere.³⁹⁵

Die Internetöffentlichkeit ist auch keine große, gemeinsame, allumfassende, sondern eine fragmentierte, so beschreibt es Claus Leggewie, der jedoch auch darauf verweist, daß diese Kritik nicht nur dem Medium Internet gebührt: „Das Internet, das alle bekannten Präsentations- und Kommunikationsformate in sich aufnimmt und ‚individualisierte Massenkommunikation‘ ermöglicht, gilt Kritikern als Verursacher der Fragmentierung und Individualisierung politischer und sozialer Kommunikation. Dabei ist die ‚große Öffentlichkeit‘, die alle wesentlichen Fragen thematisiert und diskutiert, immer schon eine Fiktion gewesen, und sie ist durch nichts so sehr suggeriert, aber auch dementiert worden wie durch das Fernsehen, das sich seit den siebziger Jahren zunehmend in (teilweise bezahlte) Spalten differenziert hat. Daraus, (Zusammen mit der Fernbedienung), hat sich die Chance zu einer Teilhabe am großen Massenmedium ergeben, ohne jemals politische Angebote in anderer als unterhaltsam aufbereiteter Form rezipieren zu müssen.“³⁹⁶

Auch im Internet dominier in erster Linie Massenkommunikation im Sinne der Bereitstellung von Information und dem Konsum durch eine mehr oder minder kritische Masse. Gerade Websites sind ein gutes Beispiel von one-to-many-Anwendungen, welche das besondere Potential des Internets in keiner Weise ausnutzen bzw. diesem entsprechen.

Benjamin Barber beurteilt als Vorreiter teledemokratischer Untersuchungen des Internets dessen partizipatorische Fähigkeiten kritisch. Das Internet ermöglicht technisch ein weitaus höheres und von den Begrenzungen traditioneller Medien unabhängiges Partizipations- und Kommunikationspotential, in der realen, gesellschaftspolitischen Entwicklung, jedoch stellt er vier gravierende Schwierigkeiten heraus, die die Erwartungen der Cyberdemocracy untergraben. So stellt er zunächst fest, daß das Internet in erster Linie für kommerzielle Zwecke sowie Transaktionen und nur in beschränktem Maße für politische Diskurse genutzt wird, wodurch kein Unterschied zwischen der herkömmlichen Mediennutzung und der Internetnutzung deutlich wird. Die Nutzung des Internets ist des weiteren ungleich verteilt, der „digital divide“, die sozialen Ungleichheiten im Hinblick auf Bildung und Information hat die Nutzung des neuen Mediums eher verstärkt. Er beschreibt weiterhin, daß das Internet trotz seiner dezentralen Struktur weniger zur Auflösung von Hierarchien geführt hat, im Gegenteil, er beschreibt eine Kontrolle des Mediums von wenigen großen Konzernen.

³⁹⁵ Hocker, Beate, 2006a, S.290

³⁹⁶ Leggewie, Claus, 2002, S. 180

Für die Herausbildung transnationaler und/oder transkultureller Gemeinschaften ist das Internet ebenfalls nicht geeignet, verschärft es doch eher noch soziale Isolation.³⁹⁷

Die Fortschritte der Netzkommunikation hinsichtlich der Responsivität der politischen Akteure ist des weiteren kritisch zu betrachten. Deutliche Einschränkungen zeigen Untersuchungen aus us-amerikanischen Senatorenbüros, in denen die eintreffenden Emails kaum anders als die eintreffende Briefpost behandelt werden, auch diese werden größtenteils von Mitarbeitern des Abgeordneten anstatt von diesem direkt beantwortet. Die Glaubwürdigkeit des Internetkommunikation gerade unter der Prämisse bürgerschaftlichen Interesses und bürgerschaftlicher Partizipation ist eine für die politischen Akteure sensibel zu behandelndes Thema, setzt doch gerade die dezentrale Struktur und die Unverbindlichkeit von Reaktionen einen Vertrauensvorschuss der Kommunizierenden voraus.³⁹⁸

Die technischen Segregationsmechanismen, welche dem Internet inhärent sind, beschreibt Franz-Josef Jelich jedoch als durch die sinkenden Hardwarepreise, die geringer werdenden Netzanschlusskosten sowie die allen zugänglichen Terminals in Bibliotheken, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen als zunehmend abflachend. Die über die technischen Bedienungsfähigkeiten hinausreichenden „intellektuellen Artikulations-, Selektions- und Evaluationsfähigkeiten jedoch treten zunehmend konturierter als Voraussetzungen der Partizipation an Kommunikations- und Bildungsangeboten im Netz hervor.“³⁹⁹

Ob im Internet politische Kommunikation stattfindet, demokratisch-partizipative Potentiale weiterentwickelt und dadurch eine öffentliche politische Sphäre etabliert wird, liegt an der Art der Nutzung seitens der Politiker, der Regierenden sowie der Bürgerinnen und Bürger.

Das öffentlichkeitsbildende Potential des Internets ist, ebenso wie sein demokratisches Potential, nicht von der Hand zu weisen, ebenso wenig wie die grundlegenden Divergenzen in den Bevölkerungen zwischen jenen, die das Netz interessiert nutzen können, und denen, welchen technische und/oder intellektuelle Zugangsmöglichkeiten fehlen (digital divide).

Beate Hoecker fomuliert als Voraussetzungen der Überwindung des Digital divide nicht nur die Bereitstellung technischer Zugangsmöglichkeiten seitens der Regierenden, sondern des weiteren die Vermittlung von Medienkompetenz. „Politikbezogene Medienkompetenz bedeutet generell die Fähigkeit, sich kritisch-reflektierend, selbstbestimmt und verantwortungsbewußt in der Medienwelt zu bewegen und die Medien für eine eigenständige Meinungsbildung wie ein eigenes Handeln zu nutzen. Eine solche Medienkompetenz basiert auf einem Grundwissen über politische Zusammenhänge sowie die Rolle der Medien als Vermittler wie Akteure im

³⁹⁷ Barber, Benjamin R., 2001 S. 210 ff.

³⁹⁸ Marschall, Stefan, 1999, S. 168

³⁹⁹ Jelich, Franz-Josef, 2003, S. 74

politischen Prozess; sie ist folglich als Schlüsselqualifikation integraler Bestandteil einer demokratischen Bürgerkompetenz. Die neuen Optionen, die das Internet eröffnet, werden nur dann demokratisch genutzt werden, wenn der Umgang mit ihnen auf neue Fähigkeiten trifft, sie anzuwenden. Insbesondere die politische Bildung ist aufgefordert, hier entsprechende Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.⁴⁰⁰

Die Frage nach dem öffentlichkeitsbildenden Potential des Internets für eine europäische Öffentlichkeit krankt an einem sowohl national als auch transnational zu identifizierenden Problem. Die technischen Zugänglichkeiten mögen erfüllt werden, das Internet auch transkulturell und transnational öffentlichkeitsbildend einsetzbar sein und die politischen Diskussionen im Internet Entscheidungspotential besitzen und somit wahrhafte deliberative Prozesse abbilden, die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger als Nutzer des Internets zur Gewinnung politischer Information und Ausübung bürgerlicher Kompetenz ist der wesentlich schwerer zu beeinflussende Aspekt dieses Zusammenwirkens. Das Internet besitzt bei kritisch-reflektiertem Einsatz seitens der Regierenden auch auf europäischer Ebene öffentlichkeitsbildendes Potential, das jedoch kaum Einfluss hat auf das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger im Netz, welche sich nicht in das angestrebte partizipative Gefüge bzw. in die Bedeutung ihrer Rolle für diesen Prozess einfinden können. Das Internet mag partizipativer werden, die Bereitschaft der Bürger, an demokratisch-partizipativen Prozessen teilzunehmen, vergrößert sich dennoch nicht. So weist Claus Leggewie darauf hin, daß die Zahl der Bürger, die sich in eine elektronische Demokratie einbringen würden, begrenzt sei, was jedoch in pluralistischen Demokratien und der Organisation nach Gruppeninteressen weder neu noch illegitim sei.⁴⁰¹

Die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit im Internet, welche politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger benötigt, kann trotz teilweise vernichtender Prognosen nicht als unlösbar abgelegt werden. Christoph Bieber betätigt die Entstehung politischer Öffentlichkeiten und beschreibt ihre Besonderheit: „Im relativen Vergleich zur Verortung politischer Öffentlichkeit innerhalb eines massenmedial organisierten Systems von Zentrum und Peripherie ist der Bereich der politischen Öffentlichkeit im Netz nun „näher“ an das institutionelle Zentrum herangerückt. Eine Abschottung des Zentrums durch (einer frei zugänglichen politischen Öffentlichkeit vorgelagerte) Akteursnetzwerke wie Parteien, Verbände oder Policy-Felder kann in der stark verflochtenen Netzöffentlichkeit immer häufiger durchbrochen oder umgangen werden.“⁴⁰² Vorhandene kommunikative Chancen müssen

⁴⁰⁰ Hoecker, Beate, 2006, S. 305

⁴⁰¹ Leggewie, Claus, 1998, S. 29

⁴⁰² Bieber, Christoph, 2002, S.125

seitens der Regierenden, politisch Meinungsbildenden und politisch Bildenden gründlichst eruiert und ausgenutzt werden. Die Internetkommunikation und die Nutzung des Mediums als demokratische politische Arena mit den zuvor dargestellten Einschränkungen kann allgemein nur so wirkungsvoll sein, wie sie die politischen Akteure gestalten und wie sie die Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Weg in die internetvermittelte reziproke Kommunikation zwischen Regierungssystem und Regierten geleiten. Politische Bildung ermutigt bzw. befähigt Bürger zum Online-Dialog, diese wiederum ist seitens der Regierenden zu initiieren, auf- und auszubauen.⁴⁰³

Es bleibt fraglich, ob die hinzugewinnung von Bürgerkompetenz wie öffentlicher Meinungsbildung und politischer Partizipation für die Bürgerinnen und Bürger als solche wahrnehmbar ist oder ob die Bürgerinnen und Bürger dieses als Pflichterfüllung in einem System, welches nichts mit ihren Bedürfnissen und ihrem täglichen Leben zu tun hat, ansehen. Das Medium mit hohem partizipativen Potential und sprachübergreifenden Fähigkeiten der Informationsbereitstellung ist vorhanden bzw. identifiziert und die Voraussetzungen für die politischen Akteure sind genannt, nun ist zu untersuchen, inwieweit bereits tragfähige Unternehmungen seitens der EU erarbeitet wurden. Anhand des Beispiels einer nationaler Untersuchung der Internetnutzung im politischen Prozess, hier wiederum die deutsche Bevölkerung als Untersuchungsgegenstand, sind aktuelle Vorschläge zu erarbeiten, wie die EU unter den zuvor genannten Einschränkungen mittels politischer Kommunikation im Internet mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt treten kann, um darüber politisch mobilisierende, idealerweise demokratisch-partizipative Prozesse im Internet etablieren zu können.

Alexander Bilgeri und Alexander Siedschlag untermauern: „Politische Kommunikation und ihre Massenmedien sind eine immer wichtiger werdende Voraussetzung dafür, daß die Idee der Volkssouveränität glaubhaft bleiben kann. Volkssouveränität, am Ohr der Bürger stehende Volksvertretung und politische Partizipation in den Bahnen der repräsentativen Demokratie vollziehen sich mehr und mehr über Kommunikation. Und immer mehr dieser Kommunikation wird auch oder in einigen Bereichen sogar ausschließlich über das Medium Internet vermittelt.“⁴⁰⁴

⁴⁰³ Vgl. Harth, Thilo, 1999, S.15

⁴⁰⁴ Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander, 2004, S. 12

4.2 Die Förderung europäischer Öffentlichkeit durch das Internet

Die grundlegende Eröffnung von Kommunikationsmöglichkeiten durch die Interaktivität des Internets und seine demokratietheoretische Relevanz bezüglich der Konstituierung von Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit, politischer Informationsbereitstellung, Deliberation und Partizipation wird in der heutigen, kritischen Sichtweise durch ein besonderes Augenmerk auf den Vermittlungsleistungen der Regierenden, Kommunizierenden in einer repräsentativen Demokratie ergänzt. Die Entstehung politischer Öffentlichkeit durch Informationsbereitstellung, der Schaffung von Transparenz und Bürgernähe durch intensivierete, politische Kommunikation im Internet ist als einer allgemeinen technischen Zugänglichkeit unterliegend und umfassende Anforderungen an die Vermittelnden sowie die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger stellend unterworfenen Aufgaben gekennzeichnet worden.⁴⁰⁵

Für die europäische Öffentlichkeit formuliert Stefan Tobler, welcher die Konfliktkonstellationen der Entstehung transnationaler Öffentlichkeiten untersucht und Lösungsansätze anführt: „Die Genese einer politisch fungierenden europäischen Öffentlichkeit hängt (...) wesentlich davon ab, daß aus den nationalstaatlich segmentierten Staatsbürgern *intermediäre Akteure aktiv hervortreten, die auf die konkrete Gestaltung der europäischen Politik Einfluss nehmen*, und sie hängt zweitens davon ab, daß solche *Auseinandersetzungen über die europäischen Angelegenheiten* nicht auf die Elitenöffentlichkeit der EU beschränkt bleiben, sondern daß sie *vor einem europäischen Publikum der Staatsbürger ausgetragen werden*. Das ist freilich nur möglich, wenn diese Auseinandersetzungen *massenmedial vermittelt werden*.“⁴⁰⁶

Für die Europäische Union und dem Ziel der Ausbildung einer europäischen, medial vermittelten Öffentlichkeit mit Überwindung nationaler Öffentlichkeitsabgrenzungen und der Problematik der Vielsprachigkeit ist das Internet das vielseitigste Medium der Wahl.

Bereits im Februar 1995 wurde seitens der Europäischen Kommission die Website EUROPA im Rahmen der G-7 Ministerkonferenz über die Informationsgesellschaft lanciert.⁴⁰⁷

So kennzeichnet die Europäische Union das Internet als das Medium, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, in dem „Interaktivität“ der neue Schlüsselbegriff der Unternehmungen sein wird. Im Frühjahr 2008 begann die Etablierung von Pilotprojekten, welche den Test neuer, interaktiver Anwendungen auf den offiziellen Internetseiten der Europäischen Union, wie z.B. der

⁴⁰⁵ Hoecker, Beate, 2002, S.44

⁴⁰⁶ Tobler, Stefan, 2006, S. 120

⁴⁰⁷ Das Internet als Medium für die Kommunikation über Europa, 2007, http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/internet-strategy_de.pdf

Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, durch den gezielten Einsatz spezieller Dienste die Möglichkeit des Hochladens eigener Inhalte beinhaltet.⁴⁰⁸

Detaillierte Unternehmungen zur Verbesserung der politischen Kommunikation der EU im Internet und die Anregung eines Dialoges mit den Bürgerinnen und Bürgern sind neben einer Niederschrift im Weißbuch der EU zur Kommunikationspolitik auch durch die Bereitstellung interaktiver Dialogformen in den Umsetzungsprozess gelangt.

So wurde als jüngste Idee der Initiative „Ideenfabrik Europa“, organisiert vom European Policy Centre (EPC) ein innovatives Internetforum entwickelt, in welchem junge berufstätige Menschen mit EU-Beamten die Sorgen und Probleme des alltäglichen Lebens diskutieren können und dadurch Anknüpfungspunkte für europäisch-politische Bemühungen bieten können.⁴⁰⁹

Die Untersuchung neuartiger Informationswege und der Einsatz modernster Kommunikationsmittel ist ein zentrales Thema der europäischen Bemühungen und wird seitens der europäischen Politikerinnen und Politiker vorangetrieben.⁴¹⁰ Die Verfügbarkeit von Mitteln zur Online-Kommunikation ist ein stetig auszubauendes Ziel der EU.

Einführend in eine Bewertung des öffentlichkeitsbildenden Potentials europäisch-politischer Kommunikation im Internet sind zunächst die Bereiche, in denen die EU politische Information bereitstellt, zu untersuchen, die Kommunikationsräume abzugrenzen und das Angebot gerade vor dem Hintergrund der Vielsprachigkeit in der EU und dem Potential des Internets, diese abzubilden, zu beleuchten.

Darauf aufbauend ist die vielgelobte Reziprozität von Online-Kommunikation zu untersuchen. Die Ansätze europäischer Plattformen, auf welchen der Dialog zwischen Regierenden und Regierten initiiert werden soll, die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an diesen Prozessen und das sich abbildende Potential werden unter dem Leitbild der Interaktion den Untersuchungsgegenstand darstellen. Daran anschließend soll die Untersuchung der Nutzung des Internets seitens der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu (europa-)politischen Themen als Überprüfung des attestierten Potentials anhand eines repräsentativen Teils europäischer Bevölkerungen eine Bewertung des Status Quo ermöglichen, aus welchem sich Empfehlungen für das weitere Vorgehen, notwendige Verintensivierungen oder veränderte Unternehmungen der politischen Kommunikation der EU im Internet ableiten lassen.

⁴⁰⁸ EurActiv zur Online-Strategie der EU: <http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/kommission-online-kommunikationsmittel-frdern/article-169279>

⁴⁰⁹ EurActiv: Forum soll Kluft zwischen jungen Menschen und Politikern überwinden,

⁴¹⁰ So Silvana Koch-Mehrin, die über ihren europapolitischen Blog „Eurofighter“ sagt: „..meinen Blog führe ich auch deshalb, um einen zusätzlichen Weg für Interesse an Europa zu nutzen.“ <http://www.politik-digital.de/blogs-koennen-politisches-interesse-wecken>

4.2.1 Die politische Kommunikation der EU im Internet

Die EU startete mit medienpolitischen Untersuchungen des Internets Ende der 90er Jahre. Im Jahr 1996 wurde das Programm INFO 2000 vorgelegt, welches zum Ziel hatte, die Nachfrage nach Multimedia-Inhalten und ihre Nutzung anzuregen.⁴¹¹ Das Internet stellte dabei jedoch nur einen Teilbereich der Untersuchung dar, überlagert wurde es von Telekommunikation und Rundfunk. Aus der beschlossenen Förderung der Kommunikations- und Informationstechnologien entwickelte die Kommission die Initiative der eEurope mit dem Ziel, „Verbreitung des Zugangs zum Internet in Europa, Öffnung aller Kommunikationsnetze für den Wettbewerb und Förderung der Internetnutzung, vornehmlich durch Schulung und Schutz der Verbraucher“ zu schaffen.⁴¹²

Das Folgeprogramm aus dieser Initiative, deren vorrangige Ziele die technische Verbreitung war, strebte die effektive und sichere Nutzung des Internets und die Vermittlung entsprechender Fähigkeiten bzw. die Bereitstellung interessanter Inhalte an.⁴¹³

„eContent“ startete im Jahr 2001 mit dem Ziel, die Internetnutzung anzuregen.⁴¹⁴ Im Februar 2004 wurde *eContent* durch das Anschlussprogramm *eContentPlus* weitergeführt, welches als Schwerpunkte die geografische Informationen, digitale Lerninhalte sowie die Förderung und den Ausbau digitaler kultureller und wissenschaftlicher Ressourcen nennt und bis zu diesem Jahr, dem Jahr 2008 laufen wird.⁴¹⁵ Ein inhaltlicher Informationstag mit einer weiterführenden Erörterung der Zielsetzungen, welche aus den Unternehmungen resultieren, war für den 19. Februar 2008 in Luxemburg angesetzt. Weiterhin hat die EU einen ‚Call for proposals‘ initiiert, welche zu einer Fortführung der Bemühungen leiten soll.⁴¹⁶

Die multikulturellen und mehrsprachigen Aspekte des Zugangs, der Verwertung, Nutzung und Weiterverwendung digitaler Inhalte sind dabei ein fester Bestandteil aller Maßnahmen, welche von einer Untersuchung und Abstimmung bereitgestellter Inhalte unter besonderem Augenmerk der Informationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden.

Die Bedingungen des technologischen Zugangs und der sukzessiven Umstellung der europäischen sowie nationalen Ämter und Behörden auf elektronischen (Schrift-)Verkehr überprüft die i2010-Initiative der Kommission für die Informationsgesellschaft, welche die Kohärenz der Kommissionspolitik auf diesen Gebieten gewährleisten und den wichtigen

⁴¹¹ Info 2000: ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/econtent/docs/2000_1560_de.pdf

⁴¹² eEurope 2002: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24226a.htm>

⁴¹³ Holz-Bacha, Christina, 2006, S. 297

⁴¹⁴ eContent: <http://cordis.europa.eu/econtent/policy.htm>

⁴¹⁵ eContentplus: http://ec.europa.eu/information_society/activities/econtentplus/index_en.htm

⁴¹⁶ eContentplus: Call für proposals:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/econtentplus/calls/proposals/index_en.htm

Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Wirtschaft und die erneuerte Lissabonner Strategie noch untermauern soll. i2010 soll eine Antwort auf die beständig wachsende Rolle der Technologien der Informationsgesellschaft im täglichen Leben der Menschen und den wechselnden Charakter dieser Technologien als solche geben. Die Entwicklung spiegelt sich in der allgegenwärtigen Computertechnik und Ambient Intelligence, dem mobilen Internet sowie der dritten Generation der Mobilfunknetze, im digitalen Fernsehen und Radio und in Nanotechnologien wider.⁴¹⁷ Die i2010-Initiative bedarf angesichts der sich rasant verändernden Rahmenbedingungen einer ständigen Aktualisierung und Feinabstimmung, welche sie durch regelmäßige, jährliche Überprüfungen erhält.⁴¹⁸

Wie auch schon in Absatz 2.1 des dritten Kapitels dargelegt, hat die Europäische Union ihre Bemühungen, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten, deren Vorstellungen und Meinungen zu erfahren und deren Unterstützung für die Europäische Politik durch die Schaffung von Transparenz und Öffentlichkeit zu gewinnen, in den letzten Jahren stark verstärkt.

Als Ergebnis dieser Bemühungen ist der seitens der europäischen Kommission vorgeschlagene Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion zu nennen, welcher nicht als Rettungsmaßnahme für die Verfassung sondern als Anregung einer umfassenderen Diskussion zwischen den demokratischen Organen der Europäischen Union und ihren Bürgern anzusehen ist.⁴¹⁹ Als Mittel der Unterstützung nennt Plan D besondere Eurobarometer-Umfragen, die Schwerpunktverlagerung mittels der Bildung von Zielgruppen sowie die politische Kommunikation im Internet als einem wichtigen meinungsbildenden Diskussionsforum.

Das von der europäischen Kommission am 1. Februar 2006 vorgelegte ‚Weißbuch zur Europäischen Kommunikation‘ verdeutlicht die Erkenntnis der ‚Kommunikations-Kluft‘ zwischen Europäischer Union und den Bürgerinnen und Bürgern Europas und beinhaltet Vorschläge der Ausgestaltung einer eigenen Kommunikationspolitik.

Wichtigstes Ziel ist es dabei, die Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen. Durch Verbesserung der politischen Bildung sowie der Förderung der Kontakte zwischen den Bürgern sowie zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen soll dieses erreicht werden.

Um eine Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten auch über Ländergrenzen hinweg untereinander herzustellen, „sollten die direkten Kontakte unter

⁴¹⁷ eurActiv zur Initiative i2010: <http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/i2010-europaische-informationsgesellschaft-2010/article-141504>

⁴¹⁸ i2010-Initiative:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/annual_report/2007/070329_com_de.pdf

⁴¹⁹ Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion der Europäischen Union, 2005,

http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/pdf/communication_planD_de.pdf

Bürgern und deren Kontakte zur EU sowie indirekte Kontakte, etwa auf Diskussionsforen im Internet, gefördert werden.“⁴²⁰

Die Aktivitäten auf diesen Plattformen und die angestrebten kommunikationspolitischen Ziele sollen des weiteren ausgewertet werden und unter der Zielsetzung des Ausbaus der Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürgern zur Interaktion und zur Partizipation am Aufbau eines immer stärker zusammenwachsenden Europas erweitert und ausgebaut werden.

Um die Kontakte und den angestrebten Dialog zwischen den Bürgern und den öffentlichen Einrichtungen zu fördern, sollen zunächst die EU-Institutionen zugänglicher und transparenter werden. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Internetforums für Bürger genannt, in welchem die Bürgerinnen und die Bürger zum Inhalt der europäischen Charta oder des Verhaltenskodex zur Kommunikation konsultiert werden.

Das Ziel, der Mehrsprachigkeit der EU und ihrer Völker Rechnung zu tragen, wird ebenso miteinbezogen wie das besondere Augenmerk unter expliziter Ansprache der demokratischen Möglichkeiten, welches auf die neuen Kommunikationstechnologien und deren Verbreitung zu legen ist.

„Das Potential der neuen Technologien muß besser genutzt werden. Es genügt nicht, die neuen Technologien als Instrumente für die Ausübung von Demokratie über die Grenzen hinweg zu fördern, sie müssen auch allgemein verbreitet sein, damit alle Menschen Zugang haben können.“⁴²¹

Die Mitteilung an die Kommission vom 21. Dezember 2007 trägt daher auch den Titel: „Das Internet als Medium für die Kommunikation über Europa – die Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen.“⁴²² Der Inhalt steht unter einer deutlich positiven Bewertung des öffentlichkeitsbildenden sowie weitergehend des demokratisch-partizipativen Potentials des Internets, so heißt es einleitend: „Das Internet kann den EU-Institutionen dabei helfen, die öffentliche Meinung zu verstehen, denn es unterstützt eine echte öffentliche Debatte auf europäischer Ebene. Menschen aus verschiedenen Ländern, die sich gegenseitig als EU-Bürger mit einem legitimen Mitspracherecht anerkennen, diskutieren offen und in Echtzeit über Themen von gemeinsamem Interesse. Die Kommission muß problematische Themen rascher erkennen und erforderlichenfalls angemessen reagieren.“⁴²³

⁴²⁰ Erklärung der EU zum Weissbuch: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/1vb/110105.htm>

⁴²¹ ebd.

⁴²² Internetstrategie der EU 2007: http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/internet-strategy_de.pdf

⁴²³ Internetstrategie der EU 2007, S. 3

Die aktuellen Entwicklungen der Internetnutzung in den Bevölkerungen werden anhand von Studien aufgezeichnet, welche die Genese des Internets von einer reinen Informationstechnologie zu einem sozial integrierenden Kommunikationsmedium abbilden.

Neben der Wichtigkeit des Internets für die Politiker und Regierenden, deren Teilnahme an netzöffentlichen Diskussionen anhand der Verfassungsablehnung in Frankreich und der Abwesenheit der Regierenden in Online-Diskussionen als bedeutend gewichtet wird, wird die Bedeutung des Internets für die Herausbildung einer europäischen Berichterstattung besonders hervorgehoben.

„Das Internet ist zudem ein alternatives Medium für Journalisten, die auf diesem Weg unabhängig von redaktionellen Beschränkungen eine breitere Öffentlichkeit erreichen können. So dient das Internet vielen in Brüssel tätigen Journalisten, die für Zeitungen arbeiten, die EU-Themen nur wenig Platz einräumen, als alternativer Publikationskanal. Ihre Blogs und Websites mit politischen Nachrichten können zu einer größeren Medienvielfalt beitragen. Mittlerweile gibt es auch immer mehr ‚Bürgerjournalisten‘. So können die Bürger beispielsweise Beiträge von EU-Kommissaren in lokalen Debatten aufzeichnen und diese Aufzeichnungen als Audio- und Videodateien im Internet bereitstellen, so daß sie EU- bzw. weltweit verfügbar sind und verbreitet werden können.“⁴²⁴

Eine Übersicht über die Websites der Europäischen Union, die der europäischen Organe sowie die der europäischen Delegierten zeichnen einerseits ein positives Bild der umfassenden Informationsbereitstellung gerade unter dem Aspekt der Vielsprachigkeit, in der Auskünfte abgerufen und Online-Debatten geführt werden können, sie spiegelt jedoch auch die Unüberschaubarkeit aufgrund der Breite des Angebots wider.

Die Zielvorstellungen der europäischen Website EUROPA, die Erfüllung von Informationsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, die Veröffentlichung aktueller europäischer Vorschläge, Entscheidungen und Debatten sowie die Bereitstellung von Plattformen zum innereuropäischen Austausch unter den Bürgerinnen und Bürgern, um nur einige zu nennen, werden daher auch durch eine kritische Potentialanalyse konterkariert.

„Der Kampf um die Aufmerksamkeit der Internet-Nutzer ist hart, und themenspezifische Websites werden in der Regel nur von Personen besucht, die bereits vorher über ein aktives Interesse am jeweiligen Thema verfügten. Die Website EUROPA ist der Mehrheit der EU-Bürger noch nicht ausreichend bekannt.“⁴²⁵

Neben dem Aufzeigen von Chancen wie durch das Online-Diskussionsforum „Debate Europe“ oder durch die Einrichtung eines eigenen Kanals „EU Channel“ auf YouTube⁴²⁶ sowie durch

⁴²⁴ Internetstrategie der EU 2007, S.5

⁴²⁵ ebd. S. 6

das 2008 anlaufende Projekt von „Pilot-Informationsnetzen“ (PIN), welche zu einem näheren Kontakt zwischen meinungsbildenden Persönlichkeiten wie Journalisten, regionalen, nationalen und europäischen Parlamenten führen sollen, wird gleichzeitig festgestellt: „Trotz dieser Erfolge ist die Website EUROPA noch zu stark auf die breit angelegte einseitige Informationsverbreitung ausgerichtet. Es gibt zu wenig Interaktivität und Zusammenarbeit zwischen den Benutzern. Überdies haben die Benutzer oft Schwierigkeiten, sich auf der Website zurechtzufinden, insbesondere aufgrund der Menge der verfügbaren Dokumente, der Tatsache, daß Informationen oft aus der Perspektive der Kommission und nicht aus der Sicht der Benutzer präsentiert werden, und der großen Zahl an Websites und Webseiten einzelner Kommissionsdienststellen.“⁴²⁷

Die zu lösende Aufgabe wird daher deutlich herausgeschrieben und im folgenden von Berichten über die unklare redaktionelle Linie, die fehlende Klarheit der Kommunikationsziele sowie diese Problematik untermauernde visuell unterschiedliche Ausgestaltung der Websites unterstrichen. „Die zentrale Herausforderung besteht darin, EUROPA neu zu strukturieren und zu verbessern, so daß die Website ausgiebiger genutzt wird und sich zu einem Knotenpunkt im Internet entwickelt, von dem aus die Benutzer problemlos zu umfassenden themenbezogenen Inhalten gelangen, Inhalte selbst erstellen und sich an Diskussionen beteiligen können. Entsprechend muß sich die Kommission insbesondere mit den Aspekten Management, Inhalte und Qualität sowie technischer Support und Entwicklung befassen.“⁴²⁸

Die Zielsetzung seitens der EU beinhaltet neben der Einrichtung einer neuen Managementstruktur eine Vereinfachung und Harmonisierung der tagesaktuellen Inhalte der europäischen Website. Herausgestellt wird, daß die Website EUROPA und die Seiten der Kommission – unabhängig von den Organisationsstrukturen der Institutionen – auf die Fülle der Anliegen von Nutzerinnen und Nutzer und auf thematische Schwerpunkte auszurichten ist. Tiefergehende, darunter liegende Ebenen der Startseite, welche allgemeine Information beinhaltet, sollen dagegen fachliche Informationen enthalten und sich an bestimmte Zielgruppen richten. Die Mehrsprachigkeit wird unter dem Aspekt der Kommunikationsprioritäten der Kommission miteinbezogen. Oberstes Handlungsziel,

⁴²⁶ YouTube.com ist ein amerikanisches Videoportal, auf dem die Nutzer kostenlos Videoclips hochladen und ansehen können. 71% der deutschen Nutzerinnen und Nutzer konsumieren die YouTube-Inhalte.
<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,496177,00.html>

⁴²⁷ Internetstrategie der EU 2007, S. 7

⁴²⁸ ebd. S. 7

verdeutlicht durch die Einrichtung von Bewertungsmöglichkeiten für Inhalte oder Wikis⁴²⁹ sowie der Erneuerung der Plattform „Debate Europe“⁴³⁰, ist das Gebot der Interaktivität.

So ist ein weiteres Ziel, eine Vernetzung mit unabhängigen Internetseiten, welche ebenfalls Erörterungen europäischer Themen beinhalten zu erreichen, ist doch festzustellen: „Im Internet finden in Blogs und Diskussionsforen jeden Tag unzählige Debatten über Themen jeder Art statt, und auf den Websites von Zeitungen und Fernsehsendern haben die Benutzer die Möglichkeit, sich online zu Nachrichten, Leitartikeln und Kommentaren zu äußern.

Viele der Themen, über die im Internet diskutiert wird, sind auch für die Kommission von Interesse, beispielsweise Klimawandel, Energie, Forschung, Naturwissenschaften, Informationstechnologie, Einwanderung, Soziales, Wirtschaft und Globalisierung. Auch die EU selbst ist oft Gegenstand von Diskussionen, die teilweise auch von Europa-Kritikern angestoßen werden.

Während die Kommission in der ‚realen Welt‘ häufig an Konferenzen und Diskussionen teilnimmt, tritt sie in der ‚virtuellen Welt‘ des Internets kaum in Erscheinung; hier sind ihre Aktivitäten weitgehend auf die Website EUROPA beschränkt. Auf EUROPA gibt es jedoch nur wenig interaktive Kommunikation, und die Web-basierten Konsultationen zu politischen Fragen sind oft sehr statisch und wecken bei den Benutzern nicht genügend Interesse.“⁴³¹

Das Ziel der Bemühungen, unterstützt von einer redaktionellen, ästhetischen, informationellen und auf Vernetzung ausgerichteten Ausgestaltung ist die Information der Bürgerinnen und Bürger und, soweit möglich, die Herstellung eines virtuellen ‚Kontakts‘ unter der Prämisse von Interaktivität.

4.2.2 Ansätze europäisch-politischer Plattformen für bürgerschaftliche Information und Partizipation in Deutschland – ein Überblick

Unter http://europa.eu/index_de.htm findet man die neu zusammengefasst und aufgearbeitete Internetpräsenz der Europäischen Union. Der Einstieg in die seitens der EU bereitgestellten Information kann für die Bürgerinnen und Bürger bequem in der eigenen Sprache erfolgen, eine übersichtliche Gliederung nach Tätigkeitsbereichen, Institutionen, Dokumenten und Diensten ermöglichen einen auf den ersten Blick schnellen und zielgerichteten Informationsabruf. Seitens der Europäischen Union selbst sind neben den Homepages der

⁴²⁹ Ein wiki ist eine Software, die die Informationssammlung, -bereitstellung und -änderung durch die Nutzer ermöglicht

⁴³⁰ Debate Europe: http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm

⁴³¹ Internetstrategie der EU 2007, S. 13

Institutionen (z.B. der des Ausschuss der Regionen⁴³², des Europarats⁴³³ oder der der Europäischen Kommission⁴³⁴ u.v.a.) z.B. auch die des europäischen Ombudsmannes, des Bürgerbeauftragten, welcher jeder natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union als Übermittler von Unstimmigkeiten oder Unrechtmäßigkeiten in Organen und Institutionen der EU zur Verfügung steht⁴³⁵, oder die von CORDIS, des COMMUNITY RESEARCH AND DEVELOPMENT INFORMATION SERVICE (Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der Gemeinschaft) zu nennen. Letztere ist eine interaktive Informationsplattform, auf der die europäischen Bürgerinnen und Bürger über die aktuellsten Nachrichten, Fortschritte und Initiativen auf den Gebieten der europäischen Innovation, Forschung & Entwicklung informiert werden.⁴³⁶ Die Abrufbarkeit aller veröffentlichten Empfehlungen, Vorhaben und Richtlinien geben den Nutzenden umfassende Möglichkeiten zur Beantwortung von Fragen und Erweiterung des Wissensstandes. Die gigantische Informationsfülle erscheint jedoch zugleich einschüchternd. Es gibt eine Menge hinzuzulernen, ein gewisses Grundinteresse ist jedoch hier die Voraussetzung, den Dschungel an Wissen eigenen Wünschen gemäß zu durchforsten. Die hinzukommende Sprachvielfalt erleichtert dieses Dilemma in keiner Weise. Ersetzt man das „Index_de“ in der Adresszeile der EU-Homepage durch z.B. „Index_fr“, öffnet sich die Homepage in französischer Sprache. Durch ein drop-down Menü in der rechten oberen Ecke kann ferner unter 23 Sprachen ausgewählt werden. Wenige Ebenen unter der Einstiegsebene, so z.B. beim Dokumentenabruf der aktuellen Pressemeldungen, wird die Sprachvielfalt eingeschränkt, kleine Kästchen mit Abkürzungen der Sprachen hinter den einzelnen Dokumenten zeigen die deutliche Dominanz englisch- und französischsprachiger Textbereitstellung. Für die Stillung eigenen Interesses über die Web-Seiten der EU sind somit Fremdsprachenkenntnisse unabdingbar.⁴³⁷

Die inhaltliche Diskussion in einer der 23 offiziellen Amtssprachen oder weiter heruntergebrochen, in einer der über 225 gesprochenen Sprachen muß somit in kleineren, auf die jeweilige Sprache ausgerichteten Foren erfolgen. Um jedoch transnational zu arbeiten und damit einen Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft zu gehen, sind auch hier entweder Sprachkenntnisse seitens der Nutzerinnen und Nutzer notwendig oder Übersetzungsdienstleistungen seitens der Plattformanbieter.

⁴³² Ausschuss der Regionen im Internet: http://cor.europa.eu/de/presentation/fact_sheet.htm

⁴³³ Europarat im Internet: <http://www.coe.int/DefaultDE.asp>

⁴³⁴ Europäische Kommission im Internet: http://ec.europa.eu/index_de.htm

⁴³⁵ Europäischer Bürgerbeauftragter: <http://www.euro-ombudsman.eu.int/home/de/default.htm>

⁴³⁶ Cordis Europa: http://cordis.europa.eu/guidance/guide_de.html

⁴³⁷ Das gilt insbesondere für die Teilnahme an den Diskussionen auf der seitens der EU eingerichteten Plattform Debate Europe. Eine für das Thema dieser Arbeit interessante Diskussion findet sich in englischer Sprache: <http://forums.ec.europa.eu/debateeurope/viewtopic.php?t=351>, eine zum Thema Vielsprachigkeit angerissene Diskussion in französischer Sprache: <http://forums.ec.europa.eu/debateeurope/viewtopic.php?t=1148>

Die Informationsbereitstellung der EU im Internet und die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger bis hin zur Partizipation auf den europäischen oder seitens anderer Anbieter bereitgestellten Plattformen unterliegt der Sprachvielfalt ebenso wie der nahezu undurchdringlichen Vielfalt an Interessen, Wissen und Informationsbedarf.

Die EU hat daher schon früh die Einrichtung eigener Informationsnetzwerke geschaffen, welche aufgrund der den eigenen Interessen näherstehenden Überschaubarkeit den Einstieg in die virtuelle Welt der Europäischen Union erleichtert.

In Deutschland gehören zu den insgesamt 656 Dokumentationsstellen 52 Europäische Dokumentationszentren (EDZ).⁴³⁸ Ihre Aufgaben liegen darin, die Veröffentlichungen der EU zu katalogisieren und sie dem universitären Bereich sowie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die EDZ arbeiten entweder als spezialisierte oder universelle Einrichtungen und besitzen kostenlosen Zugang zu den EU-Datenbanken. Eine spezielle Internetseite ‚Bibliotheken‘ mit wichtigen Informationen für EDZ wird von der Europäischen Kommission angeboten.

Darüber hinaus existieren zum Austausch von Informationen verschiedene nationale und internationale EDZ-Mailinglisten (z.B. EURODOC) und eine gemeinsame EDZ Website.⁴³⁹

Auf Länderebene haben sich zudem in allen Mitgliedsstaaten, so auch in Deutschland, Plattformen zur Information über Europa und die europäische Politik herausgebildet.

So findet sich auf der Website Europa-Union Deutschland zum Beispiel eine hessische Bewegung, welche ihre Ziele folgendermaßen definieren und damit die Ziele der Europäischen Union, den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, widerspiegeln: „Wir sind eine unabhängige, überparteiliche und überkonfessionelle Bürgerbewegung und wollen Europa zu einem Bundesstaat einigen.

Wir wollen ein Europa der Bürger, mit dem sich die Menschen identifizieren: ein Europa, das Wertegemeinschaft und Lebensgemeinschaft, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft und Verantwortungsgemeinschaft zugleich ist. In der ‚Charta der Europäischen Identität‘ stehen unsere Ziele, für die wir Wege finden wollen.

⁴³⁸ Die EDZ finden sich in Deutschland auf den Websites und in den Bibliotheken der Universitäten Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Berlin (Neben der freien Universität Berlin bieten auch die Europäische Akademie Berlin, die Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. sowie das Deutsche Institut für Internationale Politik u. Sicherheit diese Informationen an), Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Darmstadt, Dresden, Duisburg, Eichstätt-Ingolstadt, Erlangen, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Freiburg i. Brsg., Fulda, Gießen, Göttingen, Hagen, Halle/Saale, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Jena, Kehl, Kiel, Köln, Konstanz, Mainz, Mannheim, Marburg/Lahn, München, Münster, Osnabrück, Passau, Regensburg, Rostock, Saarbrücken, Siegen, Speyer, Trier (hier nicht nur an der Universität Trier sondern zudem auch an der Europäischen Rechtsakademie), Tübingen, Wolfenbüttel, Würzburg.

⁴³⁹ Europäisches Dokumentationszentrum Mannheim: <http://www.bib.uni-mannheim.de/index.php?id=463>

Wir wollen eine Demokratie, in der nationale Rechte, die an Europa übertragen werden, der parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Wir wollen nicht, daß nationale Regierungschefs und ihre Minister Gesetze hinter verschlossenen Türen beschließen.

Wir wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger an der Einigung Europas beteiligt werden. Das ist nur über Wahlen zum EP⁴⁴⁰ möglich. Es muß gleichberechtigt gegenüber dem Ministerrat und der Brüsseler Kommission sein und an der Gesetzgebung beteiligt werden. Es hat in den vergangenen Jahren viele Rechte erkämpft - das reicht nicht aus. Nur ein starkes Parlament, das in gleicher und geheimer Wahl vom Volke gewählt wird, kann Interessen vertreten und die europäische Regierung und ihre Organe kontrollieren.

Wir begrüßen den Binnenmarkt und den EURO, die Vereinbarungen von Maastricht und Amsterdam als wichtige Schritte auf dem Wege zu einem Europa, wie wir es uns vorstellen: wettbewerbs- und handlungsfähig, innovativ, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig, sozial und human.⁴⁴¹

Europa-Union.de ist, wie alle anderen staatlich initiierten Plattformen, direkt mit den Servern der Europäischen Union verlinkt, wenn sie auch nicht das technisch und ästhetisch ausgefeiltere Design der offiziellen EU-Website aufweist. Auch alle anderen Bundesländer haben mehr oder minder gut ausgestaltete Seiten, die Anknüpfungspunkte an die europäische Politik aus dem Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Bundeslandes bieten und durch die Verknüpfung von Bekanntem (der Politik im eigenen Bundesland) und Fremden (EU-Politik) Anreize zur inhaltlichen Beschäftigung unter dem erneuten Verweis auf die ungeheure Informationsfülle, auch wenn sie durch regionale Zugehörigkeit gegliedert erscheint, bieten.

Verzeichnisse, welche die einzelnen Web-Seiten der Europäischen Union in deutscher Sprache und ihre Inhalte wiederum nach übergreifenden Schlagwörtern gliedern, sind für die Nutzerinnen und Nutzer Portalen gleichgestaltete Web-Seiten, die für die Überschaubarkeit äußerst hilfreich, wenn nicht gar notwendig sind. So stellen die Universitäten Köln oder Bochum eine Übersicht über die EU und ihre Internetseiten in deutscher Sprache bereit, auf der verschiedene Verweise auf die Internetseiten der europäischen Institutionen, europäische Inhalte sowie Verweise auf relevante Themen zu finden sind.⁴⁴² Wie bei der Homepage der EU selbst ist auch hier wieder die Notwendigkeit eines Grundinteresses zu konstatieren.

⁴⁴⁰ EP = Europaparlament, A.d.V.

⁴⁴¹ Dieser umfassende Forderungskatalog, welcher das Idealbild eines europäischen Bürgers stützt, ist zu finden unter: Europa-Web: <http://www.europa-web.de/europa/02wwwwww/201www/wwwwww.htm>

⁴⁴² Universität zu Köln: Verzeichnis allgemeiner wichtiger links zur EU: http://www.uni-koeln.de/edz/content/eurointernet/index_ger.html; Ruhr-Universität Bochum: <http://www.uni-bochum.de/Internet-Tips/eu-politik.html>

Einen großen Teil der nicht-regierungsinitiierten Plattformen stellen die die EU und ihre Politik erforschenden Universitäten selbständig neben den Informationen, die sie im Rahmen der Europäischen Dokumentationszentren betreuen, zur Verfügung. Zu nennen ist hier das CAP, das Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München, welches als Ziele u.a. benennt: „In seinem differenzierten Arbeitsprogramm erstellt das C·A·P Expertisen, Untersuchungen und Strategien zu politischen Herausforderungen. Das Spektrum reicht von Konzepten für EU-Reformen über sicherheitspolitische Analysen bis hin zu Modellen der Toleranzerziehung. Das C·A·P konzentriert sich dabei auf Zukunftsthemen. Langfristig angelegte Projekte erzielen dabei aufgrund von Lern- und Netzwerkeffekten eine nachhaltige Wirkung in Politik und Öffentlichkeit. Der größte Themenkomplex am C·A·P ist die europäische Einigung. Die Projekte befassen sich mit effizientem Regieren in der Europäischen Union, der Verfassungsgebung und Legitimation der EU sowie dem größeren Europa und seiner weltpolitischen Mitverantwortung. Das Centrum analysiert dabei Außenpolitik und Sicherheit im Süden und Osten Europas, die Konflikte im Nahen Osten sowie die globale Rolle der EU als Partner der USA und Asiens. Die Erforschung der Einstellungen Jugendlicher zur europäischen Integration ist ein weiterer Schwerpunkt.“⁴⁴³

Die Untersuchungsergebnisse und Essays stehen den Nutzerinnen und Nutzern zu einem kostenlosen Download auf der Internetseite zur Verfügung.

Weitere Plattformen der Forschung und Informationsbereitstellung über Europa findet man seitens der Stiftungen, so z.B. die der Friedrich-Ebert Stiftung, welche als ihre Ziele benennt: „Wirtschaftliche und politische Integration in Europa zu fördern und sozial zu gestalten, ist ein Ziel der Arbeit der FES. Ebenso begleitet und unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Dialog über regionale Integration in allen Kontinenten. Die FES nimmt ebenso die Ängste der EU-BürgerInnen ernst, die auf den ungelösten Problemen Europas basieren – mangelnde Integration und fehlendes Gemeinschaftsbewusstsein im erweiterten Europa. Hier trägt die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung aktiv dazu bei, das Verständnis für politische, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt im Prozess einer wachsenden politischen Identität in Europa zu stärken.“⁴⁴⁴

Um auch dem Kriterium der Interaktivität zu genügen, stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung ferner einen als Online-Akademie bezeichneten Ort politischer Bildung im Internet zur Verfügung, welcher Kompetenz zu aktuellen Themen vermittelt, Handlungsoptionen aufzeigt und die Motivation für demokratisches Engagement fördern soll.⁴⁴⁵

⁴⁴³ Centrum für angewandte Politikforschung: <http://www.cap-lmu.de/cap/index.php>

⁴⁴⁴ Friedrich Ebert Stiftung: <http://www.fes.de/europa/index.php>

⁴⁴⁵ Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=5>

In Deutschland existieren zudem verschiedene Informationsangebote seitens politisch unabhängiger Dritter. Von unabhängiger Seite aus initiiert ist die für Deutschland wichtigste Website politischen Wissens und Diskussionen zur europäischen Politik zu nennen, www.europa-digital.de, deren Selbstdarstellung lautet: „Europa eine Seele geben“ ist ein gern benutztes Zitat. Seinen Bürgern "Wissen über Europa" zu geben, ist hingegen unser größtes Anliegen. Fernab von den üblichen "EU-Phrasen", EU-Schönrederei oder EU-Miesmachertum berichtet unser Informationsportal europa-digital.de neutral und unabhängig über Europa. Jeden Monat rund 200 000 Mal besucht, bietet es aktuelle und hintergründige Informationen. Für die schnelle Hilfe zwischendurch, gibt es ein EU-Glossar.

Quasi nebenbei beteiligen wir uns an weiteren Projekten rund um das Thema Europa. Die Entwicklung des Portals www.mein-MdEP.de, das von der EU geförderte Projekt "Europa - mit Methode!" und aktuell die Diskussionsrunde Europa-Talk im Tower sind einige Beispiele.⁴⁴⁶

Neben umfassender Informationsbereitstellung und der Untersuchung europäischer Initiativen wie z.B. einem Ranking der Homepages aller Deutschlands Europaabgeordnete online.⁴⁴⁷

Interaktivität wird dabei, wie auch bei der europäischen Zeitschrift www.eurozine.com⁴⁴⁸, auf für Zeitungen ‚klassischem Weg‘, über Leserbriefe und Umfragen hergestellt. Einen Schritt weiter gehen dabei die Präsenzen der klassischen Printmedien www.spiegel.de oder www.stern.de, welche zu ihren Artikeln Foren bereitstellen, in denen die Artikel diskutiert werden können.

Der kurze Überblick über die verschiedenen Angebote bezüglich der Europäischen Union und Europäischer Politik zeigt die mannigfaltigen Informationsmöglichkeiten und die, Transnationalität nur in Ansätzen erfüllenden, Partizipationsmöglichkeiten an Diskussionen zu aktuellen europapolitischen Themen auf. Das Internet und seine Informationsfülle unterliegen der schwerwiegenden Problematik, welcher ebenfalls nationalstaatliche Regierungen und Parteien unterliegen: Die Bandbreite bereitgestellter Information kann ausreichen, die Wegbereitung dorthin ist eine mühselige Unternehmung, deren erfolgversprechende Ansätze nicht eindeutig zu identifizieren sind. Die Bürgerinnen und Bürger, welche zur Erweiterung des eigenen Wissensstandes und bestenfalls zur virtuellen Beteiligung an europapolitischen Diskussionen animiert werden sollen, sind merkwürdig unbekannt, schon allein daher, da diese

⁴⁴⁶ Trägerverein von [europa-digital](http://www.europa-einfach.de/): <http://www.europa-einfach.de/>

⁴⁴⁷ Deutschlands Europaabgeordnete online: <http://www.europa-digital.de/interaktiv/tests/mdep04/>

⁴⁴⁸ Eurozine.com ist eine in Wien initiierte kulturelle Plattform, welche sich europäischen Themen widmet und interessante Essays zu europäisch-kulturellen und -politischen Themen auch von außerhalb der EU lebenden Schriftstellern in verschiedene europäische Sprachen übersetzt und zum freien Download auf ihrer Web-Seite anbietet.

einfache Beschreibung, bezieht man diese auf die Wahlberechtigten an der Europawahl, sich auf 61.682.394 Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem Bildungshintergrund, eigenen Interessen und einem divergierenden Zeitkontingent bezieht.⁴⁴⁹ Die Möglichkeiten der Internetnutzung, die persönlichen Fähigkeiten sowie die persönliche Einschätzung der eigenen Stimme in Europa sind weitere das teilnehmende Verhalten an europapolitischen Informations- und Diskussionsplattformen beeinflussende Faktoren.

Inwieweit diese Angebote des weiteren hinsichtlich ihrer Tragweite, Nutzerkontakte sowie ihrem Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung zu bewerten sind, bleibt aufgrund der mangelnden Untersuchungen zu diesem Thema schwierig.

Anmerkungen zur Analyse politischer Internetprojekte macht Christoph Bieber, welcher das Fehlen eines notwendigen, systematischen Instrumentariums feststellt. Die Gründe dieses Defizits beschreibt er folgendermaßen: „Einerseits sind Internetprojekte dynamische Analyseprojekte, die nicht wie andere Medienerzeugnisse auf einen bestimmten Umfang (Ausgabe, Band, Sendung, Folge etc.) zu begrenzen sind. Je länger ein Angebot >>online<< ist, desto umfangreicher und facettenreicher wird der Inhalt. Ein weiteres Hindernis ist die kurze Halbwertszeit der Web-Präsenzen – aufgrund der schnellen technischen Entwicklung stehen immer mehr und stets neue Gestaltungselemente bereit, die ein häufiges >>Re-design<< erlauben und im Konkurrenzkampf auch notwendig machen.(...)“⁴⁵⁰

Eine Darstellung der Internetnutzerinnen und Nutzer in Deutschland, ihre Hintergründe und ihre Ziele, eine Analyse des Nutzerverhaltens in Deutschland und die Bewertung der Ergebnisse unter Bezugnahme auf das Angebot kann zu einer Beurteilung der aktuellen Aussichten politischer Information der EU im Internet überleiten und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

4.2.3 Die Nutzung des Internets durch die deutschen Bürgerinnen und Bürger unter politisch-partizipativen Aspekten

Die Internetnutzung in Deutschland ist das Thema einer Reihe von Untersuchungen, welche sich seit den 90er Jahren fest etabliert haben und ein detailliertes Bild der Nutzerinnen und Nutzer und ihrer Gewohnheiten geben können. So charakterisiert die seit 1997 jährlich durchgeführte ARD/ZDF-Online-Studie die verschiedenen Entwicklungsphasen der

⁴⁴⁹ Wahlberechtigte Bürger an der Europawahl: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb03_jahrtabw2.asp

⁴⁵⁰ Bieber, Christoph, 1999, S. 94f.

Internetnutzung in Deutschland: „In der ersten Phase nutzte eine junge, gut gebildete Infoelite das Netz, um sich schnell und komfortabel aus einem riesigen Informationspool zu bedienen und um über E-Mail miteinander in Kontakt zu treten. Phase 2 steht für die „Veralltäglicung“ des Internets. Mehr und mehr bis dato internetferne Bevölkerungsgruppen fanden den Weg ins Netz – auch weil sie den Mehrwert gegenüber anderen Medien erkannten. Serviceseiten, Onlineshopping und Onlineauktionen waren Antriebsfedern für eine rasch ansteigende Internetverbreitung in der Bevölkerung. In den letzten Jahren trat mit Video- und Audioportalen, auf denen sowohl etablierte Anbieter wie auch branchenferne Produzenten ihre Inhalte verbreiteten, die Multimedialität des Internets immer stärker in den Vordergrund. Parallel dazu waren und sind das „Mitmach-Netz“ bzw. das Schlagwort Web 2.0 in aller Munde. Einfach zu bedienende Softwarelösungen, so genannte Social Software, ermöglichen es dem Onliner, aktiv gestaltend am Internet teilzunehmen.“⁴⁵¹

Heute ist die untersuchte Internetnutzung größtenteils die des ‚neuen‘ und multimedialen, auf Partizipation ausgerichteten Netzes unter der Prämisse des sich stetig verbreiternden Zugangs zum Internet und seinen Kommunikationsräumen.

Die aktuellen Erhebung der Initiative D21⁴⁵² und TNS Infratest, dem *(N)Onliner Atlas*, welcher seit 2001 als Erhebung der aktuellen Internetnutzer, die Internetnutzung planende und die diese Ablehnenden Ergebnisse und Ausblicke bereitstellt, benennt die Zahl der die vielfältigen Anwendungen des Internets Nutzenden älter als 14 Jahren in Deutschland im Jahr 2007 erstmals als 60 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. (60,2%).⁴⁵³

Eine genauere Aufschlüsselung der Altersgruppen in die drei Nutzerkategorien sowie die Bildungsstruktur der Nutzer zeigen die folgenden Tabellen:

⁴⁵¹ van Eimeren, Birgit; Frees, Beate, 2007, ARD/ZDF Online-Studie: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-eimeren-frees.pdf>

⁴⁵² Initiative D21 ist ein gemeinnütziger Verein aus Wirtschaft und Politik mit dem Ziel, die Chancen der Informationsgesellschaft für Deutschland zu nutzen

⁴⁵³ (N)Onliner-Atlas 2007:
http://www.initiatived21.de/fileadmin/files/NOA_Umzug/NOA_Atlanten/NONLINER-Atlas2007.pdf

12. Internetnutzung nach Alter ⁴⁵⁴

2007 (ANGABEN IN %)				
Alter	Basis	Onliner	Nutzungsplaner	Offliner
14-19	3.871	89,4	5,3	5,3
20-29	5.945	87,2	5,2	7,5
30-39	7.867	82,2	5,5	12,3
40-49	8.938	72,6	6,7	20,7
50-59	7.120	58,3	7,0	34,6
60-69	8.023	35,5	6,4	58,2
≥70	7.370	13,2	3,5	83,3
Gesamt	49.135	60,2	5,7	34,1

Deutlich wird die Affinität der Jüngeren gegenüber dem Internet, jedoch auch der Zugang der älteren Generation zum Internet hat sich in den letzten Jahren stark vergrößert. Geschuldet ist diese Entwicklung zahlreichen Initiativen seitens Europa und der Bundesregierung unter dem Motto „Ganz einfach Internet“, welche sich an die 50plus-Generation wendet und mit Kursen zum Einsatz des Internets zu Alltagsthemen und speziellen Themen gerade für diese Generation Zugangsmöglichkeiten aufzeigt, erklärt und den Einsatz schult.⁴⁵⁵

Wie zu erwarten war, ist das Alter der Nutzerinnen und Nutzer ein Kriterium der Internetnutzung, welches die vorgestellte Initiative in Deutschland aufzuweichen sucht. Ein weiteres Kriterium ist, wie in der folgenden Tabelle dargestellt, der Bildungsstand der Nutzer.

⁴⁵⁴ (N)Onliner-Atlas 2007:

http://www.initiaved21.de/fileadmin/files/NOA_Umzug/NOA_Atlanten/NONLINER-Atlas2007.pdf

⁴⁵⁵ Ganz einfach Internet: http://www.50plus-ans-netz.de/index.php/50plus/online_jahr_50plus

13. Internetnutzung nach Bildung ⁴⁵⁶

2007				
	Basis	Onliner (Angaben in %)	Nutzungsplaner (Angaben in %)	Offliner (Angaben in %)
Schüler	2.287	91,6	5,2	3,1
Volksschule ohne Lehre	4.871	30,5	5,5	64,0
Volksschule mit Lehre	14.929	45,8	6,7	47,5
Weiterbildende Schule, ohne Abitur	16.216	66,3	6,3	27,4
Abitur, Hochschulreife, Fachhochschule	3.867	82,9	3,5	13,6
Abgeschlossenes Studium	4.851	81,2	3,4	15,4

Nach wie vor nutzen mehr Männer als Frauen das Internet, auch wenn diese in den letzten Jahren kräftig aufgeholt haben. Auch das Nutzerverhalten beider Geschlechter divergiert, Männer laden weitaus öfter Dateien aus dem Internet herunter (32% gegenüber 13 % bei Voraussetzung eines wöchentlichen Downloads), nutzen eher und weitaus häufiger Computerspiele und multimediale Anwendungen. Bei einem Vergleich der Nutzungsintensität des Internets und alternativer Medien wurde eine höhere Nutzungsintensität letzterer seitens der Frauen deutlich, was den Schluß nahe legt, daß die Frauen der Präsentationsform des Internet und seinen Inhalten weniger affin gegenüberstehen. ⁴⁵⁷

14. Internetnutzer in Deutschland nach Geschlecht 2007 (in %) ⁴⁵⁸

	GESAMT	14-29 JAHRE	30-49 JAHRE	AB 50 JAHRE
Weiblich	56,9	63,6	77,2	28,7
Männlich	68,9	96,2	78,0	48,1

Basis: Onlinenutzer ab 14 Jahre in D (2007: n=1142). Teilgruppen: 14-29jährige (n=365), 30-49jährige (n=623), ab 50jährige (n=834)

⁴⁵⁶ (N)Onliner-Atlas 2007:

http://www.initiatived21.de/fileadmin/files/NOA_Umzug/NOA_Atlanten/NONLINER-Atlas2007.pdf

⁴⁵⁷ van Eimeren, Birgit; Frees, Beate, 2007, ARD/ZDF Online-Studie, S. 365

⁴⁵⁸ ARD/ZDF Online Studie 2007

Eine Untersuchung der „Offliner“, der Bürgerinnen und Bürger, die die Internettechnologie nicht nutzen können oder explizit nicht nutzen wollen, gehört ebenfalls zum Untersuchungspanel der ARD/ZDF-Online-Studie. Diese untermauert die Entwicklungen der letzten Jahre, zeigt, daß immer mehr Senioren internetaffin werden, die technischen und kognitiven Hemmnisse sinken und auch die weniger gut ausgebildete Bevölkerung zunehmend den Zugang zum multimedialen Angebot findet.

Trotz guter Hardwareausstattung und inzwischen umfangreicher Interneterfahrung⁴⁵⁹ der meisten Nutzerinnen und -nutzer bleiben deutliche Unterschiede im Umgang der Nutzer mit den vielfältigen Angeboten, im Ausbau der Nutzungsroutinen und in der Zeit, die mit dem Internet und den Inhalten – in Konkurrenz zu anderen Medien⁴⁶⁰ – verbracht wird, zwischen einzelnen Anwendergruppen bestehen. In einer Typologie der Internetnutzer lassen sich sechs Typen von Onlinenutzern identifizieren, die zwei übergeordneten Nutzungsmustern zugeordnet werden können: die aktiv-dynamischen und die selektiv-zurückhaltenden Nutzer, die je 50 Prozent der Internetanwender stellen.⁴⁶¹

Die Hauptgruppe der Nicht-Nutzenden stellen trotz aller Veränderungen stellen die Älteren, die Frauen und die Nicht-Berufstätigen immer noch. Weitere Merkmale dieser Gruppe sind die technisch schlechtere Ausstattung in verschiedenen Lebensbereichen und die Zufriedenheit mit dem Informationsangebot der ‚klassischen‘ Medien. Neben dem harten Kern der Internetverweigerer⁴⁶² sind die Offliner stark durch die realen Gefahren des Internets wie Datensicherheit oder Suchtgefahr beeinflusst. Auch die Verwendung von Sprache und Begriffen, welche eigenes Verständnis voraussetzen, wirkt abschreckend.

Die Universalität und der Reichtum der Internetinformation werden von den Skeptikern und den Unsicheren weniger als Chance oder Anreiz zur Stillung eigener Interessen angesehen, vielmehr werden diese als Zugangsbarriere aufgrund der unüberschaubaren Struktur begriffen.⁴⁶³ Deutlich wird im Vergleich, daß die Gruppe der Nicht-Nutzer sich zu einem besonderen Teil der Bevölkerung mit extremen Merkmalen entwickelt, während sich die Gruppe der Nutzer immer weiter in die Mitte der Gesellschaft bewegt.⁴⁶⁴

⁴⁵⁹ Weitere Ergebnisse: van Eimeren, Birgit; Frees, Beate: ARD/ZDF-Online-Studie: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-eimeren-frees.pdf>

⁴⁶⁰ Internetnutzung substituiert die Nutzung anderer Medien zum Teil, dazu: Grunwald, Armin; Banse, Gerhard; Coenen, Christopher; Hennen, Leonhard, 2006, S. 47 ff.

⁴⁶¹ van Eimeren, Birgit; Frees, Beate: ARD/ZDF-Online-Studie: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-eimeren-frees.pdf>

⁴⁶² Im Jahr 2007 betrug die Zahl der Verweigerer 22 Prozent, ein in den letzten Jahren gestiegener Wert. Gehrhards, Maria; Mende, Annette: ARD/ZDF Online Studie 2007

⁴⁶³ Gehrhards, Maria; Mende, Annette: ARD/ZDF-Online-Studie 2007: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-gerhards-mende.pdf>

⁴⁶⁴ Emmer, Martin, 2005, S. 198f.

Betrachtet man die Inhalte, welche von den Nutzerinnen und Nutzern am häufigsten aufgerufen werden, so zeigt sich hier ein positives Bild, wie aus der folgenden Tabelle abzulesen.

15. Genutzte Online-Inhalte (2005 – 2007) ⁴⁶⁵

HÄUFIGE/GELEGENTLICHE NUTZUNG IN %	2005	2006	2007
Aktuelle Nachrichten (Geschehen in Deutschland, Ausland)	47	45	46
Information aus Wissenschaft, Forschung, Bildung	44	42	46
Freizeitinformationen, Veranstaltungstipps	44	40	45
Aktuelle Serviceinformationen (Wetter, Verkehr)	43	37	42
Verbraucher- und Ratgeberinformationen	34	31	38
Aktuelle Regionalnachrichten/ -information	42	38	36
Informationen aus dem Kulturbereich	33	36	35
Sportinformation	29	29	32
Unterhaltungsangebote (z.B. Online-Spiele oder Preisausschreiben)	10	7	30
Informationen zu Wirtschaft und Börse	24	21	25

Basis: Onlinenutzer ab 14 Jahre in D (2007: n=1142; 2006: n = 1084; 2005: n=1075)

Weiterführend bleibt zu untersuchen, ob das Internet die (deutschen) Nutzerinnen und Nutzer zu einer Erhöhung politischen Interesses und politischer Beteiligung führt. Die abgerufenen Inhalte lassen einen positiven Trend erkennen, aus dessen sich jedoch keine Aussage zum partizipatorischen Verhalten ableiten lässt, welchen obendrein durchaus bestimmten soziodemographischen Voraussetzungen unterworfen sein wird.

Bei dem Versuch einer Abgrenzung des Nutzers politischer Information gegenüber den allgemeinen Inhalten Nutzenden in Deutschland kommen Lutz M. Hagen & Markus Mayer zu einem generell geringem Effekt soziodemographischer Merkmale. Auch wenn man zugrunde legt, daß die 1996 ausgewertete Grundgesamtheit der Internetnutzer eher männlich und besser gebildet waren, wird deutlich, daß die Abgrenzung der politisch Interessierten im Internet nicht eindeutig vornehmbar ist, da Differenzierungskriterien offenbar nicht anwendbar sind.⁴⁶⁶

Martin Emmer stellt in seiner Untersuchung „Politische Mobilisierung durch das Internet“ wiederum fest, daß Internetnutzer und Nicht-Nutzer sozialstrukturell immer noch deutlich

⁴⁶⁵ ARD/ZDF-Online-Studie 2007, eigene Zusammenstellung

⁴⁶⁶ Hagen, Lutz M.; Mayer, Markus, 1998, S. 112

verschiedene voneinander sind und erstere grundsätzlich aktiver sind in ihrer politischen Kommunikation, auch was den Konsum von Nachrichten anderer Formate betrifft, was sich wiederum auch von höherer Bildung dieser ableiten lässt.⁴⁶⁷

Bezüglich der genutzten Kommunikationsformen und -inhalte kommt er zu dem Ergebnis, daß die Aktivitäten, welche den geringsten individuellen Einsatz erfordern, am häufigsten ausgeübt werden. Bei Betrachtung der aufgerufenen Inhalte lässt sich jedoch unter Beachtung der fehlenden Kriterien für eine Untersuchung des Gehalts konsumierter und ausgetauschter Information die Schlussfolgerung ziehen, daß „die direkte Kommunikation politischer Akteure mit ihren Zielgruppen unter Umgehung der ‚gatekeeper‘ im klassischen Journalismus eine durchaus lohnende Option sein kann.“⁴⁶⁸

Eine Studie der Initiative eParticipation zur elektronischen Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten unterstreicht dieses Potential durch eine Erweiterung: „Die enormen Potenziale der Bürgerbeteiligung im Internet werden noch nicht genutzt. In der Bundesrepublik Deutschland steht vor allem die Modernisierung von Verwaltungsdienstleistungen, Stichwort E-Administration, im Vordergrund. Die Möglichkeiten, die das Internet für die Demokratie bietet, werden vernachlässigt.“⁴⁶⁹

Die Diskussion um E-Government, die Verlagerung öffentlicher Willensbildungsprozesse in den Kommunikationsraum des Internets, wurde zunächst unter administratorischen Gesichtspunkten, z.B. um die elektronische Signatur und nicht unter demokratisch-kommunikativen Aspekten der Transparenz in einem Regierungssystem geführt. „Unter E-Bürgerbeteiligung werden jene Elemente der Bürgerbeteiligung betrachtet, die eine aktive Teilhabe an politischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe des Internets ermöglichen. Dieses Verständnis von E-Bürgerbeteiligung macht deutlich, daß allein die Bereitstellung politischer Informationen durch Entscheidungsträger im Internet oder ein politisches Forum noch keine „E-Bürgerbeteiligung“ ist, allenfalls wichtige Voraussetzungen.“⁴⁷⁰ Eine Studie zu E-Integration durch Digital Government, in Auftrag gegeben vom Bundesministerium des Inneren nach Weisung der EU beleuchtet den Kenntnisstand und die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger bezüglich des E-Governments unter Beachtung zuvor definierter Charakteristika wie technische Zugänglichkeit, Nutzungsverhalten, Bildungsstand u.a.. Die Ergebnisse der Untersuchung insbesondere der Gruppen, deren Zugänglichkeit zum Internet erschwert ist, zeigen, daß die Informationslage zur

⁴⁶⁷ Emmer, Martin, 2005, S. 198f.

⁴⁶⁸ ebd., S. 199

⁴⁶⁹ Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004: http://www.initiative-eparticipation.de/studie_eparticipation.pdf, S. 3

⁴⁷⁰ Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004, S. 8

Beurteilung eines inklusiven E-Government in vielen Bereichen unvollständig ist, gerade in Hinblick auf Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die über Verordnungen gesetzlich festgesetzten Richtlinien zur Gestaltung barrierefreier Internetangebote von Bund und Ländern sind bis heute unzureichend umgesetzt.

Darüber hinaus nimmt Deutschland im Rahmen der Gesetzgebung zur IT-Barrierefreiheit gegenwärtig nur eine passive Rolle ein. Proaktive Projekte, vor allem unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, müssen die Nachhaltigkeit von Barrierefreiheit bei E-Government-Angeboten auf allen Ebenen gewährleisten.

Anhand der Gegenüberstellung auch mit internationalen Projekten kann festgestellt werden, daß das Image von E-Government in Deutschland verbessert werden muß. Von vielen Menschen wird E-Government nicht als Chance wahrgenommen, sondern lediglich als Mittel der Behörden zur Kostenreduktion. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen die Vorteile von E-Government-Angeboten klar kommuniziert werden. Auch inklusive E-Government-Angebote müssen sich stärker an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Kunden orientieren. Bei der Realisierung sollten gezielt die Dienstleistungen priorisiert werden, die für den Kunden einen hohen Nutzen bringen. Bei der Kontaktaufnahme und der Kommunikation sind Organisationsübergreifende und prozessorientierte Projekte zur Steigerung des Servicewertes von E-Government-Dienstleistungen notwendig. Die Akteure im Bereich des inklusiven E-Government müssen des weiteren besser miteinander vernetzt werden. Maßnahmen zur Stärkung eines E-Inclusion-Netzwerks sollten insbesondere die Verbindung zwischen Verbänden und öffentlichen Verwaltungen (auf Bundes-, Landes- sowie kommunaler Ebene) und auf europäischer Ebene zwischen EU und nationalen Regierungen bis hin zu Verbänden fördern.⁴⁷¹

Eine Untersuchung des Instituts für Informationsmanagement in Bremen im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren bildet das Potential von E-Partizipation, der Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government unter der Differenzierung zwischen sechs Formen der Beteiligung, nämlich Information (Angebote, die auf die Bereitstellung, den Zugang und die Erschließung von Informationen öffentlicher Stellen abzielen und Voraussetzung für das Gelingen von anderen Beteiligungsformen sind), Transparenz durch Dritte (Informelle Angebote, die über Handlungen der Legislative oder Exekutive berichten und so öffentliche Kontrolle ermöglichen), Konsultation (Beteiligungsformen, durch die Expertise sowie Voten zu Planungs- und Entscheidungsprozessen von Bürgerinnen und

⁴⁷¹ e-Inclusion, Studie:

http://www.kbst.bund.de/cln_028/mn_836802/SharedDocs/Publikationen/eGovernment/Studie-E-Inclusion,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Studie-E-Inclusion.pdf, S. 9f.

Bürgern, Interessengruppen sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bestimmten Themen eingeholt werden), Eingaben / Beschwerden / Petitionen (Angebote, die es ermöglichen, Vorschläge oder Kritik, in der Regel über dazu eingesetzte vermittelnde Stellen, an die zur Entscheidung befugten Stellen und Behörden zu richten), Kooperation (Angebote, die auf einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Bürgerschaft sowie Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft abzielen und zu kollektiven Präferenzen und damit (auch) zu Ergebnissen führen, die von ursprünglichen Positionen abweichen) sowie Aktivismus / Kampagnen / Lobbying (Beteiligungsformen, bei denen Einzelpersonen oder organisierte Akteure Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, Aufmerksamkeit und Unterstützung für Themen und Positionen, aber auch für partikulare Interessen zu erhalten und die damit einen Beitrag zur politischen Meinungs- und Willensbildung leisten), ab.⁴⁷² Weiterführend inkludiert diese Studie die Gegenüberstellung deutscher Politik Web-Seiten mit unter der Prämisse guter Leistung im Hinblick auf Organisation (d.h., die Beispiele weisen einen hohen Innovationsgrad in technologischer oder methodologischer Hinsicht auf (oder der Integration von beiden)), Prozessgestaltung (d.h., die Verfahren in den ausgewählten Fällen sind für die Teilnehmenden transparent dargestellt und responsiv, d.h., es erfolgt eine Antwort auf die Beiträge der Teilnehmenden, und diese wird offen kommuniziert) sowie Ergebnisse, (d.h., die Fälle weisen einen hohen Nutzungsgrad in der Zielgruppe oder einen großen Einfluss auf den politischen Prozess auf).

Bei der Auswahl der Web-Seiten wurde außerdem darauf geachtet, daß jede Form von Partizipation und – nach Möglichkeit – jedes für die politische Beteiligung relevante Format berücksichtigt wurde. Auch die Streuung über nationale als auch internationale Fälle erfolgte bewußt, um den Entwicklungsstand bei den einzelnen Beteiligungsformen unmittelbar gegenüberstellen zu können.⁴⁷³

Auf der Basis grundsätzlicher Erhebungen zum politischen Interesse der deutschen Bürgerinnen und Bürger und den Informationsmöglichkeiten im Internet, wurden deutliche Chancen politischer Partizipation im Internet deutlich: „Drei Viertel der Wahlberechtigten interessieren sich zumindest etwas für Politik. Ein Viertel der Bevölkerung hat sich bereits im Internet über politische Angelegenheiten informiert oder beteiligt. 13% – immerhin rund 10 Millionen Menschen – können sich vorstellen, im Internet an Diskussionen über ein bundespolitisches Thema mitzuwirken. Zivilgesellschaftliche Projekte wie

⁴⁷² E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government, http://www.ifib.de/dokumente/ifib-zebralog_e-partizipation.pdf, S. 5

⁴⁷³ E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government, S.90 ff., eine sehr interessante Gegenüberstellung, welche zudem eine detailgetreue Gegenüberstellung europäischer und weltweit eingesetzter e-Participation-Angebote aufzeigt

www.Abgeordnetenwatch.de und www.Direktzu.de ermöglichen den Austausch zwischen Bevölkerung und Politik und erfreuen sich großer Beliebtheit. Jüngste E-Partizipationsangebote wie der Bürgerhaushalt der Stadt Köln mit verzeichneten Zugriffen von ca. 100.000 verschiedenen Computern (unique visitors) belegen die „Massentauglichkeit“ bzw. das Mobilisierungspotenzial von E-Partizipation.“⁴⁷⁴

Zu beachten ist jedoch, daß aus der repräsentativen Umfrage zudem deutlich wird, daß es vor allem die Bundespolitik ist, für die das Internet als Informationsquelle genutzt wird. Landes- und Europapolitik spielen eine ungleich geringere Rolle. Und auch auf bundespolitischer Ebene existiert die Problematik des Misstrauens seitens der Bevölkerung, für welche das Aufstellen von Lösungsansätzen eine Herausforderung für die Regierenden und Kommunizierenden darstellt: „Das Grundproblem der großen Distanz und des geringen Vertrauens vieler Bürgerinnen und Bürger insbesondere in Bezug auf Bundespolitiker kann daher nicht kurzfristig und vor allem nicht nur durch technische Einzelmaßnahmen gelöst werden, sondern nur durch ein längerfristiges, stufenweise aufgebautes und möglichst viele Verwaltungsbereiche umfassendes Programm, in dem Transparenz und Glaubwürdigkeit die Leitprinzipien sind und in denen skeptische Bürgerinnen und Bürger ebenso wie unsichere Verwaltungsmitarbeiter positive Erfahrungen machen können.“⁴⁷⁵

Das Internet hat sich als Kommunikationskanal zwischen Politikern und Rezipienten etabliert, zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Netzöffentlichkeit und Demokratie“, und dennoch lässt sich deutlicher Handlungsbedarf gerade in bezug auf Transparenz und allgemeiner Zugänglichkeit ableiten.⁴⁷⁶ Die Studie geht davon aus, daß die Ansprüche politisch interessierter und gut informierter Bürger hinsichtlich des Zugangs zu politischen Informationen, der Transparenz politischer Prozesse und auch der Teilhabe an der Entscheidungsfindung über das Internet wachsen werden. Dabei kann es infolge der digitalen Spaltung zu einer Abkopplung von Internet-Inhalte nutzenden Bevölkerungsgruppen mit geringeren Kompetenzen in bezug auf Sprache, Bildung und/oder technischen Zugangsmöglichkeiten kommen. Besonderes Augenmerk muß in jedem Falle auf dem Feedback seitens der Nutzerinnen und Nutzer als notwendigem Bestandteil des Angebots liegen, bestehende Inhalte sind hier eher passiv angelegt.⁴⁷⁷

Deutlich wird anhand des umfassend untersuchten Beteiligungsverhaltens deutscher Nutzerinnen und Nutzer, daß durchaus Potential für politische Partizipation im Internet

⁴⁷⁴ E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government, S.8

⁴⁷⁵ E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government S. 9

⁴⁷⁶ Grunwald, Armin; Banse, Gerhard; Coenen, Christopher; Hennen, Leonhard 2006, S. 19f.

⁴⁷⁷ Marcinkowski, Frank; Irrgang, Michael 1999, S. 37

vorhanden ist, soweit ein besonderes Augenmerk auf der Förderung weniger gut ausgebildeter oder ausgestatteter Nutzer liegt. Auch die Inhalte müssen dementsprechend aufbereitet und präsentiert werden. Die Vorstellung von „Informationslotsen“⁴⁷⁸ ist an dieser Stelle nicht unter dem Aspekt einschränkender sondern wegweisender Selektion zu begegnen. Den Vorbehalten wenn nicht gar dem Misstrauen der Bevölkerung ist durch weitergehende Transparenz und die Entwicklung tatsächlicher Reziprozität zu begegnen, welche demokratisch-partizipative Prozesse im Internet unter der Prämisse, daß Demokratie immer auch Kommunikation ist, etablieren kann.

4.3. Zusammenfassung zum Internet als Medium politischer Kommunikation der EU

Für die politische Kommunikation in den heutigen Gesellschaften ist das Internet mit seinen spezifischen Vorzügen der Aktualität, der Interaktivität und der Verfügbarkeit umfangreicher Potentiale um die Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse zu involvieren, seinem weitergeführt ‚demokratischen Potenzial‘ ein Medium auf dem Siegeszug.

E-Government, E-Democracy oder das Ziel der E-Inclusion haben reale Chancen, das Interesse an politischer Kommunikation und an den Inhalten selbst zurückzugewinnen und dem Idealbild einer partizipierenden Gesellschaft wieder ein Stück näherzukommen.

Die Plattformen des Internets, auf denen seitens der Bürgerinnen und Bürger initiierte Diskussionen um politische und gesellschaftliche Themen angeregt werden (können), nähren die Vision einer politisch (re)aktivierten Gesellschaft.

Von der Teilnahme an virtuellen Verwaltungsakten bis hin zu deliberativen Prozessen durch die Schaffung virtueller Transparenz in politischen Abstimmungs- und Entscheidungsverfahren und die Einrichtung eines direkten Dialogs zwischen Bürgern und Regierenden erstreckt sich das euphorisch als virtuelle Agora betrachtete Potenzial der Kommunikationsräume und -möglichkeiten im Internet.

Bei genauer Betrachtung der Hypothesen zur Öffentlichkeitsbildung des Internets bzw. im Internet wird die geringe Halbwertszeit der Information ebenso wie die Unüberschaubarkeit der Arenen bezüglich Themen, Kommunikatoren, Rezipientenkreis usw. deutlich. Die Internetöffentlichkeit als solche existiert nur in fragmentierter Form und der Verzicht auf gatekeeper, welche Informationen vorsortieren aber auch zugleich auch strukturieren führt neben wahrhaft freier Meinungsbildung und -äußerung auch zu Orientierungslosigkeit.

⁴⁷⁸ Diese benennt Detlev Clemens 1999 unter der Prämisse der Generierung bedarfsgerechter Information, wobei bedarfsgerecht eine zu große Vorselektion impliziert, S. 171

Der Überblick über die Einsatzmöglichkeiten des Internets im politischen Prozess verdeutlicht sowohl das Potential als auch die Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger, sich in diesen Prozessen ihren Platz zu suchen, die für sie relevante, ihren Wissensstand erweiternde Information zu finden und so dem Ideal des politisch interessierten, aktiv partizipierenden Internetnutzers in einer E-Democracy zu entsprechen.

Für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit ist dem Internet und seinen Möglichkeiten zur Bereitstellung politischer Information und der Einladung zur Teilnahme an politischen Prozessen eine Vielzahl von Möglichkeiten und vor allem Hoffnungen inhärent. Die Überwindung bzw. Einordnung der Vielsprachigkeit ist dabei als eine der wichtigsten Ideen zu nennen.

Bei Vergleich des Internets mit anderen Medien verdeutlicht sich das reziproke Potential, welches von Anhängern der Mobilisierungsthese als auch über Ländergrenzen hinweg politisch und partizipatorisch als aktivierend beurteilt wird. Fraglich bleibt, inwieweit die Nutzung eines ‚neuen‘ Mediums allein zu verstärktem politischen Interesse führen sollte. Zudem bleibt offen, inwiefern von einer gleichmäßigen Verteilung der Internetzugänge innerhalb einer Bevölkerung ausgegangen werden kann, eine Notwendigkeit, strebt man eine über Repräsentation hinausgehende Partizipation in politischen Netzprozessen an.

Die beispielhafte Betrachtung der deutschen Bürgerinnen und Bürger zeigt, daß die Internetnutzung auch bei den älteren Bevölkerungsgruppen auf dem Vormarsch ist. Während sich des weiteren geschlechtsspezifische Unterschiede angleichen, stellt der Bildungsgrad immer noch einen Divergenzaspekt dar. Die angeführten Studien zur elektronischen Bürgerbeteiligung zeigen, daß e-demokratische Angebote durchaus bis zur Mobilität hin anregendes Potential besitzen können, so sie denn richtig, und hier gilt Deutschland als Beispiel passiver Herangehensweise, ein- und umgesetzt werden. Das Umfrageergebnis, demnach sich ein Drittel der Wahlberechtigten zumindest etwas für Politik interessiert, ist als Zeichen des kommunikativen Potentials und als Leitbild für die politische Kommunikation der EU zu sehen. Gerade vor dem Hintergrund, daß das Internet in Deutschland in erster Linie auf nationaler Ebene als Kommunikationsmittel genutzt wird und dieses Ergebnis nicht nur die Ferne der EU und ihrer Politik als auch die Unerreichbarkeit der bereitgestellten Inhalte illustriert, wird eine notwendige Intensivierung der politischen Kommunikation der EU in allen Dimensionen unabdingbar.

Die Betreuer der genannten Forderungen sind wiederum die Institutionen, denen als politische Kommunikation einleitende nicht nur in diesen Bereichen Aufgaben der Konzipierung, Förderung und Ausweitung zukommen. Die bereitgestellten Kommunikationsmöglichkeiten im

Internet, so sie denn dem Ziel der Reziprozität wahrhaft verpflichtet werden⁴⁷⁹, führen nicht automatisch zu interessierten Nutzerinnen und Nutzern. Das Potential des Internets, auf europäischer Ebene deliberative Prozesse zu begünstigen, muß durch die Bereitstellung von Vermittlungsleistungen ergänzt werden. Die Bemühungen der EU bezüglich der Informationsbereitstellung sind dabei durchaus positiv zu bewerten.

Doch so, wie die Überwindung der Verständigungsproblematik der Vielsprachigkeit Dolmetscherleistungen in stark ausgeweiteter Form erfordert, so erfordert transnational und auch transkulturell vonstatten gehender Konsum von politischer Information und darauf aufbauender Austausch Vermittlungsleistungen grundlegendster Art.

Die dem Internet fehlenden gatekeeper sind seitens der EU einzusetzen, nicht mit dem Ziel der Informationsbeschneidung, sondern mit der Aufgabe, Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, Kommunikation anzuregen, Meinungen und Gedanken zu erfragen und die Kommunikationsräume erschließbar zu machen.

Die Förderung der (technischen) Zugänglichkeit ist notwendig, noch viel mehr jedoch kann das Internet genutzt werden, um einen Kontakt europäischer Bürgerinnen und Bürger mit den Institutionen der EU, repräsentiert durch eine Vielzahl von Politikern, welche die Idee des Austauschs mittragen, befördern und stetig erweitern, z.B. durch die Vernetzung von Nutzern unterschiedlicher Nationalitäten.

Was als mühselige weil unendlich kleinteilige Unternehmung erscheinen mag, ist vor dem Gedanken der Vermittlung von Unionsbürgerschaft eine geringe Unternehmung mit den hehren Zielen, das regelrechte Misstrauen beizulegen und ein sich verselbständigendes Interesse zu schüren. Die Idee, die Kommission virtuell ‚in Erscheinung‘ treten zu lassen, ist zielführend, aber nicht weit genug gefasst, der Anspruch muß umfassender, detaillierter sein. Die Einrichtung der europäischen Dokumentationszentren ist ein guter Ansatz, idealerweise fände Informationsbereitstellung unter diesen Bedingungen kommunikativ aktivst und höchst kleinteilig ausgerichtet statt, die Transnationalität ist jedoch auch hier nicht gegeben und auch nicht vorgesehen.

Die Webseite EUROPA ist der Mehrheit der EU-Bürger (noch) nicht bekannt. Die aktive, personalisierte Vorstellung kann diesem Mangel nicht nur abhelfen, sie kann zudem aktive Auseinandersetzung, eine Kernkompetenz eines Bürgers im demokratischen Sinne, anregen, und das besser, als es die ‚alten‘ Medien auf nationaler Ebene bewerkstelligen können.

Hier liegt das Potential des Internets bei richtiger Nutzung seitens der Verantwortlichen der EU: Bürgerschaftliche Kompetenz durch die persönliche Anregung von Aktivität zu vermitteln,

⁴⁷⁹ Demnach: Beantwortung von Emails, Foreneinträgen; Teilnahme an Chats usw.

Ängste beizulegen, Nöte miteinzubeziehen und so zu einem realen Diskurs zwischen Politik und Gesellschaft zu finden.

5. Ist eine Vermittlung der europäischen Bürgerschaft durch europapolitische Kommunikation im Internet möglich?

Die Unionsbürgerschaft, ein für die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Union fremder Status ohne weiteres Interesse, so ist zu beklagen, ist eine rechtlich klar zu definierende, politisch schon schwieriger abzubildende und letztlich sozial kaum zu fassende Proklamation fortschreitender europäischer Integration.

Die Konzeption einer europäischen Zivilgesellschaft aus europäischen Bürgerinnen und Bürgern und der unionsbürgerschaftlichen Kompetenzen besitzt die besondere Komplexität nicht nur durch den besonderen Charakter der Supranationalität. Die Schwierigkeit der Abgrenzung gerade vor dem verschwimmenden Hintergrund der Unionsbürgerschaft als Pathosformel demokratischer EU-Politik verdeutlicht die Schwierigkeit, einen solchen Status auf europäischer Ebene wahrhaft zu positionieren und gleichzeitig an die bislang national orientierten Bürger zu vermitteln. Die gesellschaftliche und politische Inklusion der Bürgerinnen und Bürger und die kommunikative Schaffung von Transparenz über europapolitische Vorhaben und Entscheidungen fördere die Identifikation mit dem ‚neuen‘, übergreifenden Status, so lautet das Konzept. Die Theorie und nicht zuletzt diese Hoffnung, welche wirkungsvoll durch die europapolitische Unüberschaubarkeit, welcher die Europäischen Institutionen, dargelegt in Weißbüchern, Herr zu werden sucht, konterkariert wird.

Voraussetzung dieses Gedankens eines Zusammenwachsens auf europäischer Ebene ist eine Anerkennung des Status als Unionsbürger, ein Interesse, diesen auszufüllen, und das Vertrauen in die Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie in die Regierenden auf europäischer Ebene, also die Ausbildung eines Demos auch über Ländergrenzen hinweg. Diese banale Formulierung ist kaum in der Lage, den immensen Sog, den die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, auf europäischer Ebene bürgerschaftlich zu partizipieren und sich in eine transnationale Zivilgesellschaft herein zu emanzipieren, auslösen würde. Die Bereitschaft, durch die Wahrnehmung bürgerschaftlicher Rechte die europäischen Regierenden demokratisch zu legitimieren, erzeugt in diesem Zusammenhang zunächst eine zwar rechtlich erzeugte, aber dennoch bürgerschaftliche Solidarität.⁴⁸⁰ Das Agieren als Teil eines supranationalen Demos verändere nicht nur die Selbstwahrnehmung sondern ebenfalls die Wahrnehmung anderer Mitgliedsstaaten sowie die Wahrnehmung durch andere Mitgliedsstaaten. Auch wenn Europa als ‚Flickenteppich der Kulturen‘, zusammengesetzt aus einer Vielzahl „historischer

⁴⁸⁰ Vgl. Habermas, Jürgen, 2008, S. 147

Sedimente“, gilt, so sind doch bestimmte Werte wie zum Beispiel der der Demokratie und die Vorstellung einer ‚guten Gesellschaft‘ in Europa fest verankert.⁴⁸¹

Die tatsächliche Selbstwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als Träger von Rechten und Pflichten ist eine andere. Die Europäische Union ist, mehr noch als der Heimatstaat, fern und als eigenständiger Akteur einschränkend, unkontrollierbar und in seinen Entscheidungen von den eigenen Bedürfnissen weit entfernt, so scheint es. Politische Entscheidungen im eigenen Staat und auf europäischer Ebene im Besonderen werden von einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger, wenn überhaupt registriert, mit einem Schulterzucken wahrgenommen oder unter Murren kommentiert. Gerade für die EU müssen an dieser Stelle die mangelhaften demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten sowie das Öffentlichkeitsdefizit der EU durch die Unüberschaubarkeit politischer Prozesse und Entscheidungen als eine Annäherung wenig begünstigende Faktoren angeführt werden.

Aus dieser Perspektive erscheint für die Europäische Integration ein (re)politisierender, ein aufklärender, einbindender und letztlich demokratisierender Prozess für einen europäischen Demos, für die Regierenden und Vermittelnden als grundlegend notwendig. Dabei zeigt der Gedanke einer Integration durch europapolitische Partizipation und eine sich daraus entwickelnde, zunächst bürgerschaftliche Identität politisch aktiver Bürgerinnen und Bürger nur eine Ahnung der Komplexität des Prozesses und der umfassenden Dispositionen, denen er unterliegt. Die vielbeklagte ‚Öffentlichkeitsdefizit‘ der Europäischen Union reiht sich vor diesem Hintergrund in die Debatten über fehlende Bürgernähe sowie die Kluft zwischen politischen Eliten und den restlichen Teilen der Bevölkerung ein. Eine kommunikative Annäherung an die Bürgerinnen und Bürger zur Schaffung von Interesse an der EU und euroapolitischer Teilhabe wird ebenfalls von der EU selbst gefordert.

Die Form der politischen Kommunikation, welche jenen Prozess tragen muß, und deren Inhalte unterliegen verschiedener Anforderungen. Zunächst sind die national divergierenden, aus kulturellen Erfahrungen resultierenden Verhältnisse zwischen Regierenden und Regierten in den Mitgliedsstaaten zu beachten. Die eigene, bürgerschaftliche Wahrnehmung ist kulturell durch das Heimatland geprägt und unterliegt schon auf der nationalen Ebene nicht nur einer, sondern divergierenden und konkurrierenden Ordnungsvorstellungen.⁴⁸²

Für die europäische Ebene verdeutlicht dies die Schwierigkeiten der Einbindung der europäischen Bürgerinnen und Bürger und betont gleichzeitig die Notwendigkeit, die

⁴⁸¹ Jacobs, Jörg, 2006, S. 75

⁴⁸² Ein Aufsatz von M. Rainer Lepsius 1999 zur Ausbildung einer kulturellen Identität in der europäischen Union verdeutlicht die divergierenden Ordnungsvorstellungen nationalstaatlicher, bürgerschaftlicher Identität und unterstreicht die Ausgestaltung Europas als Identifikationsraum durch Übertragung nationalstaatlicher Rechte und Pflichten auf europäische Ebene.

Unionsbürgerschaft als fortschreitende Erweiterung des nationalen Status zu begreifen, soll die Europäische Union tatsächlich zu einer Union werden. Jürgen Habermas formuliert dazu: „Was eine Nation von Staatsbürgern – im Unterschied zur Volksnation – einigt, ist kein vorgefundenes Substrat, sondern ein intersubjektiv geteilter Kontext möglicher Verständigung. (...) Wenn innerhalb desselben demokratischen Gemeinwesens verschiedene kulturelle, religiöse und ethnische Lebensformen gleichberechtigt neben- und miteinander existieren sollen, muß sich die Mehrheitskultur aus der gewachsenen - historisch erklärbaren - Fusion der von allen Staatsbürgern geteilten *politischen* Kultur lösen.“⁴⁸³

Der Schaffung politischen Interesses sollte eine Komplexitätsreduktion europapolitischer Entscheidungen und Diskussionen vorausgehen, welche jedoch nicht zu groben Auslassungen führen darf. Kurios bleibt diese Forderung vor allem durch die Notwendigkeit, das Interesse eines Großteils der europäischen Bürger durch Teilhabe an den Diskursen zu schüren, was wiederum zu einer nahezu unüberschaubaren Masse von Belangen führt. Selbstverständlich zielen deliberative Prozesse nicht auf die Meinung des einzelnen ab, gerade nicht in diesem Kontext. Jedoch zeigt die Gruppenbildung und gegenseitige Beeinflussungen auf europapolitischer Ebene, der Lobbyismus bereits jetzt die immense Vielfalt divergierender Interessen. Durch Offenlegung aller Standpunkte zu einem aktuell zu entscheidenden Thema soll die Entscheidungsfindung für die Bürger nachvollziehbar abgebildet werden, darüber hinausgehend existiert die Forderung, durch bürgerschaftliche Deliberation die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar miteinzubeziehen und so einen europäischen Demos zu konstituieren.

Die uneingeschränkte Transparenz ist dabei für deliberative Prozesse notwendig, gleichzeitig jedoch verwirrend und unüberschaubar. Die definitive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger steht der Forderung nach vollständiger Information somit entgegen, schon allein unter Beachtung des Zeitaspekts der Wahrnehmung bürgerschaftlicher Rechte und Pflichten.

Die Komplexität europapolitischer Entscheidungen und die Vielzahl der Standpunkte, Vorschläge und Meinungen liefern eine so gewaltige Menge an Information, daß die gewissenhafte Rezeption eine Vollzeitbeschäftigung für die Bürgerinnen und Bürger darstellen würde, daher ist ein geeignetes Forum für die Bereitstellung dieser ungeheuren Informationsmenge zu schaffen.

Die für die Bürgerinnen und Bürger sichtbare Aufnahme ihrer Anliegen und Ideen in die europapolitische Prozesse trägt zur Generierung von Vertrauen zwischen EU und Zivilgesellschaft bei. Die Einschränkungen des Potentials deliberativer Prozesse auf europäischer Ebene für die Bürgerinnen und Bürger führt nicht zwangsläufig zu einer

⁴⁸³ Habermas, Jürgen, 1996, S. 189f.

ebensolchen Einschränkung für die Regierenden, betrachtet man die Rollen der Regierenden (aktiv) und Regierten (passiv).⁴⁸⁴ An dieser Stelle kann der demokratische Gleichheitsgedanke, welcher sich in der EU nicht wirklich durchsetzen kann, ähnlich der positiven Diskriminierung, in seinem Ungleichgewicht zu einem seitens der Regierenden positiv aufzunehmenden Postulat werden.

Deliberative Prozesse fördern nicht nur die Anerkennung von europapolitischen Entscheidungen seitens der Bürgerinnen und Bürger, sie fördern auch das Bemühen seitens der Regierenden, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Diskurs zu treten und in diesem zu stehen. Heidrun Abromeit formuliert dabei kritisch zu deliberativen Prozessen: „Der Demos steht mitten im Zentrum des Konzepts – aber er steht dort gewissermaßen (in Anlehnung an Robert Musil) als ein „Demos ohne Eigenschaften: als eine Mulde, in die von verschiedenen Seiten argumentative Rinnsale fließen.“⁴⁸⁵

Deliberative, öffentliche Prozesse zielen weniger auf die zwingend subjektiven Wünsche der Bürgerinnen und Bürger als vielmehr auf einen abstrakt-logischen Kommunikationsprozess ab, welcher wirkungsvoll ein weiterführendes bürgerschaftliches Interesse fördern, jedoch ebenfalls unterbinden kann, ist dieses Interesse doch auch immer persönlicher Natur. Die Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger bzw. das Interesse daran ist der Dreh- und Angelpunkt, welcher den „Demos ohne Eigenschaften“ beleben und die Vorhaben der EU legitimieren würde.

Dem entgegen tritt die an anderer Stelle bereits angeführte „zivilisierte Distanz“ als Kardinaltugend der Bürgerinnen und Bürger, welche sowohl der sich wandelnden Gesellschaft als auch dem Wunsch nach Freiheit gerecht wird, und in die Vorstellungen politisch-partizipativer Beziehungen miteinfließen muß.

Vor dem Hintergrund der zuvor angeführten zeitlichen Vollausslastung und der subjektiven Gliederung nach Relevanz und Interesse kann die Frage nach der realen Umsetzung deliberativer Prozesse auf europäischer Ebene somit nur eingeschränkt weitergeführt werden. Gerade vor dem Hintergrund des oft zitierten Steuerungsverlustes der staatlichen Regierungen, einerseits durch Kompetenzabgaben auf europäischer Ebene als auch durch die postmoderne Erosion staatlicher Kompetenzen und der damit einhergehenden Beschwörung der Zivilgesellschaft können deliberativ konstituierte Entscheidungen auf europapolitischer Ebene

⁴⁸⁴ Dem Wesen der Demokratie ist die Volkssouveränität inhärent, somit ist das Zusammenspiel eigentlich per se umgekehrt, ein aktiver Demos wählt die Regierenden, die im Auftrag ihrer Wähler handeln. Gerade auf europapolitischer Ebene ist diese Vorstellung im Zusammenwirken mit postmodernen Gesellschaftsbetrachtungen jedoch obsolet und sollte wiederbelebt werden.

⁴⁸⁵ Abromeit, Heidrun, 2002, S.103

vorerst nicht bestehen.⁴⁸⁶ Das Ziel der Schaffung von Öffentlichkeit und der Einrichtung wahrnehmbarer Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger auf europapolitischer Ebene, welche durch Deliberation verfolgt werden sollen, bleibt jedoch ungeschmälert bestehen.

Es sind die Individuen, die der demokratisch-partizipativen Ideen und deren Umsetzungen bedürfen, nicht das System, welches die Zivilgesellschaft beschwört und gleichzeitig ohne sie zu entscheiden vermag.⁴⁸⁷ Der Gebrauchswert bürgerschaftlicher Rechte kann gerade vor dem Hintergrund einer kulturell divergierenden Gesellschaft wie der europäischen durch reziproke Anerkennung der Besonderheiten und Gemeinsamkeiten und die damit einhergehende Schaffung gesellschaftlicher und politischer Sicherheit der eigenen Person erlebt werden.⁴⁸⁸

Diese Darstellung unterstreicht die Notwendigkeit reziproker Kommunikation zwischen Regierten und Regierenden, durch die Interessen, Ideen und Vorschläge ausgetauscht werden können und idealerweise ein Dialog initiiert werden kann.

Die Möglichkeit der eigenen Positionierung als Teilhabender an einem supranationalen Diskurs in einem supranationalen System ist verunsichernd, bei unterstützenden Handlungen seitens der Mitbürger und Regierenden Interessen weckend bis hin zu einer veränderten Selbstwahrnehmung als nicht mehr rein national agierender Bürger.

Für das Ziel, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Unionsbürgerschaft nahezubringen, ist kommunikative Vermittlung der erste Schritt und die Anleitung zur Teilhabe gleich welcher Art, der darauffolgende. Der Akzeptanz dieses abstrakten Status muß ein komplexer Vermittlungsprozess vorausgehen, da keine selbstbestimmte Notwendigkeit für einen solchen Prozess besteht. Die Ansätze, nach denen dieser vonstatten gehen würde, bestehen des weiteren nur verschwommen, so daß es eines Zusammenwirkens aller Organe und aller Vorschläge bedarf, um einen sich stetig zu repositionierenden Prozess zu initiieren. Einen Teilbereich der Gesamtstrategie, die politische Kommunikation im Internet, ist hier abstrakt dargestellt worden, unter der Prämisse, Unionsbürgerschaft zu vermitteln.

⁴⁸⁶ Vgl. Groh, Kathrin; Weinbach, Christine, 2006, S. 9. Der Vertrauensverlust staatlicher Institutionen behindert die EU und schafft gleichzeitig reale Möglichkeiten der Wiederbelebung eines tragfähigen Verhältnisses zwischen Regierenden und Regierten.

⁴⁸⁷ Dazu und im Gesamten zur kritisch-wohlwollenden Betrachtung deliberativer Demokratie Abromeit, Heidrun, 2002, S. 205

⁴⁸⁸ Vgl. Habermas, Jürgen, 1996 S.143, welcher eine Darstellung multikultureller Integration am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika beschreibt.

5.1 Die Grundlagen der kommunikativen Vermittlung von Unionsbürgerschaft

Die Definition der (Staats-)Bürgerschaft und die Vision der diese erweiternden Unionsbürgerschaft beinhaltet bereits die Frage nach der Problematik der Lebendigkeit einer europäischen Bürgerschaft. Bürgerschaft in der Demokratie soll immer eine aktive, partizipierende sein, zum Wohle des Demos und dem Konzept des Demos folgend. Nicht nur die Kontrolle der Regierenden und ihrer Politik, auch die Ausprägung eines Raumes für Identifikation und Zusammengehörigkeit für die Bürgerinnen und Bürger sind dieser Vorstellung inhärent.

Für die Europäische Union und die Unionsbürgerschaft formieren sich hier zwei deutliche Aufgaben, deren Komplexitäten höchst unterschiedlich ansetzen. ‚Harte‘ Faktoren wie die Ausgestaltung von unionsbürgerschaftlichen Rechten und Pflichten treffen auf ‚weiche‘, weniger greifbare Faktoren wie die Annahme und die Bereitschaft zur Ausgestaltung durch Ausübung der neu hinzukommenden Kompetenzen und der Identifikation mit den ‚neuen‘ Rechten und Pflichten.

Für die Identitätsfindung bleibt eine ganze Reihe von Figurationen eine reine, nicht weiter hinterfragte Selbstverständlichkeit, welche an nationale und kulturelle Eigenarten gekoppelt sind.⁴⁸⁹ Durch die quasinatürliche Selbstverständlichkeit, mit der diese Identitätsfigurationen unreflektiert getragen werden, ist die Öffnung der eigenen Identität gegenüber der europäischen Erweiterung, die auch die Akzeptanz anderer, kulturell divergierender Ideen beinhaltet, ein langwieriger Prozess.⁴⁹⁰ Erschwert wird dieser Prozess durch subjektiv unterschiedlich gewichtetete europapolitische Verletzungen des eigenen Identifikationsraumes wie die Währungsreform, welche wirtschaftlich gut abbildbar und erklärbar ist, auf nationalstaatlicher Ebene jedoch gerade bei älteren oder weniger gebildeten Teilen der jeweiligen Bevölkerung zu einem Verlustgefühl, aus welchem fatalistischste Vorstellungen der Entziehung nationaler Eigenheiten resultieren können, führte.

Die Prämissen der Ausbildung einer europäischen Identität, der Anerkennung des ‚größeren‘ Identifikationsraumes auf europäischer Ebene sowie die Anerkennung der anderen europäischen Völker als Mitglieder des eigenen europäischen Demos sind unscharf.

Deutlich ist jedoch, daß die Verknüpfung der Konzepte von bürgerschaftlicher Identität und bürgerschaftlichem Interesse sämtliche kommunikative Vorhaben der EU in ihrer Bedeutsamkeit unterstreichen und eine Ausweitung und Vertiefung postulieren.

⁴⁸⁹ Lohauß, Peter, 1999, S. 74

⁴⁹⁰ Dazu führt Walter Reese-Schäfer auf weltpolitischer Ebene den Gedanken einer Demokratie ohne Außenabgrenzung an. Die Außenabgrenzung ist ein stark identitätsstiftender Vorgang in einer Gesellschaft, wodurch deren Wegfall, wie er auf europäischer Ebene erst mal gefordert ist, neue Konstruktionen erfordert. Reese-Schäfer, Walter, 1999, S. 33f.

„Demokratie muß die Leistungsfähigkeit, den Wert der Demokratie ständig mitkommunizieren, auch und gerade in schwierigen politischen Lagen“⁴⁹¹, so formuliert es Birger Priddat.

Für die Europäische Union bedeutet dies, daß auch sie sich ständig platzieren, darstellen, verändern, erklären und ihre Vorteile vor dem kontraproduktiven Hintergrund nationaler Politiksepsis herausarbeiten muß.

Die Unionsbürgerschaft den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen, das geht über rein kommunikative Vermittlungsprozesse hinaus. Die Institutionen der EU haben realisiert, daß die europäische Integration nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zukunftsträchtig, weil tragend sein kann. Daraus resultiert jedoch nicht zwingend eine auf Partizipation angelegte Änderung politischer und kommunikativer Prozesse seitens der Europäischen regierenden. Das Ideal des Demos, einer Gesellschaft aktiv partizipierender Bürgerinnen und Bürger als Träger der Souveränität und deren Ausübung gleichzeitig unterstützend, formiert sich in der EU durch ein Zusammenwachsen der nationalen Gesellschaften zu einem Träger europäischer Politik.⁴⁹²

Grundlage der Einbindung auf europäischer Ebene ist die Initiation der Unionsbürgerschaft als aktiv wahrnehmbare Erweiterung der nationalen. Das Ideal einer Bürgergesellschaft ist ein über die Staatsgrenzen hinaus vielfach entworfenes und impliziert in dieser Vorstellung immer eine bewußte Eigenwahrnehmung der Bürger als Bürger. Diese Selbstgewissheit, dieses Selbstbewußtsein ist in den heutigen hochkomplexen Gesellschaften ein ständiger Lernprozess, wodurch die gigantischen Anforderungen der Übertragung auf die europäische Ebene evident werden.⁴⁹³ Die Idee der Vermittlung von Bürgerschaft auf supranationaler Ebene ist ein nur unvollständig darstellbarer Prozess sich verändernder Selbstwahrnehmung und sich erweiternder Identifikation. Die Idee politischer Integration durch unionsbürgerschaftliche Wahrnehmung bleibt dabei abstrakt, ähnlich z.B. der Idee rechtlicher Integration durch die Wahrnehmung als Grundrechtsgemeinschaft durch das Tragen gemeinsamer Grundrechte.⁴⁹⁴

So entscheidend diese Stellungen als Träger politischer Rechte und Pflichten oder in diesem Beispiel als Träger von Grundrechten ist, so wenig greifbar und erlebbar bleibt der jeweilige Status und kann damit nur minimal als erfahrbare Grundlage und Identifikationsraum dienen.

Die oft formulierten Defizite der EU im Hinblick auf Öffentlichkeit und Legitimation gehen an dieser Stelle eine schwierige Verbindung mit einer generell niedrigen Präsenz des zu vermittelnden Status in der Wahrnehmung der europäischen Bürgerinnen und Bürgern ein.

⁴⁹¹ Priddat, Birger, 2006, S.9

⁴⁹² Die synonyme Verwendung der Zivilgesellschaft, des Demos und der Bürgergesellschaft ist beabsichtigt, da für die europäische Ebene etwaige Differenzierungen, so z.B. zwischen Zivilgesellschaft als Raum für bürgerschaftlichen Diskurs oder Zivilgesellschaft als Akteur aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Selbstverständnisse und Einordnungen per se vorhanden sind und im Ganzen eingearbeitet werden müssen.

⁴⁹³ Vgl. zum kontinuierlichen Lernprozess Habermas, Jürgen, 1976, S. 115 f.

⁴⁹⁴ Haltern, Ulrich, 2005, S. 409

In Divergenz gegenüber der Staatsbürgerschaft, welche durch die kulturellen Identifikationsfigurationen in erster Linie ebenfalls nicht als Bürgerschaft im politischen Sinne sondern als Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, zu der eben auch das Politische gehört, wahrgenommen wird, ist die Unionsbürgerschaft weniger fassbar und zudem nur undeutlich und minimal im Rezeptionskreis eines jeden sichtbar. Praxis und eine Reflektion dieses Status seitens der Regierenden und im Falle der europäischen Bürgerschaft auch seitens der Mitgliedstaaten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern würde die Sichtbarkeit erhöhen.

Die Vermittlung von Unionsbürgerschaft muß somit grundlegend aufgebaut werden. Die Idee der Europäischen Union als Teil der kulturellen Basis eines jeden gegenüber der Wahrnehmung als wirtschaftlich orientierter Zusammenschluss wird mittlerweile vielfältig aufgenommen und vielfach umgesetzt.⁴⁹⁵ Der Skepsis gegenüber der Öffnung der nationalen Bürgerschaft gegenüber der europäischen, welche sich schlicht in einer Unterlassung der Ausübung manifestiert, ist nur durch eine Kopplung verschiedenster Unternehmungen mit der Prämisse, die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Umfragen zu erheben, sondern detailgetreu abzubilden, zu untersuchen und so differenziert wie möglich an den sich ergebenden Problemstellungen zu arbeiten, und seien diese nur in noch so kleinem Rahmen abbildbar.

Nationalstaatliche Problematiken der bürgerschaftlichen Wahrnehmung müssen dabei ebenso miteinbezogen werden wie sich verändernde Identifikationsprozesse in Gesellschaften. Die wiederholte, disziplinübergreifende Frage nach der Identität lässt erahnen, daß individuelle und kollektive Selbstbilder heutzutage nicht mehr an alte Sicherheiten anknüpfen können, so daß sich Gefährdungserfahrungen und Abwehrimpulse manifestieren können.⁴⁹⁶

Die Distanzierung der Bürger gegenüber ihrer jeweiligen Regierung ist für die Institutionen der Europäischen Union nicht unbedingt gleichermaßen beeinträchtigend, wenn die Unionsbürgerschaft keinen so engen Kontakt wie in einem staatlichen Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten anstrebt, sondern vielmehr den Einigungsgedanken an Stelle der Regierungsinstitutionen setzt (obgleich dieser nur ein Gedanke ist und keine manifestierte Sichtbarkeit besitzt, ist er doch ungleich konstituierender für die Vision eines Zusammenwachsens allein aufgrund selbstbestimmter Öffnung).

Die Ausformulierung des europäischen Gedankens und die Vermittlung der europäischen Integration als zukunftsweisendes Projekt, welches über staatliche Integrationsverfahren erhaben ist, könnte die Unionsbürgerschaft zu dem Status eines Pioniers in einem bislang

⁴⁹⁵ Die Einrichtung von Europa-Universitäten und grenzübergreifenden Kooperationen in der Forschung und Lehre geben ein Beispiel der Achtung kultureller Eigenarten.

⁴⁹⁶ Hettlage, Robert, 2007, S.275

unvergleichlichen Prozess machen. Alle Themenbereiche des Annäherungsprozesses könnten durch umfassende Abbildung und Diskussion wegbereitend für eine Integration als Bürgerinnen und Bürger eines neuartigen Gemeinwesens sein. Wenn eine Reaktion gleich welcher Art seitens der Europäischen Institutionen auf jeglichen Input sichergestellt werden könne, würde sich der Identifikationsraum als europäische Bürgerinnen und Bürger nicht nur stark verbreitern, die Förderung von selbstbestimmten Interesse wäre dem Prozess inhärent.

Die Furcht vor dem Verlust des nationalstaatlichen Identifikationsraumes würde bei sorgfältiger, differenzierter, seitens der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbarer Betrachtung der unterschiedlichen Belange durch eine vorsichtige europapolitische Annäherung an die nationalen Gesellschaften eingeschränkt. Unter der Prämisse der Herausbildung einer europäischen Bürgergesellschaft als Wertegemeinschaft sowie durch das Aufzeigen neuer Anknüpfungspunkte mit deutlichem Respekt gegenüber den jeweiligen kulturellen Besonderheiten könnte die Multidimensionalität dieses Vorhabens bei Überwindung nationaler Inklusions- und Exklusionsmuster zur Entstehung einer europäischen Bürgergesellschaft umgesetzt werden. Die Unionsbürgerschaft würde damit weniger als institutionell etabliertes Fundament einer europäisch-bürgerschaftlichen Integration wahrgenommen, sondern vielmehr als eine sich aus der bisherigen europäischen Integration heraus entwickelnde Konsequenz der Mitarbeit seitens der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn das verschachtelte Konzept der Unionsbürgerschaft sich durch die Vermittlung detailliertester Anknüpfungspunkte z.B. an kulturelle Eigenarten zu einem von den Bürgerinnen und Bürgern auch nur in kleinsten Teilen getragenen Status etablieren könnte, würde ein kommunikativer, an den jeweiligen Ausprägungen ansetzender Vermittlungsprozess von den europäischen Bürgerinnen und Bürger mitgetragen werden. Chronologische Urheberschaften würden sich verwischen und die Integration der Bürgergesellschaft sich letztendlich selbst bedingen. Die kommunikative Vermittlung von Identifikationsansätzen kann nur funktionieren, sofern der Verweis auf reale, bereits bestehende Muster dieser Annahme möglich ist bzw. seitens der Referenten erbracht wird.

Wenn in der Konstituierung eines politischen Gemeinwesens weder Struktur noch Grundordnung als per se vorgegeben begriffen werden, dann muß die Vermittlung der Zugehörigkeit kommunikativ umso eindringlicher und auf konkrete Anknüpfungspunkte verweisend vorgenommen werden, um Übereinstimmung in den unterschiedlichen Selbstwahrnehmungen gerade kulturell divergierender Gruppen zu schaffen.

Voraussetzung und Bedingung des Vermittlungsprozesses ist nicht nur die in Weissbüchern zu bekräftigende Bereitschaft der europäischen Institutionen zu einem komplexen und

langwierigen Kommunikations- und Vermittlungsprozess der europäischen Politik und der Rolle europäischer Bürgerschaft. Unabdingbar dafür ist des weiteren ein geeignetes Hauptkommunikationsmedium, welches sich supranational, leicht verständlich, nicht selektierend und jedem zugänglich einsetzen lässt. Dieses muß des weiteren die Fähigkeit besitzen, Reziprozität zu ermöglichen und so das Interesse zu wecken, in welchem Themenfeld auch immer persönliches Engagement zu entwickeln, sei es durch Heranbildung eines Eigeninteresses, welches durch die bereitgestellten Informationen gedeckt und ausgebaut werden kann, durch Reaktionen auf Blogs von Politikern⁴⁹⁷ oder sogar durch Teilhabe an Diskussionen.

5.2 Die Schaffung unionsbürgerschaftlicher Partizipationsräume im Internet

Der Abbau des vielfach und vielerorts festgestellten Öffentlichkeitsdefizits der EU kann nur die durch eine kommunikative Schaffung von Transparenz seitens der Regierenden begonnen werden, so haben es die Institutionen der EU letztendlich selbst erkannt.

Weiterführende Ideen und Untersuchungen unterstrichen die Notwendigkeit supranationaler Medien als Träger der öffentlichkeitsbildenden Maßnahmen und scheiterten sowohl an mangelnden Annahme dieser seitens der europäischen Bevölkerungen als auch, wiederum ersteres verstärkend, an der Problematik der Vielsprachigkeit in der EU. Die mangelnde Verbindlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, der fehlende Bezug, welche mit Nachrichten aus der europäischen Sphäre aufgrund der abstrakten Ferne als auch aufgrund sprachlich eingeschränkten Verhältnisses einhergeht, untergraben die Ansätze supranationaler Auseinandersetzung, welche nicht nur auf politisch-diplomatischer Ebene einen Platz findet.

Sprache wird nicht nur als identitätsstiftendes Kriterium benannt, sondern des weiteren als vertrauensschaffende Grundlage einer Annäherung benannt, was supranationale Kommunikation nicht nur hochkomplex, sondern zugleich als eine behutsam anzusetzende und langwierig auszurichtende Aufgabe darstellt.

Wenn eine europäische Öffentlichkeit als Vermittlungsmodell funktionieren soll, muß sie sowohl das Publikum für die bislang noch national organisierten Zivilgesellschaften sein, als auch gleichzeitig als Akteur der Öffentlichkeit, als Sprecher eigener Bedürfnisse sich wahrhaft demokratisch positionieren, d.h., es darf nicht unklar bleiben, wie die Artikulation der

⁴⁹⁷ Feldmer, Simon, 2008 berichtet in einem Artikel in der Süddeutschen, daß die politische Debattenkultur in Deutschland bislang noch nicht im Internet angekommen sei und es in Deutschland kaum eine Blogger Stimme gäbe, die dezidiert Position bezöge. In anderen (europäischen) Ländern sei das anders, stellt er dar, so daß für die Mitgliedsstaaten der EU gemeinhin von einer höheren Beschäftigung mit politischen Blogs im Internet ausgegangen werden kann.

Wünsche durch die der Bürgerinnen und Bürger vermittelt und aufgenommen wird.⁴⁹⁸ Die doppelte Anforderung aus rezeptivem, sich integrierendem Zusammenwachsen und aktiver Positionierung ist nur durch Kommunikation in einer funktionierenden öffentlichen Sphäre zu lösen. Die Divergenz, welche die Formulierung einer öffentlichen Meinung zutage treten lassen wird, ist konstruktiv aufzunehmen und auszuformulieren. Gerade die Idee solcher Gegenüberstellungen, welche neben deutlich aufgezeigter Vielfalt auch den Anspruch der Akzeptanz anderer erheben würde, unterstreicht die Ansprüche an Kommunikation, Rezeption und vor allem an die vermittelnden Medien bzw. das vermittelnde Medium.

Die Verknüpfung mit dem Potential des Internets, unter bewußter Distanz zu den in Kapitel 4 beschriebenen euphorischen Einschätzungen, führt zu einer positiven Bewertung dieses Vorhabens und zu Möglichkeiten, reziproke politische Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten sowie zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten auf supranationaler Ebene zu etablieren.

Die Einrichtung virtueller Verwaltungsakte auf nationalstaatlicher Ebene und darauffolgend auf europäischer Ebene begünstigen die Vorstellungen partizipativer Prozesse durch Schaffung virtueller Transparenz in politischen Abstimmungs- und Entscheidungsverfahren.

Detailliertere Betrachtungen wiederum zeigen, daß die gerade im virtuellen Raum geforderte Selbständigkeit der aus eigener bürgerschaftlicher Mündigkeit heraus angetriebenen Bürgerinnen und Bürger und die Unbegrenztheit der Information durch den Verzicht auf Vorselektion zu hohe Erwartungen an die Selektionsfähigkeit und damit weiterführend an die aus persönlichem Interesse heraus resultierende Rezeptionsleistung stellt.

Die Ausgestaltung bürgerschaftlicher Partizipationsräume im Internet unterliegt zunächst der Problematik der Diversifizierung virtueller Öffentlichkeit, welche dem behutsamen Vorgehen auf kleinster, d.h. regionalster Ebene mit einer Bereitwilligkeit zur Öffnung gegenübersteht.

Der virtuellen Öffentlichkeit der Internetkommunikation und -informationsbereitstellung wird häufig eine Spaltung, eine Teilung in mehrere größere und kleinere Kommunikationsräume, virtuelle Gesellschaften, in denen sich die Nutzer bewegen, ohne darüber hinausgehenden Bezug zu den weiteren Angeboten im virtuellen Raum.

Die Vorstellung europapolitischer Kommunikationsräume und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diese fordert jedoch einen kleinteiligen Beginn. Mit der Einrichtung zunächst regional ausgerichteter Diskussionsforen, welche nach und nach eine von den Nutzerinnen und Nutzer mitgetragene Erweiterung erfahren, ist eine größtmögliche Beteiligung der Bevölkerung möglich. Wie in Kapitel 4 angeführt, sollte die Kommunikation der

⁴⁹⁸ Vgl. Abromeit, Heidrun, 2002, S. 105

europäischen Institutionen im Internet bottom-up vonstatten gehen, so regional fokussiert wie möglich beginnend, um durch die allmähliche Öffnung regionaler Gedanken und Meinungen gegenüber größeren Diskussionskreisen bis hin zu grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen, wie in den Grenzregionen durch Kooperationen im realen Raum bereits geschehen. Bei der Öffnung gegenüber einem größeren Raum bis hin zur sukzessiven Schaffung wahrer Transnationalität, welche durch die Übersetzung einzelner Beiträge sowie durch die damit einhergehende Bereitstellung von Hintergrundinformationen nicht allein mit den zu behandelnden Themen als auch den jeweiligen nationalen Besonderheiten im Umgang mit den Themenstellungen einhergehen könnte, wäre eine weitere Besonderheit virtueller Kommunikation zu betrachten. Im Internet bestehen Informationen nebeneinander, welche seitens der Nutzer ohne weitere Vorselektion abgerufen werden können.

Dem Internet wird nicht zuletzt daher wahrhaft demokratisches Potential unterstellt, da ein jeder kommunizieren kann und sich des weiteren uneingeschränkt informieren kann.

Für die europapolitische Kommunikation in der hier vorgestellten Form jedoch wären zahlreiche Übertragungsleistungen notwendig.

Bereits Übersetzungsdienstleistungen sind Vermittlungsleistungen durch Wortwahl, Auslassungen, Abschwächungen und Akzentuierungen. Die Bereitstellung von Administratoren oder Moderatoren⁴⁹⁹ der Diskussionsforen sind weitergehende Vermittlungsleistungen, wodurch die generelle Unumgänglichkeit verdeutlicht wird. Gerade vor dem Hintergrund der Elitendiskussion als Rüge europäischer Politik und europapolitischer Kommunikation wird hier ein wenig anerkanntes Konzept bestätigt. Wenn Elitendiskussionen einer Transformation hin zu einer Art der Supervision des Integrationsprozesses mit Erkenntnisweitergabe an die weniger Interessierten oder Involvierten unterworfen werden, können aus den weiterführenden Ideen und Gedanken der jeweiligen nationalen Leitfiguren grenzüberschreitende Themenbereiche des allgemeinen Interesses geschaffen werden.

Das Internet kann ein Medium gruppenübergreifender Kommunikation mit politisch-partizipativer Ausrichtung sein, für die Schaffung von Interesse und verstärkter Einbringung in die (kommunikativen) Prozesse sind jedoch Vermittlungsleistungen notwendig und auch von Seiten der eher zaghaften Bürgerinnen und Bürger, welche aufgrund geringeren Vorwissens zögerlicher und langsamer zu diesen Auseinandersetzungen mit europapolitischen Themen zu motivieren sind, erwünscht. Die politisch eher passiv ausgerichteten Bürger benötigen bei ihren Schritten hin zu virtueller Beteiligung die Information vorselektierende Unterstützung von

⁴⁹⁹ Ein verwaltender Benutzer z.B. eines Internetdiskussionsforums mit erweiterten Rechten zur Überwachung der Beitragsqualität, darüber hinaus der Moderator, welcher aktiv Diskussionen leitet.

vertrauensbildenden Leitfiguren. Repräsentation der europäischen Vielfalt ist an dieser Stelle ebenso wichtig wie die vertrauten Leitbilder des eigenen bewußten Raumes.

Die Möglichkeit von grenzüberschreitender Kommunikation in der Muttersprache ist ein weiteres konstituierendes Element politischer Partizipation, Konsensfindung und Legitimation im Internet und unterstreicht dabei die Notwendigkeit von Übersetzungsdienstleistungen auch in Sprachen geringeren funktionalen Gewichts.

„Die kulturelle Integration Europas ist primär eine Übersetzungsaufgabe, die für einen kleinen Teil der europäischen Bevölkerung durch die Verwendung einer gemeinsamen lingua franca erleichtert werden kann. Die kulturellen Identitäten bleiben sprachgebunden vor allem in jenen Bereichen, die eine hohe semantische Differenzierung und eigentümliche Wertladung haben“⁵⁰⁰, bekräftigt M.Rainer Lepsius.

Im Zusammenwirken mit anderen, bislang noch national ausgerichteten Medien steht das Internet hinter dem Potential der Informationsbereitstellung dieser zurück bzw. kann sich dort nicht als erstes Medium der Wahl positionieren, die Möglichkeiten der Interaktivität und der Schaffung bürgerschaftlicher Partizipationsräume jedoch sind nur ihm inhärent. Die nationalen Medien wiederum können bei der europapolitischen Berichterstattung eben diese kulturell und sprachlich bedingten Differenzierungen transportieren, welche bei aller Etablierung supranationaler Eigenausrichtungen das notwendige, vertrauenbildende Nationalkolorit enthalten.

Eine weitere Bedingung der Realisierung des partizipativen Potentials unter Beachtung nationaler Öffnungen ist die Bereitschaft der europäischen Verantwortlichen, Reziprozität in jeder Hinsicht zu etablieren. Bürgerschaftliche Identifikation geht neben der sich verändernden Selbstwahrnehmung auch immer mit einem besonderen Augenmerk auf den Aktionen und Reaktionen der Regierenden und des politischen Systems einher.

Ein Diskurs zwischen den politischen Akteuren und den politischen Subjekten, das Paradox des fehlenden Objekts sei hier eindeutig gewählt, ist ein heutzutage von Mißtrauen geprägter. Je größer die Distanz, ob sprachlich oder räumlich, ist, die überbrückt werden muß, desto weniger können Entscheidungen allgemeingültig abgebildet sowie begründet und damit von den Rezipienten anerkannt werden.

Die in den kommunikativen Arenen erzielten Resultate finden bei den Personengruppen, die aus welchen Gründen auch immer von den Diskurs- und Auswahlprozessen ausgeschlossen waren, nur zögerliche Zustimmung und dies nur auf freiwilliger, Vertrauen und ein gewisses

⁵⁰⁰ M. Rainer Lepsius, 1999, S. 97

Grundverständnis voraussetzender Basis.⁵⁰¹ Erlebbarer Reziprozität ist somit eine Grundvoraussetzung der Teilhabe an unionsbürgerschaftlichen und europapolitischen Diskussionsräumen im Internet. Wenn die Verantwortlichen so weit entfernt und so wenig greifbar die Entscheidungen, welche sukzessive das tägliche Leben eines Jeden betreffen, fällen, muß eine sichtbare Chance der Rückmeldung bestehen, da sonst das gesamte Konstrukt bürgerschaftlicher Partizipation auf europapolitischer Ebene ad absurdum geführt bzw. sich durch fehlende Wahrnehmbarkeit das wenige Interesse, was zu unterstellen ist, verflüchtigen würde.

Dieser geforderten Transparenz und Verbindlichkeit des Diskurses zur Entscheidungsfindung kann das Internet Raum und Möglichkeit bieten. Es kann keine virtuelle Agora schaffen, jedoch könnten Diskussionen zu gesellschaftlich oder wirtschaftlich relevanten Fragestellungen in einem öffentlichen Raum abgebildet werden und Teilhabemöglichkeiten eingerichtet werden.

Die Idee, durch personalisierte E-Mails z.B. Einladungen zur Teilnahme an Diskursen in öffentlichen, zu diesem Zweck eingerichteten Diskussionsforen an interessierte Nutzerinnen und Nutzer zu versenden, ist letztendlich im kleineren Rahmen nichts anderes als lokalpolitische Arbeit, aus welcher jedoch durch das technische Potential nach und nach nationale Diskurse mit internationalem Ziel bzw. durch Übersetzungsdienstleistungen auch Transnationalität erreicht werden könnte. Stetige Beachtung muß dabei, was wiederum den kleinteiligen Aufbau dieser Zielsetzung unterstreicht, auf den digitalen Ungleichheiten, nicht nur in punkto Internetzugang und -nutzung, liegen. Soziologisch schichtspezifische Arten der Internetnutzung sind in den heutigen Gesellschaften stark verankert, statusabhängige Wissens- und Interpretationsschemata unterschätzte Mechanismen der Mediennutzung⁵⁰² und weiterführend somit der politischen Teilhabe im Internet.

Die Grundvoraussetzung der Schaffung bürgerschaftlicher Partizipationsräume ist somit auch die Ausbildung politischen Wissens und politischen Interesses.

5.3 *Schlußfolgerungen zur Vermittlung europäischer Bürgerschaft*

Die europäische Politik bzw. die politische, demokratische Ausrichtung der EU ist keine einheitliche, lässt keine klare Zielsetzung ersehen und krankt zudem an emotionalen Themen wie der Integrationspolitik (Türkei) oder einer gemeinsamen Außenpolitik (Tibet). Die aktuell geschehene Ablehnung des Referendums zum Vertrag von Lissabon in durch die irische

⁵⁰¹ Martinsen, Renate, 2006, S. 79

⁵⁰² Zillien, Nicole, 2006, S.243

Bevölkerung legt Zeugnis ab von diesem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber der EU und ihrer Politik. Die Reaktionen seitens der europäischen Regierenden wiederum erscheinen in ihrem Wunsch der Umgehung des Referendums vollkommen unreflektiert bezüglich des Vertragsinhaltes und begründen damit das (irische) Mißtrauen umso mehr.

Die Konzeption des Demos in den Mitgliedsstaaten ist stark divergierend, nicht zuletzt erwachsen aus den unterschiedlichen Historien heraus Vorstellungen von Bürgerschaft in dem jeweiligen Staat.

Die Bürgerinnen und Bürger spüren nicht nur die Divergenzen zu ihren Mit-EU-Staaten, sondern sie erleben auch die Unschärfe des europäischen Konzepts von Politik, Bürgerschaft und Demos. Dieses Wissen schwächt das Identifikationspotential, gerade vor dem Hintergrund der Vorstellung europäisch-politischer Bürokratie und Unübersichtlichkeit. Die Konstruktion der eigenen Staatsangehörigkeit als auch immer abwehrend fungierender Status bekräftigt gerade in einem Raum diffiziler Historie eine Verslossenheit, die zwar die Zusammengehörigkeit in einem Staat, jedoch weniger die in einer Staatenunion fördern kann.

Wenn in der Konstituierung der Europäischen Union und ihrer fortschreitenden Integration die Zielrichtung nicht klar aufgezeigt werden kann, dann muß die Vermittlung der Zugehörigkeit kommunikativ umso eindringlicher und auf konkrete Anknüpfungspunkte für die Bürgerinnen und Bürger verweisend vorgenommen werden. Die Schaffung von Übereinstimmung in den unterschiedlichen Selbstwahrnehmungen gerade kulturell divergierender Gruppen und sichtbare europapolititische Aktionen zur Einbindung würde erste Kontakte außerhalb der politisch-bürokratisch festgelegten Sphäre ermöglichen.

Erst aus der Beschäftigung mit europäischen Belangen und der stetigen Veröffentlichung dieser kann eine veränderte Selbstwahrnehmung auf europäischer Ebene entstehen.

Bürgerschaft etabliert sich zunächst durch eine Form von Zugehörigkeit und dann durch die weiterführende Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten. Eine Veränderung der Selbstwahrnehmung, der Identifikation auf europäischer Ebene resultiert aus der wie auch immer gearteten Beschäftigung mit Europa und der EU. Kommunikation ist der erste, vorsichtige Kontakt, der grenzüberschreitend geknüpft werden kann und zur Entstehung z.B. gemeinschaftlicher Problembesprechungen beitragen kann. Gruppen- und Grüppchenbildung ist dabei aus dem nationalstaatlichen Kontext bekannt und, sofern grenzüberschreitend etablierbar, ein deutliches, anzustrebendes Zeichen der Erweiterung des eigenen Identifikationsraums.

Die Zielsetzung der ersten, dieser Arbeit zugrundeliegenden Hypothese der Vermittlung von Unionsbürgerschaft durch weitläufige Informationsbereitstellung und deliberative Prozesse

erscheint bei Betrachtung aktueller Beziehungen abstrakt bis idealisierend. Sie unterliegt den Bedingungen der diffizilen Veränderung zunächst politischer Identifikationsmuster, welche zudem, durch die Unüberschaubarkeit der sich ausbildenden Gesellschaft allein in kommunikativen Prozessen konstituiert werden kann.

Die Idee der Etablierung europäischer Bürger als Pioniere der Europäischen Union in ihrer erweiterten Bürgerschaft unterliegt ebenfalls komplexen Vermittlungsgedanken und der zudem weiterhin ungleich schwierigeren Ausformulierung und Umsetzung des europäischen Gedankens. Die Bedingung der Reziprozität europapolitischer Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten, bezieht sich diese nun auf Dialoge, Diskurse oder schlichte Aufnahme der Bevölkerungsreaktionen durch die Regierenden, ist dergestalt unvollständig, daß die Ansätze seitens der EU allein, z.B. durch das Weißbuch, wenig effizient bis hilflos erscheinen.

Die Idee muß sein, die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger derart detailliert zu erfassen, daß eine Reaktion auf diese, und sei es nur eine kommunikativ bestätigende, entstehen kann. Europa kann den Interessen der Bürgerinnen und Bürger nur als Antwort, nicht als Aufgabe vermittelt werden. Der europäische Gedanke kann zukunftsweisend nur dergestalt kommuniziert werden, daß die Bürgerinnen und Bürger die Chance der freien Aufnahme dieses Gedankens haben können, ohne misstrauisch den Verlust von Grundlagen der eigenen Identität und des eigenen Identifikationsraums befürchten zu müssen. Ihre Position muß des weitern dergestalt gestärkt werden, daß sie auf Diskussionen um eine Annahme ihrer Entscheidungen direkt und in einem ebenso breiten Rezipientenkreis reagieren können, um die Regierenden in ihre Schranken zu weisen.

Die diesbezügliche Skepsis der europäischen Bevölkerungen ist nur in einer funktionierenden Öffentlichkeit auszuräumen. Nur durch uneingeschränkte Transparenz und den Zugang zu beliebigen Informationen kann die Politik der Europäischen Union zugänglich gemacht werden und seitens der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen werden, wodurch diese ein Verständnis für die EU, ihre Politik und den eigenen Stand in dieser entwickeln können.

Die Vermittlung von Unionsbürgerschaft im Internet stellt nicht nur den öffentlichen, unbegrenzten Kommunikationsraum bereit, welcher sich nach Belieben erweitern und ergänzen läßt. Die dem Medium inhärente Anlage der Reziprozität begünstigt zudem vertrauensbildende und durch den Lerneffekt Identifikationsgrundlagen schaffende Kommunikationsprozesse. Bedingung dafür ist die uneingeschränkte Bereitschaft der Regierenden, die Prozesse nicht nur zu initiieren, sondern ihnen zudem Zeit, Aufmerksamkeit und seitens der Bürgerinnen und Bürger merkliches ‚Gehör‘ zu schenken.

Zur Vermittlung von Unionsbürgerschaft durch politische Kommunikation im Internet reicht jedoch weder die transparente Informationsbereitstellung als auch die Schaffung von virtuellen Partizipationsmöglichkeiten in diesem Medium aus. Eine aktive Einbeziehung kann nur, wie bereits angeführt, durch eine behutsame, sorgfältig auf die Bedürfnisse der jeweilige Rezipienten abgestimmte Kontaktaufnahme erreicht werden, welche durch die wiederholte Einladung und Einbeziehung den angesprochenen Bürgern europapolitische Sekurität vermitteln kann. Der Gedanke öffentlicher Diskurse beinhaltet keine Garantie aktiver Teilnahme seitens der Bürgerinnen und Bürger, jedoch ist er auf europapolitischer Ebene bereits erfolgreich, wenn er passiven Interessierten Antworten auf nicht gestellte Fragen, d.h. durch die sorgfältig auf die jeweiligen Interessen abgestellte Kommunikation das Interesse stillende Information zukommen lassen kann. Die Vermittlung von Unionsbürgerschaft wird keinen feststehenden Stand erreichen können sondern immer ein seitens der Europäischen Institutionen aktiv zu gestaltender Prozess sein, durch die stetige Bemühung um die Vermittlung jedoch kann eine europäische Öffentlichkeit gelingen, welche den unionsbürgerschaftlichen Identifikationprozeß wiederum unterstützt.

6. Ausblick

Der Gedanke einer internetgestützten Unionsbürgerschaft auf der Grundlage sowohl umfassender Veröffentlichung europapolitischer Information als auch weitergehender Bereitstellung kommunikativ reziproker Beteiligungsmöglichkeiten begreift die Erweiterung der Identifikation auch als europäische Bürgerinnen und Bürger als einen stetigen (Lern)Prozess.

Der der EU zugrundeliegende Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses erklärt die Notwendigkeit umfassender Reformprozesse der Entwicklungsgrundlagen des angestrebten Diskurses zwischen Regierungsinstitutionen und Bevölkerungen auf europäischer Ebene.

Für derartige Vermittlungsprozesse müssen die wiederholt kritisierten Elitendiskussionen auf europäischer Ebene als Schrittmacher miteinbezogen werden. Diejenigen, welchen Interesse an dieser Form der Teilnahme vermittelt werden kann, sollten miteinbezogen werden, andere, welche mittelbar von der Ergebnissen der Diskurse profitieren können, sollen diese durch Identifikationsfiguren nahegebracht werden.

Die Europäische Integration ist ein in ungeheure Dimensionen gewachsener Zusammenschluß eigenständiger Staaten mit jeweiligen spezifischen Kulturen und Gesellschaften. Die nun angestrebte Unterstützung der supranationalen Vereinigung durch die Bevölkerungen wird auch in einer rein kommunikativen Form immer unzureichend bleiben, solange nicht ein eigenständiges Interesse seitens der Bürgerinnen und Bürger erwächst. Die Vorstellung der ungeheuren integrativen Kraft, welche bei der Nennung dieses Interesses mitschwingt, unterstreicht das unbedingte Streben ebenso wie die Hilflosigkeit in bezug auf die Erweckung dieses Interesses.

Die Problematiken, welche bei der Erörterung von aktivierenden Initiativen benannt werden, sind ebenso zahlreich wie komplex. Eine Öffnung der staatsbürgerlichen Identifikation der einzelnen krankt neben europapolitischem Desinteresse an Verständigungsproblematiken und Misstrauen.

Die Idee einer kommunikativen Vermittlung der Unionsbürgerschaft im Internet kann durch Übersetzungsleistungen nicht nur die Vielsprachigkeit abbilden, sondern auch Transparenz und Öffentlichkeit und damit einen Anknüpfungspunkt für Vertrauen durch Wissen bilden.

Die Vermittlung uneingeschränkter Öffnung und Kommunikationsbereitschaft seitens der europäischen Institutionen und Regierenden vollzieht sich durch Ausschöpfung des vorgestellten Potentials der politischen Internetkommunikation. Diese Bereitschaft würde als wahrer Schrittmacher der Annäherung an die Bürgerinnen und Bürger fungieren und auch den

einzelnen ein Zugehörigkeitsgefühl auf europäischer Ebene vermitteln, was letztendlich als Unionsbürgerschaft bezeichnet werden könnte.

Letztendlich kann auf Reziprozität ausgerichtete politische Kommunikation und die Anregung von Teilhabe die Akzeptanz der Unionsbürgerschaft ermöglichen.

Die Identifikation als europäische Bürgerinnen und Bürger an sich ist ein so langwieriger, komplexer und nur gering beeinflussbarer Prozess, daß ihn nur das (gemeinsame) Erfahren begünstigen kann. Die gemeinsame Kommunikation, die ersten kommunikativen Schritte auf europäischer Ebene bilden die Grundlage des sich verändernden Erlebens der Bürgerschaft.

III. Literaturverzeichnis

Abromeit, Heidrun, 2001: Demokratie und Öffentlichkeit, ein supranationales Dilemma, in: Abromeit, Heidrun; Nieland, Jörg-Uwe; Schierl, Thomas (Hrsg.): Politik, Medien, Technik-Festschrift für Heribert Schatz, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 75-91

Abromeit, Heidrun, 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Adloff, Frank, 2005: Zivilgesellschaft-Theorie und politische Praxis, Campus Verlag, Frankfurt

Ahrendt, Hannah, 1960: Viva activa oder Vom tätigen Leben, Kohlhammer Verlag, Stuttgart

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS):
<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/>, abgerufen am 12.07.2007

Allmendinger, Jutta (Hrsg.), 2003: Entstaatlichung und soziale Sicherheit, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss des Rates vom 26. Januar 2004:
http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/appel/1205/inventory_de.pdf, abgerufen am 07.04.2006

Anter, Andreas, 2005: Max Weber (1864-1920), in: Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hrsg.) 2005: Klassiker der Politikwissenschaft, Beck Verlag, München, S. 123-136

Ausschuss der Regionen im Internet: http://cor.europa.eu/de/presentation/fact_sheet.htm, abgerufen am 14.04.2008

Barber, Benjamin R., 2001: Which Technology for which Democracy? Which Democracy for which Technology?, in: Holznagel, Bernd; Grünwald, Andreas; Hanßmann, Anika (Hg.): Elektronische Demokratie-Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis, C. H. Beck Verlag, München, S. 209-217

Barnes, Samuel, 2000: Politische Beteiligung in alten und neuen europäischen Demokratien, in: Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 235-249

Bauböck, Rainer, 2007: Who are the citizens of Europe?
<http://www.eurozine.com/articles/2006-12-23-baubock-en.html>, abgerufen am 12.07.2007

Bauer, Andreas, 2004: E-Demokratie-neue Bürgernähe oder virtuelle Luftblase?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 38/2004, S. 3-6

Becker, Peter; Leiß, Olaf, 2005: Die Zukunft Europas: Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Behrendts, Peter, 2005: Jugendliche als Gefahr oder Triebkraft des Politischen? Zum Streit um den politischen Status von Jugend in der Frankfurter und der Weimarer Nationalversammlung, in: Gusy, Christoph; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Inklusion und Partizipation, Campus Verlag, Frankfurt a.M., S. 79-104

Bellamy, Richard; Warleigh, Alex, 2001: Citizenship and Gouvernance in the European Union, Continuum Verlag, London

Bellamy, Richard, 2001: The ‚Right to Have Rights‘: Citizenship Practice and the Political Constitution of the EU, in: Bellamy, Richard; Warleigh, Alex: Citizenship and Gouvernance in the European Union, Continuum Verlag, London, S. 41-72

Bentele, Günter; Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hrsg.), 2003: Öffentliche Kommunikation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Bergem, Wolfgang, 2002: Identität, in: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen Sylvia: Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.192-199

Bergem, Wolfgang, 2005: Identitätsformationen in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Bieber, Christoph, 1999: Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit, Campus Verlag, Frankfurt a.M./ New York

Bieber, Christoph, 2002: Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit? Zur Re-Konfiguration politischer Akteure durch Neue Medien, in: Schatz, Heribert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 113-127

Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.), 2005: Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch, in: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 9-40

Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.), 2005: Theorien der europäischen Integration, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander, 2004: Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeit des Internets im Rahmen der politischen Kommunikation, in: Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Kursbuch Internet und Politik, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 11-22

Bilgeri, Alexander; Siedschlag, Alexander (Hrsg.), 2004: Kursbuch Internet und Politik, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden

Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hrsg.), 2005: Klassiker der Politikwissenschaft, Beck Verlag, München

Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1991: Recht-Staat-Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Campus Verlag, Frankfurt a.M.

Bora, Alfons, 2005: >>Partizipation<< als politische Inklusionsformel, in: Gusy, Christoph; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): Inklusion und Partizipation, Campus Verlag, Frankfurt a.M., S.15-34

Brömme, Norbert; Strasser Hermann, 2001: Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 25-26/2001, <http://www.bpb.de/files/0QUUUG.pdf>, abgerufen am 16.06.2008

Bühl, Achim, 1997: Die virtuelle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden

Busch, Hans-Joachim, 2007: Demokratische Persönlichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 11/2007, S. 6-12

Casper, Gerhard, 2006: Gibt es ein europäisches Demokratiedefizit? Vortrag vor der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München, <http://www.stanford.edu/~gcasper/papers/Demokratiedefizit.pdf>, abgerufen am 15.02.2008

Castells, Manuel, 2005: Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden

Castles, Francis G., 1998: Die Bedeutung der Ökonomie für die politische Unterstützung der Europäischen Union, in: König, Thomas; Rieger, Elmar; Schmitt, Herrmann (Hg.): Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen, Campus Verlag, Frankfurt a.M., S. 159-176

Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilian-Universität München: <http://www.cap-lmu.de/cap/index.php>, abgerufen am 24.03.2008

Clemens, Detlev 1999,: Netz-Kampagnen. Parteien und politische Information in den Internet-Wahlkämpfen 1998 in Deutschland und den USA, in: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation, Westdeutscher Verlag, Opladen; Wiesbaden, S. 153-174

Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen, 2001: Einführung, in: Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen: Staatsbürgerschaft in Europa, Edition Körber Stiftung, Hamburg, S.9-28

Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen, 2001: Staatsbürgerschaft in Europa, Edition Körber Stiftung, Hamburg

Cordis Europa: http://cordis.europa.eu/guidance/guide_de.html, abgerufen am 14.04.2008

Cunningham, Frank, 2001: Theories of democracy, Routledge Verlag, London, New York

D'Agostino, Fred, 1996: Free Public Reason, Claredon Press, London/ New York

Dahinden, Urs, 2000: Demokratisierung dank Internet?-Zum Austauschverhältnis zwischen neuen elektronischen und traditionellen massenmedialen Öffentlichkeiten, in: Jarren, Otfried; Imhof, Kurt; Blum, Rogan (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit? Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 241-255

Dahrendorf, Ralf, 2007: Zuviel des Guten. Über die soziale Dynamik von Staatsbürgerschaft, in: Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 97-117

Das Internet als Medium für die Kommunikation über Europa, 2007,

http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/internet-strategy_de.pdf,

abgerufen am 08.04.2008

Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Debate Europe: http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm, abgerufen am 10.04.2008

Deeger, Petra; Hettlage, Robert (Hrsg.), 2007: Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Delhey, Jan, 2004: Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb 38/2004, S. 6-13

Delhey, Jan; Newton, Kenneth, 2004: Determinanten sozialen Vertrauens, ein internationaler Theorietest, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital-Herausforderungen politischer und sozialer Integration, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.151-168

Demesmay, Claire, 2006: Die Chancen einer europäischen Bürgerschaft, <http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/demesmay.php>, abgerufen am 13.01.2008

Der Spiegel Nr. 19, 2005: Das Pathos hat ausgedient, 09.05.05

Der Spiegel: <http://forum.spiegel.de/>, abgerufen am 24.03.2008

Der Spiegel zu YouTube: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,496177,00.html>, abgerufen am 10.04.2008

Der Vertrag von Lissabon, http://www.europaforum.public.lu/fr/dossiers-thematiques/2008/traite-lisbonne/Traite_Lisbonne_DE_08-04-2008_def_SIP.pdf, abgerufen am 21.06.2008

Detjen, Joachim, 2000: Die Demokratiekompetenz der Bürger-Herausforderungen für die politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte (B 25/2000), http://www.bpb.de/publikationen/7FDXBG,0,0,Die_Demokratiekompetenz_der_B%FCrger.html#art0 , abgerufen am 12.10. 2006

Deutschlands Europaabgeordnete online: <http://www.europa-digital.de/interaktiv/tests/mdep04/>, abgerufen am 15.04.2008

Die erste europaweite Deliberative Poll@:

<http://www.tomorrowseurope.eu/spip.php?article34>, abgerufen am 22.02.2008

Diskussionen zur europäischen Identifikation:

<http://forums.ec.europa.eu/debateeurope/viewtopic.php?t=351> oder zur Frage der Multilingualität: <http://forums.ec.europa.eu/debateeurope/viewtopic.php?t=1148>, beide abgerufen am 14.04.2008

Doehring, Karl, 2004: Völkerrecht: ein Lehrbuch, 2. Auflage, C.F. Müller, Heidelberg

Drexl, Josef; Kreuzer, Karl F.; Scheuing, Dieter H.; Sieber, Ulrich H., 1999: Europäische Demokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden

Eder, Klaus, 1999: Integration durch Kultur?, in: Viehoff, Reinhold; Segers, Rien T.: Kultur Identität Europa, Campus Verlag, Frankfurt a.M., S. 147-179

eContent: <http://cordis.europa.eu/econtent/policy.htm>, abgerufen am 11.04.2008

eContentplus: http://ec.europa.eu/information_society/activities/econtentplus/index_en.htm, abgerufen am 11.04.2008

eContentplus: Call für proposals:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/econtentplus/calls/proposals/index_en.htm, abgerufen am 11.04.2008

Eder, Klaus, 2004: Europäische Öffentlichkeit und multiple Identitäten-das Ende des Volksbegriffs? In: Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 61-80

eEurope 2002: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24226a.htm>, abgerufen am 11.04.2008

Egloff, Daniel, 2002: Digitale Demokratie: Mythos oder Realität?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Ehalt, Hubert Christian, 2002: Internet und Öffentlichkeit-Kommunikationskultur im Umbruch, in: von Liechtenstein, Alfred (Hg.): Internet und Öffentlichkeit, WUV Universitätsverlag, Wien, S. 7-10

e-Inclusion, Studie:

http://www.kbst.bund.de/cln_028/nn_836802/SharedDocs/Publikationen/eGovernment/Studie-E-Inclusion.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Studie-E-Inclusion.pdf, abgerufen am 14.04.2008

Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004: http://www.initiative-participation.de/studie_e participation.pdf, abgerufen am 14.04.2008

Emmer, Martin, 2005: Politische Mobilisierung durch das Internet? Reinhard Fischer Verlag, München

Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Schriftenreihe: Band 4, Leske & Budrich Verlag, Opladen

E-Partizipation-Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government, http://www.ifib.de/dokumente/ifib-zebralog_e-partizipation.pdf, abgerufen am 14.04.2008

Epiney, Astrid, 2006: Europäische Verfassung und Legitimation durch die Unionsbürger, in: Kadelbach, Stefan (Hrsg.): Europäische Verfassung und direkte Demokratie, Nomos Verlag Baden-Baden, S. 33-55

Erne, Roland; Gross, Andreas; Kaufmann, Bruno; Kleger, Heinz (Hrsg.), 1995: Transnationale Demokratie, Realotopia Verlagsgesellschaft Zürich

EurActiv: Forum soll Kluft zwischen jungen Menschen und Politikern überwinden, <http://www.euractiv.com/de/meinung/forum-kluft-zwischen-jungen-menschen-politikern-berwinden/article-170569> , abgerufen am 08.04.2008

eurActiv zur Initiative i2010: <http://www.euractiv.com/de/informationgesellschaft/i2010-europaische-informationgesellschaft-2010/article-141504>, abgerufen am 16.04.2008

EurActiv zur Online-Strategie der EU:
<http://www.euractiv.com/de/informationgesellschaft/kommission-online-kommunikationsmittel-frdern/article-169279>, abgerufen am 08.04.2008

Eurobarometer 67, Juni 2007:
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb_67_first_en.pdf

Eurobarometer 68, Dezember 2007:
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_de_nat.pdf

<http://www.coe.int/T/e/Com/press/Ambassadors/default.asp> , abgerufen am 10.06.2007

http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/spring-day-2008/annex_09_de.pdf, abgerufen am 20.06.2008

http://ec.europa.eu/europedirect/visit_us/relays/index_de.htm , abgerufen am 13.06.2007

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm , abgerufen am 11.06.2007

<http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/1vb/a30000.htm> , abgerufen am 13.06.2007

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NP-05-038/DE/KS-NP-05-038-DE.PDF, abgerufen am 10.06.2007

Europäischer Bürgerbeauftragter: <http://www.euro-ombudsman.eu.int/home/de/default.htm>
Abgerufen am 14.04.2008

Europäisches Dokumentationszentrum Mannheim: <http://www.bib.uni-mannheim.de/index.php?id=463>, abgerufen am 11.04.2008

Europäische Kommission im Internet: http://ec.europa.eu/index_de.htm, abgerufen am 14.04.2008

Europarat im Internet: <http://www.coe.int/DefaultDE.asp>, abgerufen am 14.04.2008

Europa-Web: <http://www.europa-web.de/europa/02wwwswww/201www/wwwswww.htm>, abgerufen am 14.04.2008

Eurozine.com: <http://www.eurozine.com/>, abgerufen am 15.04.2008

EUYOUPART (Studie „Political Participation of Young People in Europe“), <http://www.sora.at/de/start.asp?b=115>, abgerufen am 23.07.2006

EUYOUPART (Studie „Political Participation of Young People in Europe“): Die Ergebnisse: <http://www.sora.at/de/start.asp?x=x&fr=&b=312&ID=200>, abgerufen am 23.07.2006

EU-Studie „Youth and the European Identity“, Auswertung für Deutschland: http://www.sociology.ed.ac.uk/youth/docs/German_added_values.pdf
Abgerufen am 23.07.2006

Feldmann, Eva; Tham, Barbara; Fuchs, Alina, 2007: Bürgerinnen und Bürger versus Verfassung?: <http://www.jugendpolitikineuropa.de/themen/europastaat/news-187.html>, abgerufen am 6.7.2007

Feldmer, Simon 2008: Ortsverein statt Bloggen, Süddeutsche Zeitung Nr.92, 19/20.4.2008

Fischer-Lichte, Erika, 2002: Politik als Inszenierung, Heft 45 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover, S.7-23

Franz, Barbara, 2000: Öffentlichkeitsrhetorik, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Fredriksson, Carl Hendrik, 2004: Wie Europa mit Europa sprechen könnte, <http://www.eurozine.com/articles/2004-12-16-fredriksson-de.html> , abgerufen am 21.06.2007

Friedrich Ebert Stiftung: <http://www.fes.de/europa/index.php>, abgerufen am 14.04.2008

Fuchs, Dieter, 2000: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen, Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 250-280

Fuchs, Dieter, 2004: Modelle der Partizipation: Partizipatorische, liberale und elektronische Demokratie, in: Kaiser, André; Zittel, Thomas (Hrsg): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmannsegg, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.19-54

Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hrsg.), 2004: Europäische Öffentlichkeit, Nomos Verlag, Baden-Baden

Fritz, Wolfgang, 2004: Internet-Marketing und Electronic Commerce. Grundlagen-Rahmenbedingungen-Instrumente, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/GWV Fachverlage, Wiesbaden, 3. Aufl.

Gabriel, Oscar W., 2002: Politisches Vertrauen, in: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen Sylvia: Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.494-499

Gabriel, Oscar W., 2004: Politische Partizipation, in: van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 317-338

Gabriel, Oscar W.; Zmerli, Sonja, 2006: Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 30-31/2006, S. 8-15

Gasteyer, Curt, 2005: Europa zwischen Spaltung und Einigung, bpb, Bonn

Ganz einfach Internet: http://www.50plus-ans-netz.de/index.php/50plus/online_jahr_50plus, abgerufen am 16.04.2008

Gehrhards, Maria; Mende, Annette: ARD/ZDF Online Studie 2007: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-gerhards-mende.pdf>, abgerufen am 14.04.2008

Gellner, Winand; von Korff, Fritz (Hrsg.), 1998: Demokratie und Internet, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Gellner, Winand / Robertson, John D. (Hrsg.), 2003: The Berlin Republic, German Unification and A Decade of Changes, Routledge Verlag, London

Gerhards, Jürgen, 1994: Politische Öffentlichkeit-Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch, in: Neidhardt, Friedhelm: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S.77-103

Gerhards, Jürgen, 2003: Identifikation mit Europa. Einige begriffliche Vorklärungen, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 467-474

Gerhards, Jürgen; Offerhaus, Anke; Roose, Jochen, 2005: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung, in: Hofer, Lutz; Schemann, Jasmis; Stollen, Torsten; Wolf, Christian (Hrsg.): Düsseldorfer Forum politische Kommunikation-Akteure, Strukturen, Prozesse, Schriftenreihe DFPK Band 1, Berlin/ München, S. 193-212

Gesellschaft im Reformprozess, eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, http://www.fes.de/aktuell/documents/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf Abgerufen am 22.02.2008

Giering, Claus, 2006: Deutschland in Europa, http://www.bpb.de/themen/7H1KYQ,0,0,Deutschland_in_Europa.html, abgerufen am 22.02.2008

Göler, Daniel 2006: Deliberation-ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Nomos Verlag, Baden-Baden

Graf Kielmannsegg, Peter, 2003a: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen, S. 51-76

Graf Kielmannsegg, Peter, 2003b:Fünf Jahre später-ein Nachwort zur zweiten Auflage, in: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 77-83

Gregory, Roy; Giddings, Philip, 2001: Citizenship, Rights and the EU Ombudsman, in: Bellamy, Richard; Warleigh, Alex: Citizenship and Gouvernance in the European Union, Continuum Verlag, London, S. 73-92

Greven, Michael Th., 1999: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezsion als Probleme des Regierens und der Demokratie, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Greven, Michael Th., 2000: Kontingenz und Dezsion-Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Groh, Kathrin; Weinbach, Christine, 2005: Zur Genealogie des politischen Raumes der Demokratie, in: Groh, Kathrin; Weinbach, Christine: Zur Genealogie des politischen Raums VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-52

Groh, Kathrin; Weinbach, Christine, 2005: Zur Genealogie des politischen Raums, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Grunenberg, Antonia, 2005: Hannah Arendt (1906-1975), in: Bleek, Wilhelm; Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Klassiker der Politikwissenschaft, Beck Verlag, München, S. 209-222

Grunwald, Armin; Banse, Gerhard; Coenen, Christopher; Hennen, Leonhard, 2006: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet, edition sigma, Berlin

Gusy, Christoph, 2005: Zusammenfassung: Partizipation durch Inklusion, in: Gusy, Christoph; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.) 2005: Inklusion und Partizipation, Beck Verlag, Frankfurt a.M.

Gusy, Christoph; Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.), 2005: Inklusion und Partizipation, Beck Verlag, Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen, 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 5. Sonderauflage 1971

Habermas, Jürgen, 1973: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 6. Auflage

Habermas, Jürgen, 1976: Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1. Auflage

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen, 1996: Die Einbeziehung des Anderen-Studien zur politischen Theorie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2. Aufl.

Habermas, Jürgen im dpa-Interview, 23.03.2007, www.perlentaucher.de/artikel/3795.html, abgerufen am 25.03.2007

Habermas, Jürgen, 2007: Europapolitik in der Sackgasse. Nicht die Bevölkerungen, die Regierungen sind der Hemmschuh.-Plädoyer für eine Politik der abgestuften Integration. (Vortragsfassung)
<http://www.kulturforen.de/servlet/PB/show/1734071/Vortragsfassung%20Habermas.pdf>, abgerufen am 06.01.2008

Habermas, Jürgen, 2008: Ach, Europa, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

Hagen, Lutz M., 1998: Nutzung von Online-Medien zur politischen Information, in: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 6-18

Hagen, Lutz M.; Mayer, Markus, 1998: Der direkte Draht zur Politik?, in: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 94-119

Hagen, Lutz M., (Hrsg.) 1998: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden

Hagen, Lutz M., (Hrsg.) 2004: Europäische Union und mediale Öffentlichkeit, Halem Verlag, Köln

Hahn, Alois, 2000: Staatsbürgerschaft, Identität und Nation in Europa, in: Holz, Klaus 2000: Einleitung. Die soziale Position der Staatsbürger, in: Holz, Klaus (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 53-74

Haltern, Ulrich, 2005: Integration durch Recht, in: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 299-423

Harth, Thilo, 1999: Internet und Demokratie-neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Internet und Demokratie, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts., S. 8-24

Hartmann, Jürgen, 2001: Das politische System der europäischen Union, Campus-Verlag, Frankfurt

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1999 [1822/23]: Philosophie des Rechts, Campus Verlag , Frankfurt am Main

Hepp, Andreas, 2004: Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Heit, Helmut (Hg.), 2005: Die Werte Europas-Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Lit Verlag, Münster

Hettlage, Robert, 2007: Europas vielfältiger Raum als Gegenstand von Identitätsmanagement, in: Deeger, Petra; Hettlage, Robert (Hrsg.): Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 273-305

Hinte, Holger, 2000: Staatsangehörigkeit/ -srecht, in: Sommer, Gerlinde; Graf von Westphalen, Raban: Staatsbürgerlexikon, München

Hoecker, Beate, 2002: Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand, Aus Politik und Zeitgeschichte, 39-40/2002, bpb, S. 37-45

Hoecker, Beate, 2006: Politische Partizipation: Systematische Einführung, in: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Leske & budrich Verlag, Opladen, S.3-20

Hoecker, Beate, 2006a: Mehr Partizipation via Internet? Theoretische Erfahrungen und empirische Befunde, in: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Leske & budrich Verlag, Opladen, S. 289-307

Hoecker, Beate (Hrsg.), 2006: Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Hofmann, Jeanette, 1998: Am Herzen der Dinge-Regierungsmacht im Internet, <http://duplox.wzb.eu/texte/amh/index.html>, abgerufen am 14.11.2005

Holz-Bacha, Christina, 2006: Medienpolitik für Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Holznagel, Bernd; Grünwald, Andreas; Hanßmann, Anika (Hg.), 2001: Elektronische Demokratie-Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis, C. H. Beck Verlag, München

Höreth, Marcus; Janowski, Claudia, 2005: Titel IV: Das demokartische Leben der Union, in: Höreth, Marcus; Janowski, Claudia; Kühnhardt, Ludger (Hrsg.): Die Europäische Verfassung, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 223-240

Höreth, Marcus; Janowski, Claudia; Kühnhardt, Ludger (Hrsg.), 2005: Die Europäische Verfassung, Nomos Verlag, Baden-Baden

Hofer, Lutz; Schemann, Jasmis; Stollen, Torsten; Wolf, Christian, (Hrsg.): Düsseldorfer Forum politische Kommunikation-Akteure, Strukturen, Prozesse, Schriftenreihe DFPK Band 1, Berlin/ München

Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kißler, Leo, 2006: Einleitung, in: Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kißler, Leo: Kooperative Demokratie-Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Campus Verlag, Frankfurt a.M., S. 11-20

Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg; Kißler, Leo, 2006: Kooperative Demokratie-Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Campus Verlag, Frankfurt a.M

Holz, Klaus, 2000: Einleitung. Die soziale Position der Staatsbürger, in: Holz, Klaus (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.7-30

Holz, Klaus (Hrsg.), 2000: Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

<http://www.arnesdeutschland.net/> , abgerufen am 24.03.2008

<http://www.eurozine.com/>, abgerufen am 24.03.2008

Hüller, Thorsten, 2005: Deliberative Demokratie: Normen, Probleme und Institutionalisierungsformen, Lit Verlag, Münster

Hüller, Thorsten 2006: Demokratisierung der EU durch bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Partizipation? <http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2006xHuller.pdf>, abgerufen am 11.01.2008

Hurrelmann, Achim, 2005: Gibt es eine demokratiefähige europäische Gesellschaft? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Loth, Wilfried (Hrsg.): Europäische Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.83-97

Imhof, Kurt, 2002: Öffentlichkeit und Identität, in: Kalble, Hartmut; Kisch, Martin; Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt/Main, S.37-56

i2010-Initiative:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/annual_report/2007/070329_com_de.pdf, abgerufen am 16.04.2008

Info 2000: ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/econtent/docs/2000_1560_de.pdf, abgerufen am 12.04.2008

Internetstrategie der EU 2007: http://ec.europa.eu/dgs/communication/pdf/internet-strategy_de.pdf, abgerufen am 10.04.2008

Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate, 2003: Regieren und Institutionenbildung, in: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, 2. Aufl., Leske & Budrich Verlag, Opladen, S.11-43

Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), 2003: Europäische Integration, 2. Aufl., Leske & Budrich Verlag, Opladen

Jacobs, Jörg, 2006: Werte in Europa: Einheit in Vielfalt, in: Beichelt, Timm; Chotuj, Bozena; Rowe, Gerhard; Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Europa-Studen. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.63-80

Jarren, Otfried; Donges, Patrick, 2002: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, Band 1 und 2, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Jelich, Franz-Josef, 2003: Kommunikationsraum Internet-ein Ort politischer Bildung? <http://www.die-bonn.de/doks/jelich0301.pdf>, abgerufen am 21.03.2008

Jessen, Jens, 2008,: Am Pranger, DIE ZEIT, Internet Spezial Mai 2008

Jugendliche und europäische Identität:
<http://idw-online.de/pages/de/news67634>, abgerufen am 23.07.2006

Kaelble, Hartmut; Kisch, Martin; Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), 2002: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt/Main

Kadelbach, Stefan, 1999: Staatsbürgerschaft-Unionsbürgerschaft-Weltbürgerschaft, in: Drexl, Josef; Kreuzer, Karl F.; Scheuing, Dieter H.; Sieber, Ulrich H.: Europäische Demokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 89-108

Kadelbach, Stefan (Hrsg.), 2006: Europäische Verfassung und direkte Demokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden

Kaiser, André; Zittel, Thomas (Hrsg.), 2004: Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmannsegg, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Kamps, Klaus, 1999: Perspektiven elektronischer Demokratie, in: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation, Westdeutscher Verlag, Opladen; Wiesbaden, S. 7-20

Kamps, Klaus (Hrsg.), 1999: Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation, Westdeutscher Verlag, Opladen; Wiesbaden

Kampwirth, Ralph, 1999: Volksentscheid und Öffentlichkeit: Anstöße zu einer kommunikativen Theorie der direkten Demokratie, in: Schiller, Theo (Hrsg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis, Campus Verlag, Frankfurt/ Main S. 17-68

Kantner, Cathleen, 2004: Kein modernes Babel-Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Kim, Eun-Young, 1995: Zur Ideologie und Staatsanalyse: Ein Versuch über Marx, Gramsci und Althusser, Tectum Verlag, Marburg

Klaus, Elisabeth, 2006: Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext, in: Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 93-106

Kleger, Heinz, 1995: Transnationale Staatsbürgerschaft: Zur Arbeit an einem europäischen Bürgerstatus, in: Erne, Roland; Gross, Andreas; Kaufmann, Bruno; Kleger, Heinz (Hrsg.): Transnationale Demokratie, Realotopia Verlag, Zürich, S. 34-59

Kleger, Heinz; Karolewski, Ireneusz Pawel; Munke, Matthias, 2004: Europäische Verfassung, Lit Verlag, Münster

Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hrsg.), 2003: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Klein, Ludger; Lahusen, Christian, 2003: Einführung: Identitäts- und Gemeinschaftsbezüge als Herausforderung europäischer Integration, in: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 251-256

Kleinsteuber, Hans J., 1999: Politik und Medienevolution, in: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation, Westdeutscher Verlag, Opladen; Wiesbaden, S. 39-62

Kleinsteuber, Hans J., 2001: Das Internet in der Demokratie. Euphorie und Ernüchterung, in: Holznagel, Bernd; Grünwald, Andreas; Hanßmann, Anika (Hg.): Elektronische Demokratie. Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis, C.H. Beck Verlag, München, S. 7-27

Klijn, Erik-Hans; Koppenjan, Joop F.M., 2002: Rediscovering the citizen: New Roles for Politicians in Interactive Policy Making, in: McLaverty, Peter: Public Participation and Innovations in Community Governance, Ashgate Verlag, Chippenham

Klingst, Martin 2005: Zwei Anwälte des Nationalstaats, DIE ZEIT Nr. 25, 16.6.2005

Kluth, Winfried, 1995: Die demokratische Legitimation der europäischen Union aus gemeinschaftsgemeinorientierter Verfassungsperspektive, Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Knodt, Michèle; Finke, Barbara (Hrsg.), 2005: Europäische Zivilgesellschaft-Konzepte, Akteure, Strategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.), 2001: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Koch-Mehrin, Silvana: Blog „Eurofighter“ <http://www.politik-digital.de/blogs-koennen-politisches-interesse-wecken>, abgerufen am 08.04.2008

König, Thomas; Rieger, Elmar; Schmitt, Herrmann (Hg.), 1998: Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen, Campus Verlag, Frankfurt a.M.

Kriesi, Hanspeter, 1994: Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S.234-260

Küchler, Manfred, 2000: Mehr Demokratie oder mehr Manipulation? Neue Informations- und Kommunikationstechnologien und politische Willensbildung, in: Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.313-331

Kühnhardt, Ludger, 2005: Quo vadis Europa?, in : Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb 36/2005, S. 3-7

Lamers, Karl, 2005: Die Fundamente tragen noch. Wie Europa seine Bürger wiedergewinnen kann, in: Internationale Politik, Nr.70, Juli 2005, S.29-35

Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.),1979 : Politik und Kommunikation, München

Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (Hrsg.), 2006: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Piper Verlag, Wiesbaden

Leggewie, Claus, 1998: Demokratie auf der Datenautobahn oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace?, in: Leggewie, Claus; Maar, Christa: Internet & Politik, Bollmann Verlag, Köln, S. 15-51

Leggewie, Claus; Maar, Christa, 1998: Internet & Politik, Bollmann Verlag, Köln

Leggewie, Claus; Bieber, Christoph, 2001: Interaktive Demokratie. Politische Kommunikation und digitale Politikprozesse, Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 41-42, bpb, S. 37-45

Leggewie, Claus, 2002: Netzwerkparteien? Parteien in der digitalen Öffentlichkeit, in: von Alemann, Ulrich; Marschall, Stefan (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 173-188

Lemke, Christiane, 2003: Aktive Bürgerschaft und Demokratie in der EU, in: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Leske & Budrich Verlag , Opladen, S.101-106

Lepsius, M.Rainer, 1999: Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?, in: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Leske + Budrich Verlag, Opladen, S. 91-100

Lepsius, M. Rainer, 2004: Prozesse der europäischen Identitätsstiftung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/ 2004, bpb, S. 3-5

Lietzmann, Hans J.; Wilde, Gabriele, 2003: Der supranationale Charakter einer europäischen Bürgerschaft, in: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S.55-74

Linke, Bernhard, 2006: Politik und Inszenierung in der Römischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S.33-38, 7/2006, bpb

Lohauß, Peter, 1999: Widersprüche der Identitätspolitik in der demokratischen Gesellschaft, in: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Leske + Budrich Verlag, Opladen, S. 65-90

Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hrsg.), 2001: Theorien europäischer Integration, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Loth, Wilfried (Hrsg.), 2005: Europäische Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Luhmann, Niklas, 1979: Öffentliche Meinung, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, Piper Verlag, München, S. 29-61

Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.), 2000: Citizenship-Soziologie der Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter, 2000: Der soziologische Gehalt moderner Staatsbürgerschaft. Probleme und Perspektiven eines umkämpften Konzept, in: Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.): Citizenship-Soziologie der Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 9-42

Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.), 2007: Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Magnette, Paul, 2005: Citizenship, ECPR Press, Colchester

Magnette, Paul, 2006: Democracy in the European Union: why and how to combine representation and participation?, in: Smismans, Stijn: Civil Society and Legitimate European Governance, Edward Elgar Publishing, Cheltenham, Nothampton, S. 23-41

Marcinkowski, Frank; Irrgang, Michael, 1999: Politische Partizipation und Internet im lokalen Raum, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Internet und Demokratie, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts., S. 25-39

Marschall, Stefan, 1999: Glaubwürdigkeit in der politischen Online-Kommunikation, in: Rössler, Patrick; Wirth, Werner (Hrsg.): Glaubwürdigkeit im Internet. Fragestellungen, Modelle, empirische Befunde, Reinhard Fischer Verlag, München, S. 157-172

Martinsen, Renate, 2006: Demokratie und Diskurs, Nomos Verlag Baden-Baden

Massing, Peter; Breit, Gotthard (Hrsg.), 2005: Demokratietheorien, Bundeszentrale für politische Bildung, Wochenschauverlag, Schwalbach im Taunus, 2. Aufl.

McLaverty, Peter, 2002: Is Public Participation a Good Thing?, in: McLaverty, Peter: Public Participation and Innovations in Community Governance, Ashgate Verlag, Chippenham, S. 185-198

McLaverty, Peter, 2002: Public Participation and Innovations in Community Governance, Ashgate Verlag, Chippenham

Maurer, Andreas, 2007: Verhandlungen zum Reformvertrag unter deutschem Vorsitz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2007, S. 3-8

Meyer, Christoph O., 2003: Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit-Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission, in: Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Trenz, Hans-Jörg; Klein, Ludger; Lahusen, Christian; Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 231-245

Meyer, Thomas 2004 im Interview bei europa-digital.de: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/oeffentlichkeit/tmeyer.shtml>, abgerufen am 12.3.2006

Morawietz, Holger, 2004: Internet und Kulturtechniken. Das „Webben“ ergänzt das Lesen, Schreiben und Rechnen“, in: von Laer, Hermann; Scheer, Klaus-Dieter: Kunst und Kulturen, Lit-Verlag Münster S. 207-226

Münch, Richard, 2002: Pluralisierung der Zivilgesellschaft, Individualisierung der Identitäten: Europa zwischen nationaler Schließung und globaler Öffnung, in: Tömmel, Ingeborg; Kambas, Chryssoula; Bauer, Patricia (Hrsg.): Die EU-eine politische Gemeinschaft im Werden, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 207-227

Nanz, Patrizia; Steffek, Jens, 2005: Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik, in: Knodt, Michèle; Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft-Konzepte, Akteure, Strategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 79-89

Nassehi, Armin; Schroer, Markus, 2000: Staatsbürgerschaft. Über das Dilemma eines nationalen Konzepts unter postnationalen Bedingungen, in: Holz, Klaus (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.31-52

Negroponte, Nicolas, 1995: Being Digital, Vintage Books, New York

Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), 1994: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Neidhardt, Friedhelm, 1994: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 7-41

Neller, Katja, van Deth, Jan W., 2006: Politisches Engagement in Europa, APuZ 30-31/2006, bpb, http://www.bpb.de/publikationen/TIEQV1,1,0,Politisches_Engagement_in_Europa.html, abgerufen am 11.10.2007

Neverla, Irene (Hrsg.), 1998: Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung, Westdeutscher Verlag, Opladen

Neyer, Jürgen 2007: Welche Integrationstheorie braucht Europa?
http://www.iep-berlin.de/fileadmin/website/09_Publikationen/integration_2007/neyer.pdf,
abgerufen am 22. 02.2008

Nida-Rümelin, Julian; Weidenfeld, Werner (Hrsg.), 2007: Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien, Nomos Verlag, Baden-Baden

Niedermayer, Oskar; Westle, Bettina (Hrsg.), 2000: Demokratie und Partizipation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Niedermayer, Oskar, 2003: Die öffentliche Meinung zur zukünftigen Gestalt der EU-Bevölkerungsorientierung in Deutschland und den anderen EU-Staaten, Europa-Union Verlag, Bonn

Niedermayer, Oskar, 2005: Europa als Randthema: Der Wahlkampf und die Wahlkampfstrategien der Parteien, in: Niedermayer, Oskar; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 39-75

Nippel, Wilfried, 2005: Antike Tradition und europäische politische Kultur, in: Heit, Helmut (Hg.): Die Werte Europas-Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Lit Verlag, Münster, S.23-36

Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen, 1999: Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, 5. aktualisierte Ausgabe, Campus Verlag, Frankfurt a.M.

Noelle-Neumann, Elisabeth, 2001: Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung-unsere soziale Haut. Piper Verlag, München

(N)Onliner-Atlas 2007:

http://www.initiated21.de/fileadmin/files/NOA_Umzug/NOA_Atlanten/NONLINER-Atlas2007.pdf, abgerufen am 13.04.2008

Nyssen, Silke, 2004: Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004, bpb, S. 21-29

Offe, Klaus, 2007: Identitätskonflikte im demokratischen Rechtsstaat. Zur Problematik von Gruppenrechten, in Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 345-372

Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=5>, abgerufen am 14.04.2008

Patel, Kiran Klaus, 2005: Wie Europa seine Bürger verlor, in: Internationale Politik Nr. 7 Juli 2005, S. 22-28

Peters, Bernhard, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 42-76

Peters, Birgit, 1994: „Öffentlichkeitselite“-Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.)1994: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 191-213

Pfahl-Traugher, Armin 2000: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2000
http://www.bpb.de/publikationen/58KH1X,0,0,Die_Entwicklung_des_Rechtsextremismus_in_Ost_und_Westdeutschland.html, abgerufen am 27.05.2006

Pfetsch, Frank R., 2007: Das neue Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Pinzler, Petra 2005: II. Europas Ausweg: Der Umbau hat begonnen, DIE ZEIT Nr. 24, 9.6.2005

Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion der Europäischen Union, 2005,
http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/pdf/communication_planD_de.pdf,
abgerufen am 13.07.2007

Pollack, Detlef, 2006: Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 30-31/2006, S.3-7

„Politische Partizipation in Deutschland“, Studie der Betrelsmann Stiftung
http://www.forschungsgruppe.de/Studien/Studien-Archiv/Politische_Partizipation/, abgerufen am 13.01.2008

Preyer, Gerhard, 2006: Soziologische Theorie der Gegenwartsgesellschaft. Mitgliedschaftstheoretische Untersuchungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Priddat, Birger, 2006: Anstelle einer Einleitung: Die Politik in die Politik zurückbringen, in: Priddat, Birger: Irritierte Ordnung. Moderne Politik, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 7-14

Reese-Schäfer, Walter, 1999: Einleitung: Identität und Interesse, in: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Leske + Budrich Verlag, Opladen, S. 7-44

Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.), 1999: Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Leske + Budrich Verlag, Opladen

Reese-Schäfer, Walter, 2000: Politische Theorie heute, Oldenbourg Verlag München

Requate, Jörg; Schulze Wessel, Martin, 2002: Europäische Öffentlichkeit-transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt a. M.

Requate, Jörg; Schulze Wessel, Martin, 2002: Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Requate, Jörg; Schulze Wessel, Martin: Europäische Öffentlichkeit-transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt a. M., S.11-39

Ridden, Jennifer; Turner, Bryan S., 2000: Citizenship, Civil Society, and Voluntary Associations in the United Kingdom, in: Holz, Klaus: Einleitung. Die soziale Position der Staatsbürger, in: Holz, Klaus (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 137-158

Rosengren, Karl Erik, 2002: Internationale und interkulturelle Kommunikation, in: Hepp, Andreas; Löffelholz, Martin (Hg.): Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz, S. 37-66

Roßteutscher, Sigrid, 2004: Die Rückkehr der Tugend? In: Van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 175-200

Roth, Klaus, 2005: „Antike. Einleitung“, in: Massing, Peter; Breit, Gotthard (Hrsg.): Demokratietheorien, Bundeszentrale für politische Bildung, Wochenschauverlag, Schwalbach im Taunus, 2. Aufl., S. 13-20

Ruhr-Universität Bochum: <http://www.ub.ruhr-uni-bochum.de/Internet-Tips/eu-politik.html>, abgerufen am 14.04.2008

Rupnik, Jaques, 2006: Anatomie d'une crise-Le référendum et les dilemmes de l'Union européenne élargie, Eurozine 18.5.2006, <http://www.eurozine.com/articles/2006-05-18-rupnik-fr.html>, abgerufen am 04.05.07

Sachße, Christoph, 2002: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 09/2002

Sänger, Eva, 2007: Umkämpfte Räume-Zur Funktion von Öffentlichkeit in Theorien der Zivilgesellschaft, Femina Politica 02/2007, S. 18

Sarcinelli, Ulrich, 2004: Politische Kommunikation. Zwischen wissenschaftlichem Interesse und Politikum, S. 15/16, in: Forum.Medien.Politik (Hg.): Trends der politischen Kommunikation-Beiträge aus Theorie und Praxis, Lit Verlag, Münster

Sarcinelli, Ulrich, 2005: Politische Kommunikation in Deutschland, Wiesbaden

Schäfer, Armin, 2006: Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union, in: Leviathan, Verlag für Sozialwissenschaft Nr.3, September 2006, S.350-376; http://www.mpifg.de/pu/mpifg_ja/Levi_3-06_Schaefer.pdf, abgerufen am 08.01.2008

Schatz, Heribert, 1979: Ein theoretischer Bezugsrahmen für das Verhältnis von Politik und Massenkommunikation, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, Piper, Piper Verlag, München, S. 81-92

Schatz, Heribert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg), 2002: Politische Akteure in der Mediendemokratie. Politiker in den Fesseln der Medien, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden

Saxer, Ulrich, 2006: Europäischer Gesellschafts-, Medien-, und Öffentlichkeitswandel-eine kommunikationssoziologische Perspektive, in: Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 62-92

Schade, Jeanette, 2005: Zivilgesellschaft aus politiktheoretischer Perspektive, in: Groh, Kathrin; Weinbach, Christine: Zur Genealogie des politischen Raums VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 131-154

Scheyli, Martin, 2000: Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratietheorie nach Habermas, Nomos Verlag, Baden-Baden

Schiewe, Jürgen, 2004: Öffentlichkeit-Entstehung und Wandel in Deutschland, UTB Verlag, Paderborn

Schieren, Stefan, 2005: Direkte Demokratie auf europäischer Ebene. Eine Chance gegen das Demokratiedefizit?, in: Direkte Demokratie, Jahrgang 38/2005, Schwalbach/Taunus

Schild, Joachim, 2003: Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich, <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50356.pdf>, abgerufen am 23.07.2006

Schmalz-Bruns, Rainer, 2005: Reflexive Demokratie-Die demokratische Transformation moderner Politik, Nomos Verlag, Baden-Baden

Schwaabe, Christian, 2002: Der distanzierte Bürger. Gesellschaft und Politik in einer sich wandelnden Moderne, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, München

Schmidt, Manfred, 2000: Demokratietheorien-eine Einführung, Leske & Budrich Verlag, Opladen, 3. erw. Auflage

Schubert, Klaus; Klein, Martina, 2006: Das Politiklexikon, Schriftenreihe Band 497, Bundeszentrale für politische Bildung, 4. aktualisierte Auflage, Bonn

Schulz, Winfried, 2003: Politische Kommunikation, in: Bentele, Günter; Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hrsg.): Öffentliche Kommunikation, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 458-480

Schweitzer, Michael, 2000: Staatsrecht III-Staatsrecht, Völkerrecht, Europarecht, Heidelberg

Seegner, Sarah; Yüzen, Layla, 2008: Auswertung des Eurobarometers 68, <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/eurobarometer.php>, abgerufen am 29.02.2008

Siebenhaar, Hans-Peter, 1994: Europa als audiovisueller Raum-Ordnungspolitik des grenzüberschreitenden Fernsehens, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Siedschlag, Alexander 2002: Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie-Ein Kommentar zu Forschungsstand, http://amor.cms.hu-berlin.de/~h0936dbk/iup_sota.pdf, abgerufen am 13.02.2007

- Siedschlag, Alexander; Rogg, Arne, Welzel, Carolin**, 2002: Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet, Verlag Leske & Budrich, Opladen
- Sommer, Gerlinde; Graf von Westphalen, Raban**, 2000: Staatsbürgerlexikon, Oldenbourg Verlag, München
- Soysal, Yasemin**, 2001: Staatsbürgerschaft und Identität-Zur Fragwürdigkeit des Konzepts der Diaspora im modernen Europa, in: Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen: Staatsbürgerschaft in Europa, Edition Körber Stiftung, Hamburg, S.144-162
- Stabenow, Michael**, 2004: Zwischen europäischem Rock und nationalem Hemd-EU-Berichterstattung aus Brüssler Sicht, in: Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hrsg.) 2004: Europäische Öffentlichkeit, Nomos Verlag, Baden-Baden
- Stichweh, Rudolf**, 2002: Die Entstehung einer Weltöffentlichkeit, in: Kaelble, Hartmut; Kisch, Martin; Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Campus Verlag, Frankfurt/Main, S.57-66
- Smismans, Stijn**, 2006: Civil Society and Legitimate European Governance, Edward Elgar Publishing, Cheltenham, Northampton
- Stölting, Erhard**, 2001: Die soziale Definition historischer Räume, in: Holtmann, Dieter; Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt-Eine interdisziplinäre Betrachtung, Lit Verlag, Münster
- Teetzmann, Doris**, 2001: „Europäische Identität“ im Spannungsfeld von Theorie, Empirie und Leitbildern, Culliver Verlag Göttingen
- Taifel, Henri**, 1981: Human groups and social categories, Cambridge University Press, Cambridge, London, New York, New Rochelle, Melbourne, Sydney
- Tobler, Stefan**, 2006: Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen, in: Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (Hrsg.) 2006: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.107-130
- Tömmel, Ingeborg; Kambas, Chryssoula; Bauer, Patricia (Hrsg.)**, 2002: Die EU-eine politische Gemeinschaft im Werden, Leske & Budrich Verlag, Opladen
- Tomuschat, Christian**, 1999: Staatsbürgerschaft-Unionsbürgerschaft-Weltbürgerschaft, in: Drexler, Josef; Kreuzer, Karl F.; Scheuing, Dieter H.; Sieber, Ulrich H.: Europäische Demokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 74-87
- Trägerverein von europa-digital**: <http://www.europa-einfach.de/>, abgerufen am 15.04.2008
- Trenz, Hans-Jörg**, 2002: Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union, Nomos Verlag, Baden-Baden
- Trenz, Hans-Jörg**, 2005: Europa in den Medien, Campus Verlag, Frankfurt/ Main

Trenz, Hans-Jörg, 2005: Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel transnationaler Öffentlichkeiten, Campus Verlag, Frankfurt

Trenz, Hans-Jörg, 2005a: Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im europäischen Integrationsprozess: normative Desiderate und empirische Interdependenzen in der Konstitution einer europäischen Herrschaftsordnung, in: Knodt, Michèle; Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft-Konzepte, Akteure, Strategien, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 55-78

Umfrage zur europäischen Integration:

<http://www.europeansocialsurvey.de/aktuelles/dritte.htm>, abgerufen am 29.02.2008

Universität zu Köln: Verzeichnis allgemeiner wichtiger links zur EU: http://www.ub.uni-koeln.de/edz/content/eurointernet/index_ger.html, abgerufen am 11.04.2008

Van Deth, Jan W., 2001: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 195-220

Van Deth, Jan W., 2004: Politisches Interesse, in: Van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.295-316

Van Deth, Jan W. (Hrsg.), 2004: Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

van Eimeren, Birgit; Frees, Beate 2007, ARD/ZDF Online-Studie: <http://www.br-online.de/br-intern/medienforschung/onlinenutzung/pdf/08-2007-eimeren-frees.pdf>, abgerufen am 13.04.2008

Verein für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.: <http://www.vip-ev.de/>, abgerufen am 24.03.2008

Vertrag über eine Verfassung für Europa

<http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>, abgerufen am 25.11.2005

Vertrag über die Europäische Union

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html#0001000001>, abgerufen am 13.01.2008

Viehoff, Reinhold; Segers, Rien T., 1999: Die Konstruktion Europas, in: Viehoff, Reinhold; Segers, Rien T. 1999: Kultur Identität Europa, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M., S. 9- 50
Viehoff, Reinhold; Segers, Rien T., 1999: Kultur Identität Europa, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.

Von Bogdany, Armin, 2005: Die europäische Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb 36/2005, S. 21-27

von Liechtenstein, Alfred (Hg.), 2002: Internet und Öffentlichkeit, WUV Universitätsverlag, Wien

Vorländer, Hans, 2004: Demokratie-Geschichte eines Begriffs, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 284, 3. Quartal 2004, bpb

Wächter, Franziska, 2005: Schwierigkeiten mit der europäischen Identität, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2005/44/Thema/031.html>, abgerufen am 27.07.2005

Wahlberechtigte Bürger an der Europawahl: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb03_jahrtabw2.asp, abgerufen am 15.04.2008

Warleigh, Alex, 2001: Purposeful Opportunists? EU Institutions and the Struggle over European Citizenship, in: Bellamy, Richard; Warleigh, Alex: Citizenship and Gouvernance in the European Union, Routledge Verlag, London, S. 19 -40

Watson, Graham, 2004: Security in Europe: Five Propositions http://www.bpb.de/themen/W1IEQ9,0,0,Security_in_Europe%3A_five Propositions.html, abgerufen am 27.07.2005

Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), 1999: Handbuch zur deutschen Einheit, Bundeszentrale für politische Bildung

Weidenfeld, Werner, 2006: Die Europäische Verfassung verstehen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Weidenfeld, Werner, 2007: Reden über Europa-die Neubegründung des europäischen Integrationsprojekts, in: Nida-Rümelin, Julian; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 11-28

Weinacht, Paul-Ludwig, 2000a: Staat, in: Sommer, Gerlinde; Graf von Westphalen, Raban: Staatsbürgerlexikon, Oldenbourg Verlag, München

Weinacht, Paul-Ludwig, 2000b: Staatsbürger, in: Sommer, Gerlinde; Graf von Westphalen, Raban: Staatsbürgerlexikon, Oldenbourg Verlag, München

Weischenberg, Siegfried, 1995: Journalistik-Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure, Leske & Budrich Verlag, Opladen

Weiß, Ulrich, 1998: Das Politische am Internet. Eine politikwissenschaftliche Reflexion, in: Gellner, Winand; von Korff, Fritz (Hrsg.): Demokratie und Internet, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 27-42

Wenzel, Eva; Rattinger, Hans, 2004: Nichtwähler und Protestwähler-eine strategische Größe des Parteiensystems? in: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.28-44

Weßels, Bernhard, 2004: Staatsaufgaben: gewünschte Entscheidungsebene für acht Politikbereiche, in: Van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 257-274

Wessels, Wolfgang, 2001: Politikwissenschaftliche Beiträge zur Integrationswissenschaft: Vielfalt und Einklang, in: Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Theorien europäischer Integration, Leske & Budrich Verlag, Opladen, S. 19-33

Wessler, Hartmut, 2004: Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit, in: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit, Halem Verlag, Köln, S. 13-28

Wobbe, Theresa, 2007: Die Koexistenz nationaler und supranationaler Bürgerschaft: Neue Formen politischer Inkorporation, in: Mackert, Jürgen; Müller, Hans-Peter (Hrsg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 235-260

Wolf, Richard; Reiter, Stefanie, 2007: Politische Bildung für Migrantinnen und Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33/2007, S. 15-20

Woyke, Wichard, 1999: Einführung: Internet und Demokratie, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Internet und Demokratie, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts., S. 5-7

Woyke, Wichard (Hrsg.), 1999: Internet und Demokratie, Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts.

Zandonella, Bruno, 2005: pocket Europa-EU-Begriffe und Länderdaten, bpb, Bonn

Zillien, Nicole, 2006: Digitale Ungleichheit, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Zipfel, Theodor, 1998: Online-Medien und politische Kommunikation im demokratischen System, in: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 20-53

Zmerli, Sonja, 2004: Politisches Vertrauen und Unterstützung, in: Van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 229-256